

Sitzungsbericht

51. Sitzung der Tagung 1996/97 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Montag, den 23. Juni 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 546).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 546).
3. Ltg. 602/V-5: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 546).
Redner: Finanzreferent LR Mag. Freibauer (Seite 547).
4. **Generaldebatte:**
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 554), Abg. Gratzner (Seite 557), Abg. Dr. Bauer (Seite 560), Abg. Böhm (Seite 568).
Abstimmung (Seite 573).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 573).
Redner: Abg. Ing. Gansch (Seite 573), Abg. Präs. Koczur (Seite 576), Abg. Gratzner mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 580), Abg. Kautz (Seite 582), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 584), Abg. Marchat mit Abänderungsantrag (Seite 588), Abg. Dr. Prober (Seite 591), Abg. Uhl (Seite 593), Abg. Dr. Michalitsch mit Resolutionsantrag (Seite 596).
Abstimmung (Seite 601).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 601).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 617).
Redner: Abg. Schittenhelm (Seite 617), Abg. Cerwenka (Seite 621), Abg. Rosenkranz mit Resolutionsantrag (Seite 624), Abg. Egerer (Seite 627), Abg. Sacher (Seite 629), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 633), Abg. Hiller (Seite 637), Abg. Marchat (Seite 639), Abg. Auer (Seite 642), Abg. Mag. Schneeberger mit Resolutionsantrag (Seite 647), Abg. Dr. Bauer mit Resolutionsantrag (Seite 651), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 652).
Abstimmung (Seite 653).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 653).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 653), Abg. Breininger (Seite 654), Abg. Preiszler (Seite 656), Abg. Wöginger (Seite 658), Abg. Dr. Strasser (Seite 660), Abg. Preiszler (Seite 662).
Abstimmung (Seite 663).
9. **Spezialdebatte:** Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 663).
Redner: Abg. Egerer (Seite 663), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 601), Abg. Pietsch (Seite 606), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 610), Abg. Klupper mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 611), Abg. Dr. Bauer (Seite 615), Abg. Marchat (Seite 615), Abg. Klupper (Seite 616).
Abstimmung (Seite 616).

Rosenkranz (Seite 664), Abg. Gebert (Seite 665), Abg. Nowohradsky (Seite 667), Abg. Auer (Seite 670), Abg. Lembacher (Seite 673), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 676).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 10.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und gilt demnach als genehmigt. Von der heutigen Sitzung hat sich wegen Erkrankung Herr Abgeordneter Sivec entschuldigt, ebenso Frau Abgeordnete Vladyka und Herr Abgeordneter Knotzer.

Wir kommen damit zum ersten Punkt der Tagesordnung. Ich bringe dem Hohen Haus folgende Geschäftsstücke zur Kenntnis, die ich den zuständigen Ausschüssen zuweisen werde.

Ltg. 612/E-1/38 - Eingabe der Marktgemeinde Pyhra betreffend Tierzuchtförderung und Tierkörperbeseitigung.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Landwirtschafts-Ausschuß zur Beratung zu.

Ltg. 613/B-34/4 - Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 1996.

Dieses Geschäftsstück wird hiemit dem Verfassungs-Ausschuß zur Beratung und Erledigung zugewiesen.

Damit kommen wir zum zweiten Punkt der Tagesordnung, nämlich zur Beratung des Voranschlags 1998. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Treitler, die Verhandlungen zum Voranschlag 1998 einzuleiten und bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Landesregierung hat gemäß Art.29 Abs.2 der NÖ Landesverfassung den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes

für das Jahr 1998 rechtzeitig erstellt. Die Vorlage wurde vom Finanz-Ausschuß eingehend durchgearbeitet. Der Aufbau des Landesvoranschlags entspricht den Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden.

Die vertikale Gliederung des ordentlichen und des außerordentlichen Teiles sowie des Konjunkturausgleichsteiles erfolgt in Gruppen, Abschnitte, Unter- und Teilabschnitte sowie Voranschlagsstellen nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Die Horizontalgliederung stellt die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes 1998 den entsprechenden Voranschlagsbeträgen des Finanzjahres 1997 sowie den Beträgen der Jahresrechnung 1996 gegenüber.

Umfang des Voranschlags: In Gegenüberstellung zum Voranschlag 1997 steigen 1998 die Ausgaben von 48,2 um 1,8 auf 50 Milliarden und die Einnahmen von 42 um 3,9 auf 45,9 Milliarden Schilling. Die zusätzlichen Ausgaben von 1,8 Milliarden Schilling sind nicht abgangswirksam, da sie durch Mehreinnahmen, die mit Ausgaben in ursächlichem Zusammenhang stehen, bedeckt werden.

Der Abgang sinkt von 6,2 um 2,1 auf 4,1 Milliarden Schilling. Dieser Bruttoabgang ergibt nach Verringerung um die mit 1,1 Milliarden Schilling veranschlagte Tilgung der Finanzschulden einen Nettoabgang von 3 Milliarden Schilling, um den die Finanzschulden steigen.

Zur Errechnung des "Maastricht-Defizites" werden von den Ausgaben und Einnahmen die Finanztransaktionen im Zusammenhang mit Darlehen, Rücklagen und Beteiligungen ausgeschieden. Als Ergebnis der laufenden Gebarung, als sogenanntes öffentliches Sparen, wird hier ein Überschuß von 116 Millionen erzielt. Zusammen mit dem Abgang von 106 Millionen in der Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) wird nach den für die Berechnung des "Maastricht-Defizites" geltenden Kriterien ein Überschuß von zehn Millionen Schilling erreicht. Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr aus der Horizontalgliederung ersichtlich.

Ordentlicher Teil: Die Ausgaben des ordentlichen Teiles steigen gegenüber dem Vorjahr um

1.872 Millionen, die Einnahmen um 3.836 Millionen. Der Abgang 1998 von 3.281 Millionen bringt gegenüber dem Abgang 1997 von 5.245 Millionen eine Verbesserung um 1.964 Millionen Schilling.

Der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung an den ordentlichen Ausgaben ohne Personalausgaben für Landeslehrer sinkt gegenüber dem Voranschlag 1997 von 21,81 Prozent auf 20,87 Prozent. Der prozentuelle Anteil der einzelnen Gruppen am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles erhöht sich gegenüber 1997 nur bei Gruppe 4, "Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung" sowie 5 "Gesundheit".

Außerordentlicher Teil: Die Ausgaben des außerordentlichen Teiles sinken 1998 um 24 Millionen, die Einnahmen steigen um 92 Millionen. Der Abgang von 716 Millionen Schilling ist um 116 Millionen Schilling niedriger als 1997. Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlages näher beschrieben.

Konjunkturausgleichsteil: Im Konjunkturausgleichsteil sind wie im Vorjahr Kredite von 120 Millionen Schilling vorgesehen. Diese investitions-wirksamen Ausgaben sollen nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1998 eingesetzt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Budgetvollzug mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen.

Sonderfinanzierungen: Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind sowie Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden. Im Jahresvoranschlag 1998 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre. Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Punkt 3.7. des Antrages enthalten.

Budgetvollzug: Zur Durchführung des Landesvoranschlages 1998 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen über den Voranschlag 1998 einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke vielmals für den entsprechenden Bericht und wir kommen damit zur Generaldebatte. Ich ersuche den Herrn Finanzreferenten Landesrat Mag. Edmund Freibauer um das Wort.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum sechsten Mal habe ich die Ehre, dem Hohen Haus einen Budgetentwurf vorzulegen und dennoch ist alles etwas anders. Zum ersten Mal beraten wir den Haushaltsentwurf im neuen Landtagsschiff an der Traisen. Nicht an einem Ort, an dem schon niederösterreichische, österreichische und europäische Geschichte geschrieben wurde, sondern in einem Saal, der seinen Platz in den Geschichtsbüchern erst finden und begründen muß. Und nicht in einem Prunksaal, sondern in der Atmosphäre eines modernen Arbeitsparlamentes. Wir spüren, daß unser Heimatland Niederösterreich am Beginn einer neuen Ära steht. Mit neuen Herausforderungen, aber auch mit neuen Chancen und Möglichkeiten.

Mit der Übersiedlung der Landesregierung, des Landtages und der Landesverwaltung in das eigene Land beginnt eine neue Zeitrechnung. Aber selbstverständlich bauen wir in St. Pölten auf dem bisher Erreichten auf - ganz im Sinn der Kontinuität der Landesentwicklung. Dafür steht nicht zuletzt der Budgetentwurf 1998, mit dem wir den in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Im neuen "Landtagsschiff" erscheint mir ein Vergleich aus der Seefahrt angebracht. Es geht darum, einen klaren Kurs zu segeln und den zahlreichen Klippen und Eisbergen auszuweichen, die beiderseits dieses Kurses lauern. Der Zielhafen heißt Wohlstand und soziale Sicherheit für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und somit Wahrung der Zukunftschancen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und die Klippen und Eisberge sind auf der einen Seite eine Überschuldung, auf der anderen Seite ein Sparen am falschen Platz, ein Kaputtsparen. Beides würde unser "Landtagsschiff" nicht nur vom Kurs abbringen, sondern über kurz oder lang auf Grund setzen.

Der Budgetexperte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Gerhard Lehner, hat diese Kursvorgabe in einer von der Landesregie-

rung in Auftrag gegebenen Studie sehr prägnant zusammengefaßt. Er sagt: "Die Länderhaushalte stehen vor großen Herausforderungen. Zum einen müssen sie ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten, zum anderen erfüllen die Länder wichtige Aufgaben im Rahmen der Sicherung des Wirtschaftsstandortes (etwa durch den Ausbau der regionalen Infrastruktur, aber auch im Bereiche der Bildung, im Gesundheitswesen oder in der Wohnbauförderung). Schließlich spielen auch die sogenannten 'weichen' Infrastrukturfaktoren, wie kulturelle Aktivitäten, eine große Rolle für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Die Aufgaben der Länder stellen außerdem wichtige Faktoren für die Lebensqualität der Bevölkerung dar." Soweit unser Budgetexperte. Und genau diese doppelte Aufgabenstellung - konsolidieren und gleichzeitig in die Zukunft investieren - spiegelt das Motto wider, das wir für den Haushaltsentwurf 1998 gewählt haben: "Solid und solidarisch"!

Das Budget 1998 ist solid, weil der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg des Sparens mit Augenmaß konsequent fortgesetzt wird, weil die Vorgabe, den abgangswirksamen Ausgabenrahmen 1997 auch im kommenden Jahr einzuhalten, erfüllt wird. Die wenigen Ausgabenerhöhungen im Budget sind abgangsneutral, ja insgesamt steigen die Ausgaben nur halb so stark wie die Einnahmen. Es ist solid, weil damit vom größten Bundesland ein wesentlicher Beitrag geleistet wird, daß Österreich insgesamt die Maastricht-Kriterien erreichen kann. Nach diesen Kriterien ist dieser Budgetentwurf ausgeglichen. Kurzum - Niederösterreich wird kein "Maastricht-Defizit" haben. Das nennen wir solid.

Und der Voranschlag 1998 ist solidarisch, weil er jenen, die unserer besonderen Unterstützung, unserer besonderen Solidarität bedürfen, besonderes Augenmerk zuwendet. Deutliche Ausgabensteigerungen gibt es in der Behindertenhilfe, für die Kinderbetreuung und für das Gesundheitswesen. Und zwar nur in diesen Bereichen!

Er ist solidarisch, weil er den Anliegen und Bedürfnissen der Wirtschaft und der Arbeitsplatzsicherung in einer schwierigen Phase gerecht wird. Die Wirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind wir alle. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, Produzenten, Händler und Konsumenten. Und nicht zuletzt jene, die im Wirtschaftsleben, am Arbeitsmarkt erst oder erst wieder Fuß fassen wollen. Für sie alle ist von größter Bedeutung, daß es auch 1998 im investiven Bereich keine Kürzungen geben wird.

Und er ist schließlich solidarisch, weil er der natürlichen Partnerschaft zwischen dem Land und den Gemeinden Rechnung trägt. Einer Partnerschaft, die in den vergangenen Jahren großartige Leistungen und Fortschritte möglich gemacht hat. Und in der ich auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewältigung der Herausforderung von heute und morgen sehe.

Hoher Landtag! Lassen Sie mich an diese grundsätzlichen Bemerkungen nun die Eckdaten des Budgetvoranschlages anschließen. Der Voranschlag sieht Ausgaben von 50 Milliarden Schilling vor. Das bedeutet gegenüber dem Voranschlag 1997 ein Plus von 3,84 Prozent. Und das widerspricht nun keineswegs meiner zuerst getroffenen Aussage. Denn die Steigerung ergibt sich ausschließlich aus der Erhöhung zweckgebundener Ausgaben und Einnahmen, beispielsweise in der Wohnbauförderung, sowie Ausgaben, die mit Einnahmen in ursächlichem Zusammenhang stehen, zum Beispiel im Gesundheits- und Sozialbereich. Der abgangswirksame Teil der Ausgaben liegt bei 26,1 Milliarden Schilling, das ist im Vergleich zum Voranschlag 1997 ein Minus von 0,1 Prozent. Die Einnahmen sind, und das realistisch, mit 45,9 Milliarden Schilling angesetzt, eine Steigerung um 9,35 Prozent. Aus diesen Zahlen ergibt sich ein Bruttoabgang von 4,1 Milliarden, um 33 Prozent weniger als im Voranschlag für das heurige Jahr. Der Nettoabgang sinkt sogar um 41 Prozent auf drei Milliarden Schilling.

Bevor ich darauf eingehe, erscheint allerdings ein kurzer Rückblick angebracht, weil das Budget natürlich auf den Haushalten der letzten Jahre aufzubauen hat. Vor allem aber, weil die erste Budgetdebatte in der neuen Landeshauptstadt zugleich die letzte in der laufenden Legislatur-

periode 1993 bis 1998 ist. Ich sehe darin die Verpflichtung, auch aus finanzpolitischer Sicht Rechenschaft über diesen Zeitraum abzulegen.

Hohes Haus! Die Budgeterstellung und der Budgetvollzug sind in den neunziger Jahren mehr und mehr zu einem Ballanceakt geworden. Ich möchte uns aber nicht mit Hochseilartisten gleichsetzen, obwohl in doppeltem Sinn Schwindelfreiheit gefordert ist: Man muß schwindelfrei sein, um nicht aus dem Gleichgewicht zu kommen. Man muß sich aber auch vor der Versuchung hüten, sich mit Zahlenkosmetik über Tatsachen hinwegzuschwindeln, weil sich das sehr schnell rächen würde.

Unbestreitbar ist, daß nach Jahren eines erfreulich geringen Schuldenwachstums die Budgets 1993 bis 1995 eine Neuverschuldung in stark steigendem Ausmaß brachten. Und zwar nicht nur in Niederösterreich. So hat sich die Neuverschuldung der Bundesländer (ohne Wien) 1995 im Vergleich zu 1994 fast verdoppelt. Die Gründe dafür sind bekannt. Dennoch möchte ich sie noch einmal kurz zusammenfassen:

1. Die Konsequenz der Steuerreform 1993 war ein nachhaltiger Einnahmefall.
2. Ebenso negativ auf die Einnahmensituation wirkte sich der Rückgang des Wirtschaftswachstums infolge der negativen Konjunktur-entwicklung im Jahr 1993 aus, die erst mit zeitlicher Verzögerung im Landeshaushalt spürbar wurde.
3. Seit 1995 wiederum bedeutet der Anteil des Landes am EU-Beitrag eine erhebliche Belastung unseres Haushaltes.
4. Die EU-bedingte Aufstockung der Förderung der Landwirtschaft schlug natürlich im Agrar-Bundesland Nummer I besonders schwer zu Buche, vor allem im Haushalt 1995 infolge der hohen Einmalzahlungen.
5. Schließlich war und ist die Abschaffung der Landesumlage, die heuer, also im Landeshaushalt 1997, erstmals überhaupt nicht mehr auf der Einnahmenseite aufscheint, zu verkraften. Und zwar bei weitgehend unveränderter Förderung der Gemeinden. Wobei ich einmal mehr betonen möchte, daß Niederösterreich das einzige Bundesland ist, das sich im Interesse der Gemeinden zu diesem Schritt bereitgefunden hat.

Es liegt auf der Hand, daß sich ohne diese Belastungen, die insgesamt eine Höhe von jährlich

vier Milliarden Schilling erreicht haben, der Nettoabgang und der Schuldenstand wesentlich günstiger entwickelt hätte. Der Schuldenstand etwa würde mit Ende 1996 nicht 26,7 Milliarden, sondern nur 19,2 Milliarden Schilling betragen und damit nur unwesentlich über dem Stand von 1994 liegen.

Über diese Belastungen hinaus gab es am Beginn der Legislaturperiode die Notwendigkeit, auch über das Budget der Rezession entgegenzuwirken und starke Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Erinnern Sie sich noch an das Motto des Landeshaushaltes 1994? Es lautete: "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze". Das war die Zielsetzung, mit der wir bewußt einen Vorgriff in Form einer "Konjunkturmilliarde" in Kauf genommen haben. Heute können wir feststellen: Die dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt, daß es richtig war, diesen hohen Preis zu zahlen. Ohne die noch immer sehr hohe Zahl von Arbeitslosen zu verharmlosen kann registriert werden, daß sich sowohl die Beschäftigten- als auch die Arbeitslosenzahlen seit Mitte der neunziger Jahre in Niederösterreich kontinuierlich günstiger entwickeln als im Bundesschnitt.

1994, also in jenem Jahr, in dem die Arbeitsplätze erster Budget-Schwerpunkt waren, erhöhte sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Niederösterreich um 1,2 Prozent, bundesweit dagegen nur um 0,5 Prozent. 1995 konnten wir noch ein Plus von 0,5 Prozent in Niederösterreich verzeichnen, während in Österreich die Beschäftigtenzahl um 0,1 Prozent zurückging. Und im besonders schwierigen Jahr 1996 wurde in Niederösterreich der Stand mit einem Minus von 0,1 Prozent fast gehalten, während im Bundesschnitt der Rückgang 0,7 Prozent betrug. Dementsprechend lag Ende 1996 auch die Arbeitslosenquote in Niederösterreich mit 6,6 Prozent deutlich besser und unter der Österreich-Marke von 7,2 Prozent.

Die letzten verfügbaren Zahlen machen deutlich, daß sich auch heuer der Arbeitsmarkt in Niederösterreich dynamischer entwickelt als im österreichischen Schnitt. Im März 1997 ging die Arbeitslosigkeit in Niederösterreich gegenüber 1996 um 7,6 Prozent zurück, bundesweit dagegen nur um 4,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,6 Prozent in Niederösterreich, wobei vor allem die Bauwirtschaft zu diesem Anstieg beitrug. Im April 1997 erhöhte sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Niederösterreich um 1,1 Prozent und überstieg wieder die 500.000er-Marke. In Österreich betrug das Plus dagegen nur 0,5 Prozent, war also halb so hoch wie in unserem Land. Die Zahl der Arbeitslosen

wurde gegenüber März um 17,2 Prozent und gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent reduziert. Bundesweit lag der Rückgang nur bei 6,2 bzw. 0,5 Prozent. Damit ist die Arbeitslosenquote in Niederösterreich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 auf 6,5 Prozent zurückgegangen, während die bundesweite Arbeitslosenquote mit 7,2 nur um 0,1 Prozent unter dem Vorjahreswert lag.

Einer der wichtigsten Konjunkturmotoren war und ist die Bauwirtschaft, nicht zuletzt, weil kaum eine andere Branche so beschäftigungsintensiv ist und sich daher Höhen und Tiefen sich sofort gravierend in den Arbeitsmarktdaten niederschlagen. Wenn man demnach die hohen Defizite in den ersten Jahren dieser Legislaturperiode beklagt, darf man auch nicht übersehen, welche Impulse seit 1993 ausgelöst wurden, welche Investitionen teils auch in solidarischer Partnerschaft mit den Gemeinden, teils mit Hilfe von Sonderfinanzierungsmodellen geleistet wurden.

Mit Hilfe des Schul- und Kindergartenfonds wurden bzw. werden 464 Bauvorhaben an Schulen und 311 an Kindergärten unterstützt in dieser Legislaturperiode. Das bedeutet eine Gesamtsumme von rund sechs Milliarden Schilling, die in die heimische Wirtschaft fließt. Dazu kommt noch fast eine Milliarde für Instandsetzungen und Einrichtungen in Schulen und Kindergärten. Wobei unbestreitbar ist: Jeder Schilling für Bildungseinrichtungen ist eine gute Investition in die Zukunft.

17 Großvorhaben im Bereich der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, darunter mehrere an neuen Standorten, um diese wichtigen Einrichtungen für die gewaltigen Anforderungen, die auf Grund der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten sind, zu rüsten. Dafür wurden bzw. werden in dieser Legislaturperiode 2,8 Milliarden Schilling investiert.

66.800 neue Wohneinheiten sowohl in Eigenheimen als auch in großvolumigen Bauten in den Jahren 1993 bis 1997. Ebenso 56.500 Sanierungen von Wohnungen. Das geförderte Bauvolumen beträgt 90 Milliarden Schilling. Hier treffen die beiden Kriterien "solid" und "solidarisch" besonders deutlich zusammen. Mit einem soliden neuen Förderungssystem ist es gelungen, die Wohnbauleistung im großvolumigen Bau zu verdoppeln und gleichzeitig die soziale Treffsicherheit noch zu verstärken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Umweltbereich wurden und werden mit Hilfe des NÖ Wasserwirtschaftsfonds jährlich Investitionen in der Höhe von 3,5 Milliarden Schilling finanziert. In den NÖ Krankenhäusern

wurden umfassende Um- und Zubauten realisiert, um die medizinische Versorgung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sicherzustellen und weiter zu verbessern. Dafür wurden 4,4 Milliarden Schilling investiert. Drei Bezirkshauptmannschaften wurden mit einem Aufwand von 620 Millionen Schilling neu errichtet, weitere Neubauten sind bereits in Planung. Die Bezirkshauptmannschaften haben als bürgernächste Landesbehörden besondere Serviceaufgaben zu erfüllen.

Alles das, meine sehr geehrten Damen und Herren Mandatäre, ist nicht vollständig, aber es sind Maßnahmen, die unserer Wirtschaft dringend benötigte Impulse gegeben und tausende Arbeitsplätze im ganzen Land gesichert haben. Und nicht nur Arbeitsplätze wurden gesichert, es wurde auch mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Bevölkerung damit erreicht.

Von diesen Errungenschaften werden auch künftige Generationen noch profitieren. Und das ist im übrigen einer der Gründe, die für eine - selbstverständlich maßvolle - Anwendung von Sonderfinanzierungsmodellen sprechen. Großprojekte, die mehreren Generationen zugute kommen, können und sollen nicht einer einzigen Generation aufgebürdet werden. Einsichtig ist auch ein weiterer Grund: Sonderfinanzierungen machen bedeutende Vorhaben von den wechselnden Jahreshaushalten unabhängig. Sie können auch in Zeiten knapperer Kassen planmäßig und wirtschaftlich fortgeführt werden und bieten die Möglichkeit, Konjunkturabschwächungen entgegenzusteuern.

Beide Argumente treffen in besonders hohem Maß auf ein Jahrhundertprojekt zu, das uns heute bei der ersten Budgetdebatte an der Traisen besonders deutlich vor Augen steht: Auf den Bau dieses neuen Regierungsviertels samt Kulturbezirk. Das Baugeschehen in der Landeshauptstadt hat ganz ohne Zweifel sehr wesentlich dazu beigetragen, daß sich die NÖ Wirtschaft auch in der Rezessionsphase relativ gut gehalten hat. Insgesamt werden einschließlich Regierungsviertel in St. Pölten 81 Bauprojekte mit einem Investitionsvolumen von rund 14 Milliarden Schilling realisiert. Inklusive der Straßenbauten beträgt das Ausmaß der Investitionen, der Institutionen und Körperschaften etwa neun Milliarden, jenes der privaten Wirtschaft, einschließlich der Bauten, die der Hauptstadtentwicklung zuzuordnen sind, rund fünf Milliarden. Auf Grund der vielfältigen Vorleistungs- und Zulieferverflechtungen und den daraus resultierenden Multiplikatoreffekten kann man von etwa

22 Milliarden Schilling ausgehen, die in die heimische Wirtschaft fließen. Und das alles im Zusammenhang mit dem Entschluß, hier die Hauptstadt im eigenen Land zu gründen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das ohne Belastungen des Landeshaushaltes und der übrigen Landesteile! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn noch immer und immer wieder, auch bei dieser Budgetdebatte, von der FPÖ ohne Rücksicht auf Wahrheit und Tatsachen versucht wird, diese Aussage in Frage zu stellen, dann möchte ich dazu einmal mehr klipp und klar feststellen, daß die Finanzierung des Hauptstadtprojektes durch das außerbudgetäre niederösterreichische Sonderfinanzierungsmodell mit Vermögensumschichtungen über den Hauptstadtfonds erfolgt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nach Übergabe der fertiggestellten Objekte an das Land werden alle Zahlungen aus diesem Fonds geleistet. Der Fonds wird dotiert aus den Erlösen der EVN-Teilprivatisierung, aus Haus- und Grundstücksverkäufen sowie aus laufenden Mieten und Zinseinnahmen. Daher noch einmal in einem klaren Satz: Die laufenden Steuereinnahmen des Landes Niederösterreich werden für die Nutzungsentgelte nicht herangezogen und es wird daher das Landesbudget im Interesse der übrigen Regionen nicht belastet! Das Finanzierungsmodell sowie der Hauptstadtfinanzierungsplan sind durch die begleitende, kaufmännische Kontrolle - die Europa-Treuhand - eingehend geprüft und positiv beurteilt worden. Man kann - und das ist meine feste Überzeugung - unser Landeshauptstadtprojekt mit Fug und Recht als das bestfinanzierte und am genauesten kontrollierte Bauvorhaben in dieser Größenordnung bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind die Tatsachen. Und ich verstehe, daß die FPÖ-Abgeordneten jetzt nicht zugeben wollen, daß sie sich geirrt haben. Aber kann man noch von politischer Kultur sprechen, wenn Klubobmann Gratzler, Abg. Rambossek und Co. gegen besseres Wissen wie eine Gebetsmühle ständig wiederholen, der Finanzlandesrat verbreite in Sachen Hauptstadtfinanzierung die Unwahrheit?

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im ersten Teil meiner Rede ausführlich dargelegt, wie es zur Schuldenausweitung am Beginn dieser Legislaturperiode gekommen ist. Unausweichliche, zusätzliche Belastungen, Zwänge und Notwendigkeiten waren die Auslöser. Ebenso notwendig war es in der Folge, die Bremse wieder anzuziehen, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Wobei einem Bundesland, das kaum Möglichkeiten hat, die Einnahmen zu beeinflussen,

Konsolidierungsmöglichkeiten nur ausgabenseitig zur Verfügung stehen. Die Voranschläge 1996 und 1997 sowie ihr Vollzug spiegeln dieses Bemühen deutlich wider.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auch auf den zeitlichen Ablauf richten, weil der zeigt, daß in Niederösterreich Landesregierung und Landtag sehr rasch reagiert und energische Gegenmaßnahmen gesetzt haben. Bundesweit haben die Gebietskörperschaften erst Anfang 1996 einen Konsolidierungskurs vereinbart. Aber bereits mehr als ein Jahr vorher, im Dezember 1994, haben Sie, die Mitglieder des Hohen Hauses, die Landesregierung beauftragt, ein Programm zur Bewältigung der Haushaltsprobleme zu erstellen. Dieses "NÖ Budgetprogramm 1996 bis 1998" mit dem Ziel einer schrittweisen Reduzierung des Defizites wurde dem Landtag von mir als zuständiger Landesrat schon im Juni 1995 vorgelegt. Es hat sich zweifellos als wirksames Instrument erwiesen. Wenn es nunmehr mit der Funktionsperiode des Landtages 1998 erfüllt ist, haben bereits Vorarbeiten für die Konzipierung eines NÖ Budgetprogrammes 1999 bis 2003 begonnen, um auch weiterhin eine geordnete und stabile Entwicklung sowie den Beitrag Niederösterreichs zur Einhaltung der Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion sicherzustellen. Der Entwurf für das neue Programm wird dem Hohen Haus am Beginn der neuen Legislaturperiode vorliegen.

Weiters wurde noch 1995 der Abgang gegenüber dem Voranschlag um eine Milliarde reduziert. 500 Millionen davon - das hat ja der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek nie geglaubt - bedeuteten eine echte Einsparung. Das heißt, Ausgaben von einer halben Milliarde, die vom Landtag bereits genehmigt waren, sind durch die Sparsbereitschaft der Ressorts unterblieben.

Beim Vollzug des Voranschlages 1996 wurde dieser Weg der Sparsamkeit konsequent fortgesetzt, wie der Rechnungsabschluß zeigt, den Sie, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, vor wenigen Tagen genehmigt haben. Erstmals seit 1945 - und das war das besondere an diesem Rechnungsabschluß - ist es gelungen, den gesamten Nachtragsvoranschlag, so wie wir uns das vorgenommen haben, tatsächlich ausschließlich durch Umschichtungen in Höhe von 577 Millionen Schilling zu finanzieren. Somit konnten die Mehreinnahmen zur Gänze für die Abgangsreduzierung herangezogen werden. Und darüber hinaus wurden weitere beträchtliche Einsparungen vorgenommen. Und damit wurde gegenüber

dem Voranschlag, es ist ja noch in bester Erinnerung, der Nettoabgang sogar mehr als halbiert, nämlich von 6,2 auf 2,9 Milliarden Schilling.

Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß eine ganze Reihe von Landesgesetzen geändert wurde - vom Parteienförderungsgesetz über das Gesetz über die Förderung der Tätigkeit der Landtagsklubs bis zum Wasserwirtschaftsfondsgesetz -, um weitere Einsparungen zu ermöglichen, ohne dabei Einschnitte im investiven Bereich vorzunehmen.

Somit kann ich zusammenfassen: Sowohl die Landesregierung als auch der Landtag haben in den letzten beiden Jahren die Budgetdisziplin, an die ich in meinen Einbegleitungsreden zu den Haushaltsdebatten immer wieder appelliert habe, in vorbildlicher Weise praktiziert, und es damit ermöglicht, eine konsequente Konsolidierung mit Augenmaß einzuleiten. Also eine Konsolidierung, die durch Einsparungen künftige Handlungsspielräume schafft, aber auch die Möglichkeiten zur Lösung aktueller Probleme nicht verbaut. Dafür sage ich ein aufrichtiges Dankeschön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz bewußt habe ich gesagt, die Konsolidierung wurde eingeleitet. Denn selbstverständlich sind wir noch lange nicht am Ziel. Der erfolgreich begonnene Weg wird mit dem zur Debatte stehenden Haushaltsentwurf 1998 fortgesetzt. Aber auch in den folgenden Jahren werden wir ihn weitergehen müssen. Das heißt, die Ausgabenerhöhungen müssen weiter unter jenen der Einnahmen bleiben. Ausschlaggebend ist natürlich die wirtschaftliche Entwicklung. Die Experten sagen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage voraus, allerdings nur eine langsame. Für heuer rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einem realen Wachstum der österreichischen Wirtschaft um 1,4 Prozent, für 1998 werden 2,2 Prozent prognostiziert. Optimistisch stimmt, daß sowohl für heuer als auch für das kommende Jahr mit einem kräftigen Anstieg der realen Exporte und der realen Ausrüstungsinvestitionen gerechnet wird. Das zeigt, daß sich entgegen manchen Befürchtungen die österreichische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb behaupten kann und die Unternehmer bereit sind, sich durch eine rege Investitionstätigkeit den Herausforderungen offensiv zu stellen.

Diese Entwicklung wird sich allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Zahl der Beschäftigten wird heuer wieder leicht zunehmen. Die Experten rechnen mit einem Plus von

0,2 Prozent österreichweit. Im kommenden Jahr wird sich diese Verbesserung mit einem Plus von 0,4 Prozent fortsetzen. Das Land Niederösterreich kann nach Ansicht der Wirtschaftsforscher seine überdurchschnittliche Position innerhalb der gesamtösterreichischen Wirtschaftsentwicklung weiter halten. Die Arbeitsmarktdaten, die ich Ihnen bereits dargelegt habe, beweisen das jedenfalls sehr deutlich.

Der vorsichtige Optimismus der Wirtschaftsgurus kann und darf aber keineswegs dazu führen, die Zügel wieder zu lockern. Denn auch bei einer besseren Wirtschaftslage ist in den Jahren 1998 und 1999 nur mit geringen Zuwachsraten bei den Ertragsanteilen zu rechnen, weil besonders bei der Einkommensteuer dämpfende Rückwirkungen aus dem Sparpaket zu erwarten sind. Wir dürfen daher um keinen Zentimeter von unserer Linie abweichen. Und diese Linie lautet schlicht und einfach: Ausgabenerhöhungen deutlich geringer als die Einnahmenssteigerungen. Dann - und nur dann - wird es möglich sein, die Position des Landes im internationalen Standortwettbewerb zu verbessern, die Zukunftschancen zu nützen, den Wachstumsvorsprung, den sich die NÖ Bevölkerung in den letzten Jahren erarbeitet hat, zu halten und auszubauen und schließlich auch die wichtigen sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen.

Der Voranschlag 1998 wird dieser doppelten Herausforderung vor allem insofern gerecht, daß es trotz teilweise gravierender Konsolidierungsmaßnahmen keine Kürzungen im investiven Bereich gibt. Die Landesbeiträge, inklusive der Bedarfzuweisungen sind sowohl beim Schul- und Kindergartenfonds mit 539 Millionen als auch beim NÖ Wasserwirtschaftsfonds mit 455 Millionen gegenüber dem Voranschlag 1997 unangetastet geblieben. Diese Instrumente werden also auch 1998 Milliardeninvestitionen und zugleich wesentliche Verbesserung in Bildung und Umweltschutz ermöglichen. Für die Wohnbauförderung ist sogar eine Erhöhung um 1,5 Prozent auf 6,3 Milliarden vorgesehen. Ich darf daran erinnern, daß in den letzten Jahren über die Wohnbauförderung jährlich Investitionen von 17 bis 18 Milliarden Schilling in Niederösterreich ausgelöst wurden und der heimischen Wirtschaft zugute gekommen sind. Gleichzeitig wurde im Sinne der Solidarität die soziale Treffsicherheit erhöht.

Hohes Haus! Zum Teil recht erhebliche Ausgabenerhöhungen gibt es in diesem soliden Haushaltsentwurf nur in jenen Bereichen, in denen unsere besondere Solidarität gefordert ist.

Das gilt vor allem für das Sozial- und Gesundheitswesen. Die erhöhten Ausgaben ergeben sich beispielsweise aus der Notwendigkeit, zusätzliche Pflegebetten in den Heimen des Landes und Wohnplätze für behinderte Mitbürger, die aus den Tagesheimstätten herauswachsen, zu schaffen. Aber auch hier liegt die Ausgabenerhöhung bei rund drei Prozent. Einen Zuwachs gibt es auch im Familienbudget. Und zwar bei der Kinderbetreuung durch Tagesmütter und in Horten. Der im Jahr der Familie gefaßte Grundsatzbeschuß des Hohen Hauses wird auch in einer Zeit des Sparens konsequent in die Wirklichkeit umgesetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einen besonderen Stellenwert, der auch in den Haushalten seinen Niederschlag findet, hat seit jeher die Solidarität zwischen dem Land und den Gemeinden. Jeder Landesbürger ist zunächst einmal Gemeindebürger, das weiß ich als Altbürgermeister besonders gut. Es ist somit eine natürliche Partnerschaft im Interesse aller Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Und nicht zuletzt auch im Interesse der Wirtschaft. Erst vor wenigen Wochen ist anlässlich des 50jährigen Bestehens des Österreichischen Gemeindebundes von höchsten Vertretern der Republik die Bedeutung der Kommunen als größte öffentliche Auftraggeber und damit als Arbeitsplatzsicherer unterstrichen worden. Unsere Aufgabe ist es, die Gemeinden in dieser Funktion abzusichern und zu stärken. Dazu kommt, daß Länder und Gemeinden hinsichtlich der Konvergenzkriterien österreichweit in einem Boot sitzen, da ihr jährliches Defizit insgesamt 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten darf.

Es ist für uns selbstverständlich, daß der Konsolidierungskurs des Landes nicht zu Lasten der Gemeinden gehen kann. Ich habe schon auf das Opfer verwiesen, das Niederösterreich als einziges Bundesland mit dem Verzicht auf die Landesumlage bringt. Es schlägt in den Gemeindekassen im kommenden Jahr mit 953 Millionen, also fast einer Milliarde, zu Buche. Und zwar ohne entsprechende Kürzung der Gemeindeförderungen. Sonst wären ja vor allem die finanzschwächeren Kommunen die großen Verlierer. Ohne Bedarfszuweisungen, die sich übrigens 1998 um 6,9 Prozent auf 1,55 Milliarden erhöhen werden, summieren sich im Haushaltsentwurf die Leistungen für die Gemeinden auf 3,9 Milliarden Schilling. Das ist ein Plus von 1,17 Prozent, wobei natürlich die erwähnten ungekürzten Ausgaben im investiven Bereich inbegriffen sind. Also alles in Summe.

Hohes Haus! Das Paket, das Ihnen zur Beratung und Beschlußfassung heute vorliegt, umfaßt wiederum 12.000 Positionen. Eine Fülle, aus der ich im Rahmen meiner Einbegleitungsrede nur einige wenige Aspekte herausheben konnte. Und angesichts dieser Zahl ist ganz klar: Bevor ein Haushaltsentwurf unter dem Motto "solid und solidarisch" beschlußreif auf dem Tisch liegt, bedarf es der soliden Arbeit und des solidarischen Zusammenwirkens vieler Kräfte in Politik und Verwaltung. Es ist mir daher auch heuer nicht nur eine Verpflichtung, sondern ein echtes Anliegen, einige Worte des Dankes zu sagen. Ich danke ganz besonders allen Mitgliedern der Landesregierung, an der Spitze unserem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Die Gespräche, die unmittelbar nach Ostern begonnen haben, waren in jeder Phase sachlich und konstruktiv. Natürlich haben die Ressortchefs ihre Wünsche nachdrücklich mit sehr viel Eloquenz und Überzeugungskraft vorgetragen. Und es mag auch die Versuchung gegeben haben, angesichts eines bevorstehenden Wahlganges einige "Wahlzuckerl" vorzubereiten. Aber alle Regierungsmitglieder haben Spargesinnung gezeigt. Sie haben das Wünschenswerte dem Notwendigen untergeordnet, wobei Landeshauptmann Dr. Pröll mit gutem Beispiel vorgegangen ist.

Mein Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung, Hofrat Dr. Rudolf Höbart, und seinem gesamten Team: Hofrat Dr. Walter Pecker und Budgetdirektor Regierungsrat Eduard Pichler sowie allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die letzten Monate waren für sie sicher kein Spaziergang, mußten sie doch auch mit dem allgemeinen Übersiedlungsstreß fertig werden. Und wenn der Volksmund behauptet, daß bei einem Umzug immer etwas verloren- oder kaputtgeht, dann trifft das glücklicherweise nicht auf den Voranschlagsentwurf zu. Ich danke weiters Landesamtsdirektorstellvertreter Hofrat Dr. Werner Seif, der für die rechtzeitige EDV-mäßige Fertigstellung des umfangreichen Zahlenwerkes alle erforderlichen Kräfte zur Verfügung gestellt hat. Und ich danke schließlich Hofrat Dr. Anton Pöschmann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Druckerei und in der Buchbinderei. Sie alle haben ihr Scherflein beigetragen, daß der Budgetentwurf auch heuer wieder zeitgerecht vor der Sommerpause vorgelegt werden konnte.

Ganz besonders aber danke ich - sozusagen in "vorausseilendem Optimismus" - Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,

für die sachliche und konstruktive Beratung des Budgets 1998 im Hohen Haus. Fundierte Kritik ist selbstverständlich erwünscht. Aber ich ersuche Sie, diese Vorlage heute und morgen so zu behandeln, wie das Motto lautet: Solid und solidarisch. Ich halte es auch für durchaus symbolträchtig, daß einer der ersten großen Beschlüsse, die in diesem modernen Sitzungssaal hier gefaßt werden, einem Landeshaushalt gilt. Und daß sich auch die Landesregierung in ihrer ersten Regierungssitzung in St. Pölten mit dem Budget 1998 auseinandergesetzt hat. Wir stehen in unserem Bundesland am Beginn einer neuen Ära. Und ich bin überzeugt, daß wir dabei mit dieser Konsolidierung nach Augenmaß auf dem Weg in die richtige Richtung sind. Gehen wir diesen Weg im Interesse der Zukunft unseres Landes und seiner Bürger gemeinsam weiter - solid und solidarisch! *(Beifall bei der ÖVP, LHStv. Höger und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Im Rahmen der Generaldebatte hat sich als erster der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg zu Wort gemeldet.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Zahlen, die wir gehört haben, lassen einen Sparwillen nicht leugnen. Und ich glaube, man muß anerkennen, daß man jetzt doch eine Umkehr vorfindet. Vom Herrn Landesrat wurde betont, daß es eine Fortsetzung ist. Eine Fortsetzung wäre katastrophal. Eine Fortsetzung bedeutete eine immense Verschuldung. Das erste Mal, seit ich im Hohen Haus mitarbeiten darf, ist zu erkennen, daß man eine Reduzierung der Verschuldung vorliegen hat.

Ich glaube auch, daß es ganz wesentlich ist, daß man noch einmal festhält, daß der Nachweis dieser Einsparung, nicht die Notwendigkeit, nicht ausschließlich auf "Maastricht" zurückzuführen ist. Es wird hier immer wieder jetzt in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Maastricht jetzt Sparmaßnahmen verursacht. Ich glaube, daß erst die Vereinbarungen von Maastricht es ermöglicht haben, den Verantwortlichen das Rückgrat zu stärken, Mut zu machen, Einsicht zu vermitteln, ein Budget nicht mit gigantischen Belastungen für die nächsten Generationen zu erstellen. Ich glaube, und das möchte ich ausdrücklich festhalten, daß die Sparmaßnahmen nicht erst durch Maastricht erforderlich wurden, wie man das gerne der Öffentlichkeit unterjubeln will, sondern ganz klar die tragische Konsequenz jahrzehntelanger Schuldenpolitik sind.

Pressekonferenzen haben ja dazu geführt, daß das Budget medial schon wirksam vermarktet wurde und daher ein kleiner Hinweis: Ich habe das gelesen und ich nehme an, daß es daher stimmt - weil Zeitungen schreiben ja die Wahrheit - daß in diesem Budget kein "Wahlzuckerl" enthalten ist. Und das halte ich eigentlich für eine Aussage, die ein gestörtes Verhältnis zur Verantwortung zeigt. Denn ein "Wahlzuckerl" kann ja nur derjenige verteilen, der es auch bezahlt. Wir Politiker aber sollten, so meine ich, Ordnungsverantwortung für die anvertrauten Steuergelder haben. Und daher ist es für mich ganz logisch, daß in einem Budget kein "Wahlzuckerl" enthalten sein kann. Das wäre wirklich eine Vorgangsweise, die nicht rechtfertigbar wäre.

Bei jeder Budgetdebatte habe ich noch darauf hingewiesen, daß es uns zu wenig ist, daß ausschließlich Hochrechnungen oder Abstriche durchgeführt werden. Nun, hier bei diesem Budget vermisse ich wieder logische Strukturveränderungen, die auch dazu führen, daß Gesetze geändert werden müssen. Wie wir schon gehört haben, ist es im geringen Maße bereits geschehen.

Was mich besonders freut, ist, daß diese notwendigen Strukturveränderungen jetzt auch die ÖVP aufnimmt. Anders kann ich das nicht interpretieren, daß der Herr Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftsbund-Generalsekretär, in der Zeitung eine Erklärung abgegeben hat, die voll dem entspricht, was wir uns unter Budget, unter Änderung der Schuldenpolitik vorstellen. Um die teure, ausufernde Bürokratie einzudämmen, sollen die Staatsausgaben und die Ausgaben des Landes auf das unbedingt notwendige Ausmaß, also auf die Hoheitsverwaltung reduziert werden. Das sagt der Wirtschaftsbund-Generalsekretär. Er sagt auch - und er meint da sicher das richtige - daß eine Auslagerung zu erfolgen hat. Er spricht sogar vom sozialen Wohnbau, von kommunalen Versorgungseinrichtungen wie Schneeräumung und so fort. Ich glaube, daß das ein Weg ist, den er hier aufzeigt, den man voll unterschreiben kann. Weil es damit zu einer Rücknahme der Verwaltung, zu einer Rücknahme der Kosten kommen könnte. Anders wird sich die Frage der Reduzierung der Verwaltungskosten sicher nicht lösen lassen, als daß wir in so eine Richtung gehen. Man muß sich ernstlich, ohne dabei sofort verurteilt zu werden, auch fragen, wie es eigentlich um unseren ganzen Apparat in Österreich und um die Kosten steht. Wir haben immerhin an die acht Millionen Menschen, eine Bundesregierung, neun Landesregierungen und Bezirkshauptmannschaften, Gemein-

deverwaltungen. Und ich glaube, daß in diesem Bereich - und ich habe das auch von hier aus schon einmal gesagt - in Deutschland ist das nachgewiesen und man arbeitet auch daran, ein unheimlich großes Feld an Kosteneinsparungen vorhanden ist. Und diese Kosteneinsparungen können dann automatisch dazu führen, daß wir nicht bei sozial Bedürftigen sparen müssen. Daß Gelder nicht umgeschichtet werden, vom Staatsbürger weg zum Bund, dann kommt es zum Land und dann wird es wieder verteilt. Daß die praktisch nicht in eine Reduktion fallen, dort, wo sie gebraucht werden, sondern daß man wirklich Kosten einspart, wo man unsinnig Geld ausgibt. Jedes Bundesland hat eigene Gesetze, im Tierschutz, im Jugendschutz, Bauordnung, haben wir schon besprochen bei der Bauordnungsänderung, Energiemonopole. Das sind alles Verdoppelungen, die zu Lasten des Steuerzahlers gehen. Und hier sehe ich Ansätze für die Zukunft. Weil der Herr Landesrat ja gemeint hat, er wird diesen Sparkurs fortsetzen: Nur mit Reduzieren und Umrechnen wird man das nicht erreichen. Man wird umdenken müssen.

Es ist für mich auch interessant festzustellen, wie weit es eigentlich dem Gleichheitsgrundsatz entspricht, daß jeder Jugendliche in einem Bundesland anders abgehandelt wird auf Grund von Landesgesetzen. Also auch von dieser Seite her kann ich nur empfehlen, daß man hier von den Bundesländern dazu übergeht, diese Vorgangsweise zu überdenken und die Einsparungspotentiale freizumachen, um Steuern nicht erhöhen zu müssen. Ich spreche überhaupt nicht vom Senken, das wird sowieso nicht gehen.

Eine Steuerpolitik, eine Neustrukturierung wird also nicht einmal angedacht. Wir bleiben bei diesem Umschichtungsverfahren. Interessant für mich ist auch ein "Presse"-Artikel von Chefredakteur Andreas Unterberger, der eigentlich das bestätigt, was ich jetzt gesagt habe. Ich darf ihn auch zitieren, damit ich wirklich das wiedergebe, wie er es gesagt hat: In Zeiten, in denen Geld immer knapper wird, ist überall sehr intensiv nachzudenken. Da steht der Finanzminister als Geldeintreiber und der Landeshauptmann mit der Spendierhose. Das kann nicht auf die Dauer das Funktionsprinzip bleiben. Wenn die Bundesländer zumindest einmal ihre Steuern selbst regeln müßten, sähe der Bürger sofort, welches Land sparsam wirtschaftet und dann könnte er immer noch entscheiden, wie viel ihm Landesherrlichkeit und kulturelle Geborgenheit wert sind. Das ist ja extrem, was der da sagt. Aber extreme Aussagen bringen ja sehr oft dann Bewegung. Dem schließt sich auch zum Beispiel der Herr Univ. Prof. Kojan

von der Universität Salzburg an, wenn er sagt, wenn es richtig ist, daß Länder von Bundessteuern leben, so ist das in politischer wie in psychologischer Hinsicht verfehlt. Der Bund wird zum Adressaten aller möglichen Wünsche und gleichzeitig wegen des Steuerdrucks zum Feindbild. Das liegt hier eigentlich vor. Die Länder können sich dem derzeit entziehen. Diese Aussagen gehen alle in die gleiche Richtung: Daß man eigentlich jetzt auch im System Veränderungen hervorrufen müßte, um den notwendigen Einsparungen nachgehen zu können. Denn das rein mathematische Sparpotential ist zu wenig und wird auf die Dauer nicht zum Erfolg führen.

Ich darf jetzt zum Beispiel auch die Frage St. Pölten anschneiden. Wir sind jetzt hier in den neuen Räumen. Es wurde das auch wieder medial sehr stark immer wieder propagiert, daß es sich hier um ein vortreffliches Arbeitsklima für unsere Beamten handelt. Die modernste EDV wurde eingeführt. Und ich kann nur sagen, jeder aus der freien Wirtschaft kann hierher kommen und kann lernen, wie man solche Investitionen macht. Ich glaube, die EDV ist unantastbar wirklich in Ordnung. Ich kann aber die Verantwortlichen vom Land einladen, einmal in die Industrie zu gehen und in der freien Wirtschaft einmal zu schauen, wie so etwas abgehandelt wird. Nämlich, welchen Rationalisierungseffekt müßte man eigentlich erzielen, um diese Sachen zu rechtfertigen. Eine solche Investition wird in der Industrie meistens

mit einem "turn around" der Organisationskosten begleitet. Denn schließlich verkauft ja jede EDV-Firma ihre Anlagen und rechnet den Käufer Mann-Tage, Mann-Jahre von Einsparungen vor. Das sind grundsätzliche Fragen. Das Land aber hält von einem solchen privatwirtschaftlichen Überlebens-Einmaleins nichts. Das steht im Budget, weil im Budget sind hier überhaupt keine Einsparungen vorgesehen. Und ein "return of Investment", das gibt es nicht. Es ist sicher, daß in der Verwaltung das nicht so wie in der Industrie gerechnet werden kann, das weiß ich auch. Aber die Ansätze müssen gelten. Die Grundprinzipien sollten angewendet werden. Die Absicht, den Verwaltungsapparat schlanker zu machen, kann ich, wie in den letzten Jahren, auch in diesem Budget nicht finden. Trotz wiederholter Absichtserklärung der Regierung.

Der Dienstpostenplan für die Hoheitsverwaltung weist exakt wieder 4.764 Beamte aus. Und das bei hunderten Millionen an Investition in die Arbeitsplätze. Ein derartiger Betrieb wäre in der Industrie sofort wegrationalisiert. Und die Betriebe sind ja eigentlich die Triebfeder, das haben wir jetzt auch wieder vom Finanzminister gehört. Wir sehen auch, daß für die Investitionen in die Landesregierung, Hoheitsverwaltung, 50 Millionen vorgesehen sind. Wieder neu, so wie im Vorjahr, für Hardware, Software: EDV-Einsparung Null. Ich frage mich, wieso wird so viel investiert und was wird mit diesen zusätzlichen Kapazitätsspitzen gemacht? Denn das ist Kapazität, die eingebracht wird. Das ist schnelleres Arbeiten, sicheres Arbeiten, besseres Arbeiten, mehr Möglichkeiten. Aber im Endeffekt müßte ja bei einer derartigen Investition, die wir hier vorliegen haben, eine Einsparung vorliegen. Für mich erhebt sich die Frage, in welcher Form und wann der Einsatz der zugegebenermaßen hochentwickelten EDV die Beschäftigten bei der Hoheitsverwaltung jetzt reduzieren wird. Und zwar könnte ich mir vorstellen, daß hier auch Betriebsberater beschäftigt werden, die einmal eine Arbeitsplatzbewertung durchführen und eine Möglichkeit der Einsparung aufzeigen. So wie, ich muß immer wieder Deutschland erwähnen, weil denen geht es ja nicht besser als uns. Wir leben ja in Europa Gottseidank im oberen Feld des Standards, aber alle haben Probleme, Frankreich, Deutschland, Schweiz, Italien. Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß wir diese Probleme haben. Aber wir sollten zupacken, wir sollten ernstlich einmal daran gehen.

Auch bei den Bezirkshauptmannschaften ist der Dienstpostenplan gleich geblieben, ja es

werden sogar um 17 Mitarbeiter mehr benötigt. Und das, obwohl 14 Millionen in die EDV investiert werden. Und dafür fehlt mir das Verständnis.

Im wesentlichen glaube ich, daß auch der tragische Vorfall in einer Bank, der überall klar gemacht hat, wie extrem der Postenschacher und wie unglaublich die Einflußnahme der Regierungsparteien auf Fachbesetzungen sind, die Bevölkerung schwer getroffen hat. Die Politiker beschäftigen sich hektisch mit Schadensbegrenzung. Nur für Niederösterreich gilt das russische Sprichwort: Was kümmert es die Wurzeln der Eiche, wenn der Wipfel zittert. Soweit mir bekannt ist, hält der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll nicht sehr viel davon, eine gesetzliche Grundlage für die Besetzung von Leitungsfunktionen im Landesdienst einzuführen. Ich glaube, daß in dem Zusammenhang auch der Artikel im "profil" eine ganz wesentliche Aussage zeigt, wenn man das wissentlich liest. Da wurde ein Personalberater, der meines Wissens auch hier beschäftigt ist, befragt, wie er denn eigentlich seine Arbeit sieht. Und diese Aussage, die er getroffen hat, ist mehr als aufklärungsbedürftig. Denn er sagt wörtlich, daß man ohnedies wüßte, was von ihnen in bezug auf politische Ansichten erwartet wird. Das führt eigentlich die Personalberatung ad absurdum. Und der Mann muß da in einer sehr lockeren Stunde sein Interview gegeben haben. Weil er sagt sogar, gewisse Prämissen der Vorgabe sind eben zu akzeptieren. Wo bleibt dann die Beratung, frage ich mich. Weil bei so wesentlichen Sachen wie die Gruppenleiterbesetzung, die wir jetzt hinter uns haben, und die ganze Umstrukturierung, die hier durchgezogen wurde, wenn da der Berater faktisch weisungsgebunden agiert, dann brauche ich ihn ja nicht. Da hätten wir das Geld auch noch sparen können.

Zum Schluß möchte ich noch einmal sagen: Die Sparmaßnahmen, die hier eingeleitet wurden, sind nicht zu übersehen. Und das ist auch der Grund, warum wir dem Budget im wesentlichen zustimmen werden. Weil ich es nicht für richtig erachte, daß man nur kritisiert. Was mir aber fehlt, das sind diese strukturellen Veränderungen, ist das Einbringen neuer, wesentlicher Ideen, die zugegebenermaßen nur in Zusammenarbeit mit dem Bund möglich sind. Weil es ist schon klar, daß das Land allein hier nicht über seinen Schatten springen kann. Es ist aber mit Sicherheit der Weg der Konsolidierung ohne diese Grundideen, die Gottseidank die ÖVP laut Wirtschaftsbund-Generalsekretär auch aufgegriffen hat, sicher nicht fortzuführen und zum Erfolg zu bringen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für mich ist das diesmal die fünfte Budgetdebatte, die ich hier in diesem Haus mitmache. Und ich kann für mich feststellen, irgendwo ist es ein Ritual. Die Positionen sind von vornherein klar, das Budget ist im großen und ganzen zwischen "Rot" und "Schwarz" paktiert. Das hat man auch gesehen bei den Ausschusssitzungen. Wenn ich zum Beispiel daran denke, daß ein Abgeordneter die Frage gestellt hat, wo sind ersichtlich die Betriebs- und Erhaltungskosten dieses Landhauses? Es konnte keine Antwort gegeben werden, aber trotzdem waren alle relativ zufrieden. Obwohl man nicht genau gewußt hat, wo das drinnen steht. Eigentlich konnte keine Antwort gegeben werden. Und daher sieht man, wir haben uns ja vor zwei Jahren ernsthaft hier auseinandergesetzt und Bemühungen angestrengt, mit Abänderungsanträgen hier auf das Budget noch einwirken zu können. Kein einziger Antrag ist seinerzeit auch nur ernsthaft diskutiert worden. Daher haben wir uns wiederum darauf verlegt und werden das auch heuer so machen, daß wir unsere Ideen und unsere Vorschläge bei den einzelnen Kapiteln in Form von Resolutionsanträgen einbringen werden. Weil wir natürlich interessiert sind, an diesem Land gestalterisch mitzuwirken. Beim Budget ist es für uns schwierig, aber in anderen Bereichen wird es uns hoffentlich gelingen.

Nun, Herr Landesrat Freibauer nimmt uns ja immer in der Budgetdebatte mit und erwähnt uns. Und daher darf auch ich zu Beginn auf einiges eingehen, was er hier gesagt hat. Nämlich zu den Klippen und Eisbergen, die zu umschiffen sind. Dieser bildliche Vergleich hat natürlich auch eine zweite Sicht. Denn man muß sich die Frage stellen, wer hat denn dieses Schiff aus dem ruhigen Gewässer zu den Klippen geführt und zu den Eisbergen? Wer ist denn zu den Eisbergen hingefahren in dem Bereich der Überschuldung und jetzt in den Bereich des Kaputtsparens? Das waren Sie! Das waren Sie, die über Jahre hinaus an der Spitze dieser Regierung sitzen. Sie waren es, die dieses Schiff dorthin gebracht haben. Und daher ist das jetzt nicht irgendein sportliches Manöver, das man mit dem Budget erledigt, sondern es ist einfach eine Notwendigkeit aus der Situation heraus, daß wir das wieder in Ordnung bringen, was über Jahre in Unordnung gebracht wurde. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Natürlich gebe ich auch dem Kollegen Ing. Dautzenberg recht, wenn er sagt, vom Zahlenwerk her kann man dem Positives abgewinnen. Das muß man auch unterstreichen. Ich würde sagen, bei leicht steigenden Ausgaben ist trotzdem der Abgang gesunken. Das ist etwas, was positiv zu vermerken ist. Und das müssen auch wir anerkennen, das ist überhaupt keine Frage. Der Weg ist richtig. Ich denke allerdings jetzt zurück. Wer hat denn diesen Weg eingeschlagen? Wer hat denn diesen Weg wirklich eingeschlagen? Ist das nicht eine Zwangsmaßnahme auf Grund der Konvergenzkriterien? Hat es nicht andere Entwicklungen gegeben, bevor wir zur EU gekommen sind?

Ich denke, daß wir noch in der Budgetprognose am 29. Juli 1995 etwas beschlossen haben, und zwar hier herinnen. Nicht in diesem Haus, sondern in Wien, aber im Landtag, wurde die Budgetprognose beschlossen. Ich habe mir die Zahlen noch einmal angeschaut, weil die Budgetprognose sehr wohl gegen die Stimmen der Freiheitlichen beschlossen wurde. Damals hat man beschlossen, den Abgang 1995 mit 8,4 Milliarden in Kauf zu nehmen, für 1997 den Abgang mit 10 Milliarden in Kauf zu nehmen und für das Jahr 2000 hat man damals bereits prognostiziert und haben "Rot" und "Schwarz" zugestimmt und beschlossen 15,4 Milliarden. Das war eine Art der Politik, die nimmt man halt in Kauf. Es wird immer mehr werden, doch irgendwie werden wir das schon tragen. Das haben Sie noch jetzt in dieser Legislaturperiode vor zwei Jahren beschlossen. Und heute, weil wir unter den Zwangsmaßnahmen der EU stehen und daher einen anderen Weg gehen, wird das geradezu als Erfolg verkauft.

Und wenn man sich anschaut: Was wird denn als Erfolg verkauft? Im wesentlichen wird als Erfolg verkauft, daß auf Grund des jetzigen Zahlenwerkes die Einnahmen höher sind als prognostiziert. Dem kann man natürlich auch etwas Positives abgewinnen, das möchte ich gar nicht bestreiten. Aber ich sehe doch, daß diese Einnahmepolitik auf die Kosten der Bürger geht. Daß man hier ganz einfach mit den Belastungspaketen ganz tief in die Taschen der Bürger greift. Man greift hinein, um die Budgets entsprechend den Konvergenzkriterien in Ordnung zu bringen. Doch wenn man sich anschaut, was sich ausgabenseitig wirklich tut bei diesem Budget, dann muß man sagen, es tut sich sehr wenig. Es tut sich ausgabenseitig, würde ich sagen, überhaupt nichts. Es gibt keine Veränderungen, es gibt keine Ansätze, die erken-

nen lassen, daß man hier einen neuen Weg beschreitet.

Und noch etwas, Herr Landesrat! Sie haben immer so schöne, bilderreiche Mottos für das Budget. Diesmal "solid und solidarisch". "Solid" und "solidarisch" sind sicher positive Begriffe. Wenn sie für ein Budget gelten sollen, sind sie auch positiv. Aber ich glaube, man darf bei aller Euphorie, in die man jetzt diesem Budget gegenüber verfällt - weil das wird sich ja wahrscheinlich noch steigern in dieser Budgetdebatte - nicht vergessen, wenn wir unser Budget als solid bezeichnen, daß wir jenes Bundesland sind mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung und mit dem höchsten Abgang. Und man soll schon die Kirche im Dorf lassen, und nicht unbedingt jenes Budget in Österreich, welches den höchsten Abgang hat und das Land, das die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufweist, hier mit dem Wort "solid" bezeichnen. Ich glaube, da sollte man eher vorsichtig sein. Vielleicht würde etwas mehr Zurückhaltung angebracht sein, weil noch ein langer Weg vor uns liegt, bevor wir sagen können, daß wir im Umfeld der anderen Bundesländer unser Budget als solid bezeichnen können.

Es gibt noch etwas, weil ich auch gerne Positives hervorhebe: Erstmals in der Budgetdebatte spricht der Finanzlandesrat nicht mehr euphorisch, wir sind der Kulturmilliarde wieder ein Stück nähergekommen. Sondern diesmal ist in diesem Bereich tatsächlich Spargesinnung gezeigt. Und das ist etwas, was uns natürlich auch positiv berührt.

Herr Landesrat! Sie haben auch die Finanzierung der Landeshauptstadt wiederum angesprochen. Und da gibt es ja immer diese nette Konfrontation, sind es Steuergelder oder nicht. Heute waren es wieder keine Steuergelder. Im März 1997 haben Sie ja selbst gesagt, ich zitiere: Die Steuerzahler zahlen für das Regierungsviertel keine Steuern und keine Abgaben. Bis jetzt nicht und auch in Zukunft nicht. Mit 10. Mai habe ich mir kurz gedacht, jetzt ist die Einsicht da. Da schreibt nämlich die "Kronen Zeitung" zum selben Thema: Natürlich sei das Steuergeld, sagt der schwarze Landesrat. Jetzt habe ich mir gedacht, das wäre eine kurze Einsicht gewesen, zumindest bei der Definition, um welches Geld es geht, das hier verbaut wurde. Weil es ja niemand versteht in dem Land und in der gesamten Republik, daß die Niederösterreicher um Milliarden ein Haus bauen und das nicht aus Steuergeldern finanziert wird, sondern aus irgendwelchen Töpfen, die sich selbst nähren. Und es wäre überhaupt kein Steuergeld im Spiel.

Ich habe schon gesagt, Herr Landesrat, Sie haben es ja selber bei der Budget-Ausschußsitzung nicht beantworten können, wo sind denn die Betriebskosten und die Erhaltungskosten zu finden? Und ich frage mich, wenn wir heute hier stehen und alles so schön ist - ich meine, in diesem Saal ist natürlich alles schön. Aber wir sind ja auch eingezogen in dieses Haus und erleben vieles mit. Und man muß sich schon die Frage stellen, wie wird denn das alles finanziert werden? Ich nehme nur als Beispiel her, was ich selbst, nachdem ich fast jeden Tag hereinfahre, erlebt habe: Die Einfahrt in die Tiefgarage. Über 14 Tage lang wurde jetzt "Rückbau" betrieben. Das kostet wahrscheinlich auch nichts. Sicher auf alle Fälle kein Steuergeld. Über 14 Tage wurde Rückbau betrieben. Die Garage steht zum Teil unter Wasser, obwohl wir nicht einmal Hochwasser haben. Das erlebt man hier, wenn man täglich hereinfährt. Und eine Frage. Es ist zwar banal, aber es ist so typisch. *(LR Mag. Freibauer: Wo haben Sie da den Wasserstandsmesser angebracht? An Ihrem Miesmachen hat sich nichts geändert!)*

Wenn man hereinfährt, sieht man das. Sie fahren wahrscheinlich oft woanders hin und nicht hier herein in dieses Haus, denn sonst würden Sie öfters die Wasserpfützen sehen und das eindringende Wasser. Sie sollten öfter hereinfahren, Herr Landesrat. Aber man muß sich einige Fragen stellen, wenn man mit diesen Kleinigkeiten schon bei der Einfahrt überrascht wird. Die Landhausgarage ist die einzige Garage, die ich kenne, in der die Ticketautomaten für Ein- und Ausfahrt nicht im überdachten Bereich stehen. Ich weiß nicht, was man sich dabei gedacht hat. Ich habe das noch nie gesehen. Hier gibt es das. Wahrscheinlich ist das der nächste Teil, der repariert wird. Und ich sage das nur als so typisches Beispiel, weil man jeden Tag irgend so etwas erlebt. Und heute wird so getan, als würde uns das alles finanziell nicht belasten. *(LR Mag. Freibauer: Und das ist genau Ihre Art eine Budget-Generaldebatte abzuführen!)*

Herr Landesrat! Das ist eben das Problem Ihrer Fraktion, daß Sie über alle Dinge hinweggehen, weil Ihnen relativ "wurscht" ist, was das kostet! *(Beifall bei der FPÖ.)*

So wie in der vorigen Debatte der Präsident Ing. Eichinger allen Ernstes behauptet, wir seien hier pünktlich eingezogen, obwohl wir alle wissen, wir sind ein Dreivierteljahr zu spät dran. *(Präs. Ing. Eichinger: Das stimmt doch überhaupt nicht!)* Herr Präsident, wir waren doch selbst in der Präsidiale, als der Termin verschoben worden ist. Man kann doch jetzt nicht so tun, als wären wir nicht überall dabei gewesen. Herr Präsident, das

funktioniert nicht! Das kannst Du Deinem Klub erzählen, aber das glaubt Dir sonst niemand. Das glaubt Dir sonst niemand, daß der 21. Mai der ursprüngliche Termin war.

Aber es gibt ja etliches mehr, was wir im Zuge der Generaldebatte zu besprechen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Etwas, was uns in dem Land alle betrifft, ist der EU-Beitritt. Und jetzt, nachdem wir einige Jahre, jetzt kann man schon sagen dabei sind, wird so getan, naja, wir sind einmal beigetreten, das kostet etwas, die Zahlen sind nicht mehr so genau nachvollziehbar und es liegt alles nicht mehr so am Tisch, wie wir das ursprünglich wollten, daß wir das nachvollziehen können.

Herr Landesrat! Wir haben auf Grund des ersten und zweiten EU-Anpassungsbudgets sehr wohl gewußt, was uns, dem Land, der EU-Beitritt kostet. Nämlich im ersten Jahr 1,37 Milliarden, im zweiten Jahr 1,4 Milliarden. Und jetzt, bei dieser Ausschusssitzung wurden Sie gefragt, was kostet uns denn heuer oder für 1998 der EU-Beitritt? Was zahlt denn das Land Niederösterreich dafür? Und Sie haben gesagt, es ist nicht so genau ausgeworfen, aber es werden zirka 900 Millionen Schilling sein. Ich frage mich: Gibt es irgendwo eine Beitragsreduktion für Österreich? Ich frage mich, gibt es für uns keine genauen Zahlen mehr? Und weshalb gibt es keine genauen Zahlen mehr? Oder liegt es einfach daran, daß wir jetzt irgendwann den Euro erhalten? Daß die Bevölkerung mittlerweile fifty-fifty steht, plus und minus? Und daß vielleicht eine Abstimmung über den Euro ins Haus steht. Und daß man bereits jetzt vorausschauend beginnt, den Menschen des Landes nicht mehr zu sagen, was uns dieser Beitritt kostet. Ich würde dahinter ganz einfach eine Verschleierungstaktik orten, daß man darangeht zu sagen, es kostet ein bißchen was, man weiß es nicht genau. Man weiß ja nicht, wie es zurückfließt. Und Herr Landesrat, ich glaube schon, daß hier ein Finanzlandesrat des Landes Niederösterreich gefordert wäre, wenigstens den Abgeordneten ein genaues Bild darüber zu geben. Denn so kann es nicht sein, daß man jetzt in diese nächste Phase der Währungsunion wiederum nur mit Werbegags 'reingeht und wiederum nur mit Verschleierungspolitik den Menschen verschweigt, was der Euro dann wirklich bringt.

Gestern habe ich mir diese Diskussion angesehen "Zur Sache", weil es ganz interessant ist, wie hier wieder operiert wird. Und es ist so typisch. Es ist typisch für diese Regierung und es ist auch typisch, wie diese Art der Politik hier fortgesetzt wird. Da sitzt die Staatssekretärin, die Frau

Ferrero-Waldner und als einziges Argument hat sie die schönen Banknoten, die ein Österreicher gezeichnet hat, als Argument für den Euro. Und der EU-Beauftragte, der Herr Haiden, argumentiert mit dem dümmsten Schmäh, den es gibt, daß, wenn einer wegfährt in Österreich, in über 15 Länder und jeweils die Summe, die er mit hat wechselt, er mit der Hälfte zurückkommt. Es gibt diesen dummen Menschen nicht, der in jedem Land immer das, was er gerade im Sack hat, wechselt. Aber mit dieser Art der Politik wird man wieder versuchen, uns in etwas hineinzureiten, wo man dann hinterher draufkommt, so hat man es nicht gemeint und so war es ja gar nicht.

Ich erinnere hier daran, daß bisher keines der Versprechen, die uns gegeben wurden für den EU-Beitritt, eingehalten wurde. Und ich erinnere daran, was der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll vor dem Jugendparlament versprochen hat. Er hat gesagt: Viele Steuern werden nach dem Beitritt nicht mehr so hoch sein wie jetzt. Das war im Jahre 1994. Ich war selbst dabei und da gibt es ein Protokoll darüber. Herr Strasser, das Protokoll existiert noch immer. Da gibt es ein Protokoll: Viele Steuern werden nicht mehr so hoch sein wie jetzt. Und ich frage, welche Steuern wurden gesenkt? Welche Steuern sind nicht mehr so hoch? Welche Abgaben wurden zurückgenommen? Ganz im Gegenteil! Wir haben ein Belastungspaket nach dem anderen und wir haben eine Erhöhung nach der anderen. Und Niederösterreich hat ja mit dem Kindergartenbeitrag doch immerhin ein Beispiel geliefert, wie man es nicht macht. Wenn man sagt, für die Finanzierung ist es notwendig, einen Kindergartenbeitrag einzuheben. Und ich darf da nur aus einem Pressebericht zitieren, damit wir da uns auch im Klaren sind, was dieser Kindergartenbeitrag gebracht hat: Nur noch 5.000 Mädchen und Buben werden am Nachmittag in den NÖ Kindergärten betreut. Um blamable zwei Drittel weniger als vor dem Inkrafttreten des neuen Kindergarten- und Kinderbetreuungsgesetzes im vergangenen Herbst. Zuvor seien es noch 13.500 Kinder gewesen, gab Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop am Mittwoch bekannt. Also vorher 13.500, nun sind es 5.000. Herr Landesrat, Sie haben den großartigen Kindergartenbau in dem Land erwähnt. Sie haben recht, der ist großartig und wir haben wahrscheinlich die schönsten Kindergärten überhaupt in dieser Republik. Nur, was hilft es uns, wenn um zwei Drittel weniger Kinder am Nachmittag drinnen sind?

Bei dieser großartigen Budgetmaßnahme des Einhebens des Kindergartenbeitrages geht es ja noch weiter: Trotz der Kostenbeiträge der Eltern

fehlt dem Land für die Kinderbetreuung in 550 Gemeinden noch haufenweise Geld - 24 Millionen Schilling. Seit der Einführung des neuen Gesetzes nahmen die Gemeinden im ersten Halbjahr aus den Elternbeiträgen etwa 20 Millionen ein. Im gleichen Zeitraum seien die Ausgaben einer Gemeinde um 44.000,- Schilling gestiegen, rechnete Prokop vor. Das macht zusätzlich 24 Millionen pro Jahr. Das heißt, wir heben einen Kindergartenbeitrag ein und haben es mit dieser Methode sogar noch erreicht, das Defizit zu erhöhen. Und das ist wahrscheinlich eines der schlimmsten Beispiele dafür, wie es aussieht, wenn man sich momentan von der Regierungsseite in gewisse Dinge einmischt und Veränderungen vornimmt. Die Auswirkungen liegen am Tisch.

Aber was uns, und das darf ich auch anbringen, noch mehr ärgert, ist, daß dann in der ÖVP-Zeitung steht, und zwar ist das "die NÖ Gemeinde", die letzte Ausgabe: Kindergartengipfel bringt Verbesserung. Punkt 5: Eine kostenpflichtige Vormittagsbetreuung, wie dies von den anderen Parteien gefordert wird, kommt für die NÖ Volkspartei nicht in Frage. Und da frage ich mich schon, was Sie Ihren Funktionären beibringen, wenn Sie vielleicht noch erklären wollen, daß wir für die Bezahlung der Vormittagsbetreuung eingetreten sind. Das stimmt nämlich alles nicht. Und das möchte ich auch heute einmal bei dieser Generaldebatte bringen, weil es, glaube ich, wichtig ist, wie man in dem Land umgeht und wie sich Maßnahmen in kürzester Zeit für die Bürger spürbar negativ auswirken.

Ich meine daher, daß, wenn es ums Budget geht, man sich auch von der Landesseite her in Niederösterreich Gedanken um Verbesserungen machen soll. Und wir werden das machen. Wir werden etliche Resolutionsanträge einbringen. Und wir bringen einen ein, weil wir davon überzeugt sind, daß er auf lange Sicht Abhilfe schafft, nämlich der Antrag zur Entsteuerung nicht entnommener Gewinne für Betriebe. Das ist eine Maßnahme, die sich ganz einfach auf die Wirtschaft des Landes positiv auswirken wird. Und ich darf in diesem Sinne auch ersuchen, im Zuge dieser Budgetdebatte unsere Anträge entsprechend ernsthaft mitzudiskutieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz Bezug nehmen auf den Vorredner, der hier sehr stark die Fragen der EU-Kosten und natürlich auch den Euro in die Debatte eingebracht hat. In der Annahme, daß hier vielleicht noch an Unsicherheit weiter geschürt werden kann. Ich meine, daß der EU-Beitritt für Österreich als hochentwickeltes Land nicht zum Nulltarif möglich war, das haben wir gewußt. Daß der Euro als eine Form der wirtschaftspolitischen Konzeption Europas längerfristig notwendig ist, war auch jedem Staatsbürger bewußt. Ich bin überzeugt, daß ein Wirtschaftsraum, der abzielt auf eine Harmonisierung in vielen Bereichen selbstverständlich auch eine einheitliche Währung irgendwann einmal haben muß. Und je rascher dies geschieht, umso besser für die Volkswirtschaften insgesamt.

Ich weiß schon, daß die Kriterien diskussionswürdig sind und auch Diskussionen ausgelöst haben. Daß aber das Ziel, nämlich der Planung und der Sicherheit vor Währungsrisiken für die exportierende Wirtschaft, für den gesamten Wirtschaftsraum einfach eine Notwendigkeit ist. Und ich habe auch gestern diese Diskussion verfolgt. Manche Argumente sind wirklich etwas unangenehm, das gebe ich schon zu. Besonders wenn sie von Fachleuten oder angeblichen Fachleuten dann immer wieder verwendet werden. Es ist wirklich etwa so wie wenn man beim Semmering-Tunnel ausschließlich über die Fahrzeit diskutiert und nicht auch über die Technik, die notwendigerweise hier mitberücksichtigt werden muß. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren den Voranschlag des Landes in einer Zeit, da wir, Landesrat Freibauer hat darauf hingewiesen, auch zum letzten Mal in dieser Gesetzgebungsperiode einen Voranschlag zu beschließen haben. Nämlich vor den Wahlen, die vor uns stehen. Und Tatsache ist, daß es schon kennzeichnend für diese Regierung ist oder für den Großteil dieser Regierung, daß wir die Zusammenarbeit im Bereich des Budgets, der Budgeterstellung, des Budgetvollzuges in all den Jahren sehr ordentlich im Interesse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gestaltet haben. Und ich glaube, daß das eine gute Grundlage ist, wenngleich ich sofort hinzufügen möchte, daß das nicht heißt, daß man mit jeder einzelnen Position vollkommen einverstanden sein muß. Oder daß man in der Umsetzung des Budgets nicht noch mehr Phantasie vielleicht walten lassen kann, um gewisse Umschichtungen in einzelnen Ressorts durchzuführen. Dennoch sind die Eckdaten für mich sehr, sehr klar und in der Konzeption auch durchaus zustimmungswürdig und -fähig. Und ich habe auch im Finanz- und Wirtschafts-Ausschuß klar ausgeführt, daß

ich schon meine, daß es beachtlich ist, ein Budget in so einer Phase so ruhig abzuwickeln und auch zu beschließen. Das zeigt von einem gemeinsamen Niederösterreichbewußtsein, das schon bemerkenswert ist und auf welches ich ausdrücklich hinweisen möchte.

Die Tatsache, daß wir das Budget 1998 neuerlich bereits im Sommer beschließen, ist, glaube ich, sehr gut, auch deshalb, weil eine gewisse Planungssicherheit für die Gemeinden gegeben ist, die dann im Herbst ihre Budgets darauf aufbauen können. Und daher ist man im Vorjahr einmal abgegangen von der Budgeterstellung im Spätherbst. Und wie es sich zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Korrekturen oder die Abweichungen, die notwendig sind, auch nicht größer geworden gegenüber jenem Budget, das wir vor Weihnachten immer beschlossen haben.

Herr Landesrat Mag. Freibauer nannte das Motto, "solid und solidarisch". Ich sage das hier auch im Hohen Haus, was ich auch bereits im Finanz- und Wirtschafts-Ausschuß hinzugefügt habe: Ich bin froh, daß sich Landesrat Mag. Freibauer nun jener Solidarität gegenüber den Gemeinden rühmt, zu der wir sehr stark nachgeholfen haben. Daß er nun durch die Abschaffung der Landesumlage mit den Gemeinden solidarisch sein kann. Dies ist deshalb wichtig, weil man sieht, daß aus einem Bemühen heraus, aus der Erkenntnis heraus plötzlich ein Budget der Solidarität für die Gemeinden oder mit den Gemeinden zu erstellen möglich ist. Als wir begonnen haben, für die Abschaffung dieser Landesumlage einzutreten - die Bemühungen liegen ja weit zurück - war es immer so, daß das ein fast unmögliches Ansinnen war oder immer wieder zurückgewiesen wurde, solange eine absolute Mehrheit bestanden hat. Daß ein derartiger Beschluß einfach nicht möglich war. Ich bin nun sehr froh, daß ich wesentlich dazu beigetragen habe, mit meiner Fraktion unter anderen Fraktionen wesentlich dazu beigetragen habe, diese Solidarität stärker zu entwickeln, Herr Landesrat. Und in diesem Sinne sind wir alle froh, daß das Geld jetzt in den Gemeinden verbleibt, und die Gemeinden gleich am besten wissen, was sie damit zu tun haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser nun zur Behandlung anstehende Vorschlag übersteigt zum ersten Mal die magische Grenze von 50 Milliarden. Es handelt sich um ein Budget, das - und das sei auch angefügt - eigentlich im wesentlichen eine Fortschreibung der Positionen darstellt, mit Ausnahme des Gesund-

heitsbereiches, wo rund 400 Millionen, und im Sozialbereich, wo 677 Millionen Schilling zusätzlich ausgegeben werden. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß dies den tatsächlichen und realen Bedürfnissen der Menschen in unserem Lande Rechnung trägt und daß dafür auch unsere volle Zustimmung gegeben wird. Ich möchte aber doch anmerken, daß durch geeignete Strukturmaßnahmen gerade in diesen sensiblen Bereichen, nämlich Soziales und Gesundheit, Änderungen und Anpassungen notwendig sein werden, um die bestehenden Systeme in modifizierter Form auch mittel- und längerfristig finanzierbar zu machen. Erste Ansätze wurden im Gesundheitsbereich bereits durch Einführung der leistungsorientierten Kostenverrechnung gemacht. Das Gesundheitswesen muß durch die Verbesserung der Ablauforganisation, Abstimmung der Investitionen und durch verbesserte Zusammenarbeit in regionaler Sicht zweifellos effizienter gemacht werden. Weitere Strukturanpassungen werden jedoch auch in anderen Bereichen folgen müssen, da die Fortschreibung unveränderter Finanzstrukturen über eine längere Zeit den sich langsam abzeichnenden günstigeren Konjunkturtrend wieder rasch erlahmen ließe.

Die derzeitigen Finanzierungsstrukturen des Landes sind ja einnahmenseitig weitgehend fremdbestimmt und lassen durch Zweckbindung kaum eine Manövrierfähigkeit zu, das muß man schon feststellen. Immerhin stehen von rund 46 Milliarden Einnahmen des Landes nur rund ein Drittel als allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung. Das heißt, die wirkliche Verfügbarkeit und Manövrierfähigkeit ist stark eingeschränkt. Man wird daher auch darüber nachdenken müssen, im Rahmen der Bundesstaatsreform nicht nur eine Kompetenzbereinigung zwischen Bund und Ländern vorzunehmen, sondern auch Anpassungen im Rahmen der finanzverfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu überdenken und zu berücksichtigen. Derzeit besitzen die Länder, wie die Beispiele der "Mastensteuer" oder der vom Verfassungsgerichtshof wegen Gleichartigkeit mit Bundesabgaben aufgehobenen Standortabgabe zeigen, kaum Spielraum, ihre Einnahmenstruktur zu bereinigen oder zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Budgetdebatte fällt in eine Zeit, in der sowohl in der NÖ Wirtschaft wie auch in Österreich erfreulicherweise eine gewisse Erholung spürbar wird. Ein echter Konjunkturaufschwung kommt jedoch nur schwer in Gang. Wir hören zwar von positiven Impulsen aus den Überseemärkten mit einer weiterhin dynamischen Entwicklung in Osteuropa. Andererseits erholt sich die Wirtschaft in

Europa nur schwer aus dem Konjunkturtief. Der notwendige Sparkurs bedeutet kurzfristig sinkende Netto-Realeinkommen mit allen Konsequenzen für die Inlandskonjunktur. Und vor allem investieren die Unternehmen wenig, trotz niedriger Zinsen und trotz einer guten Gewinnsituation. Tatsache ist, daß sich die NÖ Wirtschaft in diesem Umfeld recht günstig entwickelt. Von der strukturellen Krise der deutschen Wirtschaft ist Niederösterreich anders als der Westen unserer Republik nicht allzu stark betroffen. Andererseits profitiert unser Land schon auf Grund der räumlichen Lage stärker von der auch weiterhin dynamischen Nachfrage und Entwicklung aus Osteuropa. Auch die Krise im Tourismus betrifft Niederösterreich nicht so stark. Dazu ist der Sektor für die Gesamtwirtschaft bei uns von zu geringer Bedeutung und zudem gibt es moderne Angebote im Gesundheitstourismus, die von der Flaute derzeit noch weniger betroffen sind. Auch aus der Industrie hört man vorsichtigen Optimismus. Nach Unternehmensumfragen verbessern sich die Erwartungen der Unternehmen nach dem Einbruch zur Jahreswende 1995/1996 jetzt doch zusehends und auch die Auftragsstände nähern sich langsam wieder den Normalwerten. Zuletzt übersteigen jene Unternehmen, die eine steigende Produktion melden, jene mit sinkender Produktion in Niederösterreich wieder deutlich. Stärker als im österreichischen Durchschnitt jedenfalls entwickelt sich dieser Bereich. Allerdings dürfte dies weniger auf die bessere Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zurückzuführen sein, sondern darauf, daß die NÖ Industrie stark auf die Produktion von Vorleistungen ausgerichtet ist. Und gerade hier entsteht derzeit Nachfrage. Andererseits bleibt die Lage in den traditionellen Konsumgüterbereichen - und auch das muß man festhalten - auch weiterhin prekär - hier verbinden sich negative Effekte durch die gedämpfte Inlandsnachfrage mit strukturbedingten Schwächen im Globalisierungsprozeß. Vervollständigt wird das kurzfristig nicht ungünstige Bild durch eine im wesentlichen dynamische Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen.

Im Handel haben sich die Umsatzzuwächse von 3,2 Prozent im Vorjahr zwar nur noch um ein Prozent im bisherigen Jahresverlauf erhöht. Das ist allerdings immer noch mehr als im österreichischen Durchschnitt, wo die Umsätze derzeit stagnieren. Besonders hohe Zuwächse sehen wir bei wirtschaftsnahen Diensten. Hier werden im Sog der anziehenden Industriekonjunktur in nicht unerheblichem Ausmaß auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Tatsächlich sind es vor allem diese Bereiche, die Niederösterreich augenblicklich eine

Spitzenstellung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze einräumen. Während im Vorjahr die Beschäftigung in unserem Bundesland noch stagniert hat, liegt sie im bisherigen Jahresverlauf immerhin um rund 6.000 Arbeitnehmer, das sind plus 1,3 Prozent, über dem Vorjahresniveau. Allerdings, und das ist der Wermutstropfen, reicht dies bei weitem nicht aus, um den Arbeitsmarkt spürbar zu entlasten. Wegen des weiter steigenden Arbeitsangebotes bedeutet ein Plus von 6.000 Arbeitsplätzen nur 1.500 weniger Arbeitslose. Das ist schon ein Erfolg, aber die Arbeitslosenquote ist damit im bisherigen Jahresverlauf nur um 0,3 Prozent gesunken. Wir haben zwar derzeit den höchsten Beschäftigungsstand mit rund 520.000 Beschäftigten und wir können auch stolz sein, daß das eine gewaltige Entwicklung gegenüber den achtziger Jahren darstellt, wo wir noch um die 380.000 hatten, aber wir müssen schon erkennen, daß hier Arbeitsplatzschaffung und Arbeitskräfteangebot eben eine Entwicklung nehmen, die uns einfach immer wieder von neuem fordert. Insgesamt paßt sich die gegenwärtige Konjunkturentwicklung in Niederösterreich aber dennoch in einem eindrucksvollen mittelfristigen Aufholprozeß ein. Seit der grundlegenden Veränderung der Rahmenbedingungen durch die Ostöffnung ist das reale Bruttoinlandsprodukt Niederösterreichs mit 3,2 Prozent deutlich schneller gewachsen als im übrigen Österreich mit 2,6 Prozent. Und ich habe bereits auf die positive Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen.

Ein besonderes Problem auf dem Arbeitsmarkt stellt sicherlich die Jugendarbeitslosigkeit dar. So waren 1996 in Niederösterreich 6.000 Menschen unter 25 Jahre arbeitslos. Das sind um 12,3 Prozent mehr als noch 1995. Und obwohl eine Studie der Arbeiterkammer zeigt, daß bei 40 Prozent der ausbildenden Betriebe dem Betrieb aus der Lehrlingsausbildung keine Kosten erwachsen, sondern vielmehr ein Gewinn erwirtschaftet werden kann, wird es immer schwieriger, der Lehrstellennachfrage von Schulabgängern ein entsprechendes Lehrstellenangebot gegenüberzustellen. Es sollte daher wirklich intensiv nicht nur nachgedacht sondern auch gehandelt werden über einen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben, und verstärkte Investitionen in Wissenschaft und Forschung erfolgen. Damit können nämlich neue zukunftsträchtige Berufsfelder erschlossen werden und das brauchen wir eben, um unseren Anspruch nach Beschäftigung, nach Vollbeschäftigung, ich sage das Wort Vollbeschäftigung, eben erfüllen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte etwas ansprechen, was den europäischen Sozialfonds betrifft. Uns stehen daraus in den Jahren 1995 bis 1999 rund sieben Milliarden Schilling für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung. Im Jahr 1996 fanden 1,4 Milliarden Verwendung aus diesem Titel. Das ist eine Ausschöpfung von nur etwa 77 Prozent der Jahrestranche. Es ist daher wichtig, daß wir darüber nachdenken, wie wir die Firmen animieren, damit sie dieses Angebot annehmen und diese Qualifizierungsmaßnahmen, die ja bis zu 85 Prozent gefördert werden, auch tatsächlich in ihrem Betrieb durchführen. Ich habe in vielen Vorträgen und Veranstaltungen immer wieder den Hinweis gehört, ja, die Bürokratie sei da zu hoch. In diesem Fall stimmt das überhaupt nicht, denn es ist ein einfaches Formular auszufüllen im Format DIN A4, wo außer dem Namen die Versicherungsnummer, der Betrieb und das Ziel der Qualifizierungsmaßnahme anzugeben ist. Und da kann ich eigentlich keine Bürokratie feststellen. Und daher würde ich bitten, daß wir alles tun, auf allen Ebenen, damit dieses Angebot auch entsprechend genützt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können, wenn man diese Zahlen betrachtet, durchaus auf eine positive Arbeitsmarktbilanz verweisen, die sich international sehen lassen kann. Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann fordert immer - "immer" ist auch übertrieben, aber sehr oft - daß Niederösterreich unter die zehn besten Regionen der Europäischen Union kommen soll. Nun, was das Problem Arbeitslosigkeit betrifft, ist das ein falsches Ziel. Nämlich deshalb ein falsches Ziel, weil wir derzeit schon am 5. Platz rangieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und daher ist ein derartiges Ziel anzupeilen, wenn du schon am 5. Rang liegst, ein entweder nicht ambitioniertes Ziel, unter den ersten zehn zu sein, oder man kennt die Zahlen nicht. Das sei einmal die erste Feststellung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum zweiten, meine sehr geehrten Damen und Herren: Von 200 Regionen in Europa - und das erscheint mir sehr, sehr wichtig, daß das auch einbezogen wird in die Beurteilung - sind fünf österreichische Bundesländer unter den zehn Regionen mit den europaweit geringsten Arbeitslosenquoten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist das Ergebnis einer verantwortungsbewußten, ich füge hinzu, sozialdemokratischen Grundsatzpolitik, selbstverständlich auch in Zusammenarbeit mit unseren Regierungspartnern. Alles in Ordnung, könnte man also oberflächlich betrachtet sagen. Nun, ich sehe das dennoch nicht ganz so. Ich bin zum einen nicht zufrieden, weil es den einzelnen arbeitssuchenden Menschen in Niederösterreich nicht sehr viel nützt, welchen Platz Niederösterreich in irgend welchen "Rankings" belegt, und daß die einzelnen Regionen in Europa bis zum Zehnfachen mehr Arbeitslosigkeit aufweisen. Mir geht es darum, daß im ersten Quartal 1997 mehr als 48.000 Niederösterreicher, das heißt, jeder elfte, keine Arbeit fand.

Vor allem sehen wir auch im Bereich der jungen Menschen einen starken Zuwachs. Ich sage daher, daß dieser Kampf um Arbeit - und Kampf muß man deshalb sagen, weil 48.000 Arbeitslosen nur 3.700 offene Stellen gegenüber standen und nur daher jeder 13. eine Stelle in Aussicht hat - ein wirkliches Rennen um den Arbeitsplatz bedeutet. Und daher ist es selbstverständlich, daß man damit nicht zufrieden sein kann. Und die Zahl der offenen Stellen sinkt weiter. Im ersten Jahres-

viertel waren es um 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Das ist das erste, warum ich nicht zufrieden bin.

Zum zweiten kann ich nicht zufrieden sein, weil der dargestellte Aufholprozeß Niederösterreichs im Zeichen verschärfter internationaler Standortkonkurrenz keineswegs als gesichert angesehen werden kann. Durch die im Globalisierungsprozeß jetzt erforderliche internationale Standortoptimierung der Unternehmen wird eine räumliche Spezialisierung vorangetrieben, in der Niederösterreich - und das möchte ich betonen - nicht automatisch Sieger wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn einerseits dominieren städtische Zentren in Produktionen, für die die räumliche Ballung der wirtschaftlichen Akteure einen wesentlichen Standortvorteil bietet. Produktionen, für deren Wettbewerbsfähigkeit dagegen niedrige Produktionskosten ausschlaggebend sind, wandern an die europäische Peripherie im Süden der Europäischen Union oder nach Osteuropa ab.

Niederösterreich befindet sich in dieser Situation in einer durchaus labilen Ausgangsposition, da es in dieser Teilung kaum über ausgeprägte Standortvorteile verfügt. Bei Produktionen mit ausgereiften Technologien und hohem preislichen Wettbewerbsdruck bestehen kaum zu überwindende Standortnachteile etwa gegenüber der neuen Konkurrenz aus dem angrenzenden Osteuropa. In Bereichen, in denen Größenvorteile oder die Innovationsfähigkeit des regionalen Milieus über den Betriebsstandort entscheiden, bestehen dagegen Nachteile, vor allem gegenüber den zentralen Regionen in Kerneuropa. Man kann es drehen und wenden wie man will: Niederösterreich ist durch EU-Beitritt und Ostöffnung keineswegs automatisch zum "europäischen Kernraum" geworden und eine klare internationale Positionierung und Spezialisierung wird erst noch zu finden sein. Es hat einen Aufholprozeß gegeben, gewiß, und darauf möchte ich auch verweisen, dennoch liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Kaufkraftparitäten als einziger halbwegs sinnvoller Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft nach der neuesten EUROSTAT-Berechnung (die Daten liegen nur bis 1995 vor) bei rund 15.660 ECU und damit bei nur 94 Prozent des europäischen Durchschnitts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn da immer geredet wird und geredet wird von den Top-ten. Wir sind noch nicht einmal Durchschnitt unter den 200 EU-Regionen! Auf keinen Fall möchten wir uns verschlechtern. Im anderen Fall sind wir gar nicht so gut, wie so

manche meinen, wir liegen nämlich erst bei 94 Prozent des EU-Durchschnittes, ein Mittelfeld-Platz unter den 200 europäischen Regionen. Und "Platz 10" ist offensichtlich nur Werbestrategen eingefallen, jedenfalls zeugt das von Unkenntnis der tatsächlichen Relationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen, bevor man ein Ziel anpeilt oder propagiert sollte man es vorher auch definieren. Etwa daß Niederösterreich endlich den Rückstand aufholt, der immer noch zum österreichischen Durchschnitt besteht, denn auch dazu fehlen Niederösterreich immerhin noch rund 2.600 ECU, oder 34.000,- Schilling pro Kopf der Bevölkerung. Dies nur, um einmal die Relationen auch darzustellen. Dieses Aufholen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird nur gelingen, wenn Schwerpunkte in jenen Handlungsfeldern gesetzt werden, in denen spezifische Standortvorteile bestehen, sodaß Erfolge auch auf internationaler Ebene denkbar sind. Vorteile sehe ich dabei vor allem in einer im Vergleich zur europäischen Peripherie hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft, die zu Kosten verfügbar ist, wie dies in europäischen Zentren nicht der Fall ist. Damit ist Niederösterreich für Zulieferfunktionen ins europäische Produktionsnetz prädestiniert. Ein Geschäftsfeld, das sich durch Veränderungen der Fertigungsorganisation auf internationaler Ebene durchaus auch langfristig dynamisch entwickeln kann. Und genau dieses Geschäftsfeld müßte eine Chance für Niederösterreichs Unternehmen sein. Nämlich Systemzulieferer in internationale Produktionsnetze. Und dafür muß auch etwas getan werden und nicht nur gewartet werden. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es notwendig sein, hier einmal zu erkennen, welchen Part Niederösterreich in dieser arbeitsteiligen Wirtschaft tatsächlich einnehmen soll und will. Und welche Technologie- und Qualifizierungspolitik als wesentliche Stütze dieser Politik einer aktiven Standortpolitik eben eingeschlagen werden soll. Es wird die Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, diesen Standortfaktor, nämlich diese Qualifikation, entsprechend zu nutzen. Und dafür ist eine aktive Standortpolitik das allerwichtigste.

Für diese aktive Standortpolitik müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die beginnen bei der Verwaltung. Immer wieder wird gesagt, wie langatmig sozusagen Verfahren ablaufen. Wir wissen das. Es werden auch viele Anstrengungen unternommen. Aber fest steht eines, meine sehr geehrten Damen und Herren: Mit den heutigen Fristenläufen im behördlichen Verfahren können wir wirklich nicht erfolgreich

Standortpolitik betreiben. Denn ist es unmöglich, daß man zwei bis drei Jahre Vorlaufzeiten hat bei Produktzyklen in der Wirtschaft, die vielleicht auf fünf Jahre anzusetzen sind. Daher müssen wir hier diese Bürokratie ausräumen. Und da genügt es nicht, wenn man die Verfahren zusammenlegt. Sondern insgesamt muß einfach - bis auf den Faktor Sicherheit, der darf nicht angegriffen werden - alles andere in schnellere Ablauforganisationen eingebracht werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die internationale Wirtschaftsentwicklung hat sicher im Bereich der Standortfaktoren auch einen deutlichen Wandel mit sich gebracht. Nämlich in der Richtung, daß man nur dann erfolgreich ist, wenn man eine Art Doppelstrategie verfolgt. Was meine ich damit? Ich meine damit, daß für die regionale Wirtschaft es wichtig ist, die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Betriebe durch eine Verbesserung der lokalen Standortbedingungen zu verbessern. Und ich nenne zu Niederösterreich auch Wien. Ich füge das jetzt hinzu, weil es ein Irrtum ist, wenn man glaubt, daß man nur den Standort Niederösterreich attraktivieren kann. Ich behaupte, es muß der Großraum Wien-Niederösterreich-Burgenland, jedenfalls aber Wien-Niederösterreich, gesehen werden als eine Standortqualität, in die die Auseinandersetzung mit der Standortattraktivität eingebracht wird. Das ist ungemein wichtig, weil ich glaube, wenn man immer nur Niederösterreich sieht, wäre das eine falsche internationale Strategie vor allem in Hinblick auf Europa und Osteuropa.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Infrastruktur ist für die Wirtschaft natürlich wichtig um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Aber man muß erkennen, daß es auch die einzige Möglichkeit darstellt, diese Wirtschaft über die Infrastruktur wirklich zu fördern, weil ja durch die Einschränkung des traditionellen staatlichen Förderinstrumentariums durch EU-Reglementierungen immer mehr der Wettbewerb der Regionen um Betriebsansiedlungen und Erweiterungen zunehmend im Bereich dieser Infrastruktur sich abspielen wird. Und daher die Infrastruktur im weitesten Sinne zum dominierenden Standortfaktor insgesamt wird. Und ich fürchte, kritisch angemerkt, daß hier nicht das getan wird, was man eigentlich erwarten könnte in Erkenntnis dieser Wichtigkeit. Da sind nämlich auch sehr lange Reaktionszeiten gegeben. Und wenn man heute allein aus dem Wegfall der Grenzen noch immer eigentlich Programme sieht, die zu greifen beginnen ab 2005, 2010 oder danach, dann halte ich das nicht für das richtige Reagieren auf eine ver-

änderte Situation; bzw. ist es zumindest eine viel zu lange Reaktionszeit.

Ich trete zweitens auch für eine Deregulierung ein. Ich meine, Niederösterreich sollte sich wirklich hier sinnvoll einbringen und dafür einsetzen, daß der ungezügelte Standortwettbewerb, der zu einer Bedrohung errungener Einkommens- und Sozialstandards führt, Grenzen erhalten soll. Der politische Vorteil dieser Begrenzung liegt in einer Art Synchronisierung von Übergängen. Und ich glaube, das ist wichtig. Denn sonst haben wir jeglichen Einfluß auf die Steuerung von Beschäftigung und Entwicklung aufgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch etwas herausarbeiten. Nämlich, daß diese Frage der konkurrierenden Märkte auch immer so gesehen wird, als würde jeder mit jedem konkurrieren. In Wirklichkeit finden Standorte schon sehr stark vorbestimmte Chancen oder geringere Chancen vor. Das heißt, man kann davon ausgehen, daß in einer Zeit, wo durch Telekommunikation und Verkehrslogistik praktisch die räumliche Trennung von Unternehmensfunktionen leicht möglich ist, also von Produktionen, "Headquarters", Forschungsabteilungen etc. Damit werden letztlich keine Standorte im alten Sinne gesucht, sondern in Wirklichkeit wandern nur noch einzelne betriebliche Funktionen an tendenziell für sie optimale Standorte. Das heißt, nicht mehr ganze Unternehmen, sondern betriebliche Organisationsformen aus einem Gesamtunternehmensbereich heraus werden verlagert. Der Wettbewerb findet also damit in bezug auf Einzelabteilungen oder Einzelfunktionen in einer betrieblichen Kette statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß daher, aus dieser Erkenntnis heraus, die stärkere Zusammenarbeit von Wien, Niederösterreich und Burgenland immer wichtiger wird. Und ich finde es höchst unnötig, um das vornehm auszudrücken, daß man sich hier von seiten der Landeshauptleute gegen Aktivitäten des Landtages wendet und sagt, man braucht keine Regionalkonferenzen, das ist ja alles unnötig, so nach dem Motto, "man hat eh uns". Anstatt daß sie zur Kenntnis nehmen, daß hier sehr wohl die Landtage von Wien und Niederösterreich diesbezügliche Beschlüsse gefaßt haben. Und in Anerkennung dieser Beschlüsse müßte man auf solche Aussagen verzichten. Ich behaupte sogar, wir können die Probleme nur dann lösen, wenn hier eine verstärkte Zusammenarbeit erfolgt. Wenn hier eine Zusammenarbeit erfolgt, nämlich auf der Ebene, die tatsächlich betroffen ist, einmal

auf der Gemeindeebene, einmal auf der Bezirksebene, um die unmittelbare Betroffenheit auch letztlich zu einer rascheren Lösung zu benützen. Und ich sage das ganz deutlich: Ich finde diese Aussagen als höchst unnötig. Und es hat auch niemanden beeindruckt, denn im September werden trotzdem weitere Gespräche und Konferenzen stattfinden und es werden in Arbeitsgruppen jene wichtigen Gebiete wie Wirtschaft, Verkehr, Siedlungsstrukturen weiter behandelt werden. Ich sage das, um hier manchen vielleicht davor zu schützen, weitere Aussagen in dieser Richtung zu treffen.

Ich glaube auch, daß diese grenzüberschreitende Standortoptimierung für uns deshalb wichtig ist, weil Niederösterreich hier durchaus sehr viel bieten und damit auch in einem viel größeren Umfeld sehr erfolgreich seine Vorteile einbringen könnte. Meine Überlegung in diese Richtung ist, daß man hier so weit geht, durch sinnvolle Abstimmung von Produktionen und Dienstleistungen den einen Vorteil einbringt, der andere einen anderen Vorteil. Im Bereich der strategischen Überlegungen hinsichtlich eines größeren Europa sollte auf allen Ebenen diskutiert werden und sollte das möglichst rasch auch umgesetzt werden.

Für die NÖ Wirtschaft betrachte ich es für sehr wichtig, daß die heimischen Zulieferer als systemfähig sozusagen ausgebaut werden, um damit letztlich in ein Produktionsnetz eingebunden werden zu können. Das heißt, daß sie diese Systemfähigkeit haben, um ihren Vorteil der Kompetenz in Forschung und Entwicklung, in Marketings, in Design und in Controlling nützen können, und hier über die Grenzen hinaus eine Produktionsstruktur aufbauen, die sie europäisch nützen können. Ich glaube, daß wir durchaus in der Lage sind, weiterhin ein Motor dieser Systemstrategie zu sein, wenn wir über die Grenzen hinaus bereit sind, zu agieren.

Etwas ist noch sehr, sehr wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nämlich die kritische Anmerkung, daß wir diesen Weg und diese Strategie bisher nicht gefunden haben. Wir haben zwar im Durchschnitt recht gute Ergebnisse, aber die niederösterreichischen Unternehmen sind im Bereich Forschungs- und Humankapital nur sehr unterdurchschnittlich ausgeprägt, das muß man klar feststellen. Grosso modo stellt Niederösterreich Produkte mittlerer Qualität her und ist vor allem auf nahen Märkten wettbewerbsfähig und verfügt kaum über ausgeprägte Produktionsschwerpunkte und Ansiedlungsvorteile, nämlich "cluster" einer modernen Industriestruktur. Meine

sehr geehrten Damen und Herren! Tatsache ist, diese Frage der regionalen "cluster" wird die Zukunft bestimmen! Die Frage, wie hier diese Zusammenarbeit und das Zusammenwirken verschiedenster Unternehmen in einer dynamischen Region sich gestalten wird.

Das Angebot besteht meiner Auffassung nach aus zu unterschiedlichen Produkten und es muß daher ein sehr vernünftiges Angebotsprofil herausgearbeitet werden. Und daher wird Niederösterreich in vielen Bereichen eher zu einem "Spot-Lieferanten" auf dem europäischen Markt, der sich jedes Mal seine Position neu erkämpfen muß. Die Ausprägung, die Unverwechselbarkeit, die man erreichen will, ist daher eine unbedingte Notwendigkeit. Dazu gehört natürlich die verstärkte Kooperation mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe bestehen diesbezüglich einfach beträchtliche Hemmnisse, nicht nur psychologischer sondern zum Teil auch institutioneller Art, auf dem Weg zu einem Forschungsinstitut oder dem Engagement einer wissenschaftlichen Einrichtung. Daher sollten vielversprechende Forschungsergebnisse rasch übergeleitet werden, weil nur dann das Ergebnis der Forschung wirkungsvoll im ökonomischen Sinne ist. Initiativen zur Kooperation zwischen Forschungseinrichtung und Wirtschaft müssen daher verstärkt von den Forschungseinrichtungen bzw. Universitäten ausgehen. Ich habe schon einmal gefordert, daß wir in Niederösterreich uns zum Beispiel direkt an Seibersdorf beteiligen sollten. Ich weiß, daß das jetzt in Diskussion steht, in einer Diskussion, die sehr unangenehm ist. Gerade in einer Zeit, ich sage das ganz offen, in der man Technologieoffensive groß schreibt und in der man diese braucht und die Forschungsoffensive, daß man hier in Seibersdorf Einschränkungen vornimmt. Aber wir sollten uns, unabhängig von dieser Entwicklung dennoch als NÖ Landtag bewußt sein, daß wir dieses Forschungszentrum in Niederösterreich besser für unsere Betriebe nützen sollten. Und daß wir durch eine direkte Beteiligung diesen Vorteil nützen könnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe manchenmal den Eindruck, daß viele Länder oder allzuviele Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern versuchen, indem sie das jeweils höchst entwickelte Land ein bißchen imitieren. In dieser Situation ist es aber wenig sinnvoll, dem jeweiligen Platzhirschen nachzulaufen und damit all das zu tun, was alle anderen auch tun. Statt dessen wäre ein eigenständiges Standortprofil die bessere Chance, wirklich erfolgreich zu sein.

Ich möchte auch noch kurz auf die Fragen des Arbeitsmarktes eingehen. Ich weiß, wie schwierig es ist, daß der Dienstleistungssektor, der nun der stärkste Sektor Niederösterreichs ist, beurteilt werden kann. Aber eine Grundbeurteilung möchte ich schon anmerken, nämlich daß wir vor allem im produktionsnahen Dienstleistungsbereich enorme Defizite haben. Dies wäre entsprechend auszubauen. Denn durch diesen Export von produktionsnahen Dienstleistungen könnte die Chance der überregionalen Kooperation und Zusammenarbeit genützt werden.

Was nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsmarktproblematik betrifft, möchte ich nur darauf verweisen, daß wir alle wissen, daß das zu den wichtigsten Anliegen der achtziger und neunziger Jahre gehört und uns noch längere Zeit begleiten wird. Ähnlich wie in OECD-Europa steigt auch in Niederösterreich und Österreich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, tendenziell die Arbeitslosigkeit. Und angesichts eines tendenziell elastischen Arbeitsangebotes wird die Beschäftigung im Konjunkturunbruch nicht mehr gehortet. Das ist auch so etwas, wo man früher vielleicht die Beschäftigungslosigkeit nicht so klar gesehen hat, wenn man über Konjunkturzyklen hinaus Beschäftigung erhalten hat. Nun ist man hier sehr elastisch. Braucht man die Beschäftigten, dann ist man überzeugt, man kann sie wieder finden. Und daher hortet man nicht mehr über die Zeit, was also sozial ein wirkliches Problem darstellt.

Das bedeutet, daß es notwendig ist, zur Erhöhung der quantitativen Flexibilität auch eine entsprechende Betreuung von Seiten der Institutionen anzubieten, die sich mit Ausbildung, Qualifizierungsmaßnahmen, etc., beschäftigen bzw. sehr eng mit diesen zu kooperieren. Wenn einmal von Kündigung betroffen, stehen Arbeitslose angesichts des technologischen und organisatorischen Wandels objektiv einer raschen Entwertung ihrer beruflichen Fähigkeiten, subjektiv dem Verlust ihres Selbstvertrauens gegenüber. Und dies mindert wieder die Wiedereinstellungschancen. Gleichzeitig wird auch die unternehmerische Einstellungspraxis beeinflusst im Sinne eines Ausleseprozesses. Und man muß feststellen, meine Damen und Herren, daß der Anstieg vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit die Folge daraus ist und damit letztlich sehr klar die Segmentierung der Arbeitsmärkte fortschreitet.

Makroökonomisch, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß daher die Qualifizierungsstrategie für die Beschäftigten eine unserer

Hauptaufgaben darstellen. Ich möchte etwas noch anfügen oder ausformulieren: So lange die Produktivitätsfortschritte größer sind als die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes, ist es geradezu mathematisch logisch, daß daraus ein Weniger an Beschäftigung resultieren kann. Das bedeutet, daß man um das Problem der Arbeitszeitverkürzung nicht herumkommen wird. Das muß andiskutiert werden, das braucht sich nicht nur in Wochenstunden auszudrücken, sondern kann sich selbstverständlich auch in anderen Formen der Verkürzung wie Bildungsurlaube, um nur eine zu nennen, abspielen. Das heißt, wir müssen einfach unsere Arbeitszeit anpassen an die technischen Gegebenheiten.

Und eines - abschließend - sollte uns allen die größte Verpflichtung sein: Beschäftigungspolitik ist nicht so, wie manche es versuchen, zu definieren, wie den Euro, ob Beschäftigungspolitik erfolgreich ist bei sieben Prozent oder zehn Prozent Arbeitslosenquote. Sondern man muß wieder zu dem zurückkehren, was wir als erträglich empfinden: Die Vollbeschäftigung muß wieder gegeben sein! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vollbeschäftigungspolitik ist als gesellschaftspolitisches Ziel einfach das Anliegen nicht nur der Sozialdemokraten, davon bin ich überzeugt, sondern all jener, denen der Bestand dieser Gesellschaft als friktionsfreie Gesellschaft ein Anliegen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe eingangs bereits festgestellt, die Zustimmung zu diesem Budget 1998 bedeutet nicht, daß in der Umsetzung in einzelnen Budgetpositionen nicht ein anderer Zugang oder auch ein anderes Verständnis vorliegt. Die Zustimmung zum Budget 1998 bedeutet aber, daß wir dieses Budget als gute Voraussetzung, als Rahmenbedingung empfinden, die wir brauchen, um die schwierigen Jahre oder das schwierige Jahr 1998 gemeinsam zu bewältigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Im Rahmen der Generaldebatte als Letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages.

Es wurde heute schon mehrmals angesprochen, das Budget 1998, das ja auch das Motto "solid und solidarisch" trägt, ist in seinen Eckdaten solid. Das kommt nicht von ungefähr, ist aber doch eine bemerkenswerte Feststellung. Weil ich meine, daß in einer Zeit, in der Wirtschaft und

Konjunktur nicht unbedingt sich in Hochstimmung befinden, die Erstellung eines derartigen Budgets mit so soliden Eckdaten sicherlich etwas Besonderes ist.

Das Budget ist solidarisch. Solidarisch mit all jenen Landesbürgern, die Solidarität benötigen. Mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Mit allen jenen, denen auch die öffentliche Hand unter die Arme greifen sollte. Das Budget ist nicht nur solidarisch mit den Gemeinden - ich unterstreiche das. Aber für mich ist das Wort "Solidarität" etwas, was für den einzelnen Landesbürger und auf den einzelnen Landesbürger bezogen, eine ganz besondere Bedeutung hat. Wenn es darum geht, die Schwächeren zu unterstützen, wenn es darum geht, den Familien zu helfen, wenn es darum geht, den kranken und den älteren Menschen nicht nur solidarische Gesinnung, sondern auch tatsächliche Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ich möchte aber noch etwas betonen, was heute noch nicht so direkt gesagt wurde: Dieses Budget hat auch noch eine Besonderheit. Nämlich die, daß es den Konvergenzkriterien entspricht. Aber nicht nur entspricht, sondern daß wir praktisch kein EU-Defizit im Bruttobudget aufweisen. Und das ist doch etwas, was in der heutigen Zeit gerade bei den vielen Debatten, die es um die öffentlichen Haushalte nicht nur auf Bundesebene gibt, schon besonders bemerkenswert ist.

Die Zahlen sind heute genannt worden, sicherlich eine Besonderheit, daß der Budgetrahmen erstmals über die 50-Milliardengrenze ansteigt und sicherlich auch bedeutsam, daß die Ausgaben im Vergleich zum Jahr 1997 nur halb so stark im Steigen begriffen sind, wie das bei den Einnahmen der Fall ist.

Ich möchte, auch Landesrat Mag. Freibauer hat heute schon darauf hingewiesen, von meiner Position aus ein herzliches Danke sagen. Dem Finanzreferenten, der es zustande gebracht hat, mit sehr viel Kleinarbeit in Gesprächen mit den übrigen Regierungsmitgliedern diesen Entwurf auf den Tisch zu legen. Aber dieses Danke gilt nicht nur ihm in erster Linie, sondern dieses Danke gilt all den Regierungsmitgliedern, die bereit gewesen sind, in ihren Ressorts auch Mehrausgaben zu vermeiden und vielleicht da und dort sogar Kürzungen ihrer Budgetansätze hinzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Und auch in den letzten Tagen, wo über dieses Budget diskutiert wurde, bereits im Vorhinein über diese heutige Budgetdebatte diskutiert und geschrieben

wurde, wurde festgestellt, daß dieses Budget - auch wenn es heute schon negativ kritisiert worden ist - keine "Zuckerln" enthält, keine "Wahlzuckerln" enthält. Kollege Ing. Dautzenberg hat heute schon darauf hingewiesen. Ich sehe das ganz anders als er das sieht. Das ist ein Budget, meine Damen und Herren, das von einem großen Verantwortungsbewußtsein für Niederösterreich und für die Bürger in unserem Land getragen ist. Und so sollte man das sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Hinweis auf den Beginn unserer Legislaturperiode sei in diesem Zusammenhang gestattet. Wir haben im Landtag im Jahre 1994 bereits einen Resolutionsantrag im Rahmen der Budgetdebatte beschlossen mit dem Grundsatz, daß eine Budgetvorschau auch während dieser und für diese Legislaturperiode gelten soll. Und dieser Antrag, den die ÖVP damals eingebracht hat und der auch die Zustimmung der Mehrheit dieses Hauses gefunden hat, hat auch zum Inhalt gehabt, daß es eine langfristige Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung des Budgets geben soll und damit auch eine Konsolidierung des Landeshaushaltes in Form einer Sicherung der Gestaltungsspielräume gegeben sein soll. Ich glaube, auch das ist gelungen. Und das sollte man heute bei der letzten Budgetdebatte dieser Legislaturperiode auch besonders zum Ausdruck bringen. Die Konsolidierung unseres Budgets ist mit dem Budget für das Jahr 1998, einem Schritt in diese Richtung, wieder möglich gewesen, eine Tatsache, die ebenfalls in der heutigen Zeit besondere Beachtung finden soll.

Das geschieht nicht nur kurzfristig für das Jahr 1998, nicht nur für die Zielsetzungen der Landespolitik für das kommende Jahr, sondern ich glaube auch im Interesse der Zukunft des Landes, im Interesse unserer Kinder und unserer Kindeskinde. Und ich meine, daß ein ausgeglichenes Konsolidierungsprogramm, wie wir das jetzt in Niederösterreich vorfinden, sicherlich auch ein wesentlicher Beitrag zur Stabilität des Landes, aber weit über die Grenzen Niederösterreichs hinausgehend der Beitrag zur Stabilität und zur ausgezeichneten Bonität auf den internationalen Finanzmärkten ist. Und das ist ja etwas, was also auch so wesentlich für uns ist. Nicht nur, weil es Maastricht-Kriterien gibt, sondern weil wir diesen Weg, den wir einmal eingeschlagen haben, auch in Zukunft fortsetzen wollen. Und daher verstehe ich eigentlich meinen Vorredner, den Klubobmann Gratzner, der jetzt nicht anwesend ist, nicht ganz, wenn er meint, der Weg des Budgets ist ein richtiger - ich habe mir das aufgeschrieben - und dann gleichzeitig meint,

daß die Freiheitlichen dem Budget nicht zustimmen, sondern nur in ganz wenigen Punkten. Wir werden das bei der Spezialdebatte auch erleben. Angekündigt wurde es für die Wohnbauförderung und den Sozialbereich. Ich verstehe das wirklich nicht, wenn man sich dann noch dazu in der Generaldebatte auf ein paar Punkte konzentriert, die zum Beispiel mit dem Bauvorhaben hier in St. Pölten in Zusammenhang stehen und darauf, daß es in der Garage ein paar Wasserlacken gibt und darüber hinaus, daß es bei der Einfahrt Probleme gibt, weil der Kartenautomat nicht überdacht ist. Das sind, finde ich, Kleinigkeiten, die doch nicht dazu führen sollten, daß man grundsätzlich einem NÖ Budget mit über 50 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, die Zustimmung verweigert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber das wird vielleicht von dieser Seite ganz bewußt so gemacht. Ich darf nur feststellen, daß die Menschen, die darüber nachdenken und das ein bißchen näher betrachten, zu dem Schluß kommen, daß das die Freiheitlichen und ihre Politik in Niederösterreich nicht glaubwürdiger macht, wenn man sich auf solche kleine Kleinigkeiten insgesamt konzentriert.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich das Wort "solidarisch" noch einmal mit diesem soliden Budget des Jahres 1998 in Verbindung bringen. Ich habe vorhin schon genannt die Ausgabensteigerungen für die Familien. Wir sind solidarisch mit unseren Familien, weil wir davon überzeugt sind, daß es notwendig ist, gerade diesen kleinsten Kern unserer Gesellschaft nicht nur so, wie das bisher geschehen ist, sondern in Zukunft weiter zu unterstützen. Wir sind solidarisch mit den älteren Menschen. Wir sind solidarisch mit der Wirtschaft und mit der Landwirtschaft. Und wir sind solidarisch mit den Arbeitnehmern in diesem Staate und in diesem Land und da bin ich auch bei meinem Vorredner, dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer, der sich insbesondere mit der Frage der Arbeitnehmerpolitik auseinandergesetzt hat.

Aber lassen Sie mich zu einigen Punkten auch noch im Rahmen der Generaldebatte etwas näher Stellung nehmen. Herr Kollege Ing. Dautzenberg hat heute gemeint, er versteht es nicht, daß durch die Einführung der EDV in der Landesverwaltung keine Kosteneinsparungen erzielt werden. Er versteht es nicht und ich kann ihm das leider nicht erklären, weil er jetzt nicht anwesend ist, er versteht es nicht, daß zum Beispiel bei den Bezirkshauptmannschaften keine Personaleinsparungen bisher möglich gewesen sind, wenn man den Dienstpostenplan anschaut. Nur zu diesem Punkt vielleicht zwei Sätze. Die

Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich haben in den letzten Jahren eine Aufgabensteigerung erfahren, wie es sie in vergleichbaren Zeiträumen davor nie gegeben hat. Ein paar Beispiele: Paßwesen, Zulassungswesen. Wir erleben eine Flut, eine zusätzliche Zulassungswelle bei Kraftfahrzeugen. Wir haben aber - da bin ich ebenfalls bei meinem Vorredner - uns bemüht, durch die Verfahrenskonzentration die Abwicklung von Verfahren zu beschleunigen. Wir bemühen uns, den Gemeinden Tätigkeiten abzunehmen. Meine Damen und Herren, das ist ja alles im Sinne der Bürger! Nach dem Grundsatz, daß wir die Verwaltung näher zum Bürger bringen und damit auch raschere Erledigungen erzielen wollen. Und das alles ohne Personalvermehrung! So muß man die Dinge ja sehen und nicht einfach abstrakt vom Grünen Tisch aus, wobei ich vielleicht sogar auf Grund solcher Behauptungen bezweifle, daß Kollege Ing. Dautzenberg überhaupt bei einer Bezirkshauptmannschaft sich jemals näher und deutlich umgesehen hat.

Lassen Sie mich aber auch zur Wohnbauförderung etwas sagen, weil ich meine, daß das ein besonderer Aspekt in diesem Budget für das Jahr 1998 ist. Die Wohnbauförderung in Niederösterreich ist, glaube ich, ein Kapitel in dieser NÖ Landespolitik und -Geschichte, das man durchaus - ich sage es einmal so - als eine Chronologie des Erfolges, meine Damen und Herren, sehen kann. Wir sind federführend im Reigen der österreichischen Bundesländer. Und die Zahlen, die heute Herr Landesrat Mag. Freibauer schon genannt hat, die lassen sich nicht nur sehen, sondern die sollten wir alle, ohne Rücksicht auf parteipolitische Überlegungen, meine Damen und Herren, auch in der Öffentlichkeit weiter bekanntmachen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In einem Zeitraum von nicht ganz fünf Jahren wurden in Niederösterreich 66.800 Wohnungen neu gebaut, neu errichtet. 66.800 niederösterreichische Familien, aber auch Singles natürlich, haben die Möglichkeit bekommen, eine neue Wohnung zu erhalten. Das ist doch etwas! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man den wirtschaftlichen Erfolg dabei auch noch berücksichtigt, daß damit etwa ein Bauvolumen von 90 Milliarden Schilling - Mag. Freibauer hat das heute auch bereits erwähnt - umgesetzt werden konnte, dann ist das ja genau der Weg, der uns heute dazu geführt hat, daß wir in Niederösterreich Gottseidank über eine Arbeitsplatzsituation verfügen, die sich sehen lassen kann. Und daß wir heute - Herr Klubobmann Dr. Bauer hat das schon angeführt - im Reigen der Regionen in der Europäischen Union,

was die Arbeitslosenrate anlangt, an fünfter Stelle - nämlich von oben her - der insgesamt 200 Regionen rangieren. Meine Damen und Herren! Das sind Erfolge zielgerichteter und zukunftsweisender landespolitischer Maßnahmen. Und ich stehe nicht an, heute gerade bei der Wohnbauförderung unserem Landesrat Mag. Freibauer dazu ganz besonders zu gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das setzt sich fort. Auch im kommenden Jahr, durch dieses Budget abgesichert, werden einige tausend Familien ihr gut gefördertes Heim oder ihre Wohnung beziehen können. Und vergessen wir dabei nicht, daß - ich habe das vorhin schon gesagt - damit auch wieder gewaltige Impulse für unsere Wirtschaft ausgelöst werden. Daß damit auch wieder in der Bauwirtschaft und in der Baunebenwirtschaft entsprechende Arbeitsplätze abgesichert werden können.

Meine Damen und Herren! Gerade, was die Stärkung unserer Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt, sind wir nach wie vor Vorreiter. Solidarisch mit der Wirtschaft zu sein bedeutet, die Wirtschaft zu stärken und dort

zu fördern, wo es notwendig geworden ist. Nicht mit einem Gießkannensystem, sondern entsprechend der Situation, die wir in den einzelnen Branchen vorfinden.

Die Errichtung des Regierungsviertels in St. Pölten ist, und das wissen wir alle, auch wenn es manche nicht zugeben, letztlich dafür verantwortlich, daß wir überaus gute wirtschaftliche Daten in Niederösterreich vorfinden. Ich habe das beim Finanz-Ausschuß schon gesagt, ich möchte es hier noch einmal wiederholen. Insgesamt werden mit dem Budget 1998 etwa 17 Milliarden in die Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik gehen, das heißt Impulse auf diesem Gebiet auslösen. Und das ist rund gerechnet ein Drittel des gesamten Budgets für das Jahr 1998.

Nicht umsonst liegt Niederösterreich auch seit Jahresbeginn, was diese Beschäftigtenzahlen anlangt, weit über dem Durchschnitt des Bundes. Und was den Frauen in Niederösterreich besonders deutlich gemacht werden sollte - und ich freue mich darüber - daß die Frauenarbeitslosigkeit in Niederösterreich ganz besonders stark sinkt. Etwas, worüber wir glücklich sein können, weil anderswo eine Entwicklung Platz gegriffen hat, die solche Aspekte nicht deutlich erkennen läßt.

Zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gehören aber auch unsere Maßnahmen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, meine Damen und Herren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Lehrlingsgipfel, der Anfang dieses Jahres initiiert wurde. Bereits jetzt lassen sich positive Effekte daraus erkennen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1997 sind insgesamt 807 neue Lehrverträge unter Dach und Fach gebracht worden. Das ist eine abstrakte Zahl. Aber immerhin sind das um 10 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, also des Jahres 1996. Und das läßt erkennen, daß die Initiativen in den ersten Monaten dieses Jahres bereits Früchte tragen. Und daß vor allem die Diskussion darüber eine entscheidende Verbesserung dieser Situation mit sich gebracht hat. Während in anderen Bundesländern Arbeitsplätze Mangelware geworden sind, zeigen unsere Beschäftigtenzahlen eine Aufwärtstendenz, wenngleich ich dazu sagen möchte, daß die jetzt vorhandenen Arbeitslosenziffern immer noch zu hoch sind, und daß wir alles daran setzen müssen, meine Damen und Herren, daß wir diese Ziffern auch in Zukunft noch weiter herabsetzen können.

Positive Effekte auf die Wirtschaft und auf den Arbeitsmarkt haben vor allem aber auch die

tausenden niederösterreichischen Pendler mit den Unterstützungen des Landes. Insgesamt sind da über 500 Millionen Schilling zu verzeichnen. Und hier handelt es sich insbesondere um Investitionen, die in den öffentlichen Nahverkehr eingebracht wurden. Lassen Sie mich das auch einmal ganz kurz zusammengefaßt schildern: Da geht es erstens um die Erhaltung der Nebenbahnen. Landeshauptmann Dr. Pröll ist es hier gelungen, den Bestand von 26 niederösterreichischen Nebenbahnen in Verhandlungen mit dem Bund zu sichern. Da geht es zweitens um die Verbesserungen auf den Hauptbahnen, Südbahn, Westbahn, zum Teil auch Ostbahn. Da geht es um den Ankauf dieser 120 Doppelstockwaggons, die in Niederösterreich ab 1. September in den Fahrplan mit eingebaut werden und womit - ich glaube, das so sagen zu können - eine neue Ära des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich überhaupt beginnen wird. Diese modernen Doppelstockwaggons sind ja nicht nur attraktiv für die Benutzer, sondern sie bewirken ja letztlich, daß eine entsprechend höhere Kapazität damit erzielt werden kann. Da ist drittens zu verzeichnen eine Investition, die zum Beispiel auch für etwas, worüber wir lange diskutiert haben, gilt: Für die Modernisierung der Schneebergbahn. Da ist viertens die Umspurung der Bahnlinie Wieselburg-Gresten, die ebenfalls zu Erleichterungen für unsere Pendler führt. Und da wird fünftens ein Teil des Nahverkehrsbudgets für den Ausbau der Schnellbahnlinie S 2, nämlich von Wien über Wolkersdorf, Mistelbach bis Laa a.d. Thaya, aufgewendet. Darüber hinaus - und das darf ich auch noch in diesem Zusammenhang erwähnen - weitere Finanzierungen von Park-and-ride-Anlagen, die auch die Gemeinden im Rahmen des Nahverkehrsfinanzierungsprogrammes finanziell beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs unterstützen helfen. Nicht vergessen dürfen wir eine weitere Verbesserung für die Wien-Pendler, die zum Beispiel für oder durch die Verkürzung des Minutentaktes auf der Badner Bahn künftighin eingeführt werden wird. Meine Damen und Herren! Niederösterreich ist also auch solidarisch mit den Pendlern und wird auch im nächsten Jahr gezielt investieren, was diesen Punkt anbelangt.

Ich habe heute schon davon gesprochen, daß ich meine, Solidarität ist in erster Linie mit den Schwächeren angesagt. Und hier zeigt der Voranschlag 1998 eine Steigerung von drei Prozent für die Kranken und für die älteren Menschen in unserem Bundesland und für die Behinderten. Und ich glaube, daß für die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung mit all den

Problemen, die natürlich im Zuge der Umstellung dieses neuen Systems zugegebenermaßen verbunden sind, gilt, daß wir auch hier den richtigen Weg gehen, um zu einer Umstrukturierung des Gesundheits- und des Sozialwesens in Niederösterreich zu gelangen.

Diese Neuordnung und Umstrukturierung bietet neue Chancen, die wir uns auch in Zukunft nicht entgehen lassen sollten. Und obwohl der Ihnen allseits bekannte NÖGUS, nämlich der "Niederösterreichische Gesundheits- und Sozialfonds", erst seit knapp einem halben Jahr besteht und tätig ist, sind bereits eine Reihe von zahlreichen Entscheidungen dort getroffen worden. Etwa die Vergabe von Mitteln für ein flächendeckendes Notärztesystem, immerhin Aufwendungen von über 61 Millionen Schilling. Wir haben in den letzten Tagen miterleben müssen, wie durch eine starke Zunahme von Verkehrsunfällen in Niederösterreich gerade der Einsatz der Notärzte besonders gefragt gewesen ist.

Oder der weitere Ausbau von Wohn- und Pflegebetten in unseren Pensionistenheimen. Die Bereitstellung von Mitteln für die Hauskrankenpflege. Etwas, was uns hilft, den starken Druck, der bei den Pflege- und Wohnbetten in den Pensionistenheimen vorhanden ist, etwas abzumildern. 175 Millionen Schilling. Und auch eine Verstärkung der Budgetmittel für die Drogen- und Alkoholberatung ist im Budget für das Jahr 1998 vorgesehen. Im Hinblick auf die schwierige Struktur der NÖ Spitäler mit ihren doch sehr unterschiedlichen Rechtsträgern und der Komplexität der Spitalsreform können wir aber mit den bisherigen Ergebnissen, ich glaube das sagen zu können, recht zufrieden sein. Es stehen natürlich wichtige Lösungen noch ins Haus. Diese wichtigen Lösungen sind zum Beispiel auch die Frage einer Behandlung von strukturellen Maßnahmen, die in einem Paket bereits zusammengefaßt sind, nämlich vier Krankenhäuser betreffend: Allentsteig, Eggenburg, Stockerau und Korneuburg, und auch Gänserndorf. Ich möchte jetzt im Detail auf diese Fragen nicht weiter eingehen, weil sicherlich bei der Spezialdebatte noch Gelegenheit dazu gegeben sein wird. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Über das Paket wird bei der Spezialdebatte sicherlich noch zu sprechen sein. Nicht über den Inhalt, aber über die Umsetzung, Herr Klubobmann, über die Umsetzung, um das klarzustellen.

Lassen Sie mich aber ein paar Worte auch noch zur Versorgung der älteren Menschen sagen. Ich meine, daß die Aufstockung des Budgets im Sozialbereich auch zu einem großen Teil auf

eine Modernisierung und Qualitätsverbesserung unserer Pensionisten- und Pflegeheime zurückzuführen ist. Und das Ausbauprogramm, wie es von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop bereits seit einiger Zeit fixiert ist, sieht ja für die nächsten Jahre gewaltige finanzielle Mittel vor, die auch dazu führen, daß wir eine enorme Verbesserung an Wohn- und insbesondere an Pflegebetten in Niederösterreich verzeichnen können. Und bereits für nächstes Jahr, soviel möchte ich jetzt einmal sagen, ist die Eröffnung von vier neuen Pflegeheimen auf völlig neuen Standorten in Niederösterreich geplant, nämlich in Neunkirchen, in Vösendorf, in Wilhelmsburg und in Berndorf. Und auch das sollte bei einer Budgetdebatte nicht unerwähnt bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich langsam zum Abschluß kommend zu einem ganz anderen Thema noch ein paar Bemerkungen anbringen. Zu einem Thema, das in Niederösterreich doch in letzter Zeit, wie ich meine, etwas zu kurz gekommen ist und worauf wir als Landespolitiker verstärktes Augenmerk richten sollten.

Landeshauptmann Dr. Pröll hat in letzter Zeit verstärkt darauf hingewiesen, daß es in Niederösterreich eine große Zahl von freiwilligen Organisationen gibt, die eigentlich sehr oft unbedankt ihre Hilfeleistungen an der Öffentlichkeit erbringen. Von Feuerwehr über Rettungsorganisationen bis hin zur Bergwacht und was es da alles gibt, bis zu den Hilfsorganisationen im sozialen Bereich. Und ich meine sagen zu können, daß die öffentliche Hand ohne diese Leistungen der Freiwilligen enorme Geldbeträge zur Verfügung stellen müßte, wenn etwa annähernd dieselben Leistungen für die Öffentlichkeit auch erbracht werden müßten. Diese Idee des engagierten Mitwirkens unserer Bevölkerung sollte daher auch entsprechend Anerkennung finden. Und ich meine, daß hier ein Bereich etwas zu kurz gekommen ist und daher spreche ich ihn an: Es ist die Dorf- und Stadterneuerung in Niederösterreich, wo also sehr viele Leistungen in letzter Zeit auch umgesetzt werden konnten. So wurden im Jahr 1996 im Rahmen der NÖ Dorf- und Stadterneuerung von insgesamt 365 Vereinen - so viele Vereine, als das Jahr über Tage verfügt - mit 22.000 Aktivisten insgesamt etwa 170.000 bis 180.000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet. Auch das ist, glaube ich, erwähnenswert. Und ich möchte diesen Aktivisten und diesen Freiwilligen, die bisher nicht so deutlich erwähnt worden sind, von dieser Stelle aus ein herzliches Danke für ihren Einsatz und für ihre Leistungen sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Welche Kraft, meine Damen und Herren, und welche Stärke eigentlich in der gemeinsamen Zusammenarbeit für ein Ziel zum Ausdruck kommt, das beweisen unsere freiwilligen Einrichtungen. Feuerwehr ist ein ganz typisches Beispiel dafür, wo der Gemeinschaftssinn im Vordergrund steht. Und ähnlich verhält es sich auch bei der Dorf- und bei der Stadterneuerung, wo es eigentlich darum geht, das direkte Umfeld der Menschen in Niederösterreich zu verschönern und lebenswerter zu gestalten. Und ich glaube, daß wir langsam auch den Weg dorthin finden im Denken und im Fühlen unserer Gesellschaft, daß eben ein Wohngebiet, ein Dorf, eine Stadt, eine Gemeinde, in der wir wohnen, etwas mehr ist als die Summe von Wohnungen und etwas mehr ist als die Ansammlung von Häusern. Und hier haben, glaube ich, die Menschen in Niederösterreich richtig erkannt, daß die Verschönerung unseres Umfeldes sehr viel, ich glaube sehr, sehr viel zur Verbesserung unserer Lebensqualität beiträgt und letztlich auch jedem Einzelnen, der sich daran beteiligt - und auch das ist etwas, was wir nicht vergessen sollten - mit einer gewissen inneren Genugtuung und Freude erfüllt. Wenn er hier mittun kann, wenn er seinen Beitrag an der Gemeinschaft in dieser Form auch zum Ausdruck bringen kann. Und daher auch hier ein besonders herzliches Danke.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, abschließend sagen zu können, daß wir von der NÖ Volkspartei gemeinsam auf das, was wir für unser Land Niederösterreich in letzter Zeit erreicht haben, stolz sein können. Wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, daß Niederösterreich für unsere Bevölkerung eine lebens- und lebenswerte Heimat geblieben ist und auch weiterhin so bleiben kann. Das Budget für das Jahr 1998 wird es ermöglichen, daß wir unseren erfolgreichen Weg im Interesse der niederösterreichischen Landesbürger fortsetzen können. Das ist die politische Zielsetzung, die wir auch in Zukunft vertreten wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Im Rahmen der Generaldebatte liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung, nunmehr in die Spezialdebatte einzugehen. *(Nach Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte.)* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 2, 4, 5, 6, 8 und 9, des ordentlichen Konjunkturausgleiches zu

den Gruppen 5 und 6, des außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles zur Gruppe 6 sowie über den Dienstpostenplan 1998 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des ordentlichen und außerordentlichen Konjunkturausgleichsteiles sowie des Dienstpostenplanes 1998 über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII abstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich, zunächst über allfällige Abänderungsanträge und zu den drei Teilen des Voranschlages 1998 und dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über allfällige zu den jeweiligen Gruppen eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen zu lassen.

Ich ersuche den Berichterstatter, zu Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, enthält Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 6.439,073.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 885,973.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 13,35 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 150,504.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf heute als Gemeindesprecher des ÖVP-Klubs zu der Gruppe 0 Stellung nehmen. Vorerst aber doch eine Bemerkung: Der Herr Abgeordnete Gratzler hat in seiner Wortmeldung gesagt, das Budget sei zwischen "Rot" und

"Schwarz" paktiert - ich nenne es Zusammenarbeit. Ich glaube, daß man sich nicht nur zurückziehen darf und sagen, das ist paktiert. Das möchte ich schon feststellen. Auch die Frage des Kinderbetreuungsgesetzes wurde angesprochen. Sicherlich mag unser Kindergarten- und Kinderbetreuungsgesetz vielleicht noch einer Verbesserung bedürfen, aber ich finde es gar nicht so negativ, wenn vorher 13.500 Kinder nachmittags in den Kindergarten gegangen sind und jetzt sind es, nach diesen Aussagen, 5.000. Ja, es ist jemand da, der für die Kinder sorgt. Und ich glaube, daß das auch unsere Tagesmütter sein können und sein werden. Und das ist durchaus nichts Negatives.

Der Voranschlag, der heute vom Finanzreferenten dargelegt wurde, ist, glaube ich, ein guter. Und für das Jahr 1998 darf ich ihn aus der Sicht eines Vertreters einer Gemeinde ein bißchen beleuchten und ein paar Anmerkungen dazu darlegen. In dem vorliegenden Voranschlag 1998 wurde bereits weitgehend die Entscheidung des heurigen Jahres eingebaut, natürlich mit einer positiven Realitätserwartung. Denn es ist erst ein gutes halbes Jahr aus diesem Jahr vergangen. Aber ein gutes Budget ist immer auf den Ergebnissen des laufenden, vorhergehenden Jahres aufgebaut. Und das berechtigt, glaube ich, schon zur Hoffnung, daß auch dieses Budget im weitestgehenden Maße eingehalten werden kann.

Wenn das Motto "solid und solidarisch" lautet, so ist zu erwarten, daß die Gemeinden in diesem Lande entsprechend einbezogen sind. Wenn der Gesamt-Haushaltsentwurf des Landes Niederösterreich vorsieht an Ausgaben 50 Milliarden Schilling - eine Steigerung um 3,48 Prozent im Vergleich zum Voranschlag des Vorjahres, man

kann ja nur Voranschlag mit Voranschlag vergleichen - und Einnahmen von 45,9 Milliarden Schilling - eine erwartete Steigerung von 11,74 Prozent - und daher ein Abgang von 4,1 Milliarden Schilling zu erwarten ist, so kann man das Zahlenspiel weiter treiben, daß der Abgang zum Vergleich des Voranschlages 1997 um 33 Prozent geringer ist.

Die Leistungen für die Gemeinden in Niederösterreich, die in diesem Budget dargelegt sind, sind zunächst einmal die 3,9 Milliarden Schilling Gemeindeförderung. Dazu ist ausgewiesen im Voranschlag die Bedarfszuweisung von 1,5 Milliarden Schilling. Und natürlich muß man auch dazurechnen die Entlastung der Gemeinden durch den Wegfall der Landesumlage. Hier wurde hart darum gerungen und es ist ein Einverständnis erzielt worden, diese Landesumlage schrittweise abzubauen. Und jetzt ist es soweit. Wenn ich das alles zusammenzähle, was aus diesen Positionen für die Gemeinden herauskommt, dann sind das schlicht und einfach 6,4 Milliarden Schilling.

Ich glaube, daß dieser vorliegende Voranschlag einen weiteren geplanten Schritt zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes des Landes Niederösterreich darstellt, die geplant ist und konsequent verfolgt wird. Ich stelle auch fest, daß die Gemeinden in Niederösterreich mit Hilfe dieses Voranschlages ihre Aufgaben weitgehend werden erfüllen können. Wobei ich noch auf einige Probleme zu sprechen komme, die einer besonderen Handhabung und Betrachtung bedürfen.

Durch die Erfüllung der Maastricht-Kriterien ist auch für unsere Gemeinden eine Situation entstanden, die uns nicht dazu verleiten darf, manche Schulden der Gemeinden nicht als solche zu sehen. Überall dort, wo die Deckung gegeben ist oder wo ausgelagert und ausgegliedert werden kann, ist auf die wirtschaftliche Entwicklung besonders zu achten. Grundsätzlich ist es notwendig, mit einem Budget wie dem für das Jahr 1998 die Autonomie der Kommunen auch in Zukunft zu sichern und auszubauen.

Die Gebührenhaushalte der Gemeinden sind in vielen Fällen nicht mehr auszugleichen. Vor allem im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Dies oft dadurch, daß das Bundes-Wasserrecht Vorgaben gibt, die in diesem Bereich oft sehr schwer erfüllbar sind. Die Kostendeckung bei den Gebührenhaushalten ist in vielen Bereichen abhanden gekommen und es nützt uns nicht sehr viel, wenn gesetzlich die Möglichkeit gegeben ist, daß man Rücklagen bilden kann, wenn dadurch die Belastung der Bevölke-

rung zu groß und ganz einfach nicht mehr vertretbar ist.

Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wurde auch heute schon angesprochen. Vor allem die Neuordnung des Krankenhauswesens in Niederösterreich durch die Einführung des LKF-Systemes bedarf einer gesonderten Betrachtung. Die Krankenhauserhalter sind zur Zeit einer kaltwarm Dusche ausgesetzt. Fast alle, die vor einem Jahr oder einem halben Jahr noch zu den fiktiven Gewinnern gezählt wurden, sind mittlerweile zu Verlierern geworden. Aber das ist auch fiktiv zu sehen, weil man von einem Budgetergebnis ausgegangen ist, das eineinhalb Jahre zurückliegt und daher die Entwicklung nicht ganz einbezogen wurde. Es wurde die sogenannte Deckelung erfunden und alles wurde gedeckelt. Nur der Erhalter eines Krankenhauses darf das anscheinend nicht. Dort wird es sich in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr, wenn nicht eine Änderung herbeigeführt wird, glaube ich, zu spießen beginnen. Jede Regelung bedarf einer Einschleifphase. Wir haben dieser Einschleifphase auch zugestimmt. Wenn in Niederösterreich im NÖ Gesundheits- und Sozialfonds, kurz NÖGUS, wie ja schon erwähnt wurde, 12,2 Milliarden Schilling zu verwalten sind, so kommt diesem Gremium eine ganz besondere verantwortungsvolle und bedeutende Aufgabe zu. Auch der österreichische Krankenanstaltenplan darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Oberstes Ziel muß der Versorgungsauftrag im Interesse der Patienten und der Bevölkerung sein, wobei der optimale Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel als Maxime gelten muß. Wenn unter den vorgenannten Prämissen das Auslangen nicht gefunden werden kann und der Versorgungsauftrag nicht erfüllt wird, ist eine Nachjustierung notwendig. Ich glaube heute sagen zu können, daß diese Nachjustierung kommen wird müssen, wahrscheinlich schon im heurigen Herbst.

Wenn im NÖGUS vereinbart wurde, daß im Jahr 1997 bei den sogenannten Gewinnerkrankenhäusern 92 Prozent des Gewinnes, der fiktiv zu sehen ist, an den Landesfonds abgeliefert werden muß, um den sogenannten Verlierern - auch wieder fiktiv gesehen - unter den Spitälern eine Einschleifmöglichkeit zu geben, so mag das für die Einschleifphase richtig sein. Für das Jahr 1998 ist folgende Regelung vorgesehen: 20 Prozent des Gewinnes können sich die sogenannten Gewinner behalten und 80 Prozent müssen wieder abgeführt werden. Wobei an dieser Stelle darauf hingewiesen werden muß, daß die sogenannte Deckelung, die ich vorher schon erwähnt habe, bei den Budgets der Krankenhäuser die

Trägergemeinden in arge Schwierigkeiten bringen wird. Es wird ein Sicherheitsventil für diese Gemeinden geben müssen. Hier ist auch die Sorge der etwa 18.000 Mitarbeiter in den NÖ Krankenhäusern zu sehen. Es darf nicht soweit kommen, daß nur dann die Budgets der Krankenhäuser eingehalten werden, wenn man dies über die Personalkosten oder über den Personalabbau erreichen kann. Das darf nicht geschehen. Die Überbelastung der Mitarbeiter ist in vielen Bereichen heute schon Tatsache. Und daher glaube ich, soll auch aus dieser Sicht die Überlegung der Nachjustierung gesehen werden.

Eine weitere Sorge der Gemeinden besteht darin, daß in vielen Gemeinden die Erneuerung von kommunalen Einrichtungen ansteht, wie Sportstätten, Hallenbäder, Sportzentren, Kläranlagen, die vor 25 Jahren entsprechend dem Stand der damaligen Technik errichtet wurden und heute ganz einfach nicht mehr entsprechen. Hier muß den Gemeinden in Zukunft auch die Möglichkeit gegeben werden, daß hier auch von seiten des Landes entsprechend mitgeholfen und mitgetragen wird.

Im ländlichen Bereich stellt sich noch immer oder gerade jetzt die Frage der Sanierung und Neuerrichtung von Güterwegen. Das ist ein Thema, das der Landtag sicher schon seit 50 Jahren diskutiert, denn so lange gibt es den geplanten, gezielten Güterwegebau im ländlichen Bereich. Nur ist es so, daß es Gemeinden gibt, gerade auch in unserem Bereich, im Mostviertel, die bis zu 100 Kilometer Güterwege in einer Gemeinde von etwa 45 Quadratkilometer haben, die zu erhalten bzw. auch noch zu errichten sind. Die Mittel für diese Dinge sind zwar in unserem Landesbudget vorgesehen, aber eine Steigerung konnte ich nicht finden. Es ist sogar ein bißchen weniger geworden. Das ist etwas, mit dem man nicht ganz zufrieden sein kann.

Wesentlich für unsere Gemeinden ist auch die Tatsache - und das ist wieder positiv zu werten - daß die entsprechende Dotierung der Wohnbauförderung in diesem Budget vorgesehen ist, daß Schul- und Kindergartenfonds, Wasserwirtschaftsfonds im wesentlichen gesichert erscheinen. In diesem Bereich ist die Umwegrentabilität am größten. Das wirkt auch hinein in die Arbeitsplatzsicherung, eine der Hauptaufgaben und wesentlich für dieses Budget. Denn die Devise unter der dieses Budget steht, "solid und solidarisch" beinhaltet vor allem die Sicherung des Lebensraumes in diesem Lande und die Sicherung der Arbeitsplätze.

Mit dem vorliegenden Voranschlag wird eine positive Weiterentwicklung in unserem Lande möglich sein und ich glaube, daß wir nach Möglichkeit alle Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, nützen müssen. Instrumente der Gestaltung gibt es in den Kommunen draußen viele. Ich denke beispielsweise an die Regionalförderung. Unsere Regionalverbände sind gerade im ländlichen Bereich ein wesentliches Instrument, die Aufgaben wahrzunehmen. Ich habe schon einmal hier die Kanalisierung der Projekte in die Regionalverbände hervorgehoben, wohin dann auch die Förderung fließt, die von der EU auch zur Verfügung gestellt werden kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch dem Herrn Finanzreferenten für die solide Darlegung und Ausarbeitung des Voranschlages danken. Ich glaube, das muß erwähnt werden. Denn es ist nicht überall so, auch nicht in anderen Bundesländern. Unser Finanzreferent ist ein sehr genauer Mann, dem kann man kein X für ein U vormachen. Und er hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein gutes Budget vorgelegt.

Das waren ein paar Dinge, die ich aus dem Problemkreis der Gemeinden Ihnen hier darlegen wollte. Ich erhebe nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, es werden die Kolleginnen und Kollegen zu den verschiedensten Themen sicher noch ihre Beiträge leisten.

Die Arbeit hier im Landtag wäre zum größten Teil umsonst, wenn die Gemeinden nicht als starke Partner erkennen könnten, daß das Land hinter den Gemeinden steht. Und das können wir hier feststellen. Das Budget wurde sorgfältig aufbereitet, sorgfältig verhandelt mit den zuständigen Regierungsmitgliedern. Und auch dafür ich danken, daß die Unterlagen den Abgeordneten entsprechend aufbereitet zur Verfügung gestellt wurden. Es ist kein "Schummelbudget", und ich bin überzeugt, daß unser Finanzreferent, so genau wie er ist, die entsprechenden Zahlen auch aus dem laufenden Jahr schon mit eingebaut hat. Und daß auch wir in den Gemeinden damit leben können, das ist, glaube ich, auch sehr wichtig. Die wesentlichen Säulen in diesem Voranschlag wurden eingehalten. Die Kürzungen bewegen sich in Bereichen, wo sie vertretbar sind. Ich glaube, daß es halt einmal dazugehört, daß man nicht überall Ja sagen kann, aber wenn es gut und sachlich ausverhandelt ist, daß man sich damit abfindet und daß man auch diesen Weg mitgehen kann. Im wesentlichen geht es ja darum, daß niemandem Geschenke gemacht werden können. Sondern es geht darum, daß in den Wirtschaftsbereichen die Mittel zur Verfügung

gestellt werden können, die gebraucht werden und die dann in der Umsetzung den größten Effekt bringen. Ich stimme diesem Budget zu und darf auch Sie ersuchen, dasselbe zu tun. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet der Herr Präsident Koczur.

Abg. Präs. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Beratungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich eröffnen wieder einmal die Möglichkeit, Rückblick und Vorschau zu halten und darauf aufbauend letztlich auch eine Standortbestimmung vorzunehmen.

Das ist deshalb von ganz besonderer Wichtigkeit, weil uns allen die Entwicklung auf dieser Grundstufe unseres Zusammenlebens nicht gleichgültig sein kann. Die Gemeinde ist gerade in unserer schnelllebigen Zeit noch immer ein Hort der zwischenmenschlichen Beziehungen. Und auch für die Politik gilt die Erkenntnis, daß der Bürger auf dieser Ebene für die Bedeutung des politischen Handelns ansprechbar ist. Auf Landes- und Bundesebene ist das ja viel schwieriger.

Wenn heute der Politik und ihren Repräsentanten in der Öffentlichkeit nicht jener Stellenwert beigemessen wird, der eigentlich zutreffend wäre, so ist das sehr bedauerlich, weil eigentlich unser ganzes Leben, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, von den Rahmenbedingungen, wie sie die Politik gestaltet, letztlich bestimmt wird. Ich begrüße daher, daß in den meisten bisherigen Wortmeldungen die Gewichtung, die den Gemeinden beigemessen wird, immer wieder betont worden ist. Ich habe mich auch darüber gefreut, daß zum Unterschied zu manchem Vorjahr in der Einbegleitungsrede des Landesfinanzreferenten noch vor den Dankesworten zwei schöne Absätze als Bekenntnis zu den Gemeinden zu finden sind.

Denn in der Gemeinde erlebt der Bürger hautnah die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf seinem Lebensraum und das kann auch die Chance sein, ihm die Gesamt-Zusammenhänge zu verdeutlichen. Wenn heute schon einmal die Europäische Gemeinschaft und die Umstellung auf ein neues Währungssystem angeklungen ist, dann ist das vielleicht ein solches Beispiel. Denn bei der Bewältigung der Ängste und Sorgen, die unsere Bürger mit diesen Veränderungen verbinden, ist, glaube ich, die Mitwirkung und die Erfahrung der Frauen und Männer in den Gemeindestuben unverzichtbar.

Gerade in den letzten Monaten ist die Bedeutung der Gemeinden in unserem Staatengefüge ganz besonders deutlich geworden. Auch der Verlauf der Verhandlungen zum Finanzausgleich 1997-2000 hat dieser Entwicklung ebenfalls Rechnung getragen. Die Gemeinden sind nun einmal, wie zu Recht gesagt wurde, die größten öffentlichen Investoren. Sie sichern und schaffen Arbeitsplätze, tragen entscheidend zur Erreichung der Konvergenzkriterien bei und sind für all das verantwortlich, was wir so umfassend als Lebensqualität bezeichnen. Daneben sind sie aus dem Wandel von der Verwaltungs- zur Gestaltungsgemeinde heraus auch Anlaufstelle für nahezu alle persönlichen Anliegen und Sorgen der Bürger geworden. Was sich aber hier so selbstverständlich anhört, wird nicht von allen Kräften und von allen Verantwortungsträgern auf Landes- und Bundesebene so erkannt. Das spüren wir in den Gemeinden und müssen daher bei jeder Gelegenheit in eigener Sache tätig werden und auf die Bedeutung der Kommunen hinweisen.

Es ist eine ganz normale Feststellung, daß man nicht alles haben kann. Die Finanzkraft der Gemeinden schmälern, zugleich ihre Wirtschaftsbedeutung beschwören, das paßt ganz einfach nicht zusammen. In den Gemeinden werden die Sorgen des Landes und des Gesamtstaates nicht verkannt. Und wir leisten auch den notwendigen Beitrag, wenn ich hier nur zum Beispiel auf die schon erwähnte Deckelung bei verschiedenen Förderungsmaßnahmen verweise. Denn ausgabenseitig müssen wir die Fixkosten, die Steigerung der Ausgaben für die Mitarbeiter und darüber hinaus die normale Kostensteigerung ja verkraften. Und es fehlt mir daher das Verständnis, wenn die Wirtschaft immer wieder auf die Kommunal- und die Getränkesteuer zugreifen will. Und ich begrüße daher die oberstgerichtlichen Erkenntnisse, welche vor kurzem die Vorreiter dieser Bemühungen in die Schranken gewiesen hat.

Es fehlt mir auch das Verständnis, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich höre, daß in den letzten Tagen die Feuerwehren und im besonderen der Landesfeuerwehrkommandant unterwegs ist, um natürlich seine Sorgen zu deponieren und auf der anderen Seite er auch die Kommunalsteuer als eine Zugriffsmöglichkeit entdeckt hat. Dagegen müssen wir uns als Gemeinden ganz einfach verhalten. Das ist undenkbar, daß jeder nur darüber nachdenkt, wie er die gemeindlichen Einrichtungen schmälern kann, aber auf der anderen Seite werden an uns natürlich die Forderungen gestellt. Man kann nicht von den Gemeinden Investitionen in die Umwelt und Infrastrukturmaßnahmen für den Fremdenverkehr verlangen oder wenn man so will auch für das Feuerwehrewesen, und zugleich für die Verringerung der Einnahmen der Kommunen eintreten. Daß man uns natürlich versichert, daß man hier einen Ausgleich für die Gemeinden finden muß, das ist wohl in einer Zeit, in der niemand sagen kann, woher zum Beispiel allein die 6,5 Milliarden, die die Getränkesteuer österreichweit ausmacht, kommen könnten, sicherlich eine Illusion. Ich glaube, die dafür Verantwortlichen sollten ihre Kräfte sinnvoller einsetzen.

In diesem Zusammenhang drängt es mich natürlich, noch einmal auf den vereinten Vorstoß der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen bei der Beschneidung der Kommunalsteuer zurückzukommen. Die Freiheitlichen haben durch Monate hindurch in den Gemeinden draußen den Boden gleichsam aufbereitet und die ÖVP ist nervös geworden. Vor allen Dingen der Wirtschaftsbund ist hier nervös geworden. Und die ÖVP mußte natürlich jetzt aus ihrem Gefühl heraus auch noch gleich die FPÖ rechts überholen. Und daher hat man sich nicht damit begnügt, daß man die Lehrlinge ausnehmen will, sondern man hat auch zugleich jene ausnehmen wollen, die auch draußen in den Gemeinden die Lehrlinge ausbilden. Und da paßt jetzt das auch dazu, wenn die Feuerwehren jetzt kommen und die Feuerwehrmänner ausgegliedert haben wollen. Und so denkt jeder darüber nach, wie er uns das antun kann und wie man hier den Gemeinden die Möglichkeit ihrer eigenen Einnahmensquelle schmälern kann. Daß aus dem Ganzen dann ein Empfehlen geworden ist, naja, das zeigt schon, daß man selbst auch nicht gerade ein besonders gutes Gefühl dabei gehabt hat. Das Abstimmungsverhalten jener Damen und Herren, die draußen neben ihrer Tätigkeit als Abgeordnete auch noch in den Gemeinden und Kommunen tätig sind, das habe ich bis heute nicht verstanden. Aber vielleicht ließe es sich damit erklären, daß man glaubt, man beschließt

halt das, um etwas zur pressemäßigen Verwertung zu haben, und zu Hause werden die Gemeinden schon das richtige tun. Ob allerdings eine derartige Einstellung zum Bemühen, der Politik wieder mehr Ansehen zu verschaffen, beiträgt, das möchte ich wirklich im Raum stehen lassen. *(Abg. Böhm: Es war nur eine Empfehlung!)* Ja, das war dann der Ausweg aus dieser sehr schwierigen Situation. Das war der Ausweg aus diesem Drängen, die Gemeinden dazu zu bringen. Es war eine salomonische Zwischenerledigung.

Mit dem neuen Finanzausgleich, um auf ein anderes Thema, sehr geehrte Damen und Herren, zu kommen, wurde auch das Langzeitprovisorium KRAZAF beendet. Mein Vorredner hat sich schon mit dem Paket der leistungsorientierten Spitalsfinanzierung beschäftigt. Die Konstituierung des NÖGUS, des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds war die notwendige Konsequenz. Was Sie, Herr Kollege, an Bedenken aus der Sicht der Gemeinde gebracht haben, bestätigt in mir nur das Gefühl, das wir bei den Finanzausgleichsverhandlungen gehabt haben. Daß es nämlich keine sehr gute Idee gewesen ist, auf diesen Ländertöpfen zu bestehen. Die Landesfinanzreferenten wollten unbedingt diese Form der Spitalsfinanzierung haben. Was ist herausgekommen dabei? Der Bund hat seine Beiträge gedeckelt, die Krankenversicherungen haben ihre Beiträge gedeckelt und den Rest dürfen wir uns zu Hause im Land zwischen den Gemeinden und dem Landesfinanzreferenten ausmachen. Und das ist keine sehr, sehr leichte Situation. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, die Erfordernisse einer modernen, medizinischen Versorgung mit den finanziellen Möglichkeiten der Gebietskörperschaften in Einklang zu bringen.

Erfreulich - und das möchte ich natürlich hier anmerken - ist für mich, daß es gelungen ist, die Kostensteigerungen in den Krankenhäusern einzubremsen. Ja, meine Damen und Herren, mit den Wünschen, die an die Gemeinden herangetragen wurden, ist eben auch dieses Gefühl manchmal verbunden, aus einem momentanen Bedürfnis heraus zu sagen, ja, aber bei allem, was wir sonst zu besprechen und zu lösen haben, ist dieses oder jenes Problem ganz besonders wichtig und dafür muß einfach Geld da sein. Man vergißt nur, daß dies auf so vieles in den Gemeinden zutrifft. Das Geld muß für eine saubere Umwelt da sein, für reines Wasser, für den Bau von Schulen, Kindergärten, Spitälern da sein. Wir brauchen die sozialen Einrichtungen. Und was ist wichtiger als die Arbeitsplatzsicherung? Infrastruktureinrichtungen werden verlangt. Und

so vieles ist ganz wichtig. Es muß, meine Damen und Herren, allerdings auch das notwendige Geld dafür aufgebracht werden. Als Gemeinden sehen wir natürlich sehr wohl diese Zusammenhänge und deshalb wissen wir, daß alles, was man ausgeben will, zunächst einmal erarbeitet werden muß. Und daher ist es zu begrüßen, daß Bund und Land der Wirtschaftsförderung, an der wir als Gemeinden natürlich auch unser Interesse haben, positiv gegenüberstehen und daß es nach diesen ersten zögerlichen Ansätzen auch europaweit dazu kommt, daß man der Wirtschaftsförderung und damit auch der Arbeitsplatzsicherung einen neuen Stellenwert einräumt.

Meine Damen und Herren! Es hat sich seit der Budgetdebatte des Vorjahres einiges am Kommunalsektor getan. Wir haben ja ein großes Paket verschiedener Maßnahmen geschnürt, das dann letztlich den Zusammenhalt im Finanzausgleich der Jahre 1997 bis 2000 gefunden hat. Als Gemeinden sind wir über das, was wir in den Verhandlungen erreichen bzw. abwenden konnten, nicht unzufrieden. Trotzdem sind viele Wünsche im Interesse der Gemeinden zu urgieren. So wird vor allem der Konsultationsmechanismus zu einer Nagelprobe werden, ob es Vereinbarungen zwischen den Gebietskörperschaften gibt, die letztlich auch eingehalten werden. Diese Selbstbeschränkung der Legislative wäre ja an sich nicht notwendig, wenn sich der Gesetz- und Verordnungsgeber über die finanziellen Auswirkungen seiner Beschlüsse immer einen entsprechenden Überblick verschaffen würde. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aber gezeigt, daß dem nicht immer so ist und immer wieder sehr leicht Beschlüsse gefaßt werden, die zu Lasten anderer Gebietskörperschaften gehen.

Meine Damen und Herren! Es wäre nun, nach dem, was bisher gesagt wurde, schon sehr verlockend, sich über die Auswirkungen des Kindergarten- und Kinderbetreuungsgesetzes zu verbreitern. Natürlich auch mit den Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen und die sinnvolle Nutzung dieser so wichtigen Einrichtungen. Ich stelle nur fest, daß der vereinbarte Beobachtungszeitraum längst verstrichen ist. Fest steht, daß Handlungsbedarf besteht und den Gemeinden entgegen den ursprünglich vorgelegten Berechnungen doch beträchtliche Kosten entstehen, die - das sage ich dazu - nach dem Vertrauensgrundsatz zwischen den Verhandlungspartnern abzugelten sind. Die Gespräche mit dem Finanzreferenten haben wir als Gemeinden verlangt. Sie werden, wie ich hoffe, umgehend stattfinden. Bis dahin werden sich die Gemeinden noch ein wenig zurückhalten,

stillhalten. Ein Scheitern dieser Gespräche, das sage ich aber auch klar und deutlich, würde sicherlich eine neue Situation entstehen lassen, auf die wir entsprechend reagieren müßten.

Wie breit die Palette der Sorgen im Gemeindebereich ist, sei an einigen Stichworten unterstrichen. Grundsteuer - ein Problem, welches seit vielen Jahren einer Lösung harret. Wenn jetzt im Zusammenhang mit neuen Einnahmequellen des Bundesbudgets darüber diskutiert wird, so müssen die Gemeinden ihren gerechten Anteil an zusätzlichen Einnahmen urgieren. Ich sage das, auch wenn es nicht den Landtag hier direkt betrifft. Aber als Gemeinden möchten wir einfordern, was immer wieder gesagt wird. Daß nämlich Gemeinden und Länder, natürlich auch der Bund dazu, eine Einheit bilden. Und daß wir uns natürlich erwarten, daß das Land uns als Gemeinden entsprechend unterstützt, wenn wir mit unseren Anliegen auf die Bundesebene zusteuern.

Auch im Wasserrecht, das ist ein weiteres Stichwort, sollte es endlich zur zugesagten Lösung in Richtung Richtwerte kommen. Die Fristerstreckung, die vereinbart wurde, ist ja nur ein erster Teilschritt. Der finanzielle Einklang zwischen Aufwand und erzieltm Erfolg hat auch in diesem Bereich zu gelten.

Ein weiteres Stichwort ist der AGR-Ausgleich. Er bringt für die Gemeinden finanzielle Nachteile und es sind im Zuge des Werdens dieses Ausgleiches viele Mängel im System deutlich geworden. Trittbrettfahrer zahlen keine Entsorgungsbeiträge, Firmen sammeln Bruchglas, verkaufen es sich selbst und bezahlen dafür zu wenig. In Deutschland bezahlt man wesentlich mehr für das Bruchglas als bei uns in Österreich. Und hier liegt der Verdacht nahe, daß auf Kosten der Gemeinden nebenbei eine Gewinnmaximierung stattfindet.

Ein weiteres Stichwort ist sicherlich auch die ungelöste Problematik der Bundesstaatsreform. Eine der wichtigen Grundzüge einer solchen Neuregelung basiert ja auf diesem sogenannten Subsidiaritätsprinzip, nämlich die Überlegung, Erledigungen von jenen Gebietskörperschaften vornehmen zu lassen, wo dies unter Effizienz und Bürgernähe am besten geschehen kann. Auch da sollte man die nächsten Schritte setzen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an die Diskussion der Vorwoche hier im Hohen Landtag zur Besoldungsreform erinnern. Es war da sicherlich ein Beschluß mit Blickrichtung Zukunft. Die leistungsorientierte Entlohnung wird in den kommenden Monaten viele Diskussionen in den

Kommunen auslösen, aber sicherlich keinen Zweifel daran lassen, daß es eine zeitgemäße Lösung ist, die den vielfältigen Anforderungen der heutigen Gestaltungsgemeinde entgegenkommt. Auf die ausgehandelte Aufkommensneutralität wird man aus Sicht der Gemeinden besonders achten müssen. Dies gilt, meine Damen und Herren, auch für die Neuordnung des Musikschulwesens in Niederösterreich. Es muß in der Diskussion eine Lösung gefunden werden, die den Intentionen des Musikschulbereiches, die den Intentionen der Jugend entspricht, die aber letzten Endes auch für die Gemeinden finanzierbar bleiben muß. Das Land wird sich hier nicht weiter zurückziehen können, die bestehende Deckelung ist bereits eine große Belastung für die Gemeinden. Auf die Problematik der Erneuerung bestehender kommunaler Einrichtungen ist zu Recht schon verwiesen worden.

Daher ein Blick über oder in die Finanzlage der niederösterreichischen Gemeinden. Er zeigt, daß das Gesamtsteueraufkommen im Jahr 1995 nur noch ein Plus von 0,8 Prozent aufweist, während in den Jahren davor Steigerungsraten von 4,7 Prozent und 5,6 Prozent verzeichnet wurden. Trotzdem haben die Gemeinden um 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr investiert. Und sie leisten damit, wie ich glaube, einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung und zur Arbeitsplatzsicherung, der nicht hoch genug einzuschätzen ist. Der Schuldenstand von 30,5 Milliarden Schilling ist jedoch ein Zeichen, daß die Gemeinden an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit angelangt sind. Der Entfall der Landesumlage, es wurde schon gesagt, jene Milliarde, die jetzt vor Ort eingesetzt werden kann, war rückblickend ein richtiger Schritt zur richtigen Zeit. Sicherlich, und das soll bei dieser Gelegenheit ebenso erwähnt werden, wie auch die damals im Jahre 1986 beschlossene Regionalisierung. Diese hat nämlich einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß

regionale Ungleichgewichte ein wenig entschärft werden konnten. Was uns aber nicht darüber hinwegtäuschen soll, daß trotz einer allgemeinen Erfolgsbilanz, wenn man das Land Niederösterreich in der Statistik bei den meßbaren Wirtschaftsdaten usw. hernimmt, daß diesen positiven Daten große, regionale Unterschiede gegenüberstehen, die mit ihren Auswirkungen natürlich auch in den Gemeinden spürbar werden. Weil das Steueraufkommen in Gemeinden des Grenzlandes zum Beispiel nicht so hoch ist als das in Ballungszentren der Fall ist. Weil die Menschen dort wesentlich weniger verdienen als im Ballungszentrum, weniger ausgeben können, die Wirtschaft bescheidener handeln muß als vielleicht in Ballungszentren. Und das ist ein, wenn man so will, Teufelskreis, aus dem wir letztlich einen Ausweg suchen müssen, auch wenn wir schon lange danach auf der Suche sind.

Ich ersuche nochmals, im Lichte der Zahlen, wie sich das in den Gemeinden entwickelt, und der Probleme, die wir haben, die Verunsicherung der Gemeinden durch immer wieder einsetzende Diskussionen über die Reformen der Gemeindefinanzen, wenn man so will auch aus dem Titel "Senkung der Lohnnebenkosten", zu unterlassen. Da gibt es immer wieder den Tritt in die Öffentlichkeit, wo man sehr lautstark Forderungen erhebt, die dann in den Medien ihren Niederschlag finden und bei denen wir ganz einfach in Sorge sind. Deshalb in Sorge sind, weil es nirgendwo, meine Damen und Herren, eine Finanzmasse gibt, die da irgendwo zur Verteilung liegt. Und die findet man nirgends. Auch bitte, und das sage ich auch ganz bewußt, auch nicht in den Gemeindeparkassen. Und daher sollte auch hier jede Verunsicherung der Rechtsstellung dieser Institute vermieden werden. Aus meiner Sicht, der eines Vertreters auch im Sparkassenbereich: Ich glaube, daß im Zuge des CA-Verkaufes schon genug Porzellan zerschlagen worden ist.

Schließlich möchte ich auch noch darauf hinweisen, daß die vom Parlament beschlossene Neuregelung der Bezüge und Ruhegehälter der Bürgermeister - und ich sage das auch ganz bewußt, eine Regelung, die man ohne Beziehung der Gemeindevertreter fixiert hat - relativ wenig Spielraum für die Gestaltung der Löhne offen läßt. Trotzdem müssen wir eine vernünftige Lösung finden, damit auch in Zukunft Persönlichkeiten bereit sind, sich in den Gemeindestuben zu engagieren.

Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger, dem ich gemeinsam mit den Regierungsmitgliedern und den Damen und Herren der Gemeinde-

abteilung für die Arbeit im Interesse der Gemeinden Niederösterreichs ganz besonders danken möchte, bezeichnet in vielen seiner Reden das Land sehr oft als die Summe der blühenden Gemeinden. Und er hat recht. Wenn man durch dieses wunderschöne Bundesland mit all seinen regionalen Besonderheiten fährt, dann spürt man, daß Vielfalt zugleich auch ein gemeinsames Ganzes sein kann. Und ich möchte am Schluß meines Debattenbeitrages den über 10.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern herzlich danken, die mit großem Verantwortungsbewußtsein draußen in den Gemeinden, wo wir alle den Mittelpunkt unserer Lebensbeziehungen haben, tätig sind. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, daß es uns auch im kommenden Jahr gelingt, im Interesse der NÖ Gemeinden hier im Lande tätig zu sein, weil das eine wichtige Voraussetzung ist, um die Lebensqualität in den Regionen erhalten zu können. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. Gansch.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klubobmann Gratzner.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich habe einige Punkte zur Gruppe 0, möchte aber zuvor kurz auf meinen Vorredner eingehen, auf den Herrn Präsidenten Koczur. Vor allem in dem Bereich, wo es um die Kommunalsteuer ging. Es ist schon richtig, daß sehr viele unserer Gemeinderäte mit Dringlichkeitsanträgen oder in anderer Form darauf gedrängt haben, daß das, was hier herinnen beschlossen wurde, bzw. der Weg, der hier herinnen gezeichnet wurde, auch auf Gemeindeebene seine Umsetzung findet. Und sozusagen parallel zu den Bemühungen von hier herinnen wurden in den Gemeinden auch Anstrengungen getroffen, um durch den Verzicht auf die Kommunalsteuer Betrieben Erleichterungen zu verschaffen. Es ist nicht so, Herr Präsident, wie Du das gesagt hast: Jene, die hier herinnen anders abstimmen, haben draußen wieder dies und jenes gesagt. Ich selbst habe das in meiner Gemeinde erlebt - es war ganz witzig - daß der Bürgermeister der absoluten SPÖ-Mehrheit mit mir gemeinsam diesen Kommunalsteuerantrag gegen die Stimmen der ÖVP zum Beispiel beschlossen hat. Also es zieht sich das quer durch alle Reihen. Es ist offensichtlich doch von Gemeinde zu Gemeinde,

von Ort zu Ort, die Bereitschaft, hier Schritte zu gehen, unterschiedlich. Und ich glaube, man sollte das auch respektieren. Und wenn es schon um die unterschiedliche Haltung von Abgeordneten geht, so möchte ich doch sagen, daß es einem Abgeordneten von dieser Hälfte vorbehalten blieb, hier herinnen für das Kindergartengesetz zu stimmen und kurze Zeit später eine Resolution gegen das Kindergartengesetz zu unterschreiben. Damit auch das erwähnt ist.

Nun, die Gruppe 0 beschäftigt sich ja vornehmlich mit den, zumindest mit dem größten Brocken, mit den Personalkosten. Und hier bringe ich auch einen Punkt der Kritik an, weil die Personalkosten linear fortgeschrieben werden. Wir erleben es ja immer wieder, früher etwas drastischer formuliert, in den Nachtragsbudgets. Ich erinnere mich an das von 1995, als es galt, bei den Personalkosten unerwartete Mehrausgaben in der Höhe von 156 Millionen Schilling zu beschließen. In den letzten beiden hat man ja gesagt, man macht keinen Nachtrag, sondern man nimmt Umschichtungen vor. Die Ziffern sind etwas gesunken, aber sie sind trotzdem noch immer hoch. Und auch bei diesem Budget kann man jetzt schon sagen, daß es entsprechende Nachträge geben muß, weil selbstverständlich weder eine Gehaltsveränderung berücksichtigt wurde, noch auch die Gehaltspyramide, wie auch immer sie ausfallen wird, im Budget berücksichtigt wurde. Umso mehr verwundert es uns, daß zum Beispiel die Repräsentationskosten gesenkt wurden. Oder die Kosten für die Lichtbildstelle sind gesenkt worden im Budget 1998. Jetzt wissen wir, daß wir die Landtagswahl vor uns haben. Und es wurde heute schon mehrmals beteuert, es ist dies kein Wahlkampfbudget. Nur, wer soll das glauben? Wer soll wirklich glauben, daß in einem Wahlkampfjahr die Repräsentationskosten gesenkt werden, daß in einem Wahlkampfjahr die Lichtbildstelle nicht wie bisher Regierungsmitglieder betreut und vornehmlich oder zum Teil ausschließlich diese auch ins Bild bringt? Also, das glaubt doch wirklich keiner!

Oder gibt es einen neuen Weg der Parteiwerbung für die ÖVP? Ich habe da auch ein interessantes Inserat gefunden, es könnte natürlich sein, daß das Schule macht. Daß, wie zum Beispiel der Herr Landeshauptmann, offiziell mit dem Logo des Landes für die Firma Spar für Kartoffel, vorwiegend festkochend, Werbung gemacht wird. Ich weiß nicht, ob jetzt, weil die Repräsentationskosten gesenkt werden, die ÖVP dazu übergeht, Direktwerbung zu machen für irgendwelche Konzerne. *(Abg. Gratzner zeigt Zeitungsausschnitt. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich weiß nicht, es könnte sein, daß jetzt dann der Landesrat Blochberger offiziell Werbung für die Kompostieranlage seiner Söhne macht. Der Herr Landesrat Freibauer macht Werbung für die Sparkasse Mistelbach. Ich weiß es nicht, in welche Richtung sich das weiter entwickelt. Ich weiß es noch nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich nehme ja nicht an, daß Ihr Euch an dem auch beteiligen werdet. Aber möglicherweise ist das auch schon paktiert, aber ich vermute doch nicht. Es ist dem Landeshauptmann vorbehalten, mit dem offiziellen Landeslogo für festkochende oder vorwiegend festkochende Kartoffeln Werbung zu machen. Ich meine aber, und das möchte ich schon ernst sagen, es klingt alles so lustig. Aber ich glaube, daß das nicht der richtige Weg ist, daß Regierungsmitglieder Werbung machen für irgendwelche Großeinkaufszentren. Das ist nicht gut und das ist auch etwas, was die Bürger verschreckt, wenn hier mit offiziellen Geldern... Man weiß ja gar nicht jetzt in dem Fall, wer hat denn bezahlt? Das Land Niederösterreich oder Spar? Wir wissen es nicht. Vielleicht kann man das auch noch ausfindig machen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei der Kürzung der variablen Reisekosten werden wir sehr wohl dann interessiert sein, wie das im Rechnungsabschluß aussieht. In einem Wahljahr ist das etwas, was ich mir nicht ganz vorstellen kann.

Ein Punkt, der in diesem Haus immer wieder angesprochen wird, weil er auch in dieses Kapitel 'reinfällt, ist der Unabhängige Verwaltungssenat. Meistens ohne Redner und Debattenbeitrag wird der Bericht des Unabhängigen Verwaltungssenates zur Kenntnis genommen. Und jeder Bericht beinhaltet, daß es so schwierig ist. Es gibt zu wenig Personal, Fälle bleiben liegen, Bürger kommen lange nicht zu ihrem Recht. Jetzt hat auch die Volksanwaltschaft in ihrem Bericht diesen Zustand angeprangert. Und ich meine, nachdem im Budget wieder nicht berücksichtigt, daß der Landtag das schon in die Hand nehmen sollte. Ich darf daher zu diesem Thema einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzner zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Unabhängiger Verwaltungssenat.

Die jährlichen Berichte des Unabhängigen Verwaltungssenates dokumentieren eindrucksvoll

die Notwendigkeit dieser Einrichtung und den großen Arbeitsumfang. Stets wird darauf hingewiesen, daß mit dem derzeitigen Personalstand nicht das Auslangen gefunden wird. Die Volksanwaltschaft hat in ihrem Tätigkeitsbericht 1996 diesen Zustand bestätigt und darüber hinaus an Hand von Beispielen festgestellt, daß durch diesen Personalmangel Bürger in ihrem Recht beschnitten werden, wobei vornehmlich der Erledigungszeitrahmen angesprochen wurde. Im Sinne der demokratischen Weiterentwicklung unseres Landes sollte diesem Umstand Rechnung getragen werden.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der Herr Landeshauptmann wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung tätig zu werden und innerhalb von zwei Jahren die Personalprobleme beim Unabhängigen Verwaltungssenat zu lösen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, dieses Problem steht jetzt schon so lange an, daß der Zeitraum von zwei Jahren für die Lösung dieses Problems ein angemessener ist. Es geht um die Rechte der Bürger und es geht hier nicht um irgendwelche gewaltige Veränderungen in dem Land, vor denen man Angst haben müßte. Sondern es geht ganz einfach darum, die Arbeitsweise des Unabhängigen Verwaltungssenates in dem vorgegebenen Umfang auch zu ermöglichen.

Nun, es geht auch in der Gruppe 0 um die EU. Ich habe ja bereits in der Generaldebatte einige Erwähnungen zu dem Thema gemacht, vor allem auch finanzielle Auswirkungen betreffend. Es war für mich ganz interessant, weil es ja bis jetzt keine Aufstellung gab über die Beitrittskosten, doch die Rede des Herrn Landesrates enthält in ihrem Anhang eine Aufstellung über den EU-Beitrag Niederösterreichs. Das ist, muß ich sagen,

eine positive Entwicklung. Wohl auch eine sehr überraschende. Denn innerhalb von 14 Tagen zahlt das Land Niederösterreich um 200 Millionen mehr. Wie das zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Aber vielleicht kann uns das heute noch erklärt werden. Denn der Herr Landesrat hat uns im Ausschuß erklärt, der Beitrag Niederösterreichs beträgt für 1998 900 Millionen Schilling. Ich habe das hier erwähnt, es ist auch unkommentiert geblieben. Im Anhang zur Rede allerdings steht, daß der EU-Beitrag Niederösterreichs für 1998 1,1 Milliarden ausmachen wird. Also innerhalb von 14 Tagen haben wir wieder zweihundert Millionen verloren. Wie schnell das geht, daran sieht man die Notwendigkeit einer sehr genauen Budgetierung. Vielleicht erklärt er es uns auch noch wie das geht, innerhalb von 14 Tagen zweihundert Millionen Mehrbeitrag. Aber ich glaube, und davon bin ich auch überzeugt, daß es ganz wichtig ist, daß wir als Landtag sehr wohl informiert werden über diese Auswirkungen. Es kann doch nicht so sein, daß wir stillschweigend Mitglieder sind und das ganz einfach als Gottgegeben hinnehmen, daß wir zahlen dürfen. Vielleicht kommt etwas zurück. Und wer sich ein bißchen die Mühe genommen hat, zu schauen, wo findet man denn die Rückflüsse, der sieht, es ist das für einen Abgeordneten überhaupt nicht einfach, das wirklich so zu finden, daß man in einem Überblick sieht, so viel kommt zurück. Wir haben heuer am Beginn dieses Jahres einen Vortrag von der zuständigen Abteilung erhalten, in dem uns mitgeteilt wurde, im vergangenen Jahr sind 345 Millionen zurückgeflossen. Ursprünglich hieß es 1,4 Milliarden, da ist das auch bereits reduziert in der Aufstellung.

Aber dann gibt es auch noch Regionalförderungsprojekte bei ECO-PLUS, wo es Kofinanzierungen gibt: Im vergangenen Jahr 31 Millionen Schilling. Man weiß aber nicht, gehören die zu den 345 dazu oder nicht. Und daher meine ich, daß es schon wichtig wäre, eine entsprechende Übersicht dem Landtag zu bieten, wenn es um soviel Geld geht. Ich darf dazu einen Resolutionsantrag einbringen des Abgeordneten Gratzner zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998 betreffend finanzielle Auswirkungen des EU-Beitrittes (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzner zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend finanzielle Auswirkungen des EU-Beitrittes.

Seit dem Beitritt zur EU hat sich die Darstellung der finanziellen Auswirkungen gewandelt. Anfangs konnten die 'Zahlungen nach Brüssel' in den zwei EU-Anpassungsbudgets einwandfrei nachvollzogen werden. Mittlerweile sind die Beitragszahlungen Niederösterreichs im Budget nicht mehr ersichtlich. Eine lesbare Übersicht sämtlicher Rückflüsse finanzieller Mittel nach Niederösterreich existiert nicht.

Die Abgeordneten und die Bürger dieses Landes sollen sich jederzeit ein Bild von der Sinnhaftigkeit und den finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes machen können. Dazu ist eine klare Übersicht der geleisteten Zahlungen sowie der empfangenen Mittel und den aufgebrachtten Kofinanzierungsmitteln erforderlich.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der Herr Finanzlandesrat wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen jährlichen Bericht über die finanzielle Auswirkung des EU-Beitrittes auf Niederösterreichs Budget und Wirtschaft vorzulegen." (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

In der Gruppe 0 wird auch das Thema Raumordnung behandelt. Ich darf mich damit ein bißchen beschäftigen, denn gerade in den letzten Wochen und Monaten gab es einige Kapriolen im Kapitel Raumordnung. Und ich glaube, das sollte nicht unbesprochen bleiben. Entweder, man schlägt weiter Purzelbäume, oder man ändert die gesetzliche Grundlage.

Womit befaßt sich die Raumordnung? Sie befaßt sich mit der örtlichen Raumordnung, mit der überörtlichen Raumordnung und vielleicht auch, wenn es dem Herrn Landeshauptmann genehm ist, mit länderübergreifender Raumordnung. Ich darf nur anmerken, es gibt Raumordnungsprogramme für das Gesundheitswesen, Pflegeheime, Schotterabbau, zentrale Orte. Und hier bin ich schon bei einem Punkt: Daß man nachdenken müßte, ob das Raumordnungsprogramm nicht entweder überholt oder überholungsbedürftig ist. Und das nächste: Gewerbe-, Industriestandorte. Auch hier muß man nachdenken, ob nicht dem-

nächst, zumindest in der nächsten Legislaturperiode, eine Überarbeitung stattfinden sollte.

Ich habe gesprochen von der länderübergreifenden Raumordnung. Wir reden immer von der großen Osterweiterung der EU, wir reden in der PGO vom großen Wirtschaftsraum, wir reden von Wien-Niederösterreich-Burgenland. Und dann gibt es Aussagen, die da meinen - ich zitiere jetzt wörtlich den Herrn Landeshauptmann: "Eine deutliche Absage erteilten alle drei Landeshauptmänner" - da ist keiner besser als der andere - "der Idee eines länderübergreifenden Regionalparlamentes. Gemeinsame Fragen würden in der PGO gelöst. In Sparzeiten sei es überflüssig, zusätzliche Instrumentarien ohne wirkliche Kompetenzen zu errichten." Diese Meinung war wirklich nicht gefragt! Ich glaube, wenn sich Landtage den Kopf zerbrechen, wir man etwas besser machen könnte, so ist die Meinung der Landeshauptleute dazu nicht gefragt. Denn der Landtag ist ein frei gewähltes Gremium und kann beschließen, wie er nachdenken kann, eine größere Region zu betreuen. Diese Meinungen waren sicher nicht gefragt. (*Abg. Lembacher: Aber sie dürfen schon auch eine Meinung haben?*)

Sie dürfen auch eine Meinung haben, ja. Aber nicht so, wie es im "Kurier" gestanden ist, als dezitierte Feststellung: Ich habe angeschafft, ich habe befohlen! So stand es im "Kurier". Ich lasse mir nicht gerne etwas anschaffen, noch dazu von jemandem, der dazu nicht befugt ist. Und ich glaube, daß gerade in Zeiten wie diesen, wo wir 1999 eine neue Förderungskulisse über die EU bekommen, es notwendig wäre, auch die Raumordnung darauf abzustimmen, wie und wo wir 1999 entsprechende Förderungsgebiete haben und wie wir als Niederösterreicher mit unseren Förderungsgebieten umgehen. Ich glaube, man sollte hier über den eigenen Kirchturm hinausschauen und nicht nur unbedingt das nur sagen, was momentan gefällt.

Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich zu einigen Problemen der örtlichen Raumordnung kommen. Hier gibt es eine Lärmverordnung, die zur Geißel werden kann, gerade in ländlichen Gebieten. Und zur Geißel ist sie schon geworden, denn wenn man die Bundes-Lärmverordnung und die Landes-Lärmverordnung vergleicht, dann passen die Zahlen nicht zusammen. Und dann gibt es die Möglichkeit, daß halt so wie man es gerade haben will, nach der einen oder nach der anderen Verordnung Gutachten erstellt werden. Und ich glaube, es ist sicher nicht von großem Weitblick, wenn man in der NÖ Lärm-

verordnung den Traktorlärm so hinstellt, daß man in ländlichen Gebieten keine Aufschließungszonen mehr machen kann, weil der Traktorlärm zu stark ist. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wir ändern die Gesetze ab, oder wir wirken auf die Industrie ein, daß der Traktorlärm geringer wird. Aber ich glaube, es ist nicht sinnvoll, in ländlichen Gebieten noch weitere Streulagen zu erzeugen, nur weil im Zentrum, dort, wo die Landwirtschaft zu Hause ist, der Traktorlärm zu hoch ist.

Ein anderes Problem mit der Lärmverordnung ist sicher die Hochleistungs AG. Es kann sicher nicht sein, daß entlang der Westbahnstrecke der HL-AG momentan in riesigen Gebieten entlang der Eisenbahn keine Industriebetriebe angesiedelt werden dürfen, weil die Lärmbelastung zu groß ist. Ich habe vollstes Verständnis, und so soll es auch sein, daß man Wohngebiete vor Lärm schützt. Aber Industriegebiete und Betriebsgebiete, die selbst Lärm emittieren, auch noch vor Lärm zu schützen, das ist ein bißchen zu viel verlangt. Hier müßte man versuchen, eine möglichst rasche Lösung herbeizuführen. Denn wir haben in einer der letzten Sitzungen des Raumordnungs-Ausschusses schon das Problem gehabt mit der HL-AG im Raume von Tulln bzw. im Raume von Ybbs. Das heißt, man muß versuchen, hier andere Maßstäbe anzulegen für Betriebe, und nicht Betriebsmaßstäbe gleichzusetzen mit Wohnungsmaßstäben.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich zu einigen sogenannten "Stilblüten" kommen, die mich erregt haben. Da gibt es eine Gemeinde, die versucht hat, ihr Betriebsgebiet auszuweiten. Es war ein wunderbares Projekt, war alles okay, nur ab dem Zeitpunkt, da die Gemeinde draufgekommen ist, daß ein Teil dieses Betriebsgebietes in der Nachbargemeinde liegt, hat man dann krampfhaft versucht, Standpunkte darzulegen, Argumente zu finden, warum in der Nachbargemeinde dieses Betriebsgebiet nicht sein darf. Denn südlich der Landeshauptstraße 112 war Betriebsgebiet bzw. besteht das Betriebsgebiet noch immer. Nördlich der Landeshauptstraße 112 darf es das Betriebsgebiet nicht geben. Und dann wurde versucht, Gegenargumente zu finden. Und ich habe schon gesagt, wir haben ein Orte-Raumordnungsprogramm für zentrale Orte, das aber nur für die Förderungen gilt. In dem zentralen Orte-Raumordnungsprogramm steht nirgends ein Verbot für diese oder jene Widmung. Es gibt nur auf Grund der Widmungen für jeden Betrieb auf Grund dieses Raumordnungsprogrammes verschiedene Förderungshöhen. Und dann hat der Sachverständige - und ich zitiere jetzt wieder

wörtlich - daraus abgeleitet: "Daraus ist abzuleiten, daß die die in unserer Begutachtung vorliegende Betriebserweiterung weit über den örtlichen Bedarf einer Planungsperiode hinausgeht." Die Planungsperiode hat so ausgeschaut, daß das Gebiet schon verkauft gewesen wäre. Und es war weder ein Standort gemäß § 3 noch in einer solchen Standortzone gelegen. Das heißt, wenn man es in der Förderung nicht drinnen hat, darf man es nicht umwidmen. Und ich zitiere wieder: "Der gegenständliche Umwidmungsantrag der insgesamt 5,9 Hektar großen Fläche von Grünland-Landwirtschaft auf Bauland-Betriebsgebiet widerspricht dem NÖ Gewerbe- und Industrieraumordnungsprogramm aus dem Jahre 1992, da ein Betriebsgebiet gemäß diesen Programmen der Marktgemeinde Langenrohr nur insoweit zulässig ist" - und jetzt hören Sie bitte gut zu - "als es für eine Deckung des örtlichen Bedarfes erforderlich ist." Eine Umwidmung spricht gegen den örtlichen Bedarf. Was meint er mit dem örtlichen Bedarf? Die Arbeitsmöglichkeit! In Zeiten wie diesen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, redet man bei 12 Kilometern vom örtlichen Bedarf der Arbeitsplätze. Es ist üblich, stundenlang zu pendeln, in einer Entfernung von einer Stunde, und dann ist der örtliche Bedarf wegen 12 Kilometer oder 5 Kilometer nicht gegeben. Das heißt, man hat hier bewußt versucht, entsprechende Argumente zu finden, um den Nachbarn einzuengen und einzugrenzen. Die örtlichen ÖVP-Granden wollten das nicht zulassen.

Meine Damen und Herren! Bei der ersten Sitzung hat es ÖVP-Abgeordnete gegeben, die ebenfalls meiner, unserer Meinung waren. Es war dann aber schade: Bei der zweiten Sitzung, als es beschlossen wurde, hatten diese ÖVP-Abgeordneten dann keine Zeit und mußten sich vertreten lassen. Und dann ist eine andere Meinung herausgekommen. So kann man auch handeln. Ich habe schon Verständnis, daß man für manche Termine keine Zeit hat. Aber wenn man sich vorher zum Fenster hinausbeugt, wäre es dann schon besser gewesen, auch dann, wenn das Fenster geöffnet werden soll, dazusein.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich zum letzten Punkt kommen, der mich noch mehr bewegt. In jedem Gutachten steht, dem Raumordnungsbeirat wird empfohlen, hiezu eine negative oder positive Stellungnahme abzugeben. Es steht ausdrücklich, es wird empfohlen. Und es gibt einen Raumordnungsbeirat und es gibt einen Raumordnungs-Arbeitsausschuß. Herr Präsident Ing. Eichinger ist Vorsitzender dieses Arbeitsausschusses. Und da kam es

im Bereich der Gemeinde Ybbs zu einem Gutachten, zu dem der Raumordnungs-Ausschuß einstimmig eine andere Meinung hatte als der Sachverständige. Das empfohlene Gutachten wurde abgelehnt, einstimmig abgelehnt, und eine andere positive Stellungnahme abgegeben. Nun, das ist schon einige Zeit her, denn es findet sich niemand, der den positiven Bescheid unterschreibt. Und jetzt frage ich: Ist es eine Empfehlung - dann kann ich eine Empfehlung umändern. Ist es ein Beschluß, dann hat auch der Beamte das Beschlossene zu unterschreiben. Es kann sich keiner aussuchen, weil es gegen mein Gutachten geht, unterschreibe ich nicht. Und die Gemeinde wartet auf den Bescheid. So, glaube ich, kann es nicht gehen. Wenn es Beschlüsse gibt, dann sind sie zu vollziehen. Oder wir lösen den Raumordnungsbeirat und den Raumordnungs-Arbeitsausschuß auf. Dann gilt das, was der Sachverständige gesagt hat. Beschlüsse aber sind zu vollziehen. Denn wir sind zum Wohle der Bürger da, wir sind zum Wohle der Wirtschaft da, und zum Wohle der Gemeinde, aber nicht für die Eitelkeit einiger. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Präsident Ing. Eichinger zu Wort.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf zur Gruppe 0 des Budgets Stellung nehmen. Solid und solidarisch hat Landesrat Freibauer das Landesbudget für 1998 bezeichnet. Und wahrlich, wenn man die Zahlen dieses Budgetwerkes durchschaut, dann kann man feststellen, daß es wirklich solide ist, weil auf guter Basis aufgebaut. Erst vor einer Woche, als wir hier im Hohen Haus den Rechnungsabschluß für das Jahr 1996 beraten und verabschiedet haben, konnten wir feststellen, daß wirklich solide budgetiert wurde. Der Rechnungsabschluß für 1996 weist ja einen guten Überschuß auf, das heißt, die Zahlen, die Landesrat Mag. Freibauer veranschlagt hat, wurden eingehalten, ja in vielen Bereichen positiv durch Mehreinnahmen übertroffen. Ich freue mich, daß damit Herr Landesrat Mag. Edmund Freibauer die Serie der soliden Budgetstellungen der ÖVP-Finanzreferenten seit 1945 positiv fortsetzen konnte zum Wohle der Bürger dieses Landes, zum Wohle unseres Bundeslandes Niederösterreich.

Geschätzte Damen und Herren! Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat gesagt: Gesunde Finanzen sind die Voraussetzung für einen gesunden Standort Niederösterreich. Mit diesem Budget geben wir dem Land einen positiven Impuls für einen gesunden Standort, damit möglichst viele in unserem Bundesland investieren, in unser Bundesland kommen, Betriebe ansiedeln und so Impulse für arbeitsplatzschaffende Maßnahmen setzen. Ein solides Budget ist eine gute Voraussetzung für die Vormachtstellung des Bundeslandes Niederösterreich im Rahmen aller Bundesländer unserer Republik. Eine Vormachtstellung, die wir in und für Niederösterreich erarbeitet haben. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Bundeslandes haben mit ihrem Einsatz, mit ihrem Engagement die Voraussetzungen geschaffen, daß wir heute mit Fug und Recht und mit Stolz behaupten können, dieses Niederösterreich ist ein blühendes Land, ein gutes Land. Hier läßt es sich gut leben.

Dieses Budget für 1998 ermöglicht uns, Innovationen zur Aufwertung unseres Wirtschaftsstandortes Niederösterreich zu setzen. Dieses Budget ermöglicht uns, eine massive Unterstützung bei der Beschäftigungspolitik zu geben. Und dieses Budget ermöglicht uns, sozial Schwächeren Hilfe zu geben. Ich glaube, damit haben wir besonders unter Beweis gestellt, wie wir mit unseren sozial Schwächeren umgehen.

Daß wir gute Voraussetzungen bieten, ist sicher einer soliden Raumplanung in diesem Bundesland zuzuschreiben. Eine optimale Raumordnungspolitik - und ich werde noch eingehen auf Deine Äußerungen, Herr Abgeordneter Kautz, zur Raumordnungspolitik in Niederösterreich - war in den vergangenen Jahrzehnten Grundstein unserer positiven Wirtschaftsentwicklung, einer tollen Strukturentwicklung. Einer Entwicklung, die uns in Niederösterreich von vielen anderen Bundesländern unterscheidet. Wenn wir nur mit der Westbahn bis nach Vorarlberg fahren, dann sehen wir Beispiele fehlender Raumordnungspolitik in vielen einzelnen Bundesländern. Bei uns in Niederösterreich wurde konstruktive Raumordnungspolitik betrieben. Hier gibt es keine Verhüttelung in diesem Umfang wie in anderen Bundesländern. Und ich freue mich, daß diese Raumordnungspolitik immer von ÖVP-Regierungsmitgliedern getragen und gemacht wurde. Ob es ein Landeshauptmann a.D. Siegfried Ludwig war, der in den sechziger Jahren den Grundstein für eine solide Raumordnungspolitik in diesem Bundesland gesetzt hat, ob es nachher sein Nachfolger, unser jetziger Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll war, der mit der Raumordnungspolitik diesem Land hier Struktur

gegeben hat und mit seiner zusätzlich noch eingebrachten Dorf- und Stadterneuerung wirklich Maßstäbe gesetzt hat, die Europa in Niederösterreich sucht. Oder ob es unser Landesrat Mag. Freibauer ist, der jetzt für die Raumordnung verantwortlich zeichnet, der ein modernes, zeitgemäßes Raumordnungsgesetz gemeinsam mit dem Landtag geschaffen hat. Und wir erleben ja die positiven Auswirkungen dieser modernen Raumordnungsgesetzgebung für unser Bundesland. Die Raumordnung gibt die Rahmenbedingungen für die örtliche Entwicklung, für die Entwicklung in den Gemeinden, für die regionale Entwicklung, ja für die Entwicklung in unserem Bundesland Niederösterreich. Diese Raumordnungsprogramme sind Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden und im Land.

Wenn wir in der glücklichen Lage sind, in Niederösterreich gültige Raumordnungsprogramme in allen Gemeinden zu haben, dann ist auch das Verständnis der Kommunalpolitiker, der Bürgermeister und Gemeinderäte dafür vorhanden, die zu dieser Raumordnung ihr Ja sagen. Die den Weitblick haben, zu sehen, daß mit einer geordneten und guten Raumordnung eben entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden können.

Lassen Sie mich nun auf die zwei aufgeworfenen Fragen des Herrn Abgeordneten Kautz über das zentrale Orte-Raumordnungsprogramm bzw. über das Gewerbe- und Industrieraumordnungsprogramm eingehen. Er hat gesagt, daß es hier in dem Bericht keinen örtlichen Bedarf gibt. Das Raumordnungsprogramm sieht eben vor, daß die Gemeindegrenzen für das Gewerbe- und Industrieraumordnungsprogramm maßgeblich sind. Und wenn eine Gemeindegrenze vorhanden ist, dann kann ich nicht über Gebiete jenseits der Gemeindegrenze entscheiden, ob das dort notwendig ist. Dann müßten wir halt hier eine andere Form finden. Das derzeit gültige Gewerbe- und Industrieraumordnungsprogramm ermöglicht dies nicht. Wenn wir das derzeitige Industrieraumordnungsprogramm beherzigen, und wenn wir in diesem Fall, den er angesprochen hat, gesagt hätten, dann gehen wir halt ein paar Kilometer über dieses örtliche, zonale Gewerbe- und Industrieraumordnungsprogramm hinaus, dann wäre die übernächste Gemeinde auch einzubeziehen. Und 10 Kilometer weiter liegt die nächste Gemeinde. Wir haben das sehr deutlich im Ausschuß besprochen und diskutiert. Es gibt auch andere Gemeinden mit Anträgen, die sagen, was in der Nachbargemeinde von Tulln gilt, das gilt auch in meiner Stadt- und in meiner

Marktgemeinde. Ich glaube, hier muß man schon sagen, daß wir Gesetze geschaffen haben und wir eine bestimmte Entwicklung eingeleitet haben, eine positive Entwicklung für dieses Land. Und dann sollte man nicht mit Einzelwünschen diese Entwicklung unterlaufen.

Und zum zweiten: Ich bin sehr froh, daß sich der Raumordnungs-Ausschuß nicht immer an die gegebene Empfehlung hält, weil hier eben Politiker auch nach persönlichen Abwägungen, nach genauen persönlichen Informationen entscheiden und nicht unbedingt gebunden sind an die Vorgaben der Beamten. Ich kann allerdings keine Antwort geben, warum bis jetzt der Bescheid nicht unterschrieben wurde. Das wird sich jedoch sicher erheben lassen.

Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Das Landtagspräsidium und die Klubobleute der im Landtag vertretenen Parteien waren Anfang dieses Jahres in Zürich zu Besuch und haben im Kanton Zürich mit den dort zuständigen Beamten und Politikern die Raumordnungsprogramme, wie sie in der Schweiz erstellt werden, wie sie dort gehandhabt werden, besprochen. Dort gibt es einen vierstufigen Aufbau und vierstufige Zuständigkeiten für die Raumordnungsprogramme. Und in der Diskussion hat sich herausgestellt, daß wir in Niederösterreich um Meilen voraus sind. Daß wir hier in Niederösterreich wirklich ein modernes Raumordnungsprogramm haben, das sich zügig umsetzen läßt, das eine kurze Verfahrensdauer ermöglicht. Und ich bin sehr froh, daß wir mit der letzten Novelle zum Raumordnungsgesetz hier in Niederösterreich die Voraussetzungen geschaffen haben, daß die Gemeinden innerhalb kürzester Zeit zu ihren rechtsgültigen Raumordnungsprogrammen kommen und so die wirtschaftliche und baumäßige Entwicklung ihrer Gemeinden entsprechend vorantreiben können.

Über 400 positiv entschiedene Fälle im vergangenen Jahr zeigen, wie rasch hier die Raumordnungsprogramme für die Gemeinden erledigt werden können. Und es wurde mir nicht nur einmal bestätigt, daß die Vorlage eines Raumordnungsprogrammes schneller abzuhandeln ist, als eine Baugenehmigung in manchen Fällen zu bekommen. Ich möchte hier allen Bürgermeistern und Gemeindeverantwortlichen ein Dankeschön sagen. Ich glaube, sie tragen wesentlich bei zu dieser raschen Umsetzung. Und auch den Beamten ein Dankeschön, daß diese Raumordnungsprogramme zum Impuls für viele wirtschaftliche Überlegungen werden.

Und wenn auch gesprochen wurde, daß es eine Handvoll - und es sind Gottseidank nicht mehr - negativ begutachteter Raumordnungsprogramme gibt, dann, glaube ich, ist hier auch zu sagen, daß Einwände vorgebracht wurden, die wirklich tiefgreifend sind und von denen wir auch im Ausschuß der Meinung waren, daß ihnen nicht nachgekommen werden kann. Wir haben natürlich auch als Raumordnungs-Ausschuß und als Raumordnungsbeiratsmitglieder einige Wünsche an die Raumordnung. Die möchte ich auch hier heute im Rahmen dieser Budgetdebatte nennen. Und zwar gibt es in verschiedenen Landschaftsschutzgebieten, wie etwa im Landschaftsschutzgebiet Wienerwald sehr viele Bestrebungen von Grundeigentümern oder von Personen, die Grund in diesen Regionen erwerben, die natürlich in der Nähe der Großstadt Wien gerne im Grünen, im Wald oder am Waldrand eine schöne Villa erbauen möchten und die dazu den Umweg über die Landwirtschaft wählen, daß sie ein paar Jahre, unter Anführungszeichen, "Hobbylandwirte" sind und dann natürlich im Grünen ihr schönes Haus errichten können. Hier sind wir gemeinsam im Ausschuß und im Raumordnungsbeirat im Gespräch, um dem einen Riegel vorzuschieben. Daß diese Möglichkeit, im Grünen zu bauen, für sogenannte, unter Anführungszeichen, "Landwirte" wesentlich erschwert werden soll.

Wir hegen aber auch die Sorge, daß in unseren vielen tausenden Hektar gewidmeten Bauland-, Industrie- und Gewerbebebietsflächen es vermehrt zur Errichtung von Themenparks, von Vergnügungsparks etc. kommen wird. Wir wollen das verhindern, weil wir glauben, daß im Rahmen dieser großen Zentren entsprechende Belastungen für die Bürger, ob jetzt verkehrsmäßig, lärmmäßig oder abgasmäßig, entstehen. Und wir haben auch festgestellt im Raumordnungs-Ausschuß und im Beirat, daß es Gottseidank genügt, daß wir mit Verordnungsermächtigung die Möglichkeit haben, mit Verordnungen diese Regelung treffen zu können.

Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Die Raumordnung ist für mich der Motor der Wirtschaft. Hier werden Voraussetzungen geschaffen, die viele Investoren nach Niederösterreich bringen. Und ich bin unserem Landesrat Mag. Edmund Freibauer sehr dankbar, der hier zügig und klar Vorgaben vorgegeben hat, daß Raumordnung keine Vertagung auf einen Nimmerleinstag bedeutet, sondern daß das rasch und zügig durchgeführt werden kann. Raumordnung geht für mich auch über die Grenzen. Und ich bin sehr froh über die Arbeit der

Planungsgemeinschaft Ost, die im vergangenen Jahr mit dem siedlungspolitischen Konzept, das wir im Rahmen des Budgets vom Vorjahr diskutierten, klare Vorgaben geben konnte, wie sich die Region um die Bundeshauptstadt Wien entwickeln soll. Und ich bin auch dem Landtag und dem Präsidium des Landtages sehr dankbar, daß hier gemeinsam mit den Präsidialkonferenzen von Wien und von Burgenland eine Plattform geschaffen wurde mit Ausschüssen, die sich hier über die wirtschaftliche, verkehrsmäßige und siedlungspolitische Entwicklung auch auf legislativer Ebene auseinandersetzt, um hier in gemeinsamen Beratungen Überlegungen einzubringen, die dem Wohle dieser gesamten Region dienen.

Wir erleben immer häufiger, daß für Investoren, die aus dem Ausland kommen, nicht Niederösterreich allein, Wien alleine oder Burgenland, ein Bundesland alleine maßgeblich ist. Sondern die kommen in die Region. Die kommen nach Niederösterreich, weil sie hervorragend gute, qualifizierte Fachkräfte vorfinden, weil sie in Niederösterreich gut aufgeschlossene Betriebsareale, Industrieareale vorfinden. Sie kommen nach Niederösterreich, weil sie die Nähe der Großstadt Wien haben mit Universitäten, mit den Forschungseinrichtungen, mit Kultureinrichtungen. Das sind alles Überlegungen, warum Betriebe nach Österreich kommen. Und ich bin daher sehr froh, daß diese gemeinsame Regionalkonferenz, diese Ausschüsse, in den Beratungen alle diese Themen berühren und behandeln werden, um, so glaube ich, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, daß diese positive Entwicklung unserer Region Niederösterreich, unserer östlichen Region, um es etwas weiter zu fassen, vorangetrieben wird.

Geschätzte Damen und Herren! Als Raumordnungsbeirats-Mitglied freue ich mich auch, daß bei der Novelle des Berggesetzes vorgesehen ist, daß die Gemeinden ein Mitspracherecht haben. Daß hier echte Parteienstellung vorliegt. Weil ich glaube, daß es wichtig ist, daß die Gemeinden in diese Entscheidungen, die für manche Gemeinden sehr tiefgreifend sind, eingebunden sind.

Geschätzte Damen und Herren! Motor der Wirtschaftspolitik ist sicher die Errichtung der Landeshauptstadt, die Dezentralisierung und die Regionalisierung in den letzten Jahren gewesen. Und in dem Zusammenhang möchte ich auch dem Herrn Abgeordneten Gratzner, Klubobmann der Freiheitlichen, seinen Beitrag anlässlich der Debatte über den Bericht über die Landesentwick-

lung in der Sitzung im Mai des vorigen Jahres vorlesen. Und zwar hat er begründet, warum er diesem Bereich der Landesentwicklung nicht zustimmen kann. Ich zitiere wörtlich: "Zum Beispiel so Kleinigkeiten: Wie man zu der Behauptung kommt, ich weiß es nicht, aber hier steht drinnen, ganz am Anfang in irgendeinem Kapitel, die große Festsitzung im neuen Landtagsschiff ist in Absprache zwischen Landtagspräsidium, Regierung und Klubobmännern für den Mai 1997 festgelegt worden. Das steht da drinnen. Nach diesem Bericht, wenn wir dem zustimmen, müssen wir im Mai 1997 übersiedeln." Ich freue mich, lieber Herr Klubobmann, daß das eingehalten werden konnte! Daß die Berichte nicht nur beschriebenes Papier sind, daß diese Berichte auch in Wahrheit umgesetzt werden können oder die Vorhersagen auch eingehalten wurden. Ich weiß schon, der Herr Klubobmann hat gemeint, er möchte schon im April übersiedeln.

Regionalisierung ist sicher auch in Verbindung mit der Raumordnung und der Wirtschaftslage in Niederösterreich zu sehen. Und das haben wir gemeinsam erlebt, alle von uns, die anwesend waren in Baden bei dem Festakt "35 Jahre Wirtschaftsparks in Niederösterreich". Und ich glaube, wenn wir an diesen Festakt und die dabei von allen Anwesenden getroffenen Feststellungen, welche Impulse dieser Wirtschaftsstandort durch diese Wirtschaftsparks in Niederösterreich erfahren hat, denken, daß wir mit Stolz auf diese erbrachten Leistungen blicken können. Alleine im Industriezentrum Niederösterreich-Süd, in Niederösterreichs erstem Wirtschaftspark sind in diesen 35 Jahren 280 Betriebe mit achteinhalbtausend Beschäftigten entstanden. Ich glaube, mit diesem größten Industriepark Europas können wir zufrieden sein, auf den können wir stolz sein. Auf die Leute, die diese Leistungen erbracht haben, ebenfalls. Wenn dabei angesprochen wurde 25 Jahre Betriebsansiedlung - die Raumordnung hat hier eine entscheidende Rolle gespielt - dann ist mit dieser Betriebsansiedlung es sicher gelungen, daß wir nicht nur rund um Wien in dem Bereich, den ich genannt habe, Betriebe ansiedeln konnten, sondern daß wir auch Betriebe angesiedelt haben in vielen Randregionen. Wenn ich nur das Waldviertel hernehme oder das Weinviertel, dort ist es mit massiver Unterstützung des Landes gelungen, Betriebe anzusiedeln. Und wenn wir heute im Wald- und im Weinviertel mit über einem Prozent Zuwachs an Beschäftigten den höchsten Beschäftigungszuwachs Österreichs verzeichnen können, dann, glaube ich, ist das auch das Ergebnis einer konstruktiven Betriebsansiedlung, einer langfristigen Planung, wie wir sie durchgeführt haben.

Im Rahmen dieser Festveranstaltung wurde auch 10 Jahre Regionalisierung in den Mittelpunkt gestellt. Diese 500 Millionen, die jährlich in unsere Regionen gehen, über die, glaube ich, brauchen wir im Rahmen des Budgets nicht zu sprechen, das haben wir bei der Debatte über die Wirtschaftsentwicklung in der vergangenen Woche tun können. Aber sie sind wirklich ein Motor für unsere positive Entwicklung im Bundesland Niederösterreich. Das Motto dieser genannten Veranstaltung hat gelautet: "Alle Kraft in die Regionen." Und das ist uns gelungen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte abschließend noch ein paar Worte zur Änderung der Bauordnung sagen, die die Klubs vorbereitet haben, weil Herr Landesrat Schimaneks Vorlage ja nicht brauchbar war. Diese Novelle freut mich. Sie hat sich wirklich bewährt. Die Verfahrenskonzentration wurde bereits von 139 Gemeinden beschlossen, wonach eben die Gewerbeabteilungen der Bezirksverwaltungsbehörden auch die Bauverhandlungen mitmachen. Und ich bin dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer sehr dankbar, der angesprochen hat, daß es ganz wesentlich ist für viele Unternehmer, wenn sie nach Österreich kommen und uns zum österreichischen Standort wählen, daß sie rasch und unbürokratisch zu ihren Genehmigungen kommen wollen. Wir können nicht jahrelang warten, die Betriebe können nicht jahrelang warten, bis hier endlich Genehmigungen vorliegen. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Hier wird eine solide Arbeit geleistet von den Behörden, von den Bezirkshauptmannschaften, von den dort tätigen Beamten, aber auch von den Beamten des Amtes der Landesregierung, die hier im Rahmen die Bauordnung an der Beratung vor dem Beschluß mitgewirkt haben. Eine gute Raumordnung ist der Schlüssel zum Erfolg für Niederösterreich. Und wenn wir Ende Mai dieses Jahres 507.456 Beschäftigte aufweisen konnten, dann ist das in Niederösterreich allein ein Zuwachs um die Hälfte der Beschäftigten, die wir in ganz Österreich verzeichnen konnten. *(Abg. Haberler: Herr Präsident! Bei den Österreichern ein Minus und die Ausländerbeschäftigung wird mehr! - Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Wir haben in Niederösterreich einen Beschäftigtenzuwachs, der die Hälfte des Zuwachses von ganz Österreich ausmacht, Herr Kollege!

Das Budget 1998, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, gibt eine wirkungsvolle Möglichkeit, hier beim Arbeitsmarkt Impulse zu setzen. Die Wirtschaftsentwicklung passiert aber auch sozial ausgewogen. Ich glaube, mit

diesem Budget 1998 sind die Voraussetzungen gegeben, daß diese positive Wirtschaftsentwicklung in Niederösterreich weiter fortgeführt werden kann. Die ÖVP wird gerne diesem Budget ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe immer das Glück, nach dem Herrn Präsidenten Ing. Eichinger zu sprechen. Ich habe ihm schon einmal gesagt, solch' eine Rede ist eines Präsidenten nicht würdig. Ich könnte mich heute wieder wiederholen. Weil die Angriffe auf unser Regierungsmitglied Schimanek, glaube ich, total falsch sind. Ich werde es Ihnen schon erklären, Herr Präsident. Über zehn Jahre war der Auftrag da, eine neue Bauordnung festzuschreiben. Ihr habt es nicht zusammengebracht. Wir haben das innerhalb kürzester Zeit zusammengebracht, mit dem zuständigen Regierungsmitglied Schimanek. *(Abg. Böhm: Aber wie!)*

Unser Bau-Ausschußobmann Preiszler hat Experten eingebunden, die Bauordnung ist ausgeschickt worden. Selbstverständlich sind Änderungen eingetroffen. Wir haben die Experten eingebunden und es ist, glaube ich, innerhalb kürzester Zeit ein sehr brauchbares Werk geworden. Und tut nicht immer so, alles was gut ist, kommt von Euch und alles was schlecht ist, kommt von uns. Es glaubt Euch ja ohnehin keiner mehr. *(Beifall bei der FPÖ.)* Außer, daß die ÖVP versucht hat, das ganze Werk zu behindern, ist ja von Euch wirklich nichts gekommen.

Zur Eröffnungsfeierlichkeit, wenn Sie das immer zitieren, Herr Präsident, den Termin 15. November 1996 dürften Sie schon vergessen haben. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ja, genau. Aber im Jahr 1993, 1994, 1995, 1996 hat es noch immer geheißsen, das ist der Eröffnungstermin. Ich kann mich noch gut erinnern, wie der Herr Präsident Romeder mit uns auf der Baustelle war und wo man immer vom strengen Winter gesprochen hat. Es war das Jahr kein strenger Winter, aber irgend so eine Ausrede hat man halt gebraucht. Und tun Sie jetzt nicht so, wie wenn wir jetzt zeitgerecht eröffnet hätten.

Und der Herr Landeshauptmann hat es sich ja auch nicht nehmen lassen, am 15. November 1996 seine eigene Eröffnung durchzuführen. Er hat halt eine Baustelle eröffnet. Aber das ist seine Sache. Er hat auch einen Klangturm eröffnet, der noch immer nicht klingt, weil meines Wissens die

Schlosserfirma in Konkurs gegangen ist, die das hätte machen sollen. Also wir haben jetzt einen Klangturm stehen, der nicht klingt, ein Regierungsviertel, wo nichts funktioniert. Also so stolz braucht man auf dieses Werk nicht sein. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Sie sind ein Miesmacher!*) Nein, ich bin kein Miesmacher, das sind Fakten. Es funktioniert ja nichts, Herr Präsident. Gehen Sie hinaus und versuchen Sie, irgendwo eine Kopie zu machen. Sie müssen bis in den ÖVP-Klub gehen. Wir haben es nicht einmal geschafft, daß man draußen einen Kopierer hat für die Klubmitarbeiter. Man hat ein Telefon für alle Abgeordneten, für die Klubmitarbeiter. Ein Telefon, wo sich die Abgeordneten anstellen. Weil wenn Sie mir sagen, daß das gescheit durchdacht ist, dann frage ich mich. Aber gut, das ist halt eine Sicht der Dinge. Wir sehen das Ganze ein bißchen kritischer. (*LR Mag. Freibauer: Denken Sie einmal daran, daß Sie in einem Hohen Haus reden und nicht in einem Wirtshaus!*)

Ich denke immer daran, Herr Landesrat! Und Sie sollten auch öfter daran denken bei den Budgetreden, daß Sie im Hohen Haus reden und nicht in einer Mathematikklasse. Auf das legen wir auch Wert: Daß wir nicht immer geschulmeister werden. Außerdem bekenne ich mich zum freien Wort in dem Hohen Haus. Und ich werde es mir nicht verbieten lassen, dieses hier auch zu sagen. Außerdem, glaube ich, haben Sie die Rede des Herrn Präsidenten Ing. Eichinger nicht gehört. Weil, wenn jemand von einem modernen Raumordnungsprogramm in Niederösterreich spricht und wie super das alles ist, dann muß ich sagen, dieses Raumordnungsgesetz ist eher schlecht. Der Kollege Kautz gibt ja teilweise schon recht, das ist ein Kompetenz-Wirrwarr. Der Ausschuß ist zwar dafür, aber der Beamte unterschreibt das dann nicht. Und dieses Gesetz läßt nach wie vor - und dazu stehe ich auch - kalte Enteignungen zu. Weil wenn ich heute einer Familie das Bauland auf Grünland widme und mit irgendwelchen Abschlagszahlungen versuche, das wettzumachen, das ist für mich schlecht. Und schlecht ist auch, weil Sie gesagt haben, es ist so gut, die Betriebe siedeln sich an. Im Wiener Umland siedeln sich die Betriebe nur an, weil bei uns die Grundpreise billiger sind, das muß man auch einmal sagen. Aber wir sind da in der Landeshauptstadt St. Pölten und vielleicht sollten Sie sich das einmal genau anschauen. Es ist in dieser Stadt die Nahversorgung zusammengebrochen, ich habe das ohnehin schon einmal gesagt, weil auf jedem Eck ein Einkaufszentrum steht. Und das hat eben auch die Raumordnung zugelassen.

Vielleicht sollte man endlich von dem Begriff Raumordnung weggehen und in die Raumplanung einsteigen, weil Raumplanung wäre vielleicht das richtige Wort. Ordnung heißt immer verordnen. Und wie es verordnet wird, sieht man eh. Und wie beim letzten Mal werde ich diesmal auch ein Beispiel nur bringen. Es geht um einen Industriebetrieb im Bezirk Scheibbs, der jahrelang im Grünland gestanden ist. Jetzt wird nachträglich gewidmet. Und dem Anrainer widmet man jetzt einen 10 Meter breiten Grüngürtel. Der kommt jetzt zum Handkuß. Und der hat - wie gesagt, unserem Antrag habt Ihr ja nicht zugestimmt - überhaupt kein Rechtsmittel. Er kann jetzt zum Verfassungsgerichtshof gehen, wird sich das aber nicht leisten können. Und ich werde das bestärken. Wir werden im Herbst über die freiheitlichen Gemeinderäte versuchen, Resolutionen in den Gemeinden durchzubringen. Der Herr Präsident Koczur hat das gesagt: Der Druck der Freiheitlichen Gemeinderäte hat dazu geführt, umzudenken bei der Kommunalsteuer für Lehrlinge. Vielleicht führt er auch dazu, umzudenken im Bereich der Raumordnung. Alle verantwortungsvollen Politiker auf Kommunalebene sind aufgerufen, dies zu unterstützen.

Ich komme jetzt zu einem Kapitel in der Gruppe 0, das sind die Grundverkehrskommissionen. Es sind nach wie vor 320.000,- Schilling budgetiert. Es ist kein großer Budgetposten. Man muß sich nur fragen, warum brauchen wir diesen Budgetposten noch? Und jeder im Landwirtschafts-Ausschuß weiß, daß über zwei Jahre ein Grundverkehrsgesetzesentwurf - meines Erachtens ist er unbrauchbar, aber es gibt zumindest einen - im Unterausschuß liegt. Und es tut sich nichts. Das jetzige Grundverkehrsgesetz, das niederösterreichische, ist EU-widrig. Ich warte nur drauf, daß der erste Käufer oder Verkäufer nach Straßburg geht und dieses Gesetz zu Fall bringen wird. Ich glaube, es wäre wirklich an der Zeit, daß man jetzt dieses Grundverkehrsgesetz anpackt. Die ÖVP mit dem Ausschuß-Obmann ist gefordert.

Es ist bei dem Ganzen eine gewisse Angst dabei, die ich auch habe: Daß der Ausverkauf ans EU-Ausland passieren wird. Nur, das hätten wir uns vielleicht vorher überlegen müssen. Vielleicht kann man Schutzmechanismen einbauen. Es haben die Tiroler und die Vorarlberger einige Lücken ausgenützt, um wirklich einen Schutz einzubauen, daß nicht unsere Grundstücke ins Ausland verkauft werden. Faktum ist, daß in dem Bereich, glaube ich, die EU-Verhandlungen sehr schlecht waren. Wir haben keine Schutzmecha-

nismen und unsere "Helden von Brüssel" haben versagt. Und wir im Landtag trauen uns jetzt das Gesetz nicht anzupassen.

Einen Bereich möchte ich noch kritisieren, das ist der Posten Ehrungen und Auszeichnungen. Und da sagt der Herr Finanzlandesrat, es ist kein Wahlkampfbudget. Voriges Jahr waren vier Millionen budgetiert, heuer sind es sieben Millionen. Und es gibt ja einen "profil"-Artikel, wo zwar über den Landeshauptmann Schausberger berichtet wird, aber ebenso auch über den Landeshauptmann Pröll. Daß man sagt, man findet bald keinen mehr, der keinen Orden umgehängt hat. In Niederösterreich wird das so sein. Also sieben Millionen Schilling für Ehrungen, Auszeichnungen usw. im Vergleich zu 1997 vier Millionen. Da sieht man sehr wohl, daß es ein Wahljahr ist und daß versucht wird, die Niederösterreicher hier mit irgendwelchen Ehrungen auf die richtige Linie zu bringen.

Ein Budgetposten, der es mir besonders angetan hat, und da werde ich einen Abänderungsantrag einbringen, ist der SC Landhaus. Im Jahr 1996 - Rechnungsabschluß - hat dieser Verein, der übrigens auch in den Erläuterungen nie genauer definiert ist, 1.020.000,- Schilling

bekommen. 1997 wurde dasselbe budgetiert, heuer ein bißchen weniger, 969.000,-, aber auch noch immer fast eine Million Schilling. Und da frage ich mich. Das ist ein Hobbyverein, der meines Wissens ein bißchen Fußball spielen tut, der ein Budget hat von fast einer Million Schilling. *(LR Mag. Freibauer: Ihr Wissen ist aber nicht sehr umfangreich!)* Ich zeige Ihnen Unterliga-Vereine, Herr Landesrat, die einen Meisterschaftsbetrieb zu führen haben, die Nachwuchsarbeit betreiben. *(LR Mag. Freibauer: Sie haben also sicher keine Ahnung vom Umfang der Leistungen dieses Vereines.)* Dann sollte er vielleicht einmal eine Bilanz legen. *(LR Mag. Freibauer: Sie reden nur gerade darüber, aber Ahnung haben Sie keine!)*

Gut. Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Landesrat. Ich sehe halt, daß es wirklich Vereine gibt, die Meisterschaftsbetrieb haben, Nachwuchsarbeit, die wirklich viel machen müssen. Die zu anderen Orten auch fahren müssen in der Meisterschaft und die aus den Gemeindetöpfen 30.000,- bis 40.000,- Schilling bekommen in der Unterliga, mehr spielt sich da nicht ab, maximal 50.000,- bis 60.000,- Schilling. *(Abg. Böhm: Das ist ja nicht nur ein Fußballverein, Herr Kollege! Dieser Verein hat 20 Sektionen!)*

Ich nehme einmal ein Beispiel her und sage, die müssen Nachwuchsausbildung machen und müssen mit dem Geld auskommen. Und dort arbeiten halt ehrenamtliche Funktionäre, die selber Geld, Zeit, viel Idealismus hineinstecken, um im Sport erfolgreich zu sein. *(Abg. Hiller: Das ist beim SC Landhaus dasselbe!)* Und der SC Landhaus, nein, der bekommt eine Million Schilling. Wenn Du mir einen Verein zeigst, der eine Million Schilling bekommt, der da als Hobbyverein irgendwo herumrudert, dann wünsche ich Dir viel Glück. Ich kenne keinen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich stelle daher folgenden Abänderungsantrag *(liest)*:

"Abänderungsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 0 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Ansatz 09430 SC Landhaus, Position Ausgaben Voranschlag 1998 lautet: ATS 100.000,-.

Der Ansatz 26111 Jugendsportausbildung und Trainingszentren Position Ausgaben Voranschlag 1998 lautet: ATS 4,701.000,-."

Das heißt, wir wollen, daß die 869.000,- Schilling in die Jugendarbeit, in den Jugendsport und in die Ausbildung gesteckt wird und daß der SC Landhaus als Hobbyverein mit 100.000,- Schilling auskommen muß. Es ist dies eine Form von Einsparung. Und wir glauben, das Geld ist besser bei der Jugend aufgehoben ist und bei der Jugendausbildung. Und ich würde an das Hohe Haus appellieren, daß Sie diesem Antrag zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Österreich ist zur Zeit rund zweieinhalb Jahre in die Europäische Union integriert und das bedeutet auch Halbzeit und damit Bilanz zu ziehen über die regionale Zielgebietsförderung auf der Grundlage des genehmigten Programmplanungsdokumentes. Ich möchte mich daher ganz besonders heute mit dem Iststand der Projektförderungen auseinandersetzen. Und zwar sowohl im Bereich von EAGFL, als auch im Bereich von EFRE und von ESF.

Niederösterreich hat grundsätzlich in der Zielgebietskulisse mit seinen Projekten im Ziel 2-Bereich und im Ziel 5b-Bereich die Chance, jährlich rund 400 Millionen Schilling aus Brüssel direkt zu lukrieren. Zusammen mit nationalen Mitteln und mit Landesmitteln bedeutet das allein im Bereich einer Regionalförderung einen EU-kofinanzierten jährlichen Investitionsschub von rund 1,5 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich damit auseinandersetzen, wie wird diese Chance eigentlich genutzt? Man kann mit Fug und Recht aus meiner Sicht behaupten, daß Niederösterreich sowohl eine erfolgreiche Startphase in der EU-Programmumsetzung gelungen ist, als auch wichtige Fortschritte in der Umsetzung der EU-Regionalprogramme zu verzeichnen sind. In nackten Zahlen stellt sich das folgendermaßen dar: Mit Monitoringstand vom 1. Quartal 1997 gab es fast 1.800 bewilligte und zum Teil bereits abgeschlossene EU-Projekte im Zielgebietsbereich. Was aufgeschlüsselt nichts anderes heißt, als daß das rund 300 Projekte im Ziel 2-Bereich sind und rund 1.500 Projekte im Ziel 5b-Bereich. Wobei sich auch die Aufteilung

dieser Projekte auf die drei Strukturfondstöpfe EAGFL, EFRE, ESF in etwa die Waage hält. Diese Projekte inkludieren insgesamt Förderungszusagen von rund 1,3 Milliarden Schilling, die ihrerseits Investitionen von rund 7,5 Milliarden Schilling auslösen.

Ich glaube, das allein zeigt, wie interessant, wie wichtig und wie fruchtbar an sich diese EU-Projektförderungen gestaltet sind. Wie schaut nun, meine sehr verehrten Damen und Herren - ich möchte mich der Frage zuwenden - die Programmumsetzung im Vergleich zum Finanzplan aus? Das ist eine der zentralen und wichtigen Fragen, die immer wieder politisch auch gestellt werden und die wir als Politiker angehalten sind, entsprechend konkret zu beantworten. Und ich hoffe, daß ich vielleicht auch dem Kollegen Gratzter einiges an Information mitgeben kann, weil ich glaube, daß wir auch hier insgesamt nicht schlecht liegen. Im Ziel 2-Bereich liegen wir zur Zeit bei der Mittelausschöpfung bei knapp einem Drittel und im 5b-Bereich bei knapp 30 Prozent. Das heißt, natürlich ist im Vergleich zum Zeitplan hier eine Differenz zu bemerken. Ich meine aber, daß die bisher im Verhältnis zum Zeitplan nicht ausgeschöpften Mittel keineswegs verloren sind, sondern sie werden zum Verbrauch auf der Grundlage von Projekten einfach in die verbleibende Zeit der Programmplanungsperiode weitergeschoben. Das heißt, daß alle bis Ende 1999 genehmigten Projekte - und das ist ein festgesetzter Zeitrahmen - die Chance haben, bis ins Jahr 2001 auch ordnungsgemäß abgerechnet zu werden. Und daß damit auch die Chance intakt ist, daß wir keinen Schilling aus EU-Regionalförderungsmitteln in Brüssel liegen lassen müssen. Ich glaube, das ist eine wichtige Feststellung, die uns politisch die Möglichkeit läßt, entsprechende Maßnahmen, entsprechende Projekte bis Ende 1999 noch in forcierter Art und Weise anzustreben. Soweit zu diesen Fakten.

Ich glaube, man muß aber auch sagen, daß die Regionalförderung insgesamt für 1995 und 1996, also mit und ohne EU-Projektförderung auf Grund der Zielgebietskulissenkonfiguration allerdings gewisse regionale Disparitäten nach sich gezogen hat. Es muß daher unser Ziel sein, aus meiner Sicht im Sinne der Förderung der Schwachen, und das ist der Sinn und Zweck einer entsprechenden Förderungspolitik, einen verstärkten Ausgleich im Einsatz dieser Fördermittel anzustreben und, was, wie ich glaube, ganz wichtig ist, Gemeinschaftsinitiativen wie zum Beispiel INTERREG für das Grenzland zu verstärken. Ich trete daher aus dieser Sichtweise dafür ein, daß von den EU-Sonderprogrammen und von den EU-

Gemeinschaftsinitiativen in Zukunft viel stärker als bisher Gebrauch gemacht werden soll. Das gilt bei den Sonderprogrammen insbesondere für JOULE und SAVE im Bereich der erneuerbaren Energie, für SOKRATES und LEONARDO im Bereich der Aus- und Weiterbildung, für PHARE und OUVERTÛRE im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropa sowie im Bereich LIFE für Umwelt und Natur.

Bei den Gemeinschaftsinitiativen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt es insbesondere für INTERREG 2 zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Stärkung der Grenzregionen, gilt es für LEADER 2 für innovative Aktionen im ländlichen Raum, für die KMUs, für RETEX, RESIDER, ADAPT zum Beispiel zur Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel sowie für EMPLOYMENT zur Förderung der Beschäftigung, zur Entwicklung der Humanressourcen, die in Niederösterreich zur Anwendung gelangen und damit auch für unser Bundesland, unserem Heimatland neue Chancen zu eröffnen.

Gestatten Sie mir aber auch aus meiner beruflichen Praxis einige Bemerkungen. Obwohl sich die Regionalmanagements - und das war auch letztes Gegenstand der Debatte hier im Hohen Haus - sich in ihrer Drehschreibenfunktion und in ihrem Selbstverständnis als endogene regionale Entwicklungsagenturen ständig bemühen, eine qualitative Verbesserung der Projektanträge zu ermöglichen, glaube ich sagen zu müssen, daß es doch einige Hindernisse sind, die das nicht ganz immer wirklich realistisch erscheinen lassen. Erstens, weil nicht alle bisher eingereichten Projekte einen sehr hohen Innovationsgrad aufweisen. Das ist der erste Punkt. Zweitens, weil die Projektauswahl zur Zeit nicht immer im Hinblick auf ihre besondere Eignung für die Programmziele erfolgen kann. Und drittens, weil der Einsatz der nationalen Förderungsinstrumente einfach immer öfter durch Änderungen der nationalen Förderungsrichtlinien behindert wird. Das ist die eine Seite der Medaille. Die zweite Seite der Medaille allerdings ist jene, daß man oft wirklich froh sein muß, wenn man überhaupt Investoren findet. Das Investorenproblem ist auf Grund der doch sehr hohen Eigenmitteleaufbringungsquote ein sehr zentrales Problem und daher für Projektrealisierungen sehr oft ein Hinderungsgrund. Aus diesem Grund glaube ich, daß es unbedingt notwendig ist und unumgänglich ist, besondere Arbeitsschwerpunkte auch auf diese EU-Sonderprogramme und Gemeinschaftsinitiativen zu legen, weil gerade dort ein

relativ geringer Eigenmittelanteil für die Projektrealisierung erforderlich ist.

Allerdings möchte ich dazu auch bemerken, daß es unbedingt notwendig ist, eine Beschleunigung des Informationsflusses durch den Förderapparat sicherzustellen, um zum Beispiel im Bereich von Antrag-"deadlines" zeitgerechte Schritte zu unternehmen, damit Projektrealisierungen und Projekthandlungsfähigkeiten überhaupt machbar sind.

Eine zentrale Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren, und damit komme ich schön langsam zum Schluß, ist es, wie soll es in der EU-Regionalförderungspolitik nach 1999 weitergehen? Die Position Niederösterreichs, meine ich, ist dabei klar umrissen: Ich glaube, daß das Mindestanfordernis ein Aufrechterhalten der jetzigen Zielgebietskulisse darstellt. Optimaler natürlich wäre es jedoch, wenn nach 1999 eine Optimierung dieser Zielgebietskulisse mit entsprechender Neustrukturierung möglich werden würde. Das heißt, mit der Möglichkeit von Bergzielgebieten, mit der Möglichkeit der Erweiterung von KMU, LEADER und vor allem INTERREG mit dem Ziel, die irgendwann kommende Osterweiterung in Harmonie bewerkstelligen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist es auch die zentrale Position der Volkspartei dieses Bundeslandes, daß wir die Osterweiterung nur sehr behutsam vorantreiben sollten.

Die Integration Österreichs hat nicht nur Sicherheit geschaffen, sondern auch teilweise Unsicherheiten in mehreren Bevölkerungskreisen gebracht. Ich glaube, davor sollte man die Augen nicht verschließen. Und ich meine und halte es daher momentan zentral für notwendig, daß man einmal die jetzige Situation stabilisieren muß. Daß wir jetzt Sicherheiten schaffen müssen. Und daß andere EU-Staaten, wenn überhaupt notwendig, diese Vorreiterrolle in Richtung Osterweiterung wahrnehmen sollen und nicht die Republik Österreich. Denn ich verweise darauf, daß mit einer Osterweiterung auch der Außenschutz an den Grenzen des jetzigen Binnenmarktes verlorengeht und einfach nach Osten weiter verschoben wird. Und daß damit mit einer Osterweiterung natürlich auch eine steigende Konkurrenz in einem erweiterten Binnenmarkt stattfinden wird. Es geht zentral darum, Sicherheiten zu schaffen, die jetzige Situation zu stabilisieren, zu schauen und zu sagen, welche Möglichkeiten der Weiterentwicklung hier in diesem Europa auch nach Maastricht gegeben sind. Und ich glaube, wenn wir diese behutsame Politik betreiben, auch auf der Grund-

lage des jetzt zur Beschlußfassung anstehenden Budgets, dann wird das eine gute Lösung und eine gute Weiterentwicklung für unser Bundesland Niederösterreich bedeuten. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Uhl.

Abg. UHL (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vielleicht beginnen mit den beiden Resolutionsanträgen der Freiheitlichen Partei. Der Resolutionsantrag 2 wird abgeändert und ist in abgeänderter Form ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Gratzner, Dr. Michalitsch und Uhl. Der Abgeordnete Dr. Michalitsch wird diesen Antrag dann einbringen.

Zum Resolutionsantrag 1, den Unabhängigen Verwaltungssenat betreffend: Hier soll das Personalproblem gelöst werden. Wir wissen aber nicht, wie viele Personen sind das überhaupt. Ich glaube, hier wäre es sinnvoll, wenn wir den Bericht des Verwaltungssenates in der nächsten Landtagsitzung hier diskutieren, daß dann auch dieses Problem hier besprochen wird und wir dann mitsammen versuchen, eine Lösungsmöglichkeit zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezüglich des Voranschlages für 1998 für das Bundesland Niederösterreich kann man nur sagen Ja zum Voranschlag! Weil er ein guter Kompromiß ist. Ein guter Kompromiß deshalb, da einiges in dieser Absichtserklärung aus sozialdemokratischer Sicht andere Prioritäten bzw. Wertigkeiten hätte. Wenn alle Mitarbeiter des Landes Niederösterreich direkt oder indirekt mit jedem hier gefaßten Beschluß befaßt sind, so soll auch von hier aus das Danke ausgesprochen werden. Und ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Landtagsklubs. Gerade wir Sozialdemokraten haben immer das Gemeinwohl für unser Land vor den parteipolitischen Interessen gestellt. Ich habe mir in meiner Wortmeldung jedoch vorgenommen, zu einigen Punkten sachliche und nicht, wie Herr Kollege Dr. Strasser in der letzten Sitzung, nur politische Anmerkungen zu machen. Die sachliche Anmerkung, die fehlt noch. Vielleicht kommt diese heute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum ersten Punkt, Objektivierung. Alle Vertreter der Landtagsklubs haben in Sachen Objektivierung Wortmeldungen abgegeben, Vorschläge eingebracht und letztendlich ein Modell erarbeitet.

Und ich muß doch trotzdem hier und heute ein Negativbeispiel bringen. Da gibt es eine Ausschreibung für eine Volksschule im Bereich Mödling. Die Reihung des Bezirksschulratskollegiums: A - erster Platz, B - zweiter, C - dritter; jene des Landesschulratskollegiums: erster Platz D, der zweite Platz E und der dritte Platz C. Das Hearing wurde vom Bezirksschulratskollegium vor der Beschlußfassung durch den Bezirksschulrat vorgenommen. Der Landesschulrat hat vor dem Hearing seinen Beschluß gefaßt. Es ist hier nur um zwei, drei Tage gegangen. Und dann gibt es diese eine Frau mit dem Namen C, die ist auf den dritten Platz im Landesschulrat von einem Mitglied des Landesschulrates "hinobjektiviert" worden auf diesen Platz. Und das, wobei man natürlich dazu sagen muß, daß... *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Breininger: Ich frage mich, was ist "hinobjektiviert"?)* Man kann auch sagen, "... ist hingesetzt worden". Jetzt haben Sie mir eher geholfen als geschadet, Herr Kollege.

Die Ernennungskommission hat natürlich jetzt gesagt, wenn in beiden dieser Vorschläge nur eine Person in allen beiden aufscheint, muß die das werden. Und daher wurde C ernannt. Daß das eine echte Benachteiligung war, ist natürlich erkennbar. Eine dieser nicht zum Zuge gekommenen Personen ist zum Verfassungsgerichtshof gegangen und hat dort Recht bekommen. Und zwar wirklich in einer Art und Weise, daß der Verfassungsgerichtshof sehr scharf und mit sehr eindeutigen und auch harten Formulierungen diese Vorgangsweise maßregelt. Und jetzt ist folgendes: Diese Ernennung ist aufgehoben worden und jetzt müssen wir wieder von vorne anfangen. Ich glaube aber, ohne hellseherische Qualitäten zu haben, daß ich schon weiß, wer trotz alledem dort wieder die Nominierung, ich sage es jetzt unter Anführungszeichen, "gewinnen" wird.

Und ich habe noch ein zweites Beispiel zum Thema Demokratieverständnis. Und ich möchte also da vielleicht noch etwas mit einbeziehen. Es paßt zum "Landtagsschiff". Auch ist vor eineinhalb Wochen unser Herr Landeshauptmann die Donau mit dem Floß hinabgefahren. Er versuchte, Kapitansqualitäten zu beweisen. Heute hat der Herr Finanzlandesrat gemeint, das Schiff muß die Klippen umschiffen. Da sagt also auf der anderen Seite ein altes Sprichwort der Kapitän verläßt (bei Problemen) als Letzter das Schiff. Dies, glaube ich, war aber bei der Admira nicht der Fall. Hier war er einer der ersten, die das Schiff verlassen haben.

Ich möchte aber noch zum Demokratieverständnis der Österreichischen Volkspartei etwas sagen. Es tut mir jetzt leid, daß die Frau Kollegin Dorfmeister-Stix nicht da ist, es geht um dieses Problem. Die Frau Kollegin Stix ist von den liberalen Wählern mit dem Vertrauen für ein Landtagsmandat hier in den NÖ Landtag entsendet worden. Die Sozialdemokratische Partei hat sie in den Schul-Ausschuß nominiert. Nun wird sie von der ÖVP und hat auch sich selbst als ÖVP-Abgeordnete bezeichnet. Wir haben noch im anderen Haus darüber bereits diskutiert und da wurde mit allem Nachdruck gesagt, sie sei ÖVP-Abgeordnete. Es ist dann auch noch die "Fleißaufgabe" gemacht worden, daß man bei der anlässlich der Eröffnung aufgelegten Broschüre bei der Frau Abgeordneten Dorfmeister-Stix die Bezeichnung "LIF" durchgestrichen hat und dann dazugeschrieben hat "ÖVP". Der sozialdemokratische Landtagsklub hat an die Landeswahlbehörde ein Briefe geschrieben, wie denn das wirklich sei. Und da haben wir dann Antwort bekommen: "Betrifft: Klubwechsel einer Abgeordneten zum NÖ Landtag". Und da steht: "Sehr geehrte Damen und Herren! Zu ihrer Anfrage vom 21. März 1997 wird mitgeteilt, daß die Landeswahlbehörde in ihrer Sitzung vom 25. Mai 1993 folgende Mandatsverteilung als Ergebnis der am 16. Mai 1993 stattgefundenen Landtagswahl festgestellt hat: ÖVP 26, SPÖ 20, FPÖ 7, LIF 3." (*Abg. Ing. Dautzenberg: Sehen Sie! Und deshalb sage ich "wir"!*)

Das ist richtig. Ich habe das letzte Mal gedacht, das wäre ein Fallfehler. Aber die Landeswahlbehörde hat es bestätigt, Herr Kollege!

"Im Ergebnis dieser Feststellung kann keine Änderung eintreten. Die Frage, ob durch den Wechsel der Frau Abgeordneten Dorfmeister-Stix vom Liberalen Forum zur ÖVP die ÖVP nunmehr über 27 Mandate verfügt, ist daher aus der Sicht des Wahlergebnisses zu verneinen." Und dabei bleibt's - das steht nicht da. (*Abg. Böhm: Und lesen Sie bitte auch noch den letzten Satz vor!*)

Dann kennen Sie es also? Wieso streiten Sie dann ab, daß das so stimmt? Das ist ja noch ärger! Das hört schon auf damit, Herr Kollege. Quälen Sie mich nicht.

Ein Wort noch, und auch das betrifft dieses Demokratieverständnis. Weil ich ja weiß, daß zum Beispiel der "Kurier" sicherlich nicht nur das, was ihm zur Kenntnis gebracht wurde oder wovon er Kenntnis hat, schreibt. Da steht über die zuletzt hier geführte Diskussion bezüglich dieses Inserates dieses Duty free-Shops. Und da steht, Bürgermeister Kaltenbeck hat schon vor Monaten den "Duty free-Stadtplan" aus dem Verkehr ziehen lassen. Also wenn da steht, er hat das aus

dem Verkehr ziehen lassen, dann war er vorher in Verkehr gebracht. Und wenn dann dort ein anderer, und zwar der Herr Werner Lamm, behauptet, das ist ein alter Hut, den die SPÖ da strapaziert, dann muß ich bitte wirklich fragen, wo waren denn die Proteste, als das noch kein alter Hut war? Und wo waren die Proteste jener Personen, die dort inseriert haben? (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich frage ja nach gar nichts anderem. Ich habe sonst nichts behauptet als daß das in der Zeitung gestanden ist. (*Abg. Lembacher: Herr Kollege! Ich habe Euch das doch beim letzten Mal ganz genau erklärt! Ihr habt der ÖVP bzw. den Hollabrunnern einen Vorwurf gemacht! - Abg. Böhm: Herr Kollege! Das ist doch längst aufgeklärt! - Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Kollege, man redet über viele Sachen, obwohl es aufgeklärt ist. Also wieso soll man nicht auch darüber sprechen dürfen? Herr Kollege, ich kann mich erinnern, Sie haben manche Sachen so oft gesagt, daß Sie es dann schon selber geglaubt haben. Wirklich! (*Abg. Mag. Schneeberger: So oft kannst Du das gar nicht sagen, daß wir das glauben!*) Auch nicht, wenn ich ganz langsam rede, Herr Kollege? (*Weiterhin Heiterkeit und Unruhe im Hohen Hause.*)

Darf ich in meinen Ausführungen fortfahren: Es betrifft die Übersiedlung nach St. Pölten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier wirklich an die Spitze ein Dankeschön stellen. Ich glaube, jeder, der selbst einmal eine Übersiedelung durchgeführt hat, weiß ganz genau, daß es da immer wieder - und es wurde auch heute schon angeführt von dieser Stelle aus - daß es immer wieder Probleme, daß es immer wieder Schwierigkeiten gibt. Oft verschwindet etwas. Der Herr Finanzlandesrat hat gesagt, Gottseidank, der Budgetentwurf ist nicht verschwunden. Hier wurde wirklich unheimlich viel geleistet und man kann wirklich sagen, es hat funktioniert. Wenn eine Übersiedelung in diesem Ausmaß mit so wenig Pannen wie hier durchgeführt wurde, kann man wirklich nur ein Dankeschön sagen, und das will ich hiemit ausdrücken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt auch in diesem Zusammenhang immer wieder Horrorzahlen bezüglich der Verlegung des Dienstortes. Wir werden in einer der nächsten Landtagssitzungen hier eine Petition behandeln, vielmehr behandeln müssen. Und dazu muß man wirklich auch sagen, so wie überhaupt in der ganzen Angelegenheit Landeshauptstadt: Wenn wir hier nicht aufhören, immer wieder mit einem

Neidkomplex und mit falschen Zahlen, Tatsachen und Fakten zu diskutieren, dann schaden wir bitte letztendlich der Landeshauptstadt. Das schadet der Akzeptanz der Landeshauptstadt. Und ich glaube, man soll hier wirklich versuchen, daß man mit aller Feinfühligkeit, die wir zur Verfügung haben, das behandeln. Gerade in dem Bereich, aus der Region, aus der ich komme. Oder wenn ich hinschaue zum Kollegen Kautz. Dort müssen wir versuchen, alle mitsammen, zu erreichen, daß diese Landeshauptstadt auch dort die entsprechende Akzeptanz findet. Auch das sind Bürger des Landes Niederösterreich. Und es ist, sage ich jetzt unter Anführungszeichen auch "ihre Landeshauptstadt". Und sie wollen sie und sie sollen sie auch akzeptieren. Und daher soll man wirklich versuchen, dieses Problem wirklich und möglichst sachlich hier zu diskutieren. Herr Präsident! Bei uns hat das auch ein bißchen einen anderen Stellenwert, aber hier müssen wir wirklich, glaube ich, versuchen, das mitsammen durchzuführen. Und nicht nach dem Motto des Schürens von Neidkomplexen und, und, und.

In diesem Zusammenhang werden immer wieder diese Zahlen genannt, was denn diese Übersiedelungen kosten. Und dazu kommt jetzt diese Frage ob Dienstzuteilung bei den Beamten oder nicht und, und, und. Wenn man sich bitte das Budget anschaut: Sicherlich, es sind einige Ausgliederungen durchgeführt worden, es ist einiges zu den Bezirkshauptmannschaften hin verlagert worden. Aber letztendlich habe ich zumindest keine spürbare Erhöhung durch diesen Umstand im Voranschlag des nächsten Jahres finden können. Und ich glaube, wenn wir hier alle mitsammen wissen, daß viele Dinge näher zum Bürger gekommen sind, dann wissen wir auch, daß das eine zusätzliche Dienstleistung ist. Und jede

zusätzliche Dienstleistung kostet nun einmal Geld und kostet Personal. Und wenn ich jetzt mit demselben Personalstand in der Hoheitsverwaltung auskomme, dann könnte ich auf der anderen Seite sagen, ich habe damit eine Einsparung erzielt. Denn wenn ich mehr Leistung mit demselben Personalaufwand erbringe, dann habe ich im Umkehrschluß eine Einsparung erreicht. Ich glaube, wir sollten diese Diskussion in dem Zusammenhang wirklich ehrlich und anständig führen. Und ich darf daher in Beantwortung dieser Petition, genauer der Frage 6, sagen: Als Folge einer derartigen Verlegung des Dienstortes stehen Versetzungsgebühren und Übersiedlungsgebühren zu. Das ist einmal eine klare Angelegenheit. Aber siebentens - und das ist ja immer wieder als Horrorzahl herausgekommen: Anspruch auf Reisegebühren für die Reise vom Wohnort zum neuen Dienstort entsteht nach einer derartigen Verlegung des Dienstortes nicht. Das ist hier entsprechend fixiert worden.

Ein Wort auch noch zum Dienstpostenplan: Ich habe bereits ausgeführt, daß dieser in der Hoheitsverwaltung gleichgeblieben ist. Wo eine spürbare und empfindliche Erhöhung drinnen ist, nämlich um 234,5 Dienststellen, das sind die Landesanstalten, die Krankenanstalten, Pflege- und Pensionistenheime, Heime für Kinder, Jugendliche, bei den Verwaltungshilfskräften der Landeschulen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu ein eindeutiges und ein klares Ja, ein Bekenntnis dazu, da gibt es überhaupt keine Frage. Auch bei den Kindergärten, wenn hier ein Plus von 95 verzeichnet ist. Und daß in den anderen Bereichen es doch zum Teil zu spürbaren Reduktionen gekommen ist, kann sicherlich auch darauf zurückgeführt werden, daß diese hohen Investitionen letztendlich vielleicht nicht für eine Privatperson den entsprechenden Rationalisierungseffekt gehabt haben. Aber ich wünsche mir eines wirklich nicht: Daß diese Investitionen, wenn sie im Privatbereich durchgeführt werden, immer zu Lasten der Bediensteten gehen. Das wollen wir nicht. Zumindest wir Sozialdemokraten nicht. Wenn Sie eine andere Meinung haben, dann ist das eine Unterscheidung in unseren politischen Ansichten, die wir wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Daß in dem Zusammenhang vieles zur Bezirkshauptmannschaft hinausverlagert wurde, ist hier schon gesagt worden. Beim Paßwesen, Zulassungswesen, etc. werden entsprechende Mehrleistungen erbracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Budgetdebatte für das Jahr 1997 habe ich gesagt, ich wünsche mir, daß wir eine schlankere Verwaltung erhalten. Daß wir die Dezentralisierung fortsetzen, die Auslagerungen zu den Bezirkshauptmannschaften, ferner eine Verbesserung und den vermehrten Einsatz der EDV, die Fortsetzung der Objektivierung - hier meine ich aber nicht nur mein aufgezeigtes Beispiel - die Deregulierung und vieles andere mehr. Diese angeführten Bereiche, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir kontinuierlich nach den Wünschen der Bevölkerung und den neuen Gegebenheiten mit modernen Hilfsmitteln und auch unter den Einsparungsmöglichkeiten sehen und anpassen. Und das muß uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es wurde schon mehrmals angeführt, das muß uns gemeinsam gelingen. Auch wenn wir wahrscheinlich im Frühjahr 1998 zu den Wahlurnen schreiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als letztem vorgemerkten Redner erteile ich Dr. Michalitsch das Wort.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe die Aufgabe, mich im Rahmen des vorliegenden Gesamtbudgets mit dem Themenkomplex Verwaltung zu befassen. Verwaltung, das ist ein ganz schöner Brocken. Es geht um 15,5 Milliarden Schilling an Ausgaben und es geht nicht nur um eine Menge Geld, sondern es geht auch um viele Menschen. Der Dienstpostenplan zeigt das ganz deutlich: 18.361 Dienstposten. Auf Grund der immer stärker in Anspruch genommenen Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit wesentlich mehr Menschen, die im Rahmen und auf der Basis dieses Budgets und Dienstpostenplanes ihren Lebensunterhalt verdienen, ihre Arbeit leisten.

Es gibt - und ich möchte gleich bei der Datenübersicht des Dienstpostenplanes bleiben - einige sehr interessante Tendenzen in unserer Verwaltung. So bleibt die Hoheitsverwaltung mit 4.764 Dienstposten gleich. Meiner Meinung nach eine ganz beachtliche Leistung, nachdem man in Rechnung stellen muß, daß ja immer mehr Vollzungsaufgaben gerade auf den hoheitlichen Bereich zukommen, immer mehr Gesetze, immer kompliziertere Gesetze leider von der Bundesebene kommen, und immer mehr Verfahren immer schneller durchgeführt werden sollen. Hier ist es gelungen, durch Umschichtungen und durch den EDV-Einsatz Positives zu bewirken.

Ganz interessant ist auch die Relation zu den anderen Gruppen der Verwaltung. Hoheitsverwaltung 4.700 Mitarbeiter - und allein in den Landesanstalten 6.727 Mitarbeiter. Ich glaube, das zeigt eine Gewichtung, wie sehr der öffentliche Dienst für die Menschen in diesem Land da ist. Nicht, daß das die Hoheitsverwaltung nicht wäre, aber in Krankenanstalten, in Pflege- und Pensionistenheimen, in Heimen für Kinder und Jugendliche, dort ist das Gros unserer Landesbediensteten beschäftigt. Die arbeiten nicht am Schreibtisch mit Ärmelschonern, wie das in der Karikatur manchmal dargestellt wird, sondern die arbeiten am leidenden Menschen, am zu pflegenden Menschen, am alten Menschen oder die sind für unsere jungen Mitbürger da. Ich glaube, das sollte man in den Vordergrund rücken, wenn man von der Verwaltung spricht. In den Kindergärten kommen zu den 6.700 noch 2.300 Mitarbeiterinnen dazu. Das heißt, ein ganz großes Schwergewicht liegt in der sozialen Tätigkeit, in der Betreuung von Menschen.

Hervorhebenswert scheinen mir auch die Zahlen für die Straßenverwaltung und -erhaltung zu sein. Hier ist das Konzept "Straße 2000" jetzt auf Schiene, möchte ich sagen. Und die Früchte der ständigen Bemühungen um Verwaltungsreform sind ein Minus von 127 Dienstposten insgesamt. Das heißt, daß hier die neuen Technologien, die verbesserten Geräte, der Einsatz der EDV und eine schlankere "Overhead-Verwaltung" dazu geführt haben, daß mit wesentlich weniger Personen das Auslangen gefunden werden kann und daß die Straßenverwaltung mit ihrer Kostenrechnung jetzt das Musterbeispiel eines sich ständig erneuernden innovativen Verwaltungsgebildes darstellt. Und hier ist dem Hofrat Stipek und seinem Team und auch der Personalvertretung Dank und Lob zu zollen.

Wichtig sind ja nicht nur die absoluten Zahlen, sondern auch die Relationen. Wie hoch ist der Aufwand, den das Land Niederösterreich für sein Personal ausgibt auf der einen Seite, und wieviel bleibt aus dem Landesbudgettopf noch für Wirtschaftsinvestitionen, für Förderungen und für sonstige Sachausgaben. Und hier gibt es eine sehr positive Entwicklung sowohl vom Voranschlag 1996 zum Rechnungsabschluß als auch in den tatsächlichen Zahlen im Jahr 1996. Von 21,8 % sank der Prozentanteil am Landesbudget auf 20,3 %. Das heißt, eine Verschiebung zugunsten des Sachaufwandes, weg vom Personalaufwand, um 1,5 Prozent. Wenn man weiß, wie in der Privatwirtschaft oft um

Zehntelprozent gerungen wird bei solchen Relationen, ist das eine gewaltige Leistung. Und auch beim Voranschlag 1997 in der Entwicklung zum Voranschlag 1998 verschiebt sich die Relation von 21,8 auf 20,9 Prozent. Das heißt, die Relation verbessert sich um 0,9 Prozent weiter zugunsten des Sachaufwandes. Das heißt, man kann auf Grund von objektiven Zahlen feststellen - und das ist vielleicht auch für die Bürger interessant wie auch für die Mitarbeiter - daß man mit einem relativ kleineren Anteil gut auskommt. Das heißt, Niederösterreich ist auf dem Weg zu einer sehr schönen und schlanken Verwaltung.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Herr Abgeordneter, ich darf bitten, Ihre Rede an die Abgeordneten des Hauses zu halten.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Die sind auch primär die Adressanten, aber es darf natürlich nicht verboten sein, als Abgeordneter auch an die Wirkung zu denken, die das, was im Hohen Haus gesagt wird, auf die Bürger und die Öffentlichkeit im Land insgesamt ausübt.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich habe gesehen, daß Sie einen Kontakt zu den Bürgern hergestellt haben. Daher habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht. *(Beifall bei der ÖVP und auf der Galerie.)* Die Bürger muß ich leider ersuchen, von Beifallskundgebungen Abstand zu nehmen.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Das ist eine Übung im Hohen Haus, die in Wien so war und natürlich auch hier beibehalten wird. *(Zwischenruf bei Abg. Gratzner.)* Ich weiß das schon. Aber es ist schön, daß Bürger hierher kommen und hier von der Galerie unseren Beratungen folgen. Was gibt es schöneres als ein Landesparlament, das jetzt nicht nur architektonisch und von außen sichtbar, sondern auch für den Bürger interessant ist? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Übersiedlung unserer Landesverwaltung in das neue Haus eröffnet neue Chancen. Nicht nur für den Landtag hier, sondern natürlich auch für die Mitarbeiter in der Landesverwaltung. Und jeder, der sich aufmacht, um dieses Regierungsviertel zu erkunden, wird feststellen, daß der Zugang zum zuständigen Beamten wesentlich leichter geworden ist. Es ist ein offenes Haus, ein Haus, das schon von der Architektur her den Kontakt dem Bürger erleichtert. *(Abg. Gratzner: Herr Abg. Michalitsch! Manche brauchen eine halbe Stunde, um einen Beamten zu finden. Also, es wird noch einige Zeit dauern!)*

Wenn Sie aber die Wegzeit von der Operngasse in die Herrengasse abziehen, so ist selbst der direkteste Weg in Wien noch langsamer als das, was hier in St. Pölten möglich ist.

Nicht nur das Räumliche und das Auffinden ist eine Kategorie, sondern auch die Arbeitsplätze für die Bediensteten. Wenn man an Wien denkt und an manche Räume, die im internen Jargon als "Bleikammern" bezeichnet wurden oder die Lichthöfe sich vorstellt, in denen das Licht nur mehrfach gebrochen an die Arbeitsplätze kam, so ist in St. Pölten sicher ein Fortschritt sichtbar. Aber nicht nur äußere Formen, sondern auch die innere Struktur der Verwaltung wurde grundlegend modernisiert. Wenn ich Herrn Landesamtsdirektor Dr. Kern hier die Landtagsdebatte verfolgen sehe, so ist er es, der das neue Modell einer Gruppenleiter-Struktur für das Amt gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann natürlich eingesetzt hat. Die 77 Abteilungen sind jetzt in Gruppen organisiert, was nichts an der fachlichen Verantwortlichkeit ändert, was aber große Vorteile bringen kann in der Organisation und im Personaleinsatz. Und daher weitere Verbesserungen für den Dienst am Bürger.

Nicht vorbeigehen kann man natürlich an den neuen Technologien in der Landesverwaltung. Hier ist zunächst das LAKIS zu nennen, das sich derzeit im Pilotbetrieb befindet, das aber eine wesentliche Verbesserung des Aktenlaufes mit sich bringen wird, wenn es einmal wirklich flächig eingeführt wird. Statt 17 nur mehr acht Bearbeitungsschritte, gleichzeitiger Zugang zu allen Informationen, nicht mehr hintereinander die ganze Hierarchie 'rauf und 'runter, sondern gleichzeitig, gleicher zeitlicher Informationsstand. Auch Zeitunabhängigkeit, man kann dann arbeiten, wann es möglich ist, nach dem Außendienst, und nicht nur, wenn die Kollegen anwesend sind. Insgesamt soll das natürlich raschere Erledigungen bringen.

Ein wesentlicher Vorteil, vielleicht weniger spektakulär, ist die neue Telefonanlage des Amtes. Wenn wir davon ausgehen, daß das Amt der Landesregierung ja keine Insel hier in St. Pölten sein soll, sondern vernetzt mit den Regionen, mit den Bezirkshauptmannschaften, so war es bis jetzt immer ein Problem für die Bürger, mit geringen Telefonkosten ihre zuständigen Bearbeiter zu erreichen. Mit der neuen Anlage wird es möglich sein, jeweils in den Bezirksstätten sich ins Netz des Landes einzuwählen und dann alle Mitarbeiter des Landes zur Verfügung zu haben. Mit allen Vorteilen, wie Rückrufnummer, wie direkter Vermittlung, die sich hier bieten. Wenn Sie etwa,

Kollege Haberler, hier im Haus 802 wählen, dann haben Sie ohne irgendeinen postalischen Aufwand die Bezirkshauptmannschaft Baden mit allen dezentralisierten Mitarbeitern dort, das heißt die "Luftgüte" zum Beispiel, die dort ist, oder die Raumordnung. *(Abg. Marchat: 802 hat die "NÖN" da in St. Pölten!)*

Wenn Du 802 im Haus wählst, lieber Kollege Marchat, bist Du im Landesnetz. Und so wie Du einen Mitarbeiter hier im Amt der Landesregierung erreichst unter seiner Klappe, so kannst Du - da habe ich Dir jetzt ein Mittel gegeben, Dich einmal ordentlich zu informieren in Zukunft - die BH St. Pölten steht Dir unter 817 zur Verfügung. Das heißt, nimm Deinen Apparat, den Du ja auch genießt hier in Deinem Zimmer im Landhaus, wähle 817 und die Klappe, und Du erreichst direkt oder auch nicht Deinen Bearbeiter. So wird das landesweit gehen. Die Bürger sparen Telefonkosten und sie kommen schneller zu ihrem Bearbeiter, rascher zu ihrer Erledigung. *(Beifall bei Abg. der ÖVP.)*

Innovative Abteilungen benützen das Internet und bieten damit den Bürgern Möglichkeiten, die vor drei, vier Jahren noch in den Sternen gestanden wären. Heute kann - und da ist die Familienabteilung besonders zu nennen - jeder Bürger zu seiner Gemeinde gehen oder selbst seinen Computer bedienen und sich dort alle Antragsformulare "herunterladen". Er bekommt eine direkte Information, ideal aufbereitet und hat daher einen leichten Zugang zur Verwaltung. Das ist, glaube ich, ein Musterbeispiel für innovatives Handeln. Es ist zu wünschen, daß noch viele Abteilungen diesen Kontakt zum Bürger weiter ausbauen.

Die Dezentralisierung habe ich schon kurz angesprochen. Die Bezirkshauptmannschaft Baden mit 105 Bediensteten im Neubau ist hier sicher an erster Stelle zu nennen. Aber auch Bruck a.d. Leitha, Hollabrunn, Korneuburg, Langenlois, Mödling, Neunkirchen und Mistelbach sind Standorte von dezentralisierten Arbeitsplätzen. Wir wollen, daß Daten pendeln und nicht die Menschen. Daß Menschen, die aus entfernteren Regionen kommen, ihre Arbeit in ihrer Lebensumgebung vollführen können. Und daß der Bürger, wenn er zum Beispiel die Leistungen der Arbeitnehmerförderung in Korneuburg in Anspruch nimmt oder jene des Jugendreferates in Laa a.d. Thaya, daß er das von allen Punkten des Landes kostengünstig und rasch tun kann. So, als würde das im nächsten Zimmer stattfinden. Hier kann man sagen, daß das Land Niederösterreich mit seiner Verwaltung sicher österreichweit an der Spitze liegt. Und der Effekt für den Bürger: Kun-

denorientierung. Reisepaß, Führerschein an einem Tag - ein positives Image! Die letzte Untersuchung über die Zufriedenheit mit der Behandlung der Bürgeranliegen durch die Bevölkerung weist einen Zufriedenheitsgrad von 81 Prozent der Bürger, die Kontakt hatten mit der Verwaltung, auf. Ich glaube, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Mag der Ruf der Verwaltung allgemein auch noch so schlecht sein, in der NÖ Landesverwaltung sind 40 Prozent derjenigen, die Kontakt mit der Verwaltung hatten, sehr zufrieden und 41 Prozent eher zufrieden. Ich glaube, daß das einmal gesagt werden muß. Und ich möchte mit dieser Feststellung auch den Dank an alle Mitarbeiter verbinden, die sich im Interesse der Bürger Tag für Tag redlich bemühen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Uhl.)*

Neue Herausforderungen stehen vor uns. Es ist heute schon verschiedentlich gesagt worden, daß der Wettbewerb um Standorte sich nicht mehr so sehr über Förderungen abspielt, sondern daß die Schnelligkeit der Verfahren ein wesentlicher Standortfaktor ist. Siemens hat das einmal durchgespielt und hat fünfmal in fünf Ländern das gleiche Projekt eingebracht. Mit der internen Vorgabe, es dort zu verwirklichen, wo die Bewilligung am schnellsten gewährt wird. Das ist eine Zielvorgabe für uns in Niederösterreich. Landesrat Gabmann und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll bemühen sich um eine Konzentration der Verwaltungsverfahren - über 100 Gemeinden haben die Zuständigkeit bereits übertragen. Und es gibt optimierte Organisationsmodelle unter Heranziehung von Sachverständigen auch aus dem privaten Bereich, um hier konzentriert und schnell nach einer optimalen Vorbereitung Genehmigungen rasch zu erteilen. Nur wer rasch grünes Licht gibt, wird auch die entsprechenden Investitionen und Arbeitsplätze zur Realisierung bringen können.

Bei all diesen Dingen, etwa auch bei der Verfahrenskonzentration, ist die Situation der Mitarbeiter ein zentraler Anknüpfungspunkt. Große Veränderungen waren zu bewältigen. Du, Herr Kollege Uhl, hast ja schon gedankt für die Mühen bei der Übersiedlung. Das sind tatsächlich große Umstellungen in den Lebenssituationen, für einen Teil eine Verbesserung, für einen Teil natürlich Härten und Schwierigkeiten. Die Arbeitsplätze werden im Regelfall hier schöner sein als sie es in Wien gewesen sind. Aber es ist unsere Aufgabe als Bundesland Niederösterreich, auch im Bereich des Verkehrs nicht nur mit dem Wiesel-Bus sondern auch im Schienenverkehr weitere Verbesserungen für die Pendler im allgemeinen und natürlich auch für die Mitarbeiter zu bewirken.

Eine Reihe von Kleinigkeiten sind es oft, die die Möglichkeit bieten, die Motivation der Mitarbeiter weiter zu erhöhen. Und hier möchte ich die Kollegen von der ZPV, der Zentralpersonalvertretung ansprechen, insbesondere den Freund Abgeordneten Karl Litschauer, der ja an dieser Stelle immer dieses Kapitel vertreten hat. Und der in vielen, vielen Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesetze, die natürlich für alle gleich gelten, geholfen hat, daß im NÖ Landesdienst die Mitarbeiter eine Situation vorfinden, die für den einzelnen Menschen motivierend war und ist. Ich glaube, daß in Zeiten von Sparpaketen große Ausweitungen nicht möglich sind. Es muß aber möglich sein, da und dort Kleinlichkeiten und Härten zu vermeiden, um jedem einzelnen Mitarbeiter auch die Freude an der Arbeit und an seiner persönlichen Situation zu gewährleisten. Und da wünsche ich dem neuen Team der ZPV um Dr. Hans Freiler und Hans Gansberger alles Gute. Und ich glaube, es ist unsere Aufgabe als Landtag hier auch immer wieder ein offenes Ohr zu haben, weil mit der Motivation unserer Mitarbeiter auch die Qualität der Leistungen für den Bürger steigen wird.

Ein Punkt in der Motivation - und da glaube ich, ist es gut, daß die Gruppe dem Ende zugeht und wir vollständig hier versammelt sind - ein Punkt, der wichtig ist für das Funktionieren der Verwaltung ist natürlich die zu bewältigende oder nicht zu bewältigende Fülle der Staatsaufgaben. Wir können nicht erwarten, daß eine gleichbleibende oder sinkende Zahl von Mitarbeitern immer mehr und immer kompliziertere Gesetze vollzieht! Wir haben, glaube ich, in diesem Landtag von Niederösterreich unsere Hausaufgaben gemacht. Das geht von der Bauordnung über das Naturschutzgesetz, wo wir einen sehr klaren Handlungskatalog im Ausschuß für den zuständigen Landesrat gemeinsam beschlossen haben, mit weniger Bewilligungsverfahren, mit einem Achten auf die Vollzugskosten, wo wir einfach als Gesetzgeber schauen müssen, daß die Verwaltung nicht überfrachtet und überfordert wird. Und hier ist natürlich die Bundesebene auch gefragt, die viel größere Masse der Bundesgesetze einzudämmen. Von diesem Landtagspult aus ist zu fordern, daß die 1992 in Aussicht gestellte Bundesstaatsreform mit einer Scheidung der Kompetenzen, mit einer klaren Abgrenzung, was macht der Bund und die Bundesvollziehung und was macht das Land und die Landesvollziehung, endlich verwirklicht wird. Ohne eine Klärung in den Kompetenzen wird es dem einzelnen Gesetzgeber nicht möglich sein, vernünftig abgegrenzte Gesetze zu machen. Der Konsultationsmechanismus wird ein übriges tun, hoffe ich, daß wir von der Gesetzgebung her

schlankere Gesetze bekommen. Weil nur schlanke Gesetze eine schlanke Verwaltung möglich machen!

Bevor ich nun zum Abschluß komme, noch einige kurze Anmerkungen zu den Vorrednern. Der Herr Kollege Uhl hat lustvoll in der Landtagswahlordnung geistig geblättert sozusagen und hat da eine entsprechende Auslegung präsentiert. Ich glaube, daß das eine ganz einfache Sache ist und keine Frage der Interpretation, und auch keine Frage der Moral, sondern das ist eine Frage der Gesetzgebung. Unbeschadet dessen, daß die Landtagswahl ein Ergebnis gebracht hat - und kein Mensch wird dieses Ergebnis in Frage stellen. Aber ebenso unbestritten ist, daß Abgeordnete, die derselben wahlwerbenden Partei angehören, einen Klub bilden. Und daher hat nach den ganz klaren Bestimmungen unserer Landesgeschäftsordnung jemand, der den Weg gefunden hat zur ÖVP und in diesem Landtag sitzt, auch seinen Platz in diesem Klub. Und wir sind froh, daß auch in dieser Form liberales Gedankengut in unserer ÖVP Platz hat. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause. - Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Entschuldigen Sie, das ist eine klare Aussage. Es gibt unterschiedliche Gesetze. Schauen Sie doch nach. Schauen Sie doch nach in den Gesetzen. Nicht immer ist das, was man will als subjektive Interpretation auch wirklich der Weisheit letzter Schluß. Das ist ein ganz klares Ergebnis. Die Auslegung nach dem Wortlaut ist vollkommen klar und deckt sich mit dem Sinn! *(Weiterhin heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja schauen Sie, was fangen Sie immer wieder an. Wenn Dinge klar auf der Hand liegen, muß man die halt akzeptieren. Und ein Blick ins Gesetz sagt manchmal mehr als tausend Worte. *(Abg. Dr. Bauer: Begeben Sie sich doch nicht aufs Glatteis, Herr Kollege! Es ist moralisch nicht gerechtfertigt, da können Sie sich noch so der Juristerei bedienen. Sollten Sie das glauben, lassen Sie sich Ihren akademischen Grad zurückgeben! - Abg. Uhl: Ihr Klubobmann Böhm hat gesagt, selbst wenn man etwas noch so oft sagt, wird es deshalb nicht richtiger!)*

Ja aber, das gilt für Euch ganz genauso. Das gilt ganz genauso natürlich für das, was Ihr jetzt sagt. Die, die einer Partei angehören, bilden den Klub der Partei, eine klare Sache. *(Abg. Dr. Bauer: Bitte hören Sie auf! Die, die gewählt worden sind auf diese Partei, haben das Mandat inne von denen, die sie dorthin gewählt haben!)*

Das steht nicht im Gesetz. Wie dem auch sei, das ist klar und eindeutig. *(Abg. Gruber: Das ist*

Rechtsbeugung! - Abg. Uhl: Also der Herr Kollege Ing. Dautzenberg sagt auch etwas anderes!) Ja, das ist logisch. Nur ein Blick ins Gesetz sagt alles. Ich erkläre es Ihnen nachher auch noch gerne. Ich habe schon Studenten einiges erklärt zum Verfassungsrecht, und ich rede auch gerne mit Ihnen darüber.

Zu den finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes: Über die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes haben wir uns hingegen, habe ich mich mit dem Kollegen Uhl einigen können; auch das soll es geben. Hier sind wir der Auffassung, gemeinsam auch mit dem Kollegen Gratzner, daß die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes in jenen Bereichen, die den Landtag betreffen und für das Land nachvollziehbar sind, transparent gemacht werden sollen. Das heißt, nicht in den Bereichen, wo es um den europäischen Sozialfonds geht und in Bereichen, wo wir es nicht wissen können, weil das direkt über die Bundesebene läuft. Aber dort, wo es nachvollziehbar ist, soll es auch kombiniert sozusagen und seitens des Landes zusammengefaßt werden. Und gemeinsam mit dem Rechnungsabschluß soll ein Bericht jährlich vom Landesfinanzreferenten uns vorgelegt werden.

Ein letzter Satz, wirklich nur ein Satz, mehr ist zu den "Sportaktivitäten" des Kollegen Marchat nicht zu sagen. Der SC Landhaus ist natürlich wesentlich mehr als nur irgendein Fußballverein. Er ist der Betriebssportverein des Landes Niederösterreich mit über 2.500 Mitgliedern. Er hat ein gutes Dutzend Sektionen, wobei etwa die Handballdamen in der höchsten österreichischen Spielklasse spielen und dort beste Ergebnisse erbringen.

Abschließend aber noch einmal zurück zum Thema Verwaltung. Die NÖ Landesverwaltung ist auf einem guten Weg dank des Einsatzes ihrer Mitarbeiter und der umsichtigen Führung durch den Landeshauptmann als Leiter des inneren Dienstes und dem Landesamtsdirektor, auf dem Wege einer ständigen Verwaltungsreform, schneller zur Sache, mehr Effekt für den Bürger. Das Budget des nächsten Jahres ist eine gute Basis für diese weitere Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darf ich noch im Nachhinein den Antrag stellen, von dem ich gesprochen habe *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Gratzner, Dr. Michalitsch, Uhl und Ing. Dautzenberg zur Gruppe 0 des Vor-

anschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend finanzielle Auswirkungen des EU-Beitrittes.

Seit dem Beitritt zur EU hat sich die Darstellung der finanziellen Auswirkungen gewandelt. Anfangs konnten die 'Zahlungen nach Brüssel' in den zwei EU-Anpassungsbudgets einwandfrei nachvollzogen werden. Mittlerweile sind die Beitragszahlungen Niederösterreichs im Budget nicht mehr ersichtlich. Eine lesbare Übersicht der Rückflüsse im Zusammenhang mit dem Landesbudget stehender finanzieller Mittel nach Niederösterreich existiert nicht.

Die Abgeordneten und die Bürger dieses Landes sollen sich jederzeit ein Bild von den finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes machen können. Dazu ist eine klare Übersicht der geleisteten Zahlungen sowie der empfangenen Mittel und den aufgebracht Kofinanzierungsmitteln erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Die Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der Herr Finanzlandesrat wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung einen jährlichen Bericht gemeinsam mit dem Rechnungsabschluß vorzulegen."

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke. Die Rednerliste ist damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, erschöpft. Zunächst die Frage an den Herrn Berichterstatter, wird das Wort gewünscht?

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Marchat vor sowie Resolutionsanträge der Abgeordneten Gratzner, Dr. Michalitsch, Uhl und Ing. Dautzenberg. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag, dann über die Anträge des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen.

Ich lasse daher zunächst über den Abänderungsantrag des Abgeordneten Marchat abstimmen. Er betrifft die Budgetansätze 09430, SC Landhaus und 26111, Jugendsportausbildung und

Trainingszentren. *(Nach Abstimmung über diesen Abänderungsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Ich bitte nun den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 6.439,073.000 Schilling und Einnahmen von 885,973.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 150,504.000 Schilling und Einnahmen von 1.000 Schilling zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für den Antrag. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Es liegt hier vor der Resolutionsantrag des Abgeordneten Gratzner. Er betrifft den Unabhängigen Verwaltungssenat und die Personalprobleme, die hier angesprochen werden. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zum Resolutionsantrag, der abgeändert wurde, betreffend die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes. Es ist nunmehr der Resolutionsantrag der Abgeordneten Gratzner, Dr. Michalitsch und Uhl sowie Ing. Dautzenberg. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Treitler, zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): In die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 247,168.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 52,639.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,51 Prozent. Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für Bericht und Antrag. Ich bitte als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Preiszler zum Rednerpult.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Die Gruppe 1 ist ein kleiner Budgetposten, an sich relativ wenig dotiert, aber von der Bedeutung immens. Die innere Sicherheit in Österreich steht nach der gewonnenen Freiheit im Osten Europas unter dem Einfluß tiefgreifender Umwälzungen im politischen und sozialen Gefüge dieser Staaten. Der Zusammenbruch der alten Systeme hat den Menschen einen Zugewinn an Freiheit gebracht, zugleich aber ein Vakuum an innerer Ordnung und Sicherheit ausgelöst. Dies veranlaßt viele dazu, ihrer angestammten Heimat den Rücken zu kehren. Die politisch und wirtschaftlich starken Länder der Europäischen Union üben eine erhebliche Anziehungskraft auf Menschen aus, die sich hier ein besseres Auskommen und ein besseres Leben versprechen.

Infolge der geographischen Lage und der günstigen Verkehrsanbindungen Österreichs treffen Wanderungsbewegung auf unsere ausgedehnten östlichen Landesgrenzen, die zugleich auch Außengrenzen der europäischen Gemeinschaft geworden sind. Meine Damen und Herren! Diese Auswirkung einer nicht gesteuerten Zuwanderung sind vielgestaltig und schwerwiegend. Die wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungsfähigkeit unseres Landes wird nachhaltig herausgefordert. Illegale Beschäftigungsverhältnisse bedrohen den Arbeitsmarkt und schädigen die Solidaritätsgemeinschaft der Österreicher. Die Kriminalität, die durch die illegale Zuwanderung und den Aufenthalt ausländischer Straftäter entsteht, verunsichert viele Menschen und läßt sie nach einem entschlossenen Vorgehen der Verantwortlichen rufen. Damit bekommt die Grenzsicherheit ein Gewicht, das weit über die polizeilichen Vorgehen an der Grenze hinausgeht.

Umfragen jüngster Zeit haben ergeben, daß weltweit Menschen Angst haben. Erstens vor der Entwicklung der Kriminalität, zweitens vor zunehmender Gewalttätigkeit, drittens vor Drogen, viertens vor Terrorismus und Extremismus und nicht zuletzt vor den Fremden und den Wanderungsproblemen und letztendlich der Verletzung der Menschenrechte wie Korruption. Meine Damen und Herren! Warum sage ich das? Ich sage es deswegen, weil dieses Thema jahre-, jahrzehntelang immer wieder unter den Tisch gekehrt wurde und immer so getan wurde, als gäbe es in Österreich nicht diese Probleme. Österreich - ich

gebe es zu - zählt nach wie vor zu den sichersten Ländern Westeuropas, keine Frage. Aber um diesen Standard zu erhalten, sind wir herausgefordert, auch das Land Niederösterreich. Und mir tut es nur wirklich leid, daß der Herr Landeshauptmann jetzt wiederum nur ein kurzes Gastspiel gegeben hat. Weil gerade er und vor allem die ÖVP hier in diesen Reihen vor einem Jahr eine Sicherheitsoffensive gestartet hat, die irgendwo in Radlbrunn im Keller zustande gekommen ist. *(Unruhe im Hohen Hause. - Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

Diese ist total zusammengebrochen und übriggeblieben sind eigentlich nur mehr verschiedene Veranstaltungen - ich habe es letzte Woche schon gesagt - die der Herr Landeshauptmann mit Gefolge, mit viel Trara, viel Prominenz und mit staatsbesuchähnlichen Auftritten begleitet. Nur die Taten, meine Damen und Herren der ÖVP, sind bis jetzt total ausgeblieben.

Und ich habe wiederholt hier gesagt, und das ist auch international bekannt, daß hier die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, hier auf diesem Gebiet prophylaktisch, vorbeugend etwas zu tun. Damit meine ich, und wir alle wissen, daß internationaler Terror, organisierte Kriminalität, vor Ort bekämpft werden muß. Hier geht es nicht mehr um die Sicherheit am Gendarmerieposten in irgendeinem Dorf oder in einem Bereich, in einem Bezirk. Sondern hier geht es weltweit nicht nur weit über Schengen hinaus darum, Vorkehrungen zu treffen, damit wir der Bedrohung, die ja hauptsächlich oder zum wesentlichen Teil aus den Oststaaten kommt, Vorschub leisten. Und amerikanische Sicherheitsdienststellen wie der FBI, der CIA, auch der Bundesnachrichtendienst arbeiten seit Jahren mit ausländischen, mit osteuropäischen Sicherheitsdiensten - ehemalige Spionagedienste - intensiv zusammen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Und ich habe vorgeschlagen, und es wäre höchst an der Zeit, auch hier in Österreich - wir haben ja bekanntlich zwei Heeresnachrichtendienste, die in einer Zeit der militärischen Bedrohung durch den Osten zweifelsohne ihre Berechtigung gehabt haben. Nur meine ich, daß jetzt diese beiden Nachrichtendienste mehr oder weniger etwas brotloser geworden sind, und es gut wäre, hier aus diesen vielen Spezialeinheiten, die es in Österreich gibt, eine einheitliche, schlagkräftige Terrorismusbekämpfung zu bilden, wo man vor Ort, im Ausland, mit ausländischen Diensten in Zusammenarbeit die Kriminalität aufspürt, verfolgt und womöglich vor Ort zerschlägt. Das wurde bis jetzt vernachlässigt.

Meine Damen und Herren! Der Bundesnachrichtendienst in Deutschland hat uns wiederholt auf verschiedene Vorkommnisse, die es in Österreich geben wird, hingewiesen. Ich erwähne nur die berühmt-berüchtigten Rumänenbanden, Tre-sorbanden, die angekündigt wurden aus Süddeutschland, daß wir uns in acht nehmen und hier Vorkehrungen treffen sollten. Es wurde nichts oder wenig getan. Aus all diesen Dingen heraus wäre es notwendig, und hier könnte man einiges abfangen, wenn es uns endlich einmal gelänge, der Bundesregierung - das geht nur an die Adresse der Bundesregierung - hier etwas Ähnliches zu tun bzw. Verbindung aufzunehmen mit dem Bundesnachrichtendienst und deutschen Gruppierungen, die Jahre hindurch Erfahrung haben.

Ein weiteres Problem ist der berühmt-berüchtigte Grenzdienst/Grenzschutz. Ich habe wiederholt hier schon darüber gesprochen, wie es aussieht. Wie schaut es wirklich aus? Es wird immer wiederholt gesprochen, wir sind "Schengen-reif". Ich möchte die Worte nicht wiederholen, die ich schon einmal gesagt habe - wir sind theaterreif. Meine Damen und Herren, von "Schengen-reif" noch lange keine Rede. Noch so lange keine Rede, als wir tagtäglich aus den Medien hören, uns gefallen lassen müssen vom deutschen Bundesinnenminister Kanter, vom bayerischen Minister Beckstein, daß hier endlich einmal etwas getan wird. Wir leben nur davon, zwei Löcher aufzureißen, ein Loch zuzustopfen. So ist es wirklich, Herr Kollege Friewald. Auch wenn Du den Kopf beutelst, würde ich wirklich einmal bitten, sich zu interessieren, wie es draußen aussieht. Wir leben nur davon, daß wir mit Zuteilung von Gendarmeriebeamten teils freiwillig, teils pflichtversetzt für einige Monate, die im Westen natürlich fehlen, hier im Osten den fehlenden Grenzdienst ersetzen. Das ist keine Lösung, meine Damen und Herren. *(Abg. Uhl: Herr Kollege, aber Du verunsicherst mehr als Du informierst!)*

Ich habe wiederholt schon 1994 dem Vorgänger des Ministers Schlögl, dem Herrn Dr. Löschnak schon vorgeschlagen, sich einmal vor Ort beim Bundesgrenzschutz in Deutschland an der Ostgrenze umzusehen. Das hat er auch getan. Zumindest hat er seine Mannen rausgeschickt, die ihm ein fertiges Konzept geliefert haben, nur geschehen ist bis dato sehr wenig. Löschnak ist gegangen, Einem ist gekommen, dann war eben zwei Jahre "finito" in dieser Beziehung. Keine Ansage zum Thema Sicherheit. Und jetzt ist Schlögl am Zug.

Nur, wir reden immer von der Schengen-Reife. Meine Damen und Herren, wenn wir so weiter tun, werden wir Schengen nie erreichen. Geschweige überhaupt, daß ja Schengen auch nicht das non plus ultra ist, bitte. Wer sich mehr damit beschäftigt, wird sehr wohl wissen, daß jetzt auch europaweit in Westeuropa natürlich für gewisse Elemente Tür und Tor geöffnet sind mit der Kriminalität via Amsterdam bis nach Österreich und womöglich auch über die Ostgrenze hinweg ihrem Tun und Treiben nachkommen zu können, ohne daß sie kontrolliert werden. Man hat begonnen, einen Sicherheitsschleier aufzubauen, wo es auch wiederum Binnenkontrollen gibt. Und das muß so sein. Ansonsten ist Schengen unnötig. Sonst hat es keinen Sinn, wenn man freie Fahrt hat, mit den Drogenkurieren von Amsterdam in die Slowakei nach Preßburg, um hier unkontrolliert jede Menge an Drogen und anderem Gut mitzunehmen. Das heißt, wir sind aber noch immer in dem Stadium des Grenzdienstes, der in keinster Weise zufriedenstellend ist. Und ich bin wirklich neugierig, wie es sein wird, wenn jetzt im Oktober, im Herbst endgültig auch hier in Österreich die Kontrollen wegfallen und es nur mehr dann diese Außengrenzenkontrollen gibt.

Meine Damen und Herren! Die Kontrolle beginnt vor Ort - ich habe es gesagt - und beginnt vor allem an der Grenze. Und wenn hier die Grenze so durchlässig ist, wie sie derzeit ist, daß man über die Donau unkontrolliert 34 Kilometer weit von Bratislava bis nach Wien durchgewunken wird und hier in Wien auf einen Frachter, der drei, vier Lkw-Züge Fassungsvermögen hat, nur von zwei Mann der Zollwache oder mitunter der Polizei kontrolliert wird, dann ist es zwecklos. Dann ist es vollkommen zwecklos, wenn sich unsere Zollfahnder, wenn sich die Suchtgiftgruppe in Niederösterreich, wenn sich das Innenministerium bemüht um die Drogenbekämpfung. Das sind minimalste Vorkehrungen, wo ich meine, daß das längst geschehen sollte. Und es war wirklich absurd, wie die Deutschen gehört haben, wie es bei uns steht. Und es ist noch immer so, daß Schlepperbanden - mir wurde immer wiederum gesagt, es gäbe keine Schlepper bei uns, obwohl ich seit Jahren lese, wie viel Schlepper, illegale, in Bayern von der Grenzpolizei aufgegriffen wurden. Bei uns gibt es diese nicht. Ich weiß nicht, ich habe damals gesagt, dann kommen sie eben mit einem Fallschirm 'runter an der bayerischen Grenze und versuchen dann, über die grüne Grenze zu gehen. Dann hat man begonnen, vor einigen Monaten schärfere Kontrollen vorzunehmen. Und siehe da, waggonweise, volle Lkw-Ladungen von illegalen hat man aufgegriffen. Das ist der

tatsächliche Zustand derzeit an der österreichischen Grenze.

Meine Damen und Herren! Zur niederösterreichischen Exekutive, die ja auch nur unzulänglich ausgerüstet ist. Und ich habe das auch wiederholt gesagt, es wird jetzt in letzter Zeit einiges getan, aber es ist noch immer sehr, sehr wenig zu dem, was eigentlich schon Jahre hindurch passieren hätte sollen. Es wurde versprochen vom Innenminister, dem Vorgänger, wir haben hier auch eine Aktuelle Stunde gehabt, zweimal schon, zum Thema Sicherheit. Ich habe eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann eingebracht. Es wurde von uns die Landesregierung aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden, diesbezüglich vorzusprechen. Außer Worten ist nichts geschehen. Wir haben noch immer den Status quo. Der Herr Landeshauptmann hat zwar gesagt, er hat dem Minister Einem geschrieben. Er hätte ihm versprochen, keine Gendarmerieposten mehr zusammenzulegen, keine Reduzierung der

Überstunden der niederösterreichischen Gendarmerie, keine Reduzierung am Personalsparpaket bei der Gendarmerie und bei der Sicherheitsexekutive. Dem ist nicht so. Es geht nach wie vor munter weiter, es wird nur vor sich hergeschoben. Jetzt siehe, nach Waidhofen ist Krems geplant, noch immer geplant, nur hat man es eben wegen der Gemeinderatswahlen wiederum verschoben, die Leitstelle der Bezirksleitzentrale einzusparen oder zusammenzulegen, eine Umgruppierung vorzunehmen. Das ist noch immer geplant und ich bin überzeugt davon, wenn in Krems die Wahlen über die Bühne gegangen sind, daß man auch hier darangehen wird, einiges zu machen.

Einige Worte noch zum Drogenproblem. Meine Damen und Herren! Mittlerweile ist das Drogenproblem auch in Niederösterreich derart akut, wie es Jahre hindurch nie war. Man hat immer geglaubt, nur im Ballungsgebiet in Wien, wo sich das Innenministerium bemüht, mit ganzen 30 Drogenfahndern vom Sicherheitsbüro die Drogenkriminalität mitsamt der Begleitkriminalität zu bekämpfen. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn ich denke, daß es in Hamburg die dreifache Anzahl für die Drogenbekämpfung gibt, in München die dreifache, in Berlin die vierfache Anzahl ungefähr der Größenordnung von Wien und zusätzlich sind in Niederösterreich 18 Mann der Kriminalpolizei damit beschäftigt, die Drogen einigermaßen in den Griff zu bekommen. Das ist wirklich sehr, sehr wenig. Und wir haben hier das Problem, daß hier wahnsinnig viele Dealer aufgegriffen werden, daß man aber sehr, sehr schwer an die Drahtzieher dahinter kommt. Die sitzen ja nicht hier in Wien, die sitzen im Ausland, irgendwo in den Hauptstädten des Ostens, und machen ihr Geschäft. Und wir können eigentlich sehr wenig dagegen tun, zumal wir mit diesem wenigen Personal in keinster Weise das Auslangen finden.

Dann habe ich auch verlangt, daß Hub-schrauber eingesetzt werden müssen zur Bekämpfung, zur Überwachung der Grenze in Niederösterreich. Jetzt steht man wieder vor dem Problem, daß wir nicht wissen, wie. Jetzt geistert wiederum das Bundesheer durch die Medien, auch der Herr Landeshauptmann hat gesagt, naja, wenn es gar nicht anders geht, dann werden wir halt so in Gesprächen mit Herrn Landeshauptmann Stix wie im Burgenland das Bundesheer heranziehen. Dann sollen die unsere Grenze schützen. Das ist, meine Damen und Herren, eine Notlösung, die psychologisch sicher richtig ist, weil die Bevölkerung das subjektive Gefühl hat, daß sie beschützt, bewacht wird - vollkommen richtig. Aber das kann es nicht sein. Das sind die Versäumnisse von Jahren und jetzt wäre es

wirklich höchst an der Zeit, daß hier die Bundesregierung tätig wird und einmal vorspricht, auch im Europaparlament, ob nicht die Möglichkeit bestünde. Und die Nagelprobe wird jetzt nicht nur für Österreich, sondern auch für Italien und andere Länder kommen, die ebenfalls nicht Schengen-reif sind, hier etwas zu tun. Mein Vorschlag war der, daß ich gesagt habe, man möge prüfen, es gibt einen sogenannten Kohäsionsfonds in der EU, der für Dinge, für Länder, die nachgezogen werden müssen in ihrer Infrastruktur - und auch das gehört zur Infrastruktur der Sicherheit - Milliarden zur Verfügung stellt. Um hier endlich das Geld zu haben, daß hier das fehlende Personal am schnellsten Wege geschaffen wird.

Wir haben ja begonnen mit dem Innenministerium Aufklärungsflüge zu machen, die leider gescheitert sind insofern, als es hier einen sehr tragischen Unfall gegeben hat. Und es bleibt uns sonst nichts übrig, als daß wir wirklich in dieser Causa das Bundesheer, das in dieser Beziehung beste Erfahrungen hat, einsetzen, mit den Hub-schraubern die Grenzüberwachung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur das. Wir haben in der vergangenen Woche eine Aktuelle Stunde gehabt und haben stundenlang diskutiert über den Kaufkraftabfluß in den niederösterreichischen Grenzregionen. Und ich habe auch hier vor Jahren einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der den Abfluß der Kaufkraft durch verstärkte Kontrollen an den niederösterreichischen Grenzen zumindest vermindern soll. Wir wissen, daß es keine absolute Sicherheit in dieser Beziehung gibt, daß es immer wiederum durchsickern wird, daß geschmuggelt wird usw. Aber wir können nur durch stärkeres Personal, durch bessere Ausrüstung hier Einhalt gebieten. Und deswegen stelle ich jetzt wiederum einen Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preiszler zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Durchsetzung schärferer Kontrollen an Niederösterreichs Grenzen.

Schon im Resolutionsantrag des Abgeordneten Preiszler zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1996, Ltg. 399/V-3, betreffend Kaufkraftabfluß in den NÖ Grenzregionen wurde die Problematik der durch die Ostöffnung auf die Grenzregionen zukommenden infrastrukturellen Verarmung

hingewiesen. So geschieht es zur Zeit, daß mehr denn je der niederösterreichischen Wirtschaft in grenznahen Regionen (z.B. durch Duty free-Shops, Einkaufstourismus usw.) Milliarden an machbaren Umsätzen entgehen, und damit auch das Steueraufkommen wesentliche Einbußen erleidet. Es müssen daher Maßnahmen dringend gesetzt werden, um diesen Einkaufstourismus (inkl. Schmuggel) Einhalt zu gebieten. Nun hat sich herausgestellt, daß über das billige Einkaufen bzw. Schmuggeln von diversen Genußmitteln bis zu Haushaltsgeräten auch Tiere (exotische und Haustiere), die nicht den tierärztlichen Bestimmungen (siehe auch EU-Standard) entsprechen und somit eine potentielle Seuchengefahr darstellen, illegal eingeführt werden. Neben der Problematik der Überwachung von Sondermülltransporten sowie Überprüfung der technischen Zustände der aus dem ehemaligen Ostblock einreisenden Fahrzeuge kommt noch - und das in immer größerem Ausmaße - die verstärkte Einfuhr von Drogen (aller Kategorien) vor allem aus der Slowakei und auch im Wege des Flugtourismus (Flughafen Schwechat) hinzu. Die damit verbundene Beschaffungskriminalität steigt in einem erschreckenden Ausmaß. So wird nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Sicherheit der NÖ Bevölkerung laufend unterhöhlt.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung im eigenen Bereich Maßnahmen zu setzen und gleichzeitig beim Bund mit dem Ziel vorstellig zu werden, daß - nicht zuletzt im Geiste des Schengener Abkommens - wirksamere Grenzkontrollen durchgeführt werden d.h., keine Einsparungen bei den Exekutivorganen vorzunehmen und den technischen Überwachungszustand den tatsächlichen Erfordernissen (EU-Standard) anzupassen."

Meine Damen und Herren! Das sind Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten und eigentlich auch schon längst erledigt sein müßten. Wir haben hier einen Nachholbedarf. *(Abg. Hiller: Haben Sie diesen Antrag der Firma Seunig auch geschickt?)* Natürlich, warum nicht? Ich glaube, wir haben uns ja letztes Mal lange genug unterhalten über die Problematik vom Herrn Landesrat. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege Hiller! Ich war immer dafür, daß ich sage, man muß zumindest die Chancen nützen, das Menschenmöglichste tun, um hier einigermaßen diesem Kaufkraftabfluß Einhalt zu gebieten. Und das kann ich nur, wenn ich das nötige Personal, wenn ich die nötige technische Ausrüstung habe. *(Abg. Hiller: Haben Sie den Text dieser Unterschriftenliste gesehen?)*

Ich erspare Ihnen jetzt die Statistik des Zolls vom letzten halben Jahr. Was aufgegriffen wurde, das geht in die Milliarden Schilling, bitte, von Aufgriffen, von wirtschaftlicher Verhinderung, die unserer inländischen Wirtschaft zugute kommt. Vor allem in dem Bereich, wo wir sowieso nicht sehr glücklich agieren und wo die Menschen ja eigentlich dafür äußerst dankbar sind.

Meine Damen und Herren, ich würde Sie wirklich bitten, diesem Antrag beizustimmen aber nicht nur beizustimmen und dann geschieht wieder ein Jahr hindurch nichts. Und dann warten wir die nächste Budgetsitzung ab oder wir warten wieder, bis die Alarmglocken schrillen, daß man draußen immer wiederum über die Medien die tollsten Dinge hört. Und die sind tatsächlich so. Wenn Sie heute, ich garantiere Ihnen und ich habe es zum Teil schon ausprobiert, wenn Sie heute in Niederösterreich der grünen Grenze entlang fahren, dann können Sie auf Feldwegen, auf kleinen Gemeindestraßen kilometerweit, 20, 30, 40 Kilometer fahren, herüber und drüber, also in Österreich, in Tschechien, grenzüberschreitend, ohne einer einzigen Kontrolle zu begegnen. Und das bei Tag, bitte. *(Abg. Kautz: Wollen Sie wieder Stacheldraht?)*

Nein, das brauchen wir nicht. Aber was machen die Deutschen? Die haben ja auch keinen Stacheldraht und haben trotzdem das einigermaßen im Griff. Wenn ich natürlich mit wenigen Grenzgendarmen, die schlecht ausgebildet sind, mit Zuteilung aus dem Westen, die äußerst schlecht motiviert sind, weil sie hier von Wörgl nach Hohenau kommen, und hier im Winter draußen Dienst versehen müssen ohne Geländekenntnisse, dann darf ich bitte nicht erwarten, daß die die Illegalen in Massen aufgreifen. Weil sie Monate brauchen, bis sie überhaupt einmal geländekundig werden. Und das sind Dinge, die müssen wir wirklich in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren! Noch einige Worte zu niederösterreichischen Einsatzdiensten, wie den Feuerwehren. Hier wäre wirklich sehr viel zu sagen. Und ich habe letzte Woche eine Feuerwehr, die ihr 125jähriges Jubiläum gefeiert hat, eine der bestausgerüstetsten Feuerwehren Nie-

derösterreichs, in Wr. Neudorf besucht und habe mich überzeugen können von dem Standard ihrer Ausrüstung, ihrer Ausbildung und auch ihrer Motivation. Also, das war wirklich einmalig, wenn man gesehen hat, mit welcher Aufopferung, mit welchem Idealismus hier - keine Berufsfeuerwehr, sondern Feuerwehrmänner, die genauso wie Sie und ich einem Beruf nachgehen, die in ihrer Freizeit, in ihrer Nachtzeit den Einsatz auf sich nehmen, und dann meistens noch unbedankt. Und ich habe wiederholt darauf hingewiesen und ich werde auch in späterer Folge bei einem anderen Kapitel einen entsprechenden Antrag einbringen, den ich auch schon gemacht habe vor Jahren, im Hinblick auf eine technische Ausrüstung, ein Gefahrgutfahrzeug, das mit allen technischen Raffinessen ausgestattet ist. Wo die Leute zumindest wissen, wenn sie herangezogen werden, mit welchen Chemikalien, mit welchen hochbrisanten Dingen sie es zu tun haben. Damit sie vor Ort ihren Einsatz leisten können und nicht ihr Leben gefährden, nur weil es uns darum geht, einige tausend Schilling einzusparen. Das müssen uns eigentlich unsere tausenden freiwilligen Helfer in den Freiwilligen Feuerwehren in Niederösterreich wert sein. Das ist noch viel zu wenig. Man hat begonnen damit, aber das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Und hier ist wiederum ein Vergleich mit der Bundesrepublik angebracht, wo bei jedem größeren Chemiekonzern eigentlich vom Konzern aus Vorsorge getroffen werden muß mit technischen Analysen. Ohne die geht kein einziges Fahrzeug hinaus. Es wird geprüft, ob richtig geladen wurde, ob richtig deklariert wurde und ob auch der Zustand des Fahrzeuges entsprechend sicher ist. All diese Dinge sind bei uns noch fremd und wir haben ja auch mit den Ostfahrzeugen Erfahrung einige Jahre nach der Ostöffnung - hier waren wirklich rollende Bomben unterwegs. Und gnade uns Gott, wir können nur von Glück reden, daß nicht mehr passiert ist.

Einen herzlichen Dank an alle freiwilligen Feuerwehrmänner in Niederösterreich, die Tag und Nacht ihr Leben riskieren. Aber genauso gut auch an alle freiwilligen Rettungsdienste, sei es jetzt das Österreichische Rote Kreuz, sei es der Arbeiter Samariterbund, seien es Bergrettung und ähnliche Dinge. Die wirklich in Eigeninitiative und Idealismus in einer Zeit, wo wir nur materiell denken, Tag und Nacht ihr Leben riskieren. Auch ihnen ein herzliches Dankeschön.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß: Über die Zahlen zu diesem Kapitel ist wenig zu sagen. Auch hier könnte der Prozentsatz höher dotiert sein in diesem Budgetkapitel, weil da

schon gespart wird. Aber damit ist es sicherlich nicht getan. Wir werden auf Grund aller dieser Bemängelungen, auf die seit Jahren von unserer Seite immer wiederum wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Das Budget 1998 wurde von der Landesregierung beschlossen und liegt nun dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vor. Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wurde mit Einnahmen von S 52,639.000,- und Ausgaben von 247,168.000,- Schilling präliminiert. Das ist gegenüber dem Voranschlag 1997 bei den Einnahmen eine leichte Erhöhung und bei den Ausgaben eine leichte Verringerung. Die Ausgaben betragen 0,51 Prozent der Gesamtausgaben, gegenüber dem Jahr 1997 mit 0,53 Prozent entsprechend weniger.

Zum vorliegenden Gesamtbudget und im speziellen zur Gruppe 1 werden wir Anregungen und Wünsche einbringen. Zur Gruppe 1 seien einige Anmerkungen gestattet und ich hoffe, daß wir dann doch für die Zukunft einige Punkte vielleicht verändern können.

Sicherheit ist nicht nur im Bereich der Exekutive, der Zollwache, des Bundesheeres, sondern auch im Bereich des Feuerwehrwesens, des Katastrophendienstes und des Zivilschutzes zu sehen. Exekutive, Zollwache und Bundesheer sind Institutionen des Bundes, deren Tätigkeit und Auswirkungen für das Bundesland Niederösterreich es genau zu beobachten gilt. Und wenn nötig ist auch mit Forderungen und Verbesserungsvorschlägen zur Hebung des Sicherheitsstandards an den Bund heranzutreten.

Das Feuerwehrwesen weist mit 169,003.000,- Schilling um 3 Millionen weniger auf als voriges Jahr, der Katastrophendienst mit 57 Millionen Schilling um vier Millionen mehr und der Zivilschutz ist mit 20,5 Millionen um 115.000,- Schilling höher dotiert als im vorigen Jahr. Dies sind die Bereiche, für die das Land nicht wenig Geld zur Sicherheit ausgibt.

Der Begriff Sicherheit beinhaltet aber viele andere Faktoren. Er hat wirtschaftliche, soziale, ökologische Dimensionen. Neue Gefahren gegen die Sicherheit haben an Aktualität gewonnen. Existentielle Not, soziale Differenzen, religiöse und rassistische Radikalisierung, die Minderheitenkonflikte, Umweltkatastrophen, die internationale Kriminalität, Terrorismus sind einige Probleme, die heute die Sicherheit in Europa bewegen.

Dazu kommt aber auch noch die Neuordnung der europäischen Sicherheit bei der Umsetzung der Sicherheit im Gesamten, aber auch nationale Probleme unterschiedlichster Art. Die Schwerpunkte der nationalen und internationalen Sicherheitsaufgaben sind ja - wie schon lange bekannt - im Bereich der Drogenkriminalität, des organisierten Verbrechens, des Menschenhandels usw. zu sehen. Herr Kollege Preiszler hat ja schon erläutert das Zusammenspiel der internationalen Erhebungsdienste. Ich darf mich eher auf das Land Niederösterreich hier beschränken.

Weiters muß man aber auch die polizeiliche Zusammenarbeit, und auch hier stimme ich überein, die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz-, der Straf- und Zivilrechtssachen sowie auch im Bereich der Zollwache sehen. Und gerade diese Zusammenarbeit gilt es verstärkt auszubauen.

In einer Zusammenfassung im internationalen Bericht der Europol werden diese Schwerpunkte aufgelistet. Sie zeigen eben, daß in der heutigen Zeit verschiedene Bandenbewegungen von den Ursprungsländern aus der ehemaligen Sowjetunion ausgehend über den Balkan bis zu uns her verfolgt werden können. Wir sind keine Insel der Seligen mehr im Bereich der Sicherheit. Diese Bandenbewegungen überrollen uns, gehen noch weiter in den Westen. Österreich ist hier ein Durchzugsland, das immer mehr auch von dieser Ostmafia benutzt wird. Und daher gilt es, hier in diesem Bereich Maßnahmen zu setzen, um hier das Gefühl der Sicherheit zu verbessern und den Menschen zu zeigen, daß wir sehr wohl im Stande sind, unsere Sicherheit - ganz gleich, in welchem Bereich - zu verbessern und auszubauen.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union und dem Schengener Abkommen hat Österreich die Sicherung der Außengrenze vorzunehmen. Und hier muß ich dem Kollegen Preiszler doch ein wenig widersprechen: Ich glaube sehr wohl, daß wir alle Anstrengungen unternommen haben, um unsere Außengrenzen zu sichern! Wir haben Anstrengungen unternommen, sei es im Bereich des Bundesheeres, sei es im Bereich der Exekutive,

vor allem im Bereich der Gendarmerie, um hier unseren Aufgaben, die wir seitens der EU bekommen haben, auch nachzukommen. Auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, und so glaube ich, ist es auch nicht möglich, von heute auf morgen hier alle Kriterien zu erfüllen, die uns aufgetragen wurden. Aber ich bin sehr wohl überzeugt, daß es gemeinsam mit den verschiedenen Institutionen des Bundes und des Landes gelingen wird, hier einen dementsprechenden Aufbau dieses Sicherheitsnetzes durchzuführen, sodaß wir eben unsere Aufgaben hier erfüllen können. Es resultiert daraus natürlich die Verpflichtung einer wirksamen Grenzkontrolle, einer Überwachung gegenüber allen Nachbarstaaten innerhalb einer Zweijahresfrist. Und ich meine, das gilt es hier zu erreichen.

Der Ausbau der Grenzgendarmarie ist in Niederösterreich sehr weit fortgeschritten und zeigt auch bereits einen beachtlichen Erfolg. Dazu kommt noch - und das kann man aus Statistiken herauslesen, die sowohl im Landesverteidigungsministerium, als auch im Innenministerium aufliegen - daß der Einsatz des österreichischen Bundesheeres seit 1990 an der Grenze im Burgenland ein sehr großer Erfolg war, auch was die Hebung des Sicherheitsgefühles hier betrifft. Dies zeigt, daß die Außengrenze derzeit schon einem Großteil des Schengener Abkommens entspricht. Die Sicherung der Außengrenze hat aber auch Auswirkungen auf die innere Sicherheit. Die Statistik zeigt, daß zum Beispiel in den Grenzbezirken Bruck a.d. Leitha, Gänserndorf und Mistelbach die Kriminalitätsrate gesunken ist und die strafbaren Handlungen zurückgegangen sind.

Was die angesprochene Personalsituation der Exekutive betrifft, so ist sie sicher als angespannt zu bezeichnen und zu beschreiben, und es werden sicherlich hier Maßnahmen greifen müssen, um das geforderte Personal auch dementsprechend einsetzen zu können. Ich weiß schon, daß auf Grund eines Sparpaketes die Einsparung im Dienstpostenbereich eben gegeben ist. Aber es wird eine sogenannte Belastbarkeitsstudie erarbeitet oder wurde erarbeitet, und daraus wird dann festgestellt, wie viel Personal man wirklich zur effektiven Erfüllung dieses Auftrages benötigt. Und ich glaube, daß man entsprechend dieser Studie die erforderlichen Arbeitsplätze hier schaffen kann.

Was nun die Kriminalstatistik betrifft, so haben wir auf Grund intensiver Anstrengungen zur Verbesserung dieser Statistik Abnahmen im Bereich der Vergehen und Verbrechen zu verzeichnen, was ebenfalls als sehr positiv zu bemerken

wäre. Meine Damen und Herren! So gesehen zählt Niederösterreich und Österreich überhaupt, auch wenn es da und dort andere Meinungen gibt, zu den sichersten Ländern in Europa.

Nun zu den Rettungsdiensten, die es gilt, seitens des Landes entsprechend zu dotieren. Ein gerade im Sommer aktuelles Thema, um hier auf das Feuerwehrwesen überzuleiten, ist wiederum die auftretende Diskussion in bezug auf die Durchführung von Feuerwehrfesten. In steuerlicher Hinsicht wurde dieses Problem im wesentlichen und weitgehend vom ehemaligen Finanzminister Lacina geregelt. Einer Lösung bedarf sicherlich noch die Frage der Standortverlegung und des Gewerbescheines etc. Diese Lösung könnte bei der im Parlament anstehenden Änderung der Gewerbeordnung möglich sein. Hier wäre, glaube ich, der Wirtschaftsminister angehalten, sich in diesen Bereichen dementsprechend einzusetzen. Dann wäre nämlich dieses Problem vom Tisch und wir hätten keine Diskussion mehr darüber.

Die Rettungsorganisationen wie auch die Feuerwehr und sonstige Organisationen finanzieren ihren Betriebsbedarf und die Ausrüstung mit Mitteln des Landes, der Gemeinden, freiwilliger Spender und aus Erträgen dieser verschiedenen Feste. Österreichweit ergibt dies einen Bedarf von etwa 1,8 Milliarden Schilling. Letztlich dienen diese Mittel aus diesen Veranstaltungen wiederum für den Ankauf der technischen Ausrüstung sowie die Einrichtung oder den Bau von Feuerwehrhäusern, Depots, Rettungsstationen usw. Das heißt, diese aufgebrachtten Mittel werden zweckgebunden und widmungsgemäß verwendet.

Ich darf dazu sagen, daß diese Veranstaltungen sicher nicht nur dem Zweck der Geldmittelbeschaffung dienen, sondern sie haben oft auch, vor allem in kleineren Gemeinden, gesellschaftspolitischen Charakter. Weil sonst ja eigentlich fallweise niemand bereit ist, diese Veranstaltungen zu übernehmen. Auf Grund der enormen Personalkosten, die bei der Durchführung in dieser Art ja nicht anfallen. Das heißt, würden diese Veranstaltungen in den Katastralgemeinden und Gemeinden nicht stattfinden, so würden zweifelsohne die Gemeinden die einzigen sein, die mit entsprechenden finanziellen Mitteln die Ausrüstung dieser Rettungsdienste zu finanzieren hätten.

Eine Lösung dieser Probleme kann aber sicher nicht der Vorschlag des Landesfeuerwehrkommandanten sein, wenn er bei einer Festver-

anstaltung meint, die Kommunen mögen auf die Einhebung der Kommunalabgabe für Feste freiwilliger Feuerwehren in ihren Betrieben verzichten. Wer sich mit den Gemeindefinanzen beschäftigt, weiß sehr wohl, daß die Kommunalabgabe eine der tragenden Säulen der Gemeindefinanzen ist, und keine Gemeinde kann hier in Schmälerung dieser Einnahmen auf etwas verzichten. Ich glaube sehr wohl, daß dieser Vorschlag nicht den richtigen Weg weist. Er hat es vielleicht anders gemeint. Mir ist es so berichtet worden. Aber gerade hier Finanzmittel anzutasten, die die Gemeinde erst in die Lage versetzen, wiederum für die Rettungsdienste Investitionen vorzunehmen, das ist, glaube ich, doch der falsche, der unrichtige Weg. So kann es wirklich nicht gehen.

Im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sind gerade die Rettungsorganisationen die Träger für raschen Einsatz und Hilfe. Und hier besteht auch ein Problem, das ich kurz anschneiden möchte. Ich weiß schon, es gibt bei uns den Zivildienst und den Präsenzdienst. Wer mich kennt weiß, daß ich eher für den Präsenzdienst bin, aber diese Einrichtung des Zivildienstes ist eben gegeben. Und wenn wir schon Zivildienner haben, dann war es bislang so, daß die Zivildienner bei den verschiedenen Rettungsorganisationen eingesetzt wurden. Und hier besteht nun der Plan bzw. bestehen eben Zwänge in Form von Einsparungen, daß die Kontingentzuweisungen bei Zivildiennern für diese Organisationen eine neuerliche Kürzung erfahren soll. Diese Reduktion wurde nicht mit Personalmangel, sondern mit der Reduzierung der Ermessensgrundlage auf Weisung des Finanzministeriums begründet. Und diese Aktion ist für mehrere Jahre geplant. Wenn man weiß, daß gerade das Rote Kreuz, und um das geht es hauptsächlich, mit diesen Zivildienstleistenden sehr dringend rechnet, so glaube ich, daß man hier sehr wohl versuchen sollte, diese Einsparungen eben nicht stattfinden zu lassen. Allein in Niederösterreich fehlen im Rettungs- und Krankentransportdienst durch diese Aktion pro Jahr 200 Zivildienstleistende. Und ich glaube, wenn es die nicht gibt, dann kommt wiederum die Gemeinde oder das Land zum Handkuß und muß in irgendeiner Form hier für Personal sorgen. Wenn es nicht Freiwillige sind, dann müssen es Hauptamtliche sein. Und daß die zu bezahlen sind, das weiß jeder. Und wer im Gemeindebereich auch in diesem Bereich tätig ist, weiß, daß das sehr viel Geld kostet. Und daher meine ich, daß es unser aller Aufgabe wäre, hier zu trachten, daß diese Sparmaßnahmen nicht greifen mögen. Und dies soll hier entsprechend an die zuständigen Stellen herangetragen werden. Gerade diese Organisationen sind die Träger des raschen Ein-

satzes und der Hilfe bei Katastrophen und sie können jederzeit rasch eingesetzt werden. Und daher gilt es, Maßnahmen dafür zu installieren, damit sie schlagkräftig sind. Und diese Maßnahmen gilt es natürlich auch zu finanzieren. Und ich glaube, die Finanzierung dieser Maßnahmen ist im Budget entsprechend berücksichtigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein leidiges Problem, auf das ich wiederum hier zu sprechen kommen möchte, obwohl es bei anderen Budgetsitzungen auch schon debattiert wurde, ist der schleppende Auf- und Ausbau des Warn- und Alarmsystems, vor allem in bezug auf Störungen im AKW-Bereich. Wir wissen genau, daß unsere östlichen Nachbarn nicht davon abgehen, weiterhin Atomkraftwerke weiter auszubauen. Das Bedrohungsbild einer großräumigen Verstrahlung bei einem Atomunfall ist wohl eine der gefährlichsten Bedrohungen für die Bevölkerung. Gerade jetzt, 11 Jahre nach Tschernobyl, müssen wir daher verstärkt das sogenannte Frühwarnsystem sowohl national als auch zwischen uns und jenen Ländern, die derartige Kraftwerke betreiben, fordern. Leider funktioniert dies nicht so, wie wir uns dies vorstellen. Das heißt, wir müssen alles nur mögliche tun und verstärkte Anstrengungen unternehmen, um hier stärkere vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Staaten erfolgen zu lassen. Auch im Land Niederösterreich und hier vor allem im grenznahen Raum liegen diese Installationen ebenfalls im argen. Und ich glaube sehr wohl, daß wir hier alles zu unternehmen haben, daß diese sogenannten Alarm- und Warnsysteme raschest und zur vollsten Zufriedenheit installiert werden.

Die Ausgaben von 247 Millionen Schilling werden in der Gruppe 1 vielerlei Zwecken zugeführt, aber auf Ausstattung und Modernisierung des Gerätes der Rettungsorganisationen muß vermehrt das Augenmerk gelegt werden. Denn erst modernes Gerät gibt sowohl den Feuerwehren, sowohl der Rettung, als auch dem Zivilschutz, allen Helferinnen und Helfern die Möglichkeit, ihren Einsatz effizient und so zur raschen Hilfe werden zu lassen. Wie auch die Institutionen des Bundes, Exekutive, Bundesheer, Zollwache natürlich auch ihren entsprechenden Tribut an Ausrüstung fordern - das ist auch korrekt - um ihre Aufgabe erfüllen zu können, modernes Gerät einsetzen zu können, so glaube ich, daß es auch im Landesbereich sein sollte, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, zu trachten, daß auch bei zukünftigen Budgets diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Um eben diesen freiwilligen Helferinnen und Helfer einen

effizienten Einsatz bei Katastrophen gewährleisten zu können.

Bei der immer wieder aufkommenden Debatte um die Modernisierung der Ausrüstung des Gerätes und von Einsatzmitteln müssen auch wir im Land sowohl seitens des Landes den Bund drängen, seine Institutionen entsprechend auszurüsten. Und wir müssen darauf achten, daß auch wir selbst mit gutem Beispiel vorangehen und unsere Organisationen dementsprechend modernst bestücken, um einen der wohl sensibelsten Abschnitte, wenn ich jetzt die Grenzsicherung anspreche, wirksam schützen zu können. Kollege Preisler hat ja über die Grenzsicherung bereits sehr lange gesprochen und welche Mittel hier nötig wären. Wir haben das in einer Sicherheitsdebatte ohnehin schon sehr ausführlich dargelegt. Auch ich bin der Meinung, daß man natürlich unseren Beamten, die an der Grenze stehen, entsprechendes Material zur Verfügung stellen muß. Denn gerade hier, glaube ich, ist es sehr effizient eingesetzt. Und ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, daß es sich hier, wenn es etwa um Hubschrauber geht, natürlich um keine Kampfhubschrauber handeln wird. Sondern in diesem Falle eben um Aufklärungshubschrauber mit modernstem Aufklärungsgerät. Und das, glaube ich, ist von jedem von uns zu bejahen und ist sicherlich nicht Geld, das womöglich unnötig eingesetzt wird.

Ich glaube, gerade unsere niederösterreichische Grenze ist nicht so geschützt, wie wir uns das vorstellen. Und ich glaube, auch uns muß klar werden, daß wir zur Grenzsicherung vermehrt Personal einzusetzen haben. Und wenn ich das Personal nicht sofort besitze - und meine damit jetzt die Gendarmerie - dann kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß man hier auch das Bundesheer an der niederösterreichischen Grenze einsetzen könnte. Daß man den Grenzeinsatz von Burgenland erweitert auf Teile der niederösterreichischen Grenze. Es fällt dem Bundesheer und auch uns nichts aus der Krone, weil wir wissen, daß dieser Einsatz im Burgenland äußerst effizient ist! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Klupper.)*

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich allen, die mit Sicherheitsaufgaben in Niederösterreich betraut sind, meinen herzlichen Dank aussprechen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß trotz Einsparungsmaßnahmen die Sicherheit in Niederösterreich in keiner Weise leiden soll, und daß wir unseren Sicherheitsstandard - und wir haben einen sehr hohen in Niederösterreich - auch weiter beibehalten. Wir werden

seitens unserer Fraktion selbstverständlich der Budgetgruppe 1 die Zustimmung geben. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich beim Kollegen Pietsch wirklich bedanken, daß er hier auch für die Feste der freiwilligen Feuerwehren eine Lanze gebrochen hat. Das ist glaube ich in jenen Zeiten, wo speziell die ÖVP-Politiker immer versuchen, den Spagat zu bekommen, auf der einen Seite die Feste zu verteufeln und auf der anderen Seite dort groß aufzutreten. Und in der Wirtschaftskammer vor den Wirten immer sagen, wie schrecklich das ist, diese Feuerwehrfeste. Bitte, der Herr Maderthaler ist das typische Beispiel, der immer wieder sagt, die Feuerwehrfeste sind so eine Konkurrenz für die Wirte. Nur wenn man im oberen Mostviertel unterwegs ist, läßt er selber keines aus. *(Abg. Dr. Strasser: Das ist wieder eine dieser Unwahrheiten!)*

Herr Kollege Strasser, wenn Du die Zahlen nicht weißt, ist das die Unwahrheit 17, glaube ich, nach Deiner Hochrechnung. *(Abg. Dr. Strasser: Nein - 14!)* Das letzte Mal waren wir schon auf 16, wie Du da am Rednerpult gestanden bist. 14 haben wir schon ein paar Mal gehabt. Also wenn wir das Revue passieren lassen, stimmt irgendetwas nicht in Deiner Zählerei.

Ich glaube auch, daß die Bundesregierung eine Riesenchance bei der Novellierung der Gewerbeordnung vergeben hat, weil man auf diese Vereine wieder vergessen hat. Es gilt also nach wie vor die Regelung, man braucht den Wirten, Standortverlegung. Der Wirt kann sowieso nicht Nein sagen, weil er wieder die Feuerwehr braucht und so. Also, mir gefällt die jetzige Regelung nicht. Man muß bedenken, daß jenes Geld, das über diese Feuerwehrfeste hereinkommt, den Kommunen erspart bleibt. Und man muß noch eines bedenken, und das ist, glaube ich, schon reine Polemik, wenn man sagt, das tut den Wirten so weh. Der Bürger, der zum Frühschoppen geht auf dieses Feuerwehrfest oder um sein Grillhendl, würde am selben Tag nicht unbedingt auch zum Wirten gehen. Aber wir haben schon einmal in diesem Haus einen Antrag gestellt, daß wir die Wirte für den Zeitraum des Festes von der Getränkesteuer befreien sollten. Das ist auch nicht angenommen worden. Wie gesagt, ein klares Bekenntnis von uns zu diesen Festen und

ich bin neugierig, wie das der Redner der ÖVP sieht.

Zu den Gedanken des Landesfeuerwehrkommandanten, ich habe das auch bei einem Abschnittsfeuerwehrtag gehört, die Kommunalsteuerbefreiung für Firmen, die Feuerwehrleute beschäftigen. Ich glaube auch nicht, daß es ganz der richtige Weg ist. Man muß nur die Diskussion darüber führen. Wie man am Land sieht, ist es für manche Feuerwehren fast schon unmöglich, einen Einsatz untertags durchzuführen, weil eben die Landbevölkerung auch in die Städte einpendelt und für die kleinen Firmen, die Feuerwehrleute beschäftigen, es oft wirklich nicht machbar ist, daß der die Firma verläßt, wenn ein Einsatz wäre. Also, ich glaube, eine Diskussion ist zu führen. Ob die Kommunalsteuer der richtige Weg ist, ich glaube es eher nicht. Aber irgendwelche Befreiungen für diese Firmen, zumindest daß man die Arbeitszeit übernimmt, wenn der auf einen Einsatz geht oder so ähnlich, könnte ich mir schon vorstellen.

Womit ich dann beim Kernthema wäre. Und zwar ist das der Versicherungsschutz der Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren. Und zwar in ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei der Verkehrsregelung. Wir haben das ja jetzt da schon unter den Fraktionen diskutiert. Man sieht das nicht ganz gleich, aber ich habe mich wirklich mit dem Landesfeuerwehrkommando abgesprochen. Der freiwillige Feuerwehrmann ist nur beim Einsatz versichert. Sollte er zur Verkehrsregelung abgestellt werden, ist er nicht versichert. Nicht einmal - das geht so weit - wenn ein Unfall ist und man muß weiträumig den Verkehr umleiten und der Feuerwehrmann fährt ein, zwei Kilometer auf die Kreuzung noch vor, weil die Exekutive noch nicht da ist, und regelt dort den Verkehr, nicht einmal dann ist ein Versicherungsschutz gegeben. Ebenso ist kein Versicherungsschutz gegeben, wenn der Feuerwehrmann zum Beispiel im Zuge der Niederösterreich-Radrundfahrt die Kreuzungen absperrt in der Zeit, wo die Rennfahrer vorbeifahren. Man könnte das bezeichnen als ortsfremde Tätigkeiten. Es besteht kein Versicherungsschutz. Oder auch, das müßte ja die ÖVP doch ein bißchen bewegen, bei Fronleichnamspzessionen, wenn kurzfristig ein Feuerwehrmann das umleitet, weil keine Exekutive zur Verfügung steht, ist er auch nicht versichert. Ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber sollte da einmal ein Unfall passieren und der Feuerwehrmann bekommt auch noch eine Teilschuld zugesprochen, dann kann das schwerwiegende finanzielle Folgen haben. Weil natürlich ein Feuerwehrmann, der mitten auf der Straße steht und

den Verkehr dort regelt, wenn er keinen offiziellen Einsatzbefehl hat, sprich, nicht am Unfallsort ist, gegen die StVO verstößt. Und damit wahrscheinlich der Schuldige sein wird. Und ich glaube, wir können die Feuerwehrleute in diesem rechtsleeren Raum nicht lassen. Es läuft ja die Aktion "Dank an die Freiwilligen". Ich finde, daß das eine gute Aktion ist. Nur, diese Aktion wird unheimlich viel Geld kosten. Wieviel die Versicherung kosten würde, müßte man errechnen.

Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Versicherung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei der Verkehrsregelung.

Auf Grund der momentanen rechtlichen Situation (ASVG), sind Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr, die zu Verkehrsregelungen herangezogen werden, nicht in dieser Funktion versichert. Gerade bei Unfällen, Brandeinsätzen, Katastropheneinsätzen, Prozessionen, Radrennen usw. kommt es immer wieder vor, daß sich die Exekutive der Freiwilligen Feuerwehren bedient, um den Einsatzort abzusichern und den Verkehr umzuleiten. Sollte bei dieser Ausübung ein Unfall passieren, ist das Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr nicht versichert und somit einer Gefahr ausgesetzt, die nicht haltbar ist.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um eine im Sinne der Antragsbegründung geeignete Regelung für den Versicherungsschutz zu erwirken."

Wir haben das jetzt noch abgeändert. Also, wie gesagt, wir wollen jetzt auch die Übereinstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband, sprich mit dem Kommando. Von dort hört man natürlich, daß die freiwilligen Feuerwehren keine Freude haben mit der Tätigkeit als Verkehrsregler. Faktum ist draußen, daß das passiert. Wie gesagt, durch unsere Gemeinde ist voriges Jahr die Niederösterreich-Radrundfahrt gegangen und wir, die

ganzen Feuerwehrleute, haben die ganzen kleinen Kreuzungen abgesichert. Und ich glaube, das Radrennen wäre, wenn das alles die Exekutivbeamten machen würden, nicht durchführbar. Das sind so Kleinigkeiten und das passiert draußen vor Ort. Und wie gesagt, man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Aber ich glaube, der Schutz unserer Feuerwehrkameraden muß uns das wert sein. Ich appelliere daher trotzdem, obwohl ich von der ÖVP schon Ablehnung spüre, daß man diesem Antrag zustimmt. Ich glaube, es ist im Interesse der Freiwilligen. Und ich glaube, es ist auch sinnvoll, daß man so etwas auch beschließt und nicht nur großartig plakatiert. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte in den Vordergrund meiner Ausführungen heute auch einmal jene stellen, deren Tätigkeit freiwillig erfolgt. Es sind dies in Niederösterreich immerhin über 90.000 Frauen und Männer, welche freiwillig und unentgeltlich im Sicherheitsbereich tätig sind. Ohne diese freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit wäre es um die Sicherheit in unserem Land sicher schlecht bestellt und wir könnten das - das ist heute schon einmal gesagt worden - überhaupt nicht bezahlen, wenn wir diese Dienste nicht ehrenamtlich zur Verfügung hätten. Denken wir dabei nur an die Feuerwehr, um an die letzten Ausführungen anzuschließen. Über 65.000 aktive Feuerwehrkameraden und in letzter Zeit auch Feuerwehrkameradinnen stehen bereit, um im Notfall zu helfen. Sie stellen sich unentgeltlich in den Dienst der Gemeinschaft, opfern viele Stunden ihrer Freizeit, um sich ausbilden zu lassen, um zu üben, um damit auch bereit zu sein, dem Nächsten zu helfen. Und die Aufgaben der Feuerwehren werden immer komplizierter, sie werden immer umfangreicher und erfordern daher immer mehr Ausbildung. Der Bereich der Brandbekämpfung tritt immer mehr in den Hintergrund. Im Vordergrund stehen die technischen Einsätze auf den Straßen, bei Unfällen, beim Transport gefährlicher Güter, in den Betrieben, und auch Einsätze im Katastrophendienst bei Unwettern, Muren, Hochwässern, ja, letztenendes auch bei großräumiger Verstrahlung, wie wir nach Tschernobyl gesehen haben, und vieles andere mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier auch gleich zu dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat Stellung nehmen. Ich möchte dazu sagen, daß Ordnungsdienste weder Angelegenheit der örtlichen Feuerpolizei, noch Angelegenheit der örtlichen Gefahrenpolizei im Sinne des NÖ Feuer- und Gefahrenpolizeigesetzes sind. Das ist richtig. Daher besteht für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auch keine gesetzliche Verpflichtung zur Verrichtung von Ordnungsdiensten. Daher, kann man weiters sagen, sind Unfälle, die sich bei Verrichtung von Ordnungsdiensten ereignen, an und für sich von der gesetzlichen Unfallversicherung, von deren Schutz nicht umfaßt. Grundsätzlich besteht natürlich die Möglichkeit, daß die Freiwilligen Feuerwehren freiwillig auch Tätigkeiten außerhalb ihres gesetzlichen Verpflichtungsrahmens zur Hilfeleistung übernehmen. Der Abschluß einer privaten Unfallversicherung, die das Unfallrisiko beim Ordnungsdienst abdeckt, ist auch in diesem Fall immer möglich. Gemäß § 63 ist derjenige verpflichtet, der Feuerwehren die Kosten des Einsatzes zu ersetzen, der die Feuerwehr außerhalb ihrer Verpflichtung zur Hilfeleistung in seinem Interesse in Anspruch genommen hat. Somit wäre dies geregelt. Jedoch muß man jetzt dazu sagen, wenn Ordnungsdienste auf öffentlichen Flächen und

Straßen durchgeführt werden, und das ist der Inhalt dieses Antrages, sind auch die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung zu berücksichtigen. § 97 Abs.3 bestimmt, daß bei Gefahr in Verzug, wie zum Beispiel bei Bränden, Unfällen oder in besonderen Ausnahmefällen, Straßenumbauten, Umfahrungen, Umleitungen usw. die Behörde - auch der Bürgermeister ist Behörde - falls es die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs erfordert, außer den Organen der Straßenaufsicht auch andere geeignete Personen mit der Regelung des Verkehrs auf den in Betracht kommenden Straßenteilen vorübergehend betrauen kann. Und das ist das, was in der Praxis eigentlich im ganzen Land auch geschieht. Mit Ausnahme in einigen Bereichen, wo es Probleme gibt. Auch Übungen in der Regelung des Straßenverkehrs sind daher möglich und sind auch Aufgaben im Bereich der Feuerwehr. Es gibt eigentlich kaum irgendwo Probleme, weil die Bürgermeister mit ihren Feuerwehrkommandanten einvernehmlich diese Dinge regeln. Sie sind daher bei solchen Einsätzen versichert.

Ich glaube aber, daß der Antrag und auch einige Ausführungen zum Ausdruck bringen, daß es in dieser Frage gewisse Unsicherheiten gibt. Und diese sollten beseitigt werden. Ich darf daher einen Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Klupper und Pietsch zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Versicherung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei der Verkehrsregelung.

Gemäß § 176 Abs.1 Z.7a ASVG sind Feuerwehrleute im Rahmen der Ausbildung, der Übung und des Einsatzfalles unfallversichert. Daraus folgt, daß für Aufgaben der Feuerwehr im Rahmen der örtlichen Feuerpolizei und der örtlichen Gefahrenpolizei ein Unfallversicherungsschutz gegeben ist. Die Versicherungsprämien zahlt seit Jahrzehnten das Land Niederösterreich.

In letzter Zeit sind bei einigen Bürgermeistern oder Kommandanten Unklarheiten aufgetreten. Es wäre daher angebracht, gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband die Feuerwehren wieder über diesen Unfallversicherungsschutz zu informieren.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

"Resolutionsantrag

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Feuerwehren zu informieren."

der Abgeordneten Klupper und Pietsch zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Kürzung der Zivildienstplätze.

Ich glaube, das ist auch deshalb notwendig, weil auch andere Maßnahmen eine Vorabsprache mit dem NÖ Landesfeuerwehrverband notwendig machen. Und ich muß dazu sagen, daß in dieser Frage vor kurzer Zeit ein Antrag an den Landesfeuerwehrrat ergangen ist, nämlich am 6. September 1996, der diese Frage der Ordnerdienste regeln wollte durch Aufnahme als gesetzliche Bestimmung in das NÖ Feuerwehrgesetz. Dann wäre das nämlich auch so geregelt. Dieser Antrag wurde vom Landesfeuerwehrrat abgelehnt. Er wurde als nicht notwendig erachtet. Daher glaube ich, wenn es hier zu einer Änderung kommt, wenn diese bisherige Regelung unzureichend sein sollte, dann wäre es notwendig, über den Landesfeuerwehrrat an die Gesetzgebung des Hohen Hauses heranzutreten, um eine Änderung in diesen Fragen zu erwirken.

Seitens des Bundesministeriums für Inneres wurde in Erfahrung gebracht, daß beabsichtigt ist, die Anzahl der Zivildienierzweisungen für die Rettungsorganisationen ab Juni 1997 zu kürzen. Dadurch wurden bereits im Juni 1997 von den 180 bewilligten Zivildienstplätzen nur 138 Zivildienstleistende zugewiesen. Für den nächsten Zuweisungstermin Oktober 1997 soll eine neuerliche Kürzung erfolgen. Die Kürzung der Zuweisungen erfolgte dabei nicht, weil keine Zivildienner zur Verfügung stehen, sondern aus finanziellen Erwägungen. Zivildienner sollen erst zu einem späteren Zeitpunkt einer Verwendung zugeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte damit zu einem Bereich kommen, wo ebenfalls freiwillige Arbeit geleistet wird, nämlich bei den Rettungsorganisationen. Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund erbringen wichtige Leistungen für unser Gesundheitswesen. Es sind rund 12.000 freiwillige Helferinnen und Helfer landesweit unterwegs und im Einsatz, um Kranken und Verunglückten zu helfen. Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Partner unserer Gemeinden und erbringen durch ihren Einsatz große Leistungen für unser Gesundheitswesen. Es gibt derzeit in diesem Bereich Probleme durch eine geringere Zahl an Zuweisung von Zivildiennern, basierend auf Einsparungsmaßnahmen im Bereich des Innenministeriums. Es sollen auf Grund von Einsparungen im Jahr 1997 und 1998 tausend Zivildienner weniger ausgebildet und zur Verfügung gestellt werden als das vorher der Fall war. Ich glaube aber, daß letztenendes diese Zurückstellung eigentlich keine echte Ersparnis ist, denn diese Zahl der Zivildienner muß eben in den Folgejahren zusätzlich ausgebildet werden. Und jetzt haben wir die Probleme, daß die Rettungsorganisationen durch dieses Einschränken in der Zahl in große Schwierigkeiten kommt, weil ihnen die Zivildienner fehlen und sie dadurch mit hauptamtlichem Personal diese Aufgaben erfüllen müßten. Ich darf daher zu diesem Punkt einen Resolutionsantrag stellen der Abgeordneten Klupper und Pietsch betreffend Kürzung der Zivildienstplätze (*liest*):

Durch diese Maßnahmen werden einerseits die Kosten nur auf spätere Zeiten verschoben, währenddessen die im Rahmen des Rettungs- und Krankentransportdienstes fehlenden Zivildienner durch hauptamtliche Mitarbeiter der Rettungsdienste ersetzt werden müssen, was längerfristig ebenfalls in die Überlegungen einzubeziehen ist. Diese Kosten erwachsen unmittelbar und treffen das Land bzw. die Gemeinden, wobei diese Kosten ein wesentliches Mehr ausmachen, als die Kosten für die Zivildienner. Darüber hinaus ist auch nicht sichergestellt, daß die fehlenden Zivildienner durch hauptamtliche Mitarbeiter voll ersetzt werden können. Ein Ersatz durch freiwillige Mitarbeiter erscheint in diesem Ausmaß ebenfalls nicht möglich. Ohne die entsprechenden Mitarbeiter können jedoch die Rettungsorganisationen ihren Aufgabenbereichen nicht im gewünschten Ausmaß nachkommen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und um eine Zuweisung der bewilligten Zivildienstplätze im bisher vorgesehenen Ausmaß zu ersuchen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben diesen Feuerwehrmännern, neben den Kameradinnen und Kameraden im Rettungsdienst gibt es auch eine Vielzahl von Freiwilligen in unserem Land. Denken wir nur an die über tausend Bergretter, welche bei der Suche nach Vermißten oder in Not Geratenen zur Hilfe

herangezogen werden. Denken wir an andere Hilfsorganisationen, wie die Amateurfunker, die gerade für den Katastrophenfall von großer Bedeutung sind, weil sie Verbindungen aufbauen, die mit unserem normalen Verbindungsnetz manchmal nicht möglich sind. Denken wir an die Wasserrettung, denken wir an die Suchhundbrigade, und ich könnte jetzt fortsetzen. Gruppierungen und Vereine, deren Mitglieder freiwillig zur Verfügung stehen, um die Sicherheit in unserem Lande aufrecht zu erhalten. Denken wir auch an die über tausend freiwillig Tätigen im Bereich des Zivilschutzverbandes. Wobei der Zivilschutzverband eigentlich in einer Sicherheitspartnerschaft mit dem Land, mit den Behörden, mit den Einsatzorganisationen und der Bevölkerung tätig ist. Bei Vorträgen, bei Veranstaltungen, bei Übungen, bei Kursen wird die Bevölkerung im Selbstschutz unterwiesen, um einmal bei den kleinen Katastrophen, wenn man so sagen kann, des Alltages, aber auch bei größeren Katastrophen richtig zu handeln und diese möglichst ohne größere Schäden zu überstehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Katastrophenbild, das Bedrohungsbild hat sich in den letzten Jahren gewandelt. War früher einmal das Feuer die eigentliche Ursache für vieles, was im Bereich der Sicherheit geschehen ist, so ist das Bedrohungsbild heute bedeutend vielfältiger geworden. Ich glaube, daß wir allen jenen danken sollten, die in diesen freiwilligen Bereichen, in diesen vielfältigen Bereichen tätig sind.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zum Bereich der Exekutive und vielleicht auch zu jenen, die hauptberuflich für die Sicherheit in unserem Lande arbeiten. Bei der Gendarmerie hat sich vieles geändert. Ich muß sagen, es ist vieles besser geworden. Es gibt auf dem Posten doch eine wesentliche Verbesserung in der Ausstattung, es gibt Verbesserungen in der Ausrüstung. Natürlich kann Versäumtes nicht plötzlich nachgeholt werden, weil natürlich auch dafür große Geldmittel erforderlich sind.

Auch der Aufbau der Grenzgendarmarie geht planmäßig vor sich. Wir merken ja, daß durch den Einsatz der Grenzgendarmarie sich auch die Zahl der Aufgriffe erhöht. Dort, wo es ein Ansteigen in der Zahl der Aufgriffe gibt, ist nicht das Geschehen der Schlepper und der Illegalen größer geworden, sondern dort funktioniert die Überwachung an der Grenze. Und von den Abschnitten, wo es praktisch Leermeldungen gibt oder nur wenige Aufgriffe, wissen wir, daß wir dort zu wenig Personal eingesetzt haben. Daß dort der Aufbau noch nicht fertiggestellt wurde und daher ungehin-

dert praktisch über die grüne Grenze geschleppt werden kann und die grüne Grenze übertreten werden kann. Daher freut es mich, daß heute von seiten des Kollegen Pietsch auch der Einsatz des Bundesheeres nicht abgelehnt wurde, sondern mit in Erwägung gezogen wurde. Nämlich in Erwägung gezogen wurde so lange, bis wir die notwendige Zahl an Grenzgendarmen haben. Denn wir haben nun das Problem nicht mehr im Osten, wir haben das größere Problem an der grünen Nordgrenze. Ich glaube, wir sollten, bis diese Zahl von 300 Grenzgendarmen, die uns noch fehlen, erreicht wird, auch den Einsatz des Bundesheeres in Erwägung ziehen. Ich befinde mich da auch in guter Gesellschaft mit dem burgenländischen Landeshauptmann, der in einer Presseaussendung auch darauf hingewiesen hat. Und ich möchte das vorlesen: Statt ein Heer an Grenzbeamten aufzubauen, das nach einer Osterweiterung der Europäischen Union nicht mehr gebraucht werde, sei es der richtige Weg, das Bundesheer vorübergehend einzusetzen. Ich glaube, daß das eine sehr sinnvolle und richtige Ansicht ist. Solange uns die 300 fehlen, sollten wir den Assistenz Einsatz des Bundesheeres, falls sich die Situation noch verschärft, in Anspruch nehmen. Wenn wir die notwendige Zahl an Grenzgendarmen zur Verfügung haben, ist dieser vorübergehende Einsatz beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht noch abschließend ein paar Worte zur Sicherheitsakademie. Kollege Knotzer würde sie sich dringend wünschen in Traiskirchen. Wir haben hier im Landtag schon mehrfach darüber gesprochen, wir haben uns gefreut, daß es hier Zusagen gegeben hat. Leider ist diese Sicherheitsakademie bisher über die Ankündigung noch nicht hinausgekommen. Ich sage aber, wir brauchen sie. Wir brauchen sie nämlich für eine gehobene Ausbildung im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung. Wir brauchen sie aber auch, um einen internationalen Erfahrungsaustausch, um Forschung im Bereich der Prävention vorzunehmen. Etwas, was bei uns noch viel zu wenig geschieht, nämlich Prävention im Bereich der Kriminalität, Prävention im Bereich der Jugendarbeit, Prävention im Bereich der Drogenbekämpfung. Ich hoffe, daß diese Sicherheitsakademie zur Freude von uns allen doch noch Realität wird.

Ich möchte noch zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Preisler Stellung nehmen betreffend Durchsetzung schärferer Kontrollen an Niederösterreichs Grenzen. Wir werden diesem Resolutionsantrag nicht nur die Zustimmung geben, sondern ich werde und bin diesem Resolutionsantrag auch beigetreten. Weil eine schärfere

Kontrolle an den Grenzen auch eine Möglichkeit bietet, diesem Schmuggel und dem nicht erlaubten Tourismus von Waren über die Grenze Einhalt zu gebieten und damit wir auch der Wirtschaft in unseren Grenzregionen helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend noch einmal allen jenen in Niederösterreich, die sich freiwillig für die Arbeit im Sicherheitsbereich zur Verfügung stellen, ein herzliches Dankeschön. Sie sind wichtig und wir schätzen ihre Arbeit im Interesse der Bevölkerung unseres Heimatlandes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf die Resolutionsanträge eingehen. Zu dem Resolutionsantrag von Abgeordneten Preiszler bezüglich Durchsetzung schärferer Kontrollen an Niederösterreichs Grenzen möchte ich bemerken, daß wir diesem Antrag beitreten. Er ist in der Zielsetzung richtig und daher wird er auch entsprechend unterstützt.

Zum Resolutionsantrag Klupper und Pietsch: Selbstverständlich stimmen wir diesem Resolutionsantrag bei, wobei wir auch die Zustimmung zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat geben. Weil das nämlich ein weitergehender Antrag ist. Weil hier im ersten Antrag bezüglich Versicherung von Einsatzkräften der freiwilligen Feuerwehr in ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei der Verkehrsregelung nur ein bestimmter Bereich umfaßt ist. Ich war gestern selbst bei einem Abschnittsfeuerwehrtag, wo genau dieses Thema, nämlich die Sicherung bei Festen oder Radrennen, oder was immer das ist, zur Sprache kam. Weil hier nämlich kein Versicherungsschutz vorliegt, um das deutlich zu sagen. Und daher kann man durchaus in Übereinstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband eben bei der Bundesregierung vorstellig werden, um im Sinne des Schließens dieser Lücke auch noch ein Gespräch zu führen. Daher werden wir auch diesem Antrag die Zustimmung geben.

Was die Kürzung der Zivildienstplätze betrifft, wehren wir uns selbstverständlich dagegen, daß diese gekürzt werden. Aber ich möchte vor allem auch darauf verweisen, daß dieser Ersatz fehlender Zivildienstler durch hauptamtliche Mitarbeiter der Rettungsdienste längerfristig ebenfalls in die Überlegungen einzubeziehen ist, weshalb mir

dieser Zusatz sehr wichtig erscheint. Weil ich tatsächlich glaube, daß wir in Niederösterreich, in Österreich doch zu viele Organisationsformen haben, die in ihrer Effizienz nicht aufeinander abgestimmt sind. Es wäre daher ein wesentlicher Fortschritt, hier einmal über die Gesamtheit an notwendigen Einsätzen und über Koordination zu diskutieren, und damit auch bestimmte hauptamtliche Mitarbeiter in Verbindung zu bringen, ohne die ja praktisch der Betrieb gar nicht aufrecht zu erhalten ist. Und es muß ein gewisses Ausmaß an Grundstruktur vorhanden sein, um die Sicherheit tatsächlich zu gewährleisten. Wenn man sich überlegt, daß in einem relativ kurzen Teilabschnitt nur eines Straßenabschnittes heuer im ersten Halbjahr bereits hundert Einsätze erfolgten, muß man auch die Frage stellen, ob ein jeder diesen Einsätzen auch gewachsen ist. Weil mancher einfach von der Einstellung her das gar nicht erbringen kann. Das erfordert viel Ausbildung, das erfordert aber auch einen ganz bewußten persönlichen Zugang. Nicht, weil man nicht helfen will, sondern weil man einfach das nicht zusammenbringt, was da erforderlich ist. Und daher muß hier eine Grundstruktur an Sicherheit eben gesichert werden und diese Grundstruktur ausgestattet werden. Und das durchaus auch einmal mit hauptamtlichen Personen, die dann in der Breite selbstverständlich wieder Freiwillige brauchen. Und für diese Kombination müßte einmal eine Diskussion insgesamt geführt werden. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auch kurz zu den Resolutionsanträgen Stellung nehmen.

Resolutionsantrag des Abgeordneten Klupper und Pietsch betreffend Kürzung der Zivildienstplätze. Das ist ein bißchen eine witzige Geschichte. Wir hätten denselben zur Gruppe 4, zur Gruppe Gesundheit vorbereitet, fast wortident. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wirklich, wir haben ihn da. Der Abgeordnete Preiszler, der denselben Antrag eingebracht hätte, würde diesem Antrag gerne beitreten und wir werden ihm selbstverständlich zustimmen.

Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Klupper und Pietsch bezüglich der Information. Bitte, das ist schon ein bißchen mehr als halbseiden, diese Lösung. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Da sieht man, wie weit weg Ihr von der Realität seid. Die Feuerwehrkommandanten wissen sehr wohl, wie das rechtlich ausschaut. Herr Klubob-

mann Dr. Bauer hat mir das auch bestätigt bei einem Abschnittsfeuerwehrtag in seinem Abschnitt, bei mir im Abschnitt dasselbe. Die Feuerwehrkommandanten kennen das Problem und wollen eine Lösung. Die wollen keinen Brief von der Landesregierung, wo drinnen steht, daß ohnehin alles schlecht ist. Das wissen sie ohnehin selber auch. Und man muß sich wirklich fragen, wie das ist bei der ÖVP. Man hat das Geld von der Landesregierung "Danke den Freiwilligen", wo man den Erwin Pröll großartig plakatiert. Ich habe gesagt, ich stehe zu dieser Aktion. Man muß auch danach handeln. Man kann nicht großartig plakatiert "Danke den Freiwilligen" und läßt dann die Feuerwehrleute genau in diesem rechtsleeren Raum stehen. Ich sage, wir hoffen, daß nichts passiert. Wir werden uns das Abstimmungsverhalten der ÖVP-Abgeordneten genau anschauen. Es ist wirklich schade, daß in so einer wichtigen Sache Parteipolitik gemacht wird. Es wäre eine schöne Sache gewesen, wenn wir das einstimmig durchgebracht hätten. Wie gesagt, dem anderen Antrag wird der Abgeordnete Preisler beitreten. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zu den letzten Worten etwas sagen. Ich meine, was hat das mit Politik zu tun, wenn in einer Sachfrage im Bereich der Feuerwehr Du da herausgehst und meinst, Du verstehst die ÖVP nicht, daß sie zu den Freiwilligen steht und diese Frage nicht aufgreift? Weil Du einen Antrag gestellt hast, dessen Tenor an und für sich nach unserer Meinung gelöst ist. Und zur Frage der Ordnerdienste der Feuerwehr: Da hat es bitte von Amstetten einen Antrag gegeben am 6. September 1996 an den Landesfeuerwehrverband, eine Regelung herbeizuführen. Einen Antrag von einem Bereich der Feuerwehr des ganzen Landes um Aufnahme als gesetzliche Bestimmung ins NÖ Feuerwehrgesetz. Und dieser Antrag wurde vom Landesfeuerwehrrat abgelehnt.

Wir haben hier Politik für das ganze Land zu machen und für die Feuerwehr in der Gesamtheit. Und daher habe ich gesagt, wenn das ein Anliegen der Feuerwehr in der Gesamtheit des Landes ist, dann wird der Landesfeuerwehrverband, der dazu zuständig ist, und wofür wir im Feuerwehrgesetz auch eine entsprechende Bestimmung haben, daß Änderungen im Einvernehmen mit dem Landesfeuerwehrverband zu geschehen

haben, tätig werden. Das heißt, wir hätten ihn auch zu konsultieren, wenn wir etwas ändern. Dann soll auch er bitte natürlich an das Land herantreten mit dem Wunsch nach einer Änderung. Vor wenigen Monaten hat er einen solchen Wunsch einer Feuerwehr abgelehnt. Daher kann ich nicht verstehen, was Du meinst, wenn wir diesen Beschluß fassen und in Erinnerung bringen, daß es hier diese gesetzlichen Möglichkeiten gibt. Wenn die als nicht ausreichend erachtet werden, wird der Landesfeuerwehrverband an uns herantreten um eine Lösung dieses Problems. Das ist nicht passiert. Es liegt nur Dein Antrag vor. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Hiezu liegen vier Resolutionsanträge vor. Ich lasse zunächst über die Gruppe selbst und zum Schluß über die zu dieser Gruppe vorliegenden Resolutionsanträge abstimmen. Ich bitte den Berichterstatter nunmehr, den Antrag zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 247,168.000 Schilling und Einnahmen von 52,639.000 Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke. Sie haben den Antrag gehört. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. Resolutionsantrag 4 des Abgeordneten Preisler, dem die Abgeordneten Klupper und Dr. Bauer beigetreten sind betreffend Durchsetzung schärferer Kontrollen an Niederösterreichs Grenzen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat, zu dem auch Dr. Bauer den Beitritt erklärt hat, zur Gruppe 1 betreffend Versicherung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr in

ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei der Verkehrsregelung. (*Bei der Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Darf ich durchzählen? - 15 Abgeordnete der SPÖ, sieben Abgeordnete der FPÖ und ein Abgeordneter des LIF sind 23 zu 27 und somit ist dieser Antrag abgelehnt. (*Zustimmung SPÖ, FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP.*)

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Klupper und Pietsch zur Gruppe 1 betreffend Versicherung von Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Ausübung als Hilfskräfte bei Verkehrsregelungen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.*)

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag Nr.7 der Abgeordneten Klupper und Pietsch, dem auch der Abgeordnete Preiszler beigetreten ist betreffend Kürzung der Zivildienstplätze. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Treitler, zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, umfaßt die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemeinbildenden Unterricht, den berufsbildenden Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische

Jugenderziehung, den Sport und die außerschulische Leibeserziehung, die Erwachsenenbildung sowie für Forschung und Wissenschaft. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 11.439,845.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 9.278,942.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 23,72 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 142,396.000 Schilling und Einnahmen von 307.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Zu Wort gelangt erstmals in diesem Haus die Frau Abgeordnete Schittenhelm, ich darf sie bitten.

Abg. SCHITTENHELM (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! Als Jung-, eigentlich als Neuabgeordnete, muß ich sagen, freue ich mich auf eine Arbeit hier in diesem wunderschönen Haus. Aber noch mehr freue ich mich auf eine, wie ich hoffe, gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen.

Die Gruppe 2, Bildungspolitik. Ein Budgetposten und der zweitstärkste im gesamten Budgetvoranschlag für das Jahr 1998 sieht eine Summe von S 11.439,845.000,- vor. Ich glaube, daß das eine Dokumentation und ein Beweis dafür ist, wie wichtig dem Land Niederösterreich und damit auch unserem Finanzlandesrat Mag. Freibauer die Bildungspolitik ist, und daß hier ganz einfach die offensive Bildungspolitik in unseren Schulen ersichtlich wird.

Solid und solidarisch, unter dieses Motto hat Finanzlandesrat Mag. Freibauer sein Budget 1998 gestellt. Erlauben Sie mir, ohne hier auf die einzelnen Budgetposten der Bildungspolitik einzugehen, einen herauszugreifen, weil ich natürlich als gelernte Kommunalpolitikerin ein besonderes Augenmerk auch darauf geworfen habe. Und zwar auf den Bereich des NÖ Schul- und Kindergartenfonds. Der Beitrag des Landes, und das wurde heute schon erwähnt, beläuft sich im Jahr 1998 auf 140,136.000,- Schilling und hiezu kommen noch Bedarfszuweisungsmittel von rund 400 Millionen Schilling. Bisher sind bereits 176 Bauvorhaben eingelangt, davon 121 im Bereich der Schulen und 25 für den Kindergartenbereich. Die Gesamtkosten hiefür belaufen sich auf rund 1,9 Milliarden Schilling; ein enormes Bauvolumen.

Und wenn dies im Jahr 1998 so wie vorgesehen realisiert wird, kann es nur zur positiven Entwicklung in den Gemeinden beitragen.

Solid daher in der Finanzplanung. Solid in der Finanzplanung deshalb, weil mit Augenmaß gemacht. Und solidarisch mit den Gemeinden als Schulerhalter, solidarisch aber auch mit den Wirtschaftstreibenden, vor allem Klein- und Mittelbetrieben. Denn wir alle wissen, daß aus diesen Fondsmitteln nicht nur einige Großbauten oder eigentlich gar keine Großbauten finanziert werden, sondern hunderte Vorhaben. Daß Investitionen in allen Regionen des Landes vorgenommen werden. Das heißt, Solidarität auch mit der Wirtschaft und gleichzeitig auch Solidarität mit den Schülern in unseren Schulen und dem Lehrbereich und dem Lehrkörper. Denn für eine gute Arbeit, für eine motivierte Arbeit brauchen wir ganz einfach auch ein gutes Heim, eine gute Arbeitsstelle, einen guten Arbeitsplatz. Das wird mit diesen Mitteln aus diesem Schul- und Kindergartenfonds gewährleistet. Mit einem Wort: In Erfüllung eines Bildungsauftrages gelingt es gleichzeitig auch, eine Belebung der Wirtschaft vorzunehmen und damit auch eine Sicherung der kommunalen Arbeitsplätze.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt wohl kaum eine Rede im Bildungspolitikbereich, in der nicht auf die existentielle Wichtigkeit der Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugend hingewiesen wird. Natürlich sagen wir das auch alle im eigenen Zukunftsinteresse, im Interesse der eigenen Zukunftssicherung. Und das zu Recht. Ich möchte nicht das wiederholen, was sehr oft schon gesagt wurde, aber diese Ansicht besteht zu Recht, denn sie ist wirklich die Zukunftssicherung für uns alle. Denn nur gut ausgebildet wird es möglich sein, sowohl im Arbeitnehmer-, aber vor allem auch im Unternehmerbereich Erfolg zu haben und positiv zu bilanzieren. Und das ist ganz einfach die Voraussetzung dafür, daß die sozialen Notwendigkeiten - ich sage hier nicht sozialen Wünsche, sondern wir sind dort angelangt, wo wir sagen müssen, die sozialen Notwendigkeiten eines Landes - der Bürger zu gewährleisten sind. Voraussetzung dafür ist die Bildung und Ausbildung unserer Jugend. Und deshalb erscheint es mir von besonderer Wichtigkeit und ist es wohl auch einer der wichtigsten Prinzipien in der Bildungspolitik, nämlich vor allem im Pflichtschulbereich. Vorweg natürlich besonders wichtig Kreativität und Vielfalt. Denn als Leitmotiv muß es heißen, nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine. Deshalb war und ist es von größter Wichtigkeit, daß im Rahmen der

Schulautonomie angebotene Freiräume genützt werden, intensiv und sinnvoll gestaltet werden, ohne damit im Widerspruch zur wesentlichen Aufgabe der Schule zu stehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir daher, daß ich Ihnen die offensive Bildungspolitik, die Einzug gehalten hat in Niederösterreichs Schulen, durch einige Beispiele auch näherbringe bzw. belege.

An vier Volksschulen in Niederösterreich wird EDV-Unterricht gegeben. An 47 Volksschulstandorten wird Englisch ab der ersten Schulstufe unterrichtet. Und ich kann mich hier nicht der weitläufigen Meinung anschließen, die sagt, die Kinder sollten zuerst ordentlich Deutsch lernen und erst dann eine Fremdsprache. Ich meine, daß gerade im Schulalter und im jüngsten Schulalter die Aufnahmefähigkeit für Sprachen besonders gegeben ist und daß man nicht früh genug damit beginnen kann. Es gibt weitere vier Volksschulstandorte, wo Französisch ab der ersten Schulstufe unterrichtet wird. Und wir haben 18 Volksschulstandorte mit musikalischem Schwerpunkt. Diese Vielfalt und Kreativität hat aber einen enormen Stellenwert vor allem im Hauptschulbereich, um den wir von vielen anderen Bundesländern auch beneidet werden in der großen Anzahl und Vielfalt wie sie in Niederösterreich an den Hauptschulen gegeben ist.

Auch hier nur einige Beispiele: Wir verfügen über drei interessens- und berufsorientierte Hauptschulen, 11 Hauptschulen mit ökologischem Schwerpunkt, 14 Hauptschulen mit musisch-kreativem Schwerpunkt, 14 Hauptschulen mit reinem musischen Schwerpunkt und 26 Hauptschulen mit sportlichem Schwerpunkt. Natürlich ist mir bewußt, und wir alle wissen das, daß diese Schwerpunktsetzung nicht nur auf Grund der Talente und Neigungen der Kinder ins Leben gerufen worden ist, sondern auch deshalb hat diese Vielfalt und Kreativität hier Einzug gehalten in die Hauptschulen, um die Hauptschule attraktiver zu gestalten. Um hier ganz einfach einen Zuzug von Schülern wieder zu gewährleisten. Daher meine ich zum Beispiel, dem Run an die AHS entgegenzuwirken, wie man das hier versucht hat, ist natürlich nicht ganz, das muß man zugeben, gelungen. Aber es hat sicherlich dazu beigetragen. Und ich muß ganz ehrlich sagen, ich persönlich halte die Möglichkeit eines AHS-Besuches mit ungenügendem Leistungsnachweis für nicht zielführend, weder für die Kinder, für die Schüler, noch für eine effiziente und anspruchsvolle Bildungspolitik. Ich weiß, daß hier verschiedene Meinungen natürlich vorherrschen. Eine gute Ausbildung in der Hauptschule, ich möchte vielleicht das Wort duale Aus-

bildung ins Spiel bringen, könnte Voraussetzung und Anreiz dafür sein, nach diesem Bereich in den Polytechnischen Lehrgang schon mit ein wenig Fingerspitzengefühl hineinzugehen, in welche Berufssparte man eigentlich sich weiter entwickeln könnte bzw. wo man einsteigen könnte.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Im kommenden Schuljahr 1997/98 werden an Niederösterreichs Pflichtschulen 212.647 Schüler Einzug halten und ihren Unterricht, hoffe ich, genießen. Und wenn auch in den Schultypen den Schülerzahlen entsprechend im Stellenplan Rechnung getragen wird, so meine ich, darf doch das Problem der Junglehrerarbeitslosigkeit, möchte ich einmal sagen, nicht unerwähnt bleiben. Es ist dies ein Bereich, der uns alle nicht nur mit Sorge seit wenigen Jahren erfüllt, sondern sich auch noch verstärken wird. Und wenn ich die Zahl, die mir hier vorliegt, nenne, nämlich mit 17. Juni 1997 sind bereits 1.135 Ansuchen alleine für den Pflichtschulbereich vorgelegen, wissen wir, was das bedeutet. Das heißt, wir werden junge, motivierte Lehrerinnen und Lehrer hier zur Verfügung haben, die aber keine Anstellung erhalten können. Dem stehen in der nächsten Zeit leider oder Gott-seidank, je nachdem aus welcher Perspektive man das betrachtet, nur geringe Pensionsabgänge gegenüber. Von September 1996 bis August 1997 können oder konnten lediglich 50 Pensionierungen verzeichnet werden. Und es dürfte Ihnen auch bekannt sein, daß erst in acht bis zehn Jahren durch den Abgang von rund 200 Lehrkräften pro Jahr ungefähr mit einer Entspannung in diesem Bereich durch einen normalen Pensionsabgang zu rechnen sein wird.

Das heißt, die Situation am Lehrermarkt ist mehr als angespannt. Und daher ein Dankeschön für die Initiative und das Engagement in diesem Bereich unserer Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop. Denn sie hat mit ihrer Initiative und der von ihr ins Leben gerufenen Lehrerbörse erste Erfolge erzielt. 112 Personen haben sich an die Lehrerbörse gewandt um Hilfestellung bei der Suche nach einem Job. Und ich weiß, es mag jetzt gering klingen, wenn man sagt, daß von 25 Volksschullehrern 12 Volksschullehrer auch untergekommen sind, das heißt, einen Arbeitsplatz gefunden haben. Aber, es ist ein erster Anfang und Liese Prokop hat ihn gesetzt. Und ich meine, daß wir alle in unserer politischen Verantwortung, egal aus welchem Bereich wir kommen, egal welcher Parteizugehörigkeit, die Verantwortung haben und aufgerufen sind, Möglichkeiten der Beschäftigung für unsere Junglehrer zu fin-

den. Ob das im Bereich der Erwachsenenbildung ist, ob das im sozialen Bereich ist, aber natürlich auch in den Gemeinden und in öffentlichen Institutionen. Wir können uns dem nicht verschließen und wir sollten uns auch bemühen, im privaten Bereich Möglichkeiten der Beschäftigung zu finden und zu ermöglichen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt scheint mir vor allem eine spezielle Ausbildung nach Abschluß der Pädagogischen Akademie. Ich sage das ganz bewußt, meine Tochter besucht die PädAk und es könnte nur von Vorteil sein, wenn man hier nach Abschluß der PädAk noch ein Jahr vielleicht sogar verpflichtend anhängt mit einer speziellen Ausbildung, vor allem im Sprachenbereich, im Medienbereich. Ich glaube, daß das vor allem im Hinblick auf den Unterricht und das Vermitteln einfach in den Schulen notwendig sein müßte.

Weiters sollten wir alle Anstrengung unternehmen, damit das von der Europäischen Union angebotene Ausbildungsprogramm von Schülern und Studenten mehr in Anspruch genommen wird. 1995/96 haben lediglich 5.000 Schüler von diesem Angebot profitiert. Und es ist ja allgemein bekannt, daß dieses sogenannte Sokrates-Programm, dieser große Bildungstopf der Europäischen Union bis zum Jahr 1999 immerhin noch 11,3 Milliarden Schilling vorsieht. Wir müssen uns hier anstrengen, wir sollten das Geld nicht in diesem Topf belassen. Wir müssen schauen, daß unsere Schüler und Studenten die Möglichkeit haben, einen leichteren Zugang zu diesen Ausbildungsmöglichkeiten in der Europäischen Union zu finden. Und eines muß uns natürlich schon bewußt sein. Nicht nur daß Sprachkenntnisse und internationale Begegnungen das Verständnis für andere Kulturen fördern, sondern daß diese Ausbildung und dieser Kontakt zu anderen Ländern ganz einfach der Schlüssel zur optimalen Qualifikation am gesamten europäischen Arbeitsmarkt sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im gewerblichen Fachschulbereich kommt uns das in aller Welt beachtete und geschätzte duale Ausbildungssystem, die parallele Ausbildung in Betrieb und Schule, sehr zugute. Wir alle wissen, daß dies einen Grundpfeiler der heimischen Berufsausbildung darstellt. Und nicht nur bei nationalen, sondern auch bei internationalen Leistungswettbewerben können und konnten sich unsere Lehrlinge nicht nur behaupten, sondern sind in allen Bereichen im Spitzenfeld zu finden. Trotzdem mußte man im Bereich der

Berufsschulen in den letzten 10 Jahren einen 20prozentigen Schülerrückgang hinnehmen. Für das Berufsschuljahr 1997/98 werden die 20 NÖ Landesberufsschulen von voraussichtlich 20.150 Lehrlingen besucht. Voraussichtlich sage ich deshalb, weil man ja nicht weiß, ob es die Anzahl der vorhandenen Lehrplätze, die es jetzt gibt, auch noch dann geben wird. 20.150 Lehrlinge werden von 831 Berufsschullehrern betreut. Das ist ein Minus im Personalbereich von 51 Planstellen, was wiederum dem Land Niederösterreich mit 13 Millionen Plus zugute kommt.

Eine Verwässerung des derzeit bestehenden dualen Ausbildungssystems, wie das verstärkt und vermehrt von verschiedenen Seiten gefordert wird, nämlich eine Schulzeitausweitung zu Lasten der betrieblichen Ausbildung, ist ohne Veränderung der Rahmenbedingungen nicht zielführend und würde gerade Klein- und Mittelbetriebe enorm belasten und, wie ich meine, sogar einen Rückgang der Lehrlingsarbeits- und -ausbildungsplätze bedeuten. Zur Zeit wird vom gewerblichen Berufsschulrat ein Entwicklungskonzept für Berufsschulen erarbeitet. Unter anderem enthält dieses Konzept folgende Schwerpunkte: Weiterer Ausbau der fachlichen Qualität der Schule, Technologieschub in den Schulen, Hebung der Qualität der Schülerheime, Berufsschule als Bildungszentrum, bundesweite Zusammenführung von Splitterberufen, verstärkte Imagepflege der Lehrberufe und der Berufsschulen, umfassende Information und - das halte ich für ganz wesentlich - Öffnung der Schulen zum Zwecke der bewußten Berufswahl. Auch das Land Niederösterreich und unser Finanzlandesrat Mag. Freibauer weiß um die Wichtigkeit dieser Lehrlingsausbildungsstätten. Daher hat er auch im Budget 1998, vor allem im Sachaufwand ein Plus von 5 Millionen vorgesehen, nämlich von 91 Millionen auf 96 Millionen Schilling, während im Bereich der Personal-Finanzdaten der Stand mit 50 Millionen Schilling gleichgeblieben ist.

Und um hier auch einmal zu sagen, was ein Lehrling wirklich der öffentlichen Hand, das heißt uns allen, wert ist: Nicht die kolportierten 6.000,- oder 8.000,- Schilling, sondern ein Lehrling bedeutet, das heißt, wenn man das so in der Form formulieren kann, 32.000,- Schilling, wobei hier schon die Betreuung durch den Berufsschullehrer inkludiert ist. Und deshalb ist es auch als sehr positiv zu sehen, daß das von der ÖVP beantragte Lehrlingspaket, welches in der Landtagssitzung am 23. Jänner 1997 beschlossen wurde, ein Anreiz für mehr Lehrlingsausbildungsplätze vor allem im Gemeinde- und kommunalen Bereich ist. Und ich

bin sehr zuversichtlich, daß auch dieses Lehrlingspaket dazu beitragen wird, hier vermehrt Lehrlingsarbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Erwachsenenbildung - ein Schwerpunkt natürlich auch im Bildungsbereich. Wir alle wissen, daß der immer rascher und verzweigter werdende technische Wandel, die Verkürzung der sogenannten Halbwertszeit des Wissens und die damit sich ständig ändernden Anforderungen am Arbeitsplatz zusätzlich ein fortwährendes Umlernen und Weiterbilden verlangen, ganz einfach ein lebensbegleitendes Lernen. Wahrscheinlich werden sich in Zukunft die Grenzen zwischen Arbeitsphase, Lernphase und Freizeitphase immer mehr verwischen. Es muß daher vermehrt dafür gesorgt werden, daß Personengruppen, die vorübergehend aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, etwa um sich der für uns alle so wichtigen Kindererziehung zu widmen, nicht den Anschluß an die neuen beruflichen Erfordernisse verlieren. Daher ist der Ausbau fachlich gezielter Weiterbildungsangebote und die Unterstützung solcher eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Die Notwendigkeit des lebensbegleitenden Lernens haben die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher längst erkannt und in Anspruch genommen. Das dokumentieren die Zahlen der 68 niederösterreichischen Volkshochschulen. 5.148 Fortbildungskurse wurden im abgelaufenen Jahr durchgezogen und wir konnten hier 71.456 Kursteilnehmer verzeichnen, die dieses Bildungsangebot in Anspruch genommen haben. Es wurden weiters 1.869 Einzelveranstaltungen, Vorträge, Ausstellungen etc. durchgeführt, an denen 281.163 Personen teilgenommen haben. Bundesweit gibt es einen Anstieg im Erwachsenenbildungsbereich von 1,2 Prozent. Bei uns in Niederösterreich liegt er erfreulicherweise bei 7,9 Prozent. Damit, meine ich, hat man in Niederösterreich erkannt, wie wichtig ganz einfach die Fort-, Weiter- und Ausbildung ist. Die Hits, und hier spiegeln sich die Anforderungen des Arbeitsmarktes und des Arbeitsplatzes wider, liegen natürlich im EDV-Bereich, im Sprachbereich, aber auch in Kulturtechniken und Medientechniken, und vor allem auch in der Fort- und Weiterbildung im Gesundheitsbereich. Auch hier hat unser Finanzlandesrat Mag. Edmund Freibauer dem Rechnung getragen im Wissen um die Wichtigkeit der Erwachsenenbildung und hat im Budget 1998 14,3 Millionen Schilling vorgesehen, um dies zu unterstützen.

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den nächsten

Tagen geht das Schuljahr 1996/97 zu Ende und es erscheint mir daher angebracht - nicht nur, weil das Schuljahr zu Ende geht, sondern auch weil es in den letzten Wochen und Monaten Diskussionen gegeben hat um eine bestimmte Personen- und Berufsgruppe, nämlich unsere Lehrer. Ich sage ganz bewußt "unsere" Lehrer in allen Bereichen, weil sie unsere Kinder unterrichten. Versuchen, unseren Kindern Rüstzeug mitzugeben. Nur eines können sie nicht - die Familie ersetzen. Und ich glaube, daß es angebracht ist, daher von dieser Stelle aus allen im Bildungsbereich Engagierten und Tätigen Anerkennung und Dank zu sagen. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. der SPÖ und FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Bildung, besonders Schule, ist ein offener und transparenter Bereich, von allen diskutiert, von vielen beeinflußt, stets im Diskussionsbrennpunkt der Menschen und auch der Medien. Kaum eine Woche vergeht, ohne daß wir über bildungspolitische Themen oder Anliegen informiert werden. Das zeigt auf der einen Seite den Stellenwert und die Bedeutung und auch das Interesse durch die Gesellschaft. Ich habe bereits in den letzten beiden Budgetreden viele grundsätzliche Standpunkte eingebracht und angesprochen und nehme mir daher für heute ein pädagogisches Prinzip zum Vorbild: Ich möchte mich auf einige wesentliche Punkte konzentrieren.

Ein Voranschlag besteht aus Zahlen. Und im Bildungsbereich ist das eindeutig ein Fortschreiben dieser Zahlen. Einzig bei der Schulaufsicht gibt es eine Steigerung um drei Millionen. Damit ist eigentlich dokumentiert, daß der Bildungssektor auf dem Status quo eingefroren ist. Ein bißchen tut mir das auch weh, denn ich habe bei den ersten Medienberichten über das Budget und über einzelne Bereiche immer wieder vermißt, daß auch der Bildungsbereich angesprochen oder in diesen Artikeln vorgekommen wäre, was bei anderen Ressorts anscheinend selbstverständlich war. Es ist mir schon klar, daß es nicht überall Ausgabensteigerungen geben kann. Wir haben sie im Bereich der Behindertenhilfe, der Kinderbetreuung und im Gesundheitswesen. Ich bringe daher einerseits Verständnis für die Notwendigkeit des Sparens auf, andererseits muß uns aber auch die Bedeutung der Bildung bewußt sein.

Das österreichische Bildungssystem ist gut. Der Beweis wurde erst in jüngster Zeit wiederum durch eine US-Studie geliefert, aus der hervorgeht, daß wir im Volksschulbereich Spitzenplätze auf internationaler Basis vorweisen können. So im naturwissenschaftlichen Bereich - international der dritte Rang hinter Südkorea und Japan - und im mathematischen Bereich liegen wir weltweit an der siebten Stelle, wobei Singapur dieses Ranking anführt und dann eher asiatische Staaten dominieren. Ich brauche nur zu schauen, Südkorea hat die höchste Ingenieursquote der Welt. Also wir wissen, was da in Zukunft auf uns zukommt und daß Bildung halt wirklich eine wesentliche Säule des Wohlstandes sein wird. Wir können aber trotzdem auf unser Ranking, auf unsere Bewertung im globalen Bereich stolz sein. Trotzdem ist es aber zu wenig, zu sagen, es ist alles in Ordnung, wir sind zufrieden. Es sind laufend Systemänderungen und Verbesserungen nötig.

Unser Schulsystem basiert auf alten Wurzeln, es gibt laufend Reformen und Novellierungen. Ich kann zwar auf der einen Seite das Wort Reform schön langsam nicht mehr hören und trete daher eher für eine permanente Diskussion ein, um grundsätzliche Fragen durch neue Wege und eventuell andere Denkansätze neu zu beleuchten. Es kann nicht so sein, daß das Stückwerk im Vordergrund steht, sondern es geht um eine Optimierung des gesamten Systems. Es geht um eine solide Allgemeinbildung, es geht um nach oben offene Lernprofile mit Modulcharakter, die viele Vorteile bringen können. Sei es Durchlässigkeit, sei es Anrechenbarkeit, was auch gleichbedeutend mit Flexibilität ist. Und wenn ich da jetzt noch das Wort Job-sharing aus Amerika hernehme, diese Dinge werden auch über kurz oder lang bei uns gefragt sein. Und da ist es notwendig, die entsprechende Ausbildung mit den Umstiegsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben. Die Qualität, das habe ich schon gesagt, ist gut. Laufend sind Verbesserungen möglich, das passiert auch. Ich verweise zum Beispiel auf einige Dinge der jüngsten Vergangenheit, auf die Fortsetzung der Integration auf der Sekundarstufe, auf die Einrichtung eines Frühwarnsystems. Und dabei erinnere ich mich, daß ich bei der letzten Budgetdebatte hingewiesen habe auf die Kosten, die im Bereich der Nachhilfe auftauchen. Wenn ich mir zum Beispiel den heutigen "Kurier" hernehme, dann will dort die Frau Bundesminister Gehrler Schulen mit Fünferflut prüfen lassen, und zwar im Zusammenhang mit Förderkursen, mit Lernhilfe in den letzten Ferienwochen. Darüber wird heiß diskutiert. Aber ich glaube, sinnvoller wäre es, wenn wir uns überhaupt die Frage nach der Leistungs-

beurteilung stellen und hier einmal zu überdenken begännen, welche Möglichkeiten und Ansätze hier zu wählen sind.

Zur schulpolitischen Diskussion überhaupt gibt es auch interessante Thesen, zum Beispiel von Prof. Karl Heinz Gruber von der Wiener Universität für vergleichende Erziehungswissenschaften, die in den Informationen zur politischen Bildung im Heft 12/97 enthalten sind. Er begrüßt zum Beispiel die Integrationsgesetzgebung als human und mutig, stellt sie aber auch in dieser Form in Frage.

Das Schulorganisationsgesetz - 62er-Prinzip - macht deutlich und definiert auch: Die AHS - da geht es um zu höherer Allgemeinbildung befähigte Kinder. Im Bereich der Hauptschule geht es um zu grundlegender Allgemeinbildung befähigte Kinder und im Sonderschulbereich geht es um Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Und jetzt der Denkansatz: Wenn letztere seit neuestem in die AHS gehen dürfen, warum dann eigentlich nicht die Hauptschüler? Deren schulische Leistungsfähigkeit ist näher an der AHS. Und hier besteht die große Gefahr, daß eine eventuell angestrebte oberstgerichtliche Entscheidung das ganze System in Frage stellen würde. Hier steht Integration gegen Segregation. Und ich möchte das jetzt nicht alles in Frage stellen, aber ich komme schon auf den springenden Punkt: Der Integrationsgedanke ist eigentlich eine "prima causa" von Gesamtschulen. Österreich nimmt den europaweiten Trend, seit dem zweiten Weltkrieg zu einer gemeinsamen Schule in der Sekundarstufe 1 und eine Hinausschiebung von schulorganisatorischer Differenzierung bis ans Ende der Schulpflicht nicht zur Kenntnis, obwohl die Schulversuche der letzten eineinhalb Jahrzehnte dafür sprechen und österreichische und internationale Forschungsbefunde von psychometrischer Unverlässlichkeit, sozialer Unfairneß und bildungstheoretischer Unhaltbarkeit der frühen schulischen Auslese sprechen. Praktische Beispiele gibt es genug: In vielen Wiener Bezirken oft mehr als 70 Prozent in den AHS, in Landbezirken oft mehr als 85 Prozent in den Hauptschulen. Ein AHS-Schüler kostet durchschnittlich, basierend auf dem vergangenen Jahr, 67.000,- Schilling jährlich, ein Hauptschüler kostet durchschnittlich jährlich 46.000,- Schilling. In der AHS sitzen im Durchschnitt 27 Schüler in einer Klasse, im Hauptschulbereich sind es 23, wobei hier noch die Differenzierung in Gruppen eine weitere Reduzierung verursacht. Viele AHS-Schüler haben weitere Verkehrswege zu bewältigen, was auch eine Belastung des Regionalverkehrs darstellt. Hauptschüler sind auch bei einem

Übertritt in berufsbildende höhere Schulen benachteiligt. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Schön langsam beginnen die Argumente aber auch schon zu greifen. Auch in der Personalvertretung, sprich bei Hermann Helm, ist ein erstes Abgehen von dieser Tabuisierung der getrennten Ausbildungsschiene zu bemerken. Auch das Bundesministerium stellt sich nicht mehr durchaus negativ. Die vorangegangenen Aussagen und die dreimal so hohe Repetenzzahl in den AHS gegenüber der Regelschule sprechen für sich. Zum Beispiel ist jetzt in Wiener Neustadt beantragt ein Schulversuch an einer bilingualen Klasse in Richtung gemeinsamer Mittelschule. Der Landesschulrat ist derzeit, soweit ich informiert bin, noch kritisch. Ich bin aber der Meinung, daß dieses Thema nicht aufhaltbar ist. Trotz jahrzehntelanger Diskussion sehe ich einer Lösung zuversichtlich entgegen.

Schule ist aber darüber hinaus auch ein Ort der Begegnung und handelt von Menschen. Für das kommende Jahr werden 12.583 Lehrer für 132.376 Schüler und Schülerinnen in 6.698 Klassen im ABS-Bereich tätig sein. Natürlich kann man auch nicht vorübergehen an der Anstellungssituation für Junglehrer. Die Zahlen wurden schon genannt, der Überschuß ist groß. Für diese jungen Menschen ist es ein Problem für ihre Lebensplanung. Maßnahmen, wie der Verein Jugend und Arbeit mit der Lehrerbörse sind gut, aber zu wenig. Die Junglehrerarbeitslosigkeit ist auch ein Synonym für die fehlende, zeitgerechte Beratung. Man braucht sich speziell im Lehrberuf nur die Alterspyramide anzusehen und dann weiß man, wann wieder mit entsprechenden Möglichkeiten zu rechnen ist. Natürlich soll jedem die Entscheidung frei überlassen werden, aber bei entsprechendem Hinweis im Vorfeld hätte der eine oder andere vielleicht doch eine andere Richtung eingeschlagen.

Die Lehrer stehen auch in vielen anderen Bereichen im Brennpunkt. Sei es der Vorstoß des Wiener Stadtschulratspräsidenten Scholz bezüglich der Benotung oder Beurteilung der Lehrer. Das Ganze hat eine Diskussion ausgelöst. Ich finde es grundlegend für nicht sehr fair, aber es hat ein bißchen Phantasie und das Gespräch kommt in Gang. Denn oftmals fehlt es, speziell im Lehrerbereich am "Feedback". Und auch dort gibt es Extremismen, die die Tatsachen verfälschen. Ich bin aber überzeugt, daß es bessere Möglichkeiten als diese vorher angesprochene gibt.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Ein Thema liegt mir besonders am Herzen. Ich erinnere an den Antrag im Landtag bezüglich schulpsychologischer Dienst und Sozialarbeiter für den Schulbereich. Ich habe das damals anlässlich des Berichtes der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Landtag eingebracht. Tragische Ereignisse wie Hausleiten, Zöbern oder mehrere Vorfälle mit Gummigeschoßen zeigen, daß die damalige Vorgangsweise richtig und notwendig war. Aber es ist nicht mein Verständnis von Politik, in Augenblicken der menschlichen Sensibilität Bestätigung in den Medien zu suchen und zu finden. Daher stelle ich es heute neuerlich fest: Verhaltensauffälligkeiten sind ein Faktum. Es gibt viele Situationen und Bereiche, mit denen die jungen Menschen und oft auch ihr Umfeld überfordert sind und damit nicht fertig werden. Und da ist eben der Einsatz von Fachleuten mit der entsprechenden Ausbildung erforderlich. Ich habe erst vor wenigen Tagen Kontakt mit einer Hauptschule in meiner Region gehabt. Ich konnte dort feststellen, daß dort durch eine geistliche Schwester Sprechstunden auf freiwilliger Basis für die Schüler und Schülerinnen eingerichtet wurden. Und der mir gut befreundete Hauptschuldirektor hat mir auch berichtet, daß diese Sprechstunden sehr, sehr gut angenommen werden. Das alleine beweist ja schon und zeigt, daß wir die jungen Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen dürfen. Dieser eminent wichtige Bereich darf sich nicht auf die Frage der Kosten reduzieren. Sozialarbeiter in Verbindung mit Schulpsychologen sind für jeden Bezirk zumindest für den Anfang eine Chance und Notwendigkeit. Bildung rechnet sich nicht direkt in aus- und nachweisbaren Prozenten. Wir müssen uns eher die Frage stellen, was ist uns Bildung wert? Wenig besitzt einen so hohen Stellenwert bei der Analyse individueller Lebenschancen wie die schulische Bildung. Sie löst direkte Zusammenhänge mit beruflicher Platzierung im Hinblick auf Einkommen oder Arbeitslosigkeit aus. Daher müssen wir die heutige Bildungsgesellschaft zur Kenntnis nehmen und finanziell auch entsprechend bewerten, um im internationalen Reigen vorne mitspielen zu können.

Aber gestatten Sie mir, geschätzte Damen und Herren, daß ich nahtlos zur Erwachsenenbildung übergehe. Mit Zynismus könnte man die Befürchtung äußern, daß 1996 als Jahr des lebensbegleitenden Lernens für die Bildung die Funktion des Muttertages für die Emanzipation der Frau hat. Es ist ein bißchen überspitzt, ich weiß. Aber es war im wesentlichen den Bildungsorganisationen überlassen, Aktivitäten zu setzen. Auf Bundesebene sind keine vermehrten

Mittel geflossen. In Niederösterreich waren wir im Jahr 1996 erfreut über die Anhebung der Mittel und haben auch die Hoffnung gehegt auf eine Valorisierung. Aber wenn ich jetzt in den Voranschlag hineinschaue und dort eine halbe Million Schilling weniger finde für den Bereich der Erwachsenenbildung, dann schmerzt das. Nicht nur mich, sondern alle Träger, ob das der Volkshochschulverband, das Bildungs- und Heimatwerk, die Katholen und alle anderen Einrichtungen sind. Es ist ja international und weltweit bekannt und anerkannt, wie wichtig lebenslanges Lernen ist. Und es ist auch eine Chance gegen die Globalisierung und entscheidend für den Stellenwert unseres Staates. Es läßt sich ganz einfach mit einem Zitat von Benjamin Britten dokumentieren: "Lernen ist wie das Rudern gegen den Strom. Sobald man aufhört, treibt man zurück." Es ist zwar Aufgabe jedes Einzelnen an sich zu arbeiten, um mit den Anforderungen der Zeit zurecht zu kommen. Aber die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Diese Verantwortung wird uns niemand abnehmen.

Bildung und Bildungseinrichtungen kosten dem Gemeinwesen etwas, tragen aber Früchte durch Qualifikationen und Lebensqualitätssteigerungen. Und gerade die Volkshochschulen bieten eine breite Palette an Kursen zur Lebensunterstützung und zur Weiterbildung an: Sprachen, Bildung, Berufsorientierung und zweiter Bildungsweg, Gesundheit, Kultur, Kreativität sind die wesentlichen Eckpfeiler, die das Kernangebot in den Regionen darstellen. Ich möchte aber die Gelegenheit benutzen, um vehement gegen unqualifizierte Äußerungen und Anschuldigungen in den Medien gerade gegen den Bereich der Volkshochschulen aufzutreten. Und zwar sind mehrfach Anschuldigungen gekommen, daß die Volkshochschulen eine Plattform für Sekten bieten. Als Landesvorsitzender des NÖ Volkshochschulverbandes kenne ich die meisten Programme und Angebote der Standorte und muß daher entschieden dagegen auftreten. Wir haben zum Beispiel unsere Herbsttagung 1997 im Oktober und gleichzeitig unser 40jähriges Bestandsjubiläum des NÖ Volkshochschulverbandes, das in Baden stattfinden wird, mit einem Thema besetzt, das gerade in diese Richtung Klarheit schaffen soll. Nämlich der Themenbereich Esoterik. Und gerade der letzte Anlaß trifft mich und uns alle in diesem Bereich sehr empfindlich. Es ist schade, daß der Kollege Dr. Strasser derzeit nicht im Plenum anwesend ist, denn laut "NÖ Nachrichten" von Mitte Juni unter dem Titel "Hinter der Maske" - über diese Maske werden wir reden müssen - ist die Rede

von einer Expertenrunde über Sektengefahr in Niederösterreich. Der Abgeordnete Dr. Strasser, ich nehme an als Experte, ersucht Peter Pitzinger, den Chef der Sektenberatungsstelle des Landes und Manfred Wohlfahrt, den Referent für Weltanschauungsfragen der Diözese St. Pölten, um Durchleuchtung der Volkshochschulprogramme und stellt eindeutig fest, daß die Bindung der Förderungsmittel an das Angebot zu legen ist. Erstens stelle ich die Frage nach der Zuständigkeit des Kollegen Dr. Strasser. Solche dezitierten Aussagen über neue Kriterien stelle ich ernsthaft in Frage, da mir seine Kompetenz in dieser Angelegenheit nicht bekannt ist. Zweitens: Warum wurde der NÖ Volkshochschulverband oder Vertreter dieser Organisation zwar in den Mittelpunkt der Angriffe gestellt, aber niemand zu dieser Expertenrunde eingeladen? Drittens: Viele Träger sind im Erwachsenenbildungsbereich tätig. Ich habe zuerst schon einige erwähnt, ich möchte mich nicht wiederholen. Sekten könnten überall versuchen, Fuß zu fassen und eine Plattform zu finden, das ist vielleicht nie ganz ausschließbar. Aber wir sind auf jeden Fall bestrebt, alles dagegen zu tun. Und jetzt aber meine Frage: Warum wurde punktuell nur der Volkshochschulverband oder bzw. die Volkshochschulen, warum wurden nur diese in den Brennpunkt gestellt? Ich fordere daher von diesem Pult jene, die die Volkshochschulen in der Öffentlichkeit diskreditieren auf, entweder klare Beweise vorzulegen, oder diese Anschuldigungen öffentlich zurückzunehmen. Denn Erwachsenenbildung ist kein Spielball der Tagespolitik.

Es gibt so viele Positiva, und die sind natürlich, wie oft im Leben, selbstverständlich. Aber oft ist man machtlos gegen die Negativa, obwohl die, wie in diesem Fall, der Grundlagen entbehren und bisher nicht belegt sind. Und ich muß klar und deutlich feststellen, daß so eine Kampagne die vielen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die im Bereich der Erwachsenenbildung tätig sind, nicht verdient haben. Ich erwarte auch eine Klarstellung durch die Medien, denn diese haben diese Aussagen und diese Meldungen ohne seriöse Recherche übernommen.

Ich möchte nun zum Abschluß kommen. Der Neoliberalismus hat dazu geführt, daß Chancengleichheit anscheinend kein Thema mehr ist. Daher vielleicht ein neuer Denkansatz, der zu beschreiten wäre. Derzeit gibt es nur die Förderungsaufgabe des Staates, aber ich glaube, daß für die Zukunft eher ein Weiterbildungsgesetz mit einer Verpflichtung des Staates anzustreben wäre. Und noch ein Gedanke: Die Erwachsenenbildung ist budgetmäßig in Gruppe 2 angesiedelt, aber in vielen Kompetenzbereichen

bei der Kultur zuständig. Ich glaube, ein Gleichklang von Förderungsinstrumentarien und Entscheidungsgewalt wäre anzupeilen und könnte ein Ziel für die nächste Periode des Landtages sein.

Und zum Schluß, aber nicht zuminder, um es auf Deutsch zu sagen, ein Dank an alle, die zum Bildungs- und Weiterbildungsbereich ihren Anteil, ihre Arbeit, sehr oft auch ehrenamtlich, beigetragen haben. Und ich möchte abschließend noch festhalten, daß wir diesem Bereich im Voranschlag unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Worte gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eingangs möchte ich doch einiges zu den Worten meines Vorredners sagen, und zwar zu den Ausführungen, die er zu der Situation unserer Jugendlichen und Kinder gebracht hat. Ich kann mich auch noch gut erinnern, es war meine erste Rede im Landtag, es war damals der Vorfall von Hausleiten. Und das ist mein Wahlbezirk Korneuburg, und es hat mich damals besonders betroffen. Ich kann mich ganz gut erinnern, ich habe das damals als ein Zeichen an der Wand bezeichnet und habe allgemein die Situation der Jugendlichen für nicht zufriedenstellend befunden. Ich kann mich auch noch gut erinnern, mir wurde damals geantwortet, ich sähe es wohl zu schwarz und so schlimm wäre es nicht. Es wäre ein Einzelfall. Es ist mittlerweile zu einem zweiten Fall gekommen. Und wer oft mit Lehrern zu tun hat, weiß natürlich, daß Lehrer zunehmend beklagen, daß während früher einige Kinder einer Klasse verhaltensauffällig, wie das heißt, waren, es jetzt die Mehrzahl ist. Sie haben natürlich recht, und ich bin froh, daß Sie das jetzt auch sagen, es ist ein starkes Problem. Nur meine ich, wenn es soweit ist, ist es eigentlich schon zu weit fortgeschritten. Und wenn irgendwo Prävention angesagt ist, dann hier. Und dann, meine ich, sollten wir darauf achten, daß die Familie ihrem Erziehungsauftrag nachkommen kann.

Das Erziehen von Menschen und das Fördern und Entwickeln ihres Charakters, ihrer Sprache, ihrer Intelligenz ist ein dermaßen komplexes Programm, eine dermaßen verantwortungsvolle Aufgabe, die so viel Selbstdisziplin und Intuition erfordert, daß man sie gar nicht hoch genug bewerten kann. Es soll jedoch nicht so sein, wie es eigentlich heute ist,

daß das Erziehen von Kindern in erster Linie als ein Erwerbshemmnis für die Frauen dargestellt wird. Ich gebe zu, es ist ein starker Mißstand, daß ausgerechnet jene Personen, die für die Erziehung unserer nächsten Generation verantwortlich sind, dann geradezu paradoxerweise im Alter daraus einen Nachteil erfahren. Aber daraus zu schließen, daß man sie von dieser Erziehung entlasten muß, das halte ich für vollkommen unzulässig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bitte Sie daher, diese Debatte, die jetzt zum Beispiel auch wieder über den Kinderbetreuungsscheck hochkommen wird, auch unter diesem Aspekt zu sehen und darauf zu verzichten, Kinder- gegen Frauenrechte auszuspielen.

Aber eigentlich wollte ich mich zum Thema Kindergarten melden. Es ist ja heute schon mehrmals angesprochen worden, auch der Herr Präsident Koczur hat es zusammengefaßt. Ich darf ganz kurz an die Chronik erinnern. Es ging ja um Qualitätsverbesserung, um Bedarfsgerechtigkeit und damit eben um den Ausbau von Nachmittagsbetreuung. Es gab dann Anfang Juni vorigen Jahres eine gemeinsame Pressekonferenz ihrer beiden Parteien, ÖVP und SPÖ, und man hat natürlich viel Lob und Selbstlob gehört. Der Sommer verging. Im September, als das Kindergartenjahr angefangen hat, konnte man sehen, was für alle, die ein bißchen damit beschäftigt waren, ja auch zu erwarten war. Weil niemand Bedarfserhebungen bei den Eltern durchgeführt hat, kam es wirklich zu einer großen Verunsicherung sowohl in den Gemeinden, als auch bei den Eltern, als auch bei den Kindergärtnerinnen. Es waren aber eben keineswegs nur Anfangsschwierigkeiten, die dann zu Resolutionen zahlreicher Gemeinden geführt haben. Sondern, als dann im Laufe des Herbstes klar wird, welche Auswirkungen vor allem diese Beitragsregelung hat, ist eigentlich ganz klar für viele herausgekommen, daß erstens die Gemeinden mehr belastet werden, die Eltern belastet werden und das erklärte Ziel dieses Gesetzes, daß nämlich die Nachmittagsbetreuung ausgebaut wird, ganz im Gegenteil, nicht nur nicht erreicht wird, sondern konterkariert wird. Und ich habe hier eine Resolution der Bürgermeisterkonferenz des Bezirkes Zwettl vor mir, die dann im Dezember verabschiedet worden ist, als die Wirkungen dieses Gesetzes bereits gut bekannt waren. Darin ist ganz klar zusammengefaßt: Die Einführung des Kostenbeitrages hat nicht den angestrebten Erfolg gebracht. Die Beitragspflicht für die Erziehungs- und Betreuungszeiten bewirkte, daß im Bezirk Zwettl in keinem einzigen Kindergarten Nachmittagsbetrieb stattfindet und somit keine Beiträge aufgebracht

werden können. Die Kindergärtnerinnen werden dennoch gantztägig beschäftigt.

Herr Kollege Ing. Gansch! Ich teile absolut Ihre Meinung, daß keineswegs einseitige Anreize dafür zu geben sind, die Kinder möglichst lang im Kindergarten zu lassen. Unser Programm wird immer wieder getragen von der Idee der Wahlfreiheit und der gleichmäßigen Subventionierung sowohl der innerfamiliären als auch der außerhäuslichen Erziehung. Wir haben das ja hier schon oft einander am Rednerpult gesagt. Aber ich glaube nicht, daß man so etwas als einen Erfolg bezeichnen kann, wenn nämlich die Kosten für das Land eigentlich fast gleichgeblieben sind, für die Gemeinden ungeheuer gestiegen sind, die Eltern wurden an den Kosten beteiligt, aber das Leistungsangebot hat sich reduziert. *(Abg. Nowohradsky: Die Nachmittagsbetreuung wurde ausgebaut. Früher war im Kindergarten um 14.00 Uhr Schluß!)*

Erstens einmal wurde das früher, Herr Kollege, immer anders gesagt. Ich kann Ihnen, nein, ich habe es nicht mit heraußen, aber sofort könnte ich Ihnen zeigen die Aussage der Frau Landeshauptmannstellvertreter, der Kindergarten in Niederösterreich ist ein gantztägiger. In meiner eigenen Gemeinde wurde vorher um 15.00 Uhr geschlossen, in Leobendorf, gleich daneben, um 16.00 Uhr. Also das stimmt einfach überhaupt nicht. Die Nachmittagsbetreuung wurde, in Zwettl sieht man es, abgebaut, nicht aufgebaut. Statt, wir haben es vorher schon gehört, 12.000 nur mehr knapp 4.000 Kinder. Wir reden nicht drüber, ob das gut oder schlecht ist, Tatsache ist, daß hier ein Leistungsangebot verringert wurde, während sich die Kosten erhöht haben. Und das kann man nun einmal wirklich nicht eine sparsame Verwendung öffentlicher Mittel nennen. Darauf möchte ich doch bestehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht angenehm, und das war absolut vor auszusehen und ich darf betonen, wir haben ja diese Beitragsregelung abgelehnt. Erstens weil wir der Meinung waren, keinen Schilling mehr von den Eltern und zweitens, es war ja zu sehen, daß es vermutlich zu solchen Reaktionen kommt. In den Ballungsräumen bleibt alles so, wie es ist und in den ländlichen Gebieten, wo man sich behelfen kann, werden einfach am Nachmittag die Kindergärten leer sein. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Aber das zweite, was dann eben auch die Bürgermeister von Zwettl - vor allem Ihrer Fraktion zugehörig, glaube ich - kritisieren, das wissen wir eigentlich auch alle, daß dem so ist: Seitens der Eltern wurden überdies massive Bedenken gegen

die Vorlage eines Einkommensnachweises zur Herabsetzung des Beitrages gegenüber den Gemeinden vorgebracht. Das ist eben auch eingetroffen. Es ist das einfach wirklich nicht angenehm, so in unmittelbarem Umfeld, wo jeder jeden kennt. Ihre Bürgermeister haben es gesagt, ich wiederhole es. Eindeutig ist es hier zu einer Belastung für die Gemeinden gekommen. Und selbst wenn es gelingt, durch die auf diesen Gipfel flexibleren Regelungen wieder mehr Kinder am Nachmittag im Kindergarten zu haben, wird - und das betonen diese Bürgermeister eben auch - der Aufwand, der für die Gemeinden besteht, in keiner Weise mit den Einnahmen irgendwie in einem Verhältnis stehen. Die Zusammenfassung der Bürgermeister des Bezirkes Zwettl darf ich Ihnen auch noch kurz sagen. Die Einführung des NÖ Kindergartengesetzes hat gezeigt, daß wesentliche Interessen der Gemeinden, der Eltern und der Kinder nicht berücksichtigt wurden. Auch wenn durch die verspätete erlaßmäßige Auslegung des Gesetzes einige gravierende Probleme entschärft wurden, erscheint eine generelle Überarbeitung dringend geboten. Und das denken wir eben auch. Ich darf daher zu diesem Thema einen Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Rosenkranz zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Umgehende Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes.

Das am 27. Juni 1996 beschlossene NÖ Kindergartengesetz hat für die Gemeinden neue bürokratische und organisatorische Hürden geschaffen und bedeutet für die Kommunen zusätzlichen finanziellen und administrativen Aufwand. Es war das erklärte Ziel des neuen Gesetzes, die Nachmittagsbetreuung auszubauen. Die Beitragsregelung hat dem angestrebten Erfolg jedoch entgegengewirkt. Die Beitragspflicht für die Erziehungs- und Betreuungszeiten bewirkte, daß in manchen Bezirken weit geringerer bis gar kein Nachmittagsbetrieb stattfindet und somit keine Beiträge aufgebracht werden. Die Kindergärtnerinnen werden dennoch ganztägig beschäftigt. Somit ist eine Einsparung der öffentlichen Hand seit der Einführung der Beitragspflicht nicht feststellbar. Vielen Eltern, vor allem in kleineren Gemeinden, ist es zudem überaus unangenehm, zur Herabsetzung des Beitrages beim Gemeindeamt einen Einkommensnachweis vorlegen zu müssen. Eine Novellierung des erst im Juni 1996 beschlossenen Kindergartengesetzes ist daher unumgänglich.

Die gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehe baldigst einen Entwurf zur Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes vorzulegen."

Ich darf dann auch noch kurz auf diesen Artikel in der "NÖ Gemeinde" zu sprechen kommen. Klubobmann Gratzler hat es schon erwähnt, daß hier stünde, daß die anderen Parteien, also inklusive der FPÖ, gegen den beitragsfreien Kindergarten wären. Das ist also klargestellt worden, das ist bestimmt nicht so. Aber da steht hier einfach drinnen, weil hier etwas getan wird, was ich eigentlich schon schwer verurteilen möchte. Hier wird bereits für den Landtagswahlkampf in die Startlöcher getreten. Und so ist auch das gesamte Gesetz. Es ist weniger nach sachlichen Kriterien zustande gekommen, sondern man hat sich hier bereits parteipolitisch zueinander gesetzt und die Fronten sind eben so gewesen, daß eigentlich nichts Vernünftiges 'rauskommen konnte. Und ich meine, man sollte das schon noch einmal überdenken und wirklich die Gemeinden, die Eltern einbeziehen. Ein Satz noch aus diesem Artikel, der mir große Sorge macht. Es steht hier, eine kostenpflichtige Vormittagsbetreuung, wie dies von den anderen Parteien gefordert wird, kommt für die NÖ Volkspartei nicht in Frage, da es derzeit noch keine steuerliche Entlastung für die Familien durch den Bund gibt. Also, das sagt mir jetzt, in dem Moment, wo es zu dieser steuerlichen Entlastung kommen könnte, wird in den niederösterreichischen Kindergärten noch mehr oder ein ausgeweiteter Beitrag eingehoben. Und ich meine, daß ist eigentlich nicht, wie es sein soll. Man liest jetzt vorigen Samstag in der "Kronen Zeitung", daß Minister Bartenstein die Absatzbeträge um 400,- Schilling erhöhen möchte. Ich finde das eigentlich bedrohlich, wenn gleichzeitig angekündigt wird, daß nur, solange diese steuerliche Entlastung nicht besteht, noch kein Kindergartenbeitrag eingehoben wird. Also ich bitte Sie wirklich, meine Damen und Herren von der ÖVP, familienpolitische Worte irgendwann einmal auch in Taten umzusetzen und nicht schon bevor die längst fällige steuerrechtliche Besserstellung bzw. Gerechterstellung - eine Besserstellung ist es ja lange nicht - der Familie durchgeführt ist, bereits daran zu denken, diesen kleinen Gewinn wieder zu kassieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Luise Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch uns ist Familienpolitik ein großes Anliegen. In Niederösterreich ist man sich der Bedeutung der Familien für unsere Zukunft bewußt. Und ich glaube, daher müssen wir auch alles Erdenkliche tun, um unseren Familien Unterstützung zu gewähren. Der Kindergarten ist und soll als familienunterstützende Einrichtung gelten. Und in Niederösterreich ist auch derzeit eine flächendeckende Versorgung für Kinder ab dem dritten Lebensjahr gewährleistet. Natürlich werden wir auch andere Betreuungsformen brauchen. Wie zum Beispiel die Tagesmütter, oder die Gruppenbetreuung durch Eltern, um dadurch natürlich mehr Flexibilität zu erreichen. Obwohl sicherlich wir alle Bedürfnisse nicht abdecken können werden.

Es ist jetzt ein Jahr her, daß nach monatelangen Diskussionen ein neues Kindergartengesetz sowie ein Kinderbetreuungsgesetz beschlossen wurde. Die Diskussionen sind nach der Beschlußfassung heftigst weitergegangen. Was natürlich nicht zuletzt auch auf einen riesigen Informati-

onsmangel in der Bevölkerung zurückzuführen war, der besonders eigentlich eingesetzt hat im September, bei Kindergartenbeginn. Und der dort natürlich ganz speziell zum Tragen kam.

Ausgangssituation seitens der Österreichischen Volkspartei war, daß Bildungszeiten in Niederösterreich kostenfrei bleiben sollen. Der Kindergarten analog zur Schule als Bildungseinrichtung. Natürlich für die Kinder gebührenfrei zugänglich. Wobei in den meisten Fällen die Bildungseinrichtung am Vormittag sein wird, wie es ja bis jetzt auch schon immer gewesen ist, da wir alle wissen, zu dieser Zeit die geistige Aufnahmefähigkeit bekanntlich am stärksten ist. Sicherlich wird es in bezug auf die Nachmittagsbetreuung in den einzelnen Gemeinden große Unterschiede geben. Es werden die Erfordernisse in den ländlichen Gemeinden wesentlich anders sein als im städtischen Bereich. Und unsere Aufgabe war es, Rahmenbedingungen zu schaffen, neben dem Kindergartengesetz auch ein Kinderbetreuungsgesetz vorzulegen und dadurch auch andere Betreuungsformen zu regeln.

Aus pädagogischer Sicht sind diese Rahmenbedingungen auch wesentlich verbessert worden. Während der Bildungszeit stehen in jeder Gruppe eine Kindergärtnerin und eine Helferin zur Verfügung. Früher war es oft so, daß eine Helferin zwei Gruppen betreuen mußte, was speziell immer wieder bei den Kleinkindern zu Problemen führte. Oder beispielsweise die Schaffung gleicher Rahmenbedingungen im Kindergartengesetz und im Jugendwohlfahrtsgesetz und zwar wieder in bezug auf die Gruppe. Oder die Verankerung der Integration behinderter Kinder im Gesetz. Wir haben jetzt schon im Kindergarten viele Integrationsgruppen. Dies alles hat zur Qualitätsverbesserung entscheidend beigetragen.

Daß in der Öffentlichkeit der Gesetzesbeschluß teilweise heftigst kritisiert wurde, ist auf einen Informationsmangel zurückzuführen, nicht zuletzt vielleicht auch durch die Sommermonate bedingt. Beispielsweise war die starre Handhabung in der Bildungszeit keine gesetzlich geforderte Sache. Und zur finanziellen Belastung der Gemeinden: Es stimmt, daß manche Gemeinden jetzt schlechter gestellt sind, besonders die mit eingruppigen Kindergärten. Doch insgesamt gesehen kommt es doch zu einer gerechteren Verteilung. Und die Gesetze müssen wir für das gesamte Land machen.

Zur Nachmittagsbetreuung wäre zu sagen, daß in sehr vielen Gemeinden der Kindergarten am Nachmittag leer ist. Na gut, der Herr Klubobmann hat gesagt und ich frage mich hier, was wirklich blamabel ist, wenn der Kindergarten leer ist? Fragen wir uns auch, vielleicht war der Bedarf gar nicht überall gegeben? Etwa in den ländlichen Gemeinden draußen. Das wird sicher so gewesen sein, daß einerseits der Bedarf nicht da war. Teilweise vielleicht auch zurückzuführen auf Fehlinformation, das gebe ich schon zu. Denn bei der Kostenfrage in der Nachmittagsbetreuung war von Anfang an immer von einer Staffelung die Rede. Vor allem muß aber das Einvernehmen mit der Gemeinde immer gegeben sein und auf das legen wir Wert. Es muß aber auch auf den tatsächlichen Bedarf der Nachmittagsbetreuung Rücksicht genommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben mit Mehrheit hier im Landtag dieses Gesetz beschlossen. Daher ist es auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht durch Fehlinterpretation dieses Gesetz schlecht gemacht wird. Leider hat es durch Informationsmangel schon viele emotionale Diskussionen gegeben. Helfen wir doch zusammen, daß dieses Gesetz so zum Tragen kommt, daß es wirklich für alle, besonders aber für die Kinder eine Verbesserung ist! Und mit etwas gutem Willen und einem Konsens zwischen allen Beteiligten, sei es jetzt Gemeinde, Kindergartenleiterin, Helferin, oder auch die Eltern, wird es gelingen, dieses Gesetz auch zur Zufriedenheit aller auszuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein zweites Thema ist das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen. Das land- und forstwirtschaftliche Fachschulwesen in Niederösterreich hatte schon immer einen sehr hohen Stellenwert. Diese Schulen waren und sind wichtige Bildungseinrichtungen. So waren sie immer bemüht, neben einer landwirtschaftlichen Grundausbildung höchstes fachliches Wissen und Können zu vermitteln. Und sie bemühen sich auch, neben der Allgemeinbildung dem Jugendlichen Werte zu vermitteln. Werte wie Religion, Brauchtum, Tradition, und sie pflegen auch die Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft, die lange nach der Schule noch anhält. Und die Absolventen dieser Schulen kommen nach wie vor immer wieder gerne in ihre Schule zurück. Sei es jetzt am Tag der offenen Tür, der alljährlich in diesen Schulen abgehalten wird, oder zu bestimmten Fachvorträgen oder Seminaren.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft einerseits und der Beitritt zur Europäischen Union konnte sicherlich nur durch die Mithilfe der Schulen so bewältigt werden. Österreichs Bauern zählen heute zu den am besten ausgebildeten in Europa. Und damit wir diesen Standard auch halten können, wurde das Schulkonzept 2000 erstellt. Denn Bildung wird auch in Zukunft immer wichtiger werden. Das neue Ausbildungssystem soll noch attraktiver und effizienter eingesetzt werden unter dem Begriff "Modularisierung". Ein Modul ist ein in sich geschlossener Schulabschnitt. Modul 1 beginnt mit einer zweijährigen landwirtschaftlichen Grundausbildung für Burschen und Mädchen und endet mit der Erfüllung der Berufsschulpflicht. Modul 2 bietet zwei Wahlmöglichkeiten. Einerseits für Hofübernehmer oder -übernehmerinnen und andererseits für Nebenerwerbsbauern. Und endet dann mit dem Unternehmerlehrgang oder Meisterlehrgang. Wobei bei jedem Modell Fremdpraxis Pflicht ist. Und diese Fremdpraxis hat sich ja bis jetzt auch schon bestens bewährt. Die jungen Leute bekommen dadurch so wesentlich mehr Einblick in die verschiedenen Produktionsbereiche und natürlich auch Wirtschaftszweige. Das neue Modulsystem gibt den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, noch exakter die Fachrichtung wählen zu können. Vor allem jene Fachrichtung, die der Jugendliche in seinem eigenen Betrieb in Zukunft auch ausüben wird. Daher wird jede Schule einen anderen Schwerpunkt bekommen. Es wird die Möglichkeit geben, schulübergreifend in Blockunterricht die Ausbildung zu absolvieren. Bis jetzt war es ja so, daß es 23 verschiedene Schulformen gab. Jede Schule war natürlich bemüht, sehr viele Betriebszweige zu führen. In Zukunft wird jede Schule ihr eigenes Profil haben, zum Beispiel Weinbauschule oder Bergbauernschule, Wald- und Forstwirtschaft, die Direktvermarkterschule, oder die Fachschule für ökologische Hauswirtschaft usw.

Ein wesentlicher Vorteil wird weiters das gleiche Angebot für Burschen und Mädchen sein. Und ich sehe das als einen sehr wichtigen Punkt: Für Mädchen zusätzlich die landwirtschaftlichen Einrichtungen und für Burschen zusätzlich die hauswirtschaftlichen Einrichtungen. Dadurch gibt es auch mehr Möglichkeit bei der Wahl der Ausbildungsschwerpunkte. Und es wird auch eine bessere Anschlußmöglichkeit zu berufsbildenden höheren Schulen geben. Und nicht zuletzt tritt eine Verbesserung der Ausbildungsqualität ein. Wir

werden die Schulen ans Internet anbinden, mehr Projektunterricht fördern usw.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stimmungsbarometer für unsere landwirtschaftlichen Schulen ist gut. Ich habe es vergangenes Wochenende wieder beim Tag der offenen Tür bzw. einer Ausstellung erlebt. Diese Schulen haben eine sehr hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Und vor allem kommen ehemalige Schüler und Schülerinnen immer wieder gerne in ihre Schule zurück. Und sie zeigen auch dadurch ihre Verbundenheit. Die Qualität dieser Schulen war schon immer von hohem Niveau. Trotzdem sind wir immer wieder gefordert, die Bildungsqualität zu verbessern. Der gewaltige Strukturwandel in der Landwirtschaft ist noch lange nicht beendet. Anpassung und Flexibilität sind notwendige Voraussetzungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wert dieser Schulen ist unabdingbar. Sie sind Bildungszentren und vermitteln zwischen Produzenten und Konsumenten. Und sie sind auch nachhaltig die Drehscheibe für landwirtschaftliche Weiterbildung. Dafür leisten natürlich auch die Lehrer ihren Beitrag. Denn auch an sie werden immer wieder neue Anforderungen gestellt, die sie bestens meistern und mit Motivation in der Schule unterrichten. Hoher Landtag! Lassen wir uns nicht durch Standortdiskussionen den Wert dieser Schulen herabsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER *(SPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Kapitel Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft möchte ich eingangs mit einem Wort beginnen: Die Zukunft unseres Landes liegt in der Jugend. Die Zukunft unserer Jugend liegt in einer gediegenen Bildung und Ausbildung.

Es wurde heute schon erwähnt, daß im Vergleich mit den Staaten unserer Erde Österreichs Bildungssystem in allen Bereichen unter den besten der Welt ist. Vom Grundschulbereich, hier sind unsere Schüler an führender Stelle, bis hin zu den Universitäten, nimmt man sich am österreichischen Bildungssystem ein Vorbild. Das gilt auch für Niederösterreich. Und die materiellen Grundlagen dafür bildet das Budget des Landes für das Jahr 1998 auch weiterhin.

Der Pflichtschulbereich wurde von meinem Kollegen Cerwenka behandelt. Über die soeben

diskutierte Frage der Kinderbetreuung wird Kollegin Auer namens meiner Fraktion sprechen. Ich werde mich, so wie in den Vorjahren, mit den über den Pflichtschulsektor hinausgehenden Bereichen des Bildungswesens befassen. Und da möchte ich zu allererst, weil es mir als ein Gebot dieser Zeit erscheint, mich mit der Lehrlingsausbildung befassen. Einer allerjüngsten Statistik habe ich entnommen, daß Jugendliche ihre Ausbildung nach der 10. Stufe in einem verstärkten Maße nicht mehr fortsetzen. Vor 10 Jahren waren es noch 9,5 Prozent aller Jugendlichen im 16. Lebensjahr, die keine weiterführende Ausbildung mehr absolviert haben. Vor fünf Jahren waren das bereits 10,7 Prozent. Und die letzte Zahl stammt aus dem Jahr 1994. Sie beträgt bereits 12,5 Prozent. Das muß also, Hoher Landtag, Anlaß zur Sorge sein. Da kann manches nicht stimmen! Und hier muß im Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildung, im Zusammenhang mit der Facharbeiterausbildung einiges geschehen. Daher begrüße ich es, daß das Budget des Landes das Programm zur Qualitätsverbesserung der Berufsschulbildung auch im kommenden Jahr fortsetzt. Wir werden aber dessenungeachtet nicht müde werden dürfen, die Reform der Bildungsinhalte und der Lehrpläne und der Struktur des Berufsschulwesens zu betreiben.

Aus aktuellem Anlaß - kürzlich wurde ja im Parlament das Lehrlingspaket beschlossen - muß immer noch der Sorge Ausdruck verliehen werden, ob der eingeschlagene Weg vieler Betriebe unserer Wirtschaft der richtige ist, wenn man nur an den Abbau von Lehrwerkstätten denkt. Die guten, traditionellen Lehrwerkstätten der Industrie werden unter dem Argument der Kostenrationalisierung zunehmend in Frage gestellt. Das war schon meine Feststellung auch im Vorjahr. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden, indem wir einen Weg finden, von öffentlicher Hand her die Ausbildung ideell und materiell zu fördern. Wir Sozialdemokraten hoffen, daß das notwendige Umdenken und mehr Einsicht nunmehr wirklich eingeleitet werden konnte, es wurde ja heute auch schon angesprochen.

Auch in der Frage der Ausstattung der Berufsschulen und der Unterbringung der Heimschüler müssen noch weitere Verbesserungen Platz greifen. Die Fortsetzung des erwähnten Sanierungsprogrammes an den Landesberufsschulen ist ein vorrangiges Anliegen.

Wenn die Frau Kollegin Schittenhelm im Saale wäre, dann hätte ich ihr jetzt sehr gerne ein Kompliment gemacht - ich nehme an, daß sie irgendwo mithört - weil ich es wirklich und ehrlich

als eine Bereicherung empfinde, daß jemand in den Landtag eingezogen ist, der sich mit dieser Frage so engagiert auseinandersetzt. Aber bei allem Respekt auch vor der erstmaligen Rede möchte ich natürlich schon hinzufügen, daß wir bei diesem erwähnten Lehrlingspaket als Sozialdemokraten sehr bewußt nicht für Alibimaßnahmen zu haben waren. Und ich meine, daß gerade die Frage der Kommunalsteuer-Senkung sicherlich nicht die optimale Anreizvariante gewesen wäre. Wir haben diese Rechenbeispiele hier erwähnt, ich will sie nicht wiederholen. Es gibt viel wirksamere Förderungsmaßnahmen. Zum Beispiel jene Mittel, die das AMS einsetzt. Und ich weiß aus meinem Bezirk, aus meinem Bereich des AMS, daß bei weitem die angebotenen Förderungsmaßnahmen von der Wirtschaft nicht in Anspruch genommen wurden, und die sind bei Gott wesentlich höher als eine geschenkte Kommunalsteuer. Und noch ein Wort hätte ich hinzugefügt. Ich befürchte, so gut es auch gemeint sein mag dieser Ausspruch von, ich habe es mir mitgeschrieben, jedem das Seine, statt jedem das Gleiche. Ich befürchte, daß das der erste Schritt ist, um das Rad wieder etwas zurückzudrehen. Ich vergleiche dieses Reden von Chancengleichheit, nicht aber sozusagen Chancengerechtigkeit mit einem Hundertmeterlauf, wo man dem gut gebauten, schlanken, kräftigen Läufer die "Adidas"-Sportschuhe anzieht und dem Patscherten die Bergschuhe. Das ist nicht jedem das Seine! So soll es nicht gemeint sein. Chancengleichheit, damit jeder die gleichen Startvoraussetzungen hat - von dieser Linie wollen wir nicht abgehen.

Zurück zum berufsbildenden Schulwesen. Rein nach den Zahlen steigen die Ansätze leicht an. Das ist zu begrüßen. Ich möchte aber für unsere Fraktion neuerlich aufzeigen, daß die Gewichtung eine sehr einseitige ist. Und glauben Sie mir, ich habe mich auch mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen, das Sie, Frau Kollegin Egerer, angesprochen haben, in den letzten Jahren sehr intensiv beschäftigt. Und ich bin auch einer, der viele Argumente teilt. Aber wenn ich die Budgetansätze vergleiche, für die Landesberufsschulen 160 Millionen jetzt im Groben, ohne die Personalkosten, für das landwirtschaftliche Schulwesen 215 Millionen. Ich weiß schon, daß man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen kann, aber eine gewisse Einseitigkeit kommt zum Ausdruck. Und in einer Zeit, in der wir die Lehrlings-/Facharbeiterausbildung forcieren müssen, muß man doch schön langsam hier an eine Annäherung der Wertigkeiten kommen. Überhaupt, wenn man die Anzahl der Betroffenen vergleicht, die Anzahl der

Auszubildenden in den gewerblichen Fachbereichen und in der Landwirtschaft.

Ich möchte jetzt konkret auf einige Reformansätze im Berufsschulwesen eingehen. Vor allem glaube ich, daß wir der Fachausbildung, der Lehrausbildung eine gute Hilfe leisten würden, wenn wir diese soziale Ausgrenzung beseitigen könnten. Es steht doch bei vielen Eltern immer noch im Raum, ja wert ist man einmal etwas, wenn man einmal Matura hat. Und die Facharbeit, naja, das ist halt noch immer nicht das. Wir brauchen also eine entsprechende Imagekampagne zur Hebung des Ansehens der Facharbeit. Und ich würde mich freuen, wenn es viele solcher Beispiele gäbe, wie ich im persönlichen Bekanntenkreis eines habe, ein sehr einzigartiges Beispiel. Ein Mädchen hat die Matura gemacht im Realgymnasium, hat anschließend eine Tischlerlehre gemacht - das ist ein Einzelbeispiel - hat dann in weiterer Folge den Bildungsweg neuerlich fortgesetzt. Also nur die Matura sozusagen zu forcieren, das ist, glaube ich, nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen das Image der Facharbeit deutlich heben. Damit verbunden ist aber auch - und das wurde auch schon angesprochen - eine frühzeitigere Berufsorientierung. Wir stellen fest, daß diese Berufsorientierung, wenn sie im "Poly" vielleicht einsetzt, viel zu spät erfolgt. Und wir haben schon neue Wege hier mit den berufs- und interessenorientierten Hauptschulen. Wir haben zum Beispiel einen in unserer Stadt, wo schon ab der ersten Klasse der Hauptschule die Berufsorientierung ganz besonders forciert wird. Und wir haben hervorragende Erfolge mit dieser Schule, aber die Nachahmung erfolgt noch zu wenig.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir eine flexiblere Berufsschule brauchen, daß wir eine höhere Durchlässigkeit brauchen in diesem Bildungssystem und überhaupt eine stärkere Integration der Lehrausbildung in das schulische System. In diesem Sinne hoffe ich, wird sich doch deutlich ein Umdenken in nächster Zeit ergeben.

Einige Worte zum landwirtschaftlichen Schulwesen: Ich möchte, nachdem das schon sehr häufig noch im alten Haus diskutiert wurde, ja auch heuer bereits einmal, wenn ich mich erinnere, darüber gesprochen wurde, nur kurz darauf eingehen und unterstreichen, daß wir diese in Angriff genommene Anpassung der Quantität in bezug auf die Standorte und auf die Kosten mittragen. Eine Anpassung aber auch vor allem in bezug auf die Qualität der Bildungsinhalte und Strukturen mittragen. Sie haben erwähnt das Stichwort Modulsystem. Ich bezeichne das als

beispielhaft auch für andere Bereiche und in verschiedensten Zukunftsdiskussionen habe ich das auch schon immer wieder deponiert. Ich möchte aber auch deponiert haben und das sage ich heute ausdrücklich noch einmal, ich bin mir sicher, wenn der Kollege Knotzer nicht gesundheitshalber heute entschuldigt wäre, würde er es sagen, daß bei all diesen Strukturmaßnahmen natürlich oberste Maxime die Sinnhaftigkeit sein muß. Und die Kriterien Sachkriterien sein müssen und nicht politische. Regional nicht zumutbare Zusammenlegungen oder gar Schließungen aus Bestemm können einfach nicht stattfinden. Ich habe auch im landwirtschaftlichen Schulbeirat zu Protokoll gegeben, ich trete für diese Strukturbereinigungen, Zusammenlegungen ein. Das habe ich auch unterschrieben, habe gleichzeitig aber deponiert, daß es nicht sein kann, daß zum Beispiel der einzige Standort an der Südbahn gänzlich ausgelöscht wird. Weil er dort gebraucht wird. Und ich glaube nicht, daß eine Zusammenlegung von zwei Direktionen, von Schulen, die, glaube ich, 40 Kilometer voneinander entfernt sind, der Weisheit letzter Schluß ist.

Zu einem ganz anderen Sektor des Bildungswesens, zu den Fachhochschulen. Mittlerweile sind sie ein wesentlicher Faktor, ein wesentlicher Sektor geworden. Und in unserem Budget ist die Absicherung der in Niederösterreich bereits eingerichteten Fachhochschulstudiengänge auch im kommenden Jahr mit 13 Millionen Schilling gewährleistet. Eine Anmerkung zu den Fachhochschulen: Die verschiedenen Standorte bzw. Träger sind natürlich laufend bemüht, auszuweiten und neue Studiengänge zu entwickeln. Ich weiß das aus unserer Region. Das muß so sein. Denn ein Vordenken ist notwendig, um nicht am Stand stehen zu bleiben. Nach wie vor muß jedoch gesagt werden, und das sage ich auch zu Hause, schlecht wäre ein Konkurrenzkampf unter den Fachhochschulen. Genauso wenig wäre es zielführend, Fachhochschulen einerseits mit bestehenden Hochschulausbildungen zu konkurrieren. Das ist ja zum Beispiel auch der Grund, daß etwa ein Antrag der Fachhochschule des IMC Krems auf einen Exportmanagementstudienlehrgang abgelehnt wurde vom Fachhochschulrat, weil es exakt genau das gleiche bereits an der Wirtschaftsuniversität in Wien gibt. Das heißt nicht, daß man nicht innovativ weiter nachdenken soll. Ganz im Gegenteil! Wichtig ist jedoch, daß auf Grund der ohnehin angespannten finanziellen Ressourcen hier unsinnige Konkurrenz und Parallelitäten, ich möchte fast sogar sagen, Eifersüchteleien zwischen verschiedenen Standorten, zu vermeiden sind.

Und noch eines zu den Fachhochschulen: Eigentlich sollte die Fachhochschule für die aus dem Berufsleben Kommenden den Zugang ermöglichen. Ich glaube, daß diese ursprünglich sehr hehre Absicht noch viel zu wenig zum Tragen kommt. Und ich glaube, daß es auch umgekehrt an den schon erwähnten Bedingungen der Berufsausbildung liegt, daß die Facharbeiter, daß die Fachleute aus dem Berufsleben nicht im erwünschten Maße zur höheren Weiterbildung in die Fachhochschulen gelangen. Es ist also das ein weiteres Argument, daß wir die Berufsausbildung wirklich in der nächsten Zeit reformieren müssen.

Ein vierter Sektor unserer Bildungslandschaft ist die Landesakademie, Hoher Landtag. Das Land Niederösterreich hat seine wissenschaftlichen Akademien neu organisiert. Das kommt auch rein materiell in der Steigerung der Budgetansätze von 10 auf 15 Millionen Schilling nach außen hin klar zum Ausdruck. Wesentlich ist für mich jedoch die innere Situation und die Aufgabenstellung. Und beides erscheint mir wirklich - in diesem Bereich kann man fast nur Positives sagen - in einer guten Phase auf dem richtigen Weg zu sein. Rein räumlich wurde die LAK jetzt in St. Pölten etabliert. Als Kremser sage ich das natürlich mit einer gewissen Wehmut, nicht ohne festzustellen, daß mit einer effizienten Organisationsstruktur und im Interesse einer optimalen Verwaltung natürlich mit der Konzentration am Sitz der Landesverwaltung und den damit verbundenen Vorteilen ich korrespondiere. Sosehr wir uns damals bemüht haben, den möglichen Standort in Krems zu erhalten, so sehr muß ich jetzt allerdings auch im Rückblick sagen, daß es nicht zuletzt auch die Schuld der Leitung der Donau-Universität war, die eigentlich der Landesakademie den Sessel vor die Tür gestellt hat. Indem sie in einer Anwendung von, ich sage nicht Großmannsucht, aber doch in einer Anwendung gemeint hat, dieses riesige Gebäude - und wer kennt das besser als wir - wäre für beide zu klein. Das hat allerdings auch etwas Gutes, das meine ich schon. Denn dort kann sich die Donau-Universität eigenständig entwickeln und nunmehr hier die Landesakademie. Von der Donau-Uni über die Landessportschule nun am endgültigen Standort im Regierungsviertel angelangt, hat die Landesakademie nun endlich den höheren Raumbedarf abgesichert. Und ich glaube, daß sich die vier Bereiche der LAK jetzt optimal entwickeln können. Die Vorstellungen der Geschäftsführung der LAK im Hinblick auf das Budget liegen aber interessanterweise auf Grund ihres Budgetantrages deutlich höher als die Ansätze des Landes. Wenn man die

Budgetanträge der Geschäftsführung anschaut, so sprechen sie 32,8 Millionen Schilling Landesbeitrag an. Im Budget haben wir aber 15. Das heißt, es erscheint mir persönlich momentan noch etwas - vielleicht kann mich jemand aufklären - ungeklärt, woher sollen die restlichen 17 Millionen kommen. Sie sind schon irgendwo da wahrscheinlich, es wird zu Umschichtungen kommen müssen. Wobei ich dazu sage, daß natürlich die Aufbringung von Drittmitteln in der Landesakademie umso mehr eine wichtige Rolle spielen wird.

Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Bereiche eingehen, es gibt noch keine Uhr im neuen Sitzungssaal und auf meine habe ich zu spät gesehen, ich möchte nicht zu lange reden. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, eines soll zur Landesakademie schon noch gesagt sein. Die Landesakademie wird auch den Weg von Kooperationen gehen und gehen müssen. Wie zum Beispiel mit unserer ECO-PLUS, mit verschiedenen Privateinrichtungen, mit Firmen, aber auch mit der Donau-Universität, wie zum Beispiel mit dem MBA, das ja an der Donau-Universität verblieben ist und dort auch vom Land finanziell mitgetragen wird.

Daher komme ich jetzt zum letzten Stichwort dieses Kapitels wissenschaftliche Situation in Niederösterreich, Stichwort Donau-Universität. Eine unliebsame Diskussion, sehr geehrte Damen und Herren. Und jetzt werde ich vielleicht doch den einen oder anderen aufwecken müssen. Denn diese Diskussion, wie sie verlaufen ist, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, war doch schon im gewissen Sinn eine politische, eine etwas vom Zaun gebrochene, eine etwas konstruierte Diskussion. Denn wenn man sich im Nachhinein anschaut, wie diese Diskussion um die Donau-Universität ausgelöst worden ist, wie sie geführt worden ist, und wie sie ausgegangen ist, dann kann man doch sagen, naja, schon viel Lärm - ich will nicht sagen, um nichts - aber etwas übertriebener Lärm.

Auf den Punkt gebracht ist es wichtig, daß der Bestand der Donau-Universität auch mit Hilfe des Landes Niederösterreich und gerade deswegen für die Zukunft gesichert erscheint. Das ist das erfreuliche Ergebnis. Allerdings muß ich schon sagen, haben es sich manche sehr leicht gemacht in der Diskussion. Und da muß ich mich schon an die ÖVP wenden. Denn sie hat ja das mit einer Anfrage ausgelöst. Man kann nicht immer dann, wenn es irgendwo neue Problemstellungen gibt, einfach so schwarz-weiß zeichnen, Schuldzuweisungen suchen - hier sind

die Guten, dort sind die Bösen. Und wehe, der Böse im Bund und wir Guten im Land. Ich weiß schon, daß das Ganze nicht optimal gelaufen ist, aber man sollte bei der Diskussion nicht immer die eigenen Fehler und Versäumnisse so unter den Tisch kehren, und dann auf jemanden hinschlagen, um danach als der große Sieger vielleicht dazustehen. Sie wissen, was ich meine, lieber Freund. *(Abg. Mag. Schneeberger: Nein! Sag uns das, was Du meinst!)*

In diesem Saale war das Thema Donau-Universität sogar Inhalt einer Dankesrede bei der ersten großen Ehrenzeichenverleihung. Ich glaube, daß das damals doch ein bißchen nach Inszenierung ausgeschaut hat. Was waren denn die Wurzeln der Donau-Universitäts-Probleme? Ich sage, eine schlicht und einfach nicht passende gesetzliche Grundlage. *(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist aber ein Bundesgesetz!)*

In dieser gesetzlichen Grundlage kommt nämlich zum Ausdruck, daß die Initiative des Landes Niederösterreich auf Gründung einer eigenen postgradualen Universität keine große Gegenliebe auf Bundesseite gefunden hat. Und jetzt blättern wir zurück im Kalender und schauen, wer waren denn damals die Wissenschaftsminister in der Gründungsphase? Das waren die Herren Minister Tuppy und Busek, Hoher Landtag! Und das ungeliebte Kind erhielt daher damals ein unpassendes Kleid. So wie der verhaßten Stieftochter im Märchen, der man von der eigenen Tochter ein abgetragenes, zu großes Kleid sozusagen umhängt in der Hoffnung, sie wird sich bald lächerlich machen damit. So ungefähr kommt mir diese gesetzliche Konstruktion der Donau-Universität vor. Das war auch so. Eine Universität im neuen Stil, überhaupt nicht der Typ von Studenten, sondern Studierende, die längst graduierte Akademiker waren, die kann man nicht nach dem Muster einer bestehenden, herkömmlichen Universität konzipieren. Das hat zu einem unangemessen großen und umständlichen Konstrukt geführt. Von Haus aus war der Kopf zu groß, ein dreiköpfiges Präsidium, eine aufgeblähte Verwaltung, die Anzahl der Abteilungen war zu groß. Vor allem aber weil dafür nicht die ausreichende finanzielle Dotierung mit auf dem Weg gegeben worden ist. Ich wiederhole: Das waren noch Minister Eures Couleurs, damit wir dann vielleicht auch hören, ob es nicht so war. Es wurde damals leider festgelegt, daß für jedes Vorhaben eine eigene Abteilung eingerichtet werden muß. Also wenn irgendein Professor, ein Forscher, denn das findet statt dort, eine Entwicklung machen wollte, mußte er eine Abteilung gründen mit all dem bürokratischen Umfeld. Diese Hemmnisse haben alles verkompliziert und natürlich viel zu teuer gemacht.

Erinnern wir uns! Dieses Dreierpräsidium der Donau-Uni hat nicht lange gehalten. Es entsprang einer typischen politischen Überlegung. Und dem damaligen Minister Busek darf man jetzt im Nachhinein den Vorwurf nicht ersparen, daß er seine sozusagen "Unliebe" zur Donau-Universität darin zum Ausdruck gebracht hat, daß er hier etwas aufgeklotzt hat. Und dort auch noch alte politische Wertvorstellungen fortzusetzen bestrebt war. Dennoch muß ich sagen, obwohl der Präsident nach wenigen Monaten damals das Handtuch geworfen hat, obwohl ein Rumpfpräsidium übriggeblieben ist, ist es diesem wenigstens gelungen, zahlreiche positive Inhalte zu finden. Es ist Tatsache, daß wirklich ausgezeichnete postgraduale Lehrgänge angeboten werden, die sich mittlerweile gut etabliert haben und die auch von anerkannten Kapazitäten geführt werden. Es hat aber eines gefehlt: Das ausreichend dotierte und das richtig eingesetzte Budget. Ich möchte noch dazu sagen, gerade die erwähnten guten Abteilungen haben viele Drittmittel erwirtschaftet. Es gibt keine universitäre Einrichtung in Österreich, die sich so viel Geld selbst erwirtschaftet wie die Donau-Universität.

Und nun komme ich zum Schluß: Diese angeführten Schwachstellen hat der Minister erkannt - und auch aus dem eigenen Haus kamen Überlegungen - und ich darf für mich in Anspruch nehmen, dabei gewesen zu sein in vielen Stunden - und daher wurde die Notbremse gezogen. Es bedarf einer gesetzlichen Neukonstruktion und -konzeption, es bedarf einer präzisen Aufgabenstellung und einer organisatorisch und personell adäquaten Struktur. Und dazu hat man sich auch noch eine privatwirtschaftliche Ausrichtung vorgenommen, um bei dieser Erneuerung auch materiell eine gute Grundlage zu haben. Ich halte aber fest, daß eine gemeinsame Vorgangsweise der verantwortlichen Kräfte im Land Niederösterreich wesentlich dazu beigetragen hat - trotz der erwähnten kleinen Rankeleien. Weil manche doch geglaubt haben, sie können in Vorwahlzeiten - in Krems wählen wir, in Niederösterreich wählen wir - politisches Kleingeld wechseln. Dennoch sage ich, es war eine geschlossene Vorgangsweise. Und daher hoffe ich, daß die Donau-Universität, die sich jetzt schon auf die Herbstlehrgänge vorbereitet, die Anmeldungen hat, nicht weiter verunsichert wird, sondern abgesichert wird. Und daß sie auch mit den Mitteln des Landes, die deutlich erhöht wurden, nämlich von 16,5 auf 20,5 Millionen Schilling, überleben wird, weiterleben wird und eine gute Zukunft haben wird. In diesem Sinne darf ich für meine Fraktion festhalten, daß wir jenem Budgetbereich ganz besonders gerne

zustimmen, der sich mit dem Thema Wissenschaft, Forschung, höhere Bildung und Berufsausbildung in Niederösterreich beschäftigt. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte ganz kurz auf die Worte der Frau Abgeordneten Egerer replizieren, die ja gemeint hat, der Kindergarten ist und soll als familienunterstützende Maßnahme dienen. Ich meine, das wurde hier im Hohen Haus von niemanden in Zweifel gezogen. Das hat aber auch nichts mit den von der Frau Abgeordneten artikulierten Informationsmängeln im September des Vorjahres zu tun. Ich behaupte hier ganz deutlich, daß die Informationsdefizite in erster Linie bei den Bürgermeisterkonferenzen entstanden sind und in zweiter Linie bei den Informationsveranstaltungen der Verwaltungsakademie, was die Kostenbelastung der Gemeinden betrifft. Ich glaube aber, und das sollte auch noch einmal betont werden, daß es auch andere familienunterstützende Maßnahmen gibt wie den Kinderbetreuungsscheck, die Frau Abgeordnete Rosenkranz hat das schon ausgeführt, der für die Eltern die Wahlfreiheit garantiert.

Aber ich komme auch noch einmal zurück auf das Informationsorgan des NÖ ÖVP-Gemeindevertreterverbandes, "die niederösterreichische Gemeinde". Wenn ich hier, was schon teilweise gesagt wurde, mir den letzten Absatz anschau auf Seite 10, wo es so schön lautet: Diese bei diesem Gespräch herbeigeführten Änderungen - gemeint ist der Kindergartengipfel - sind rasch und ohne unüberlegte Gesetzesnovelle möglich. Sie sind allein durch eine Flexibilisierung des Vollzuges des Kindergartengesetzes machbar. So hoffe ich nur, daß nicht wieder im September ein Informationsmangel gegeben ist. Denn wenn ich mir das Datum anschau, wann das veröffentlicht wurde, so hoffe ich, daß die Österreichische Volkspartei ihre Bürgermeister zumindest so rasch informiert, daß diese auch wissen, was mit Flexibilisierung des Vollzuges gemeint ist. Ich habe die Zeitung aber auch noch weiter gelesen. Diese auf Seite 8 angeführten fünf Punkte haben sich dann beim Beitrag des Herrn Klubobmann Böhm auf vier Punkte reduziert. Ich habe zwischen diesen 5 Punkten auf Seite 8 und den vier Punkten auf Seite 10 auch einige Unterschiede in der Wortwahl festgestellt. Und das ist schon ganz interessant, weil zwischen Beantragen und Wünschen besteht auch ein

großer Unterschied. Wünschen kann ich mir vieles, beantragen kann ich aber nur etwas Konkretes. Das nur zur Frau Abgeordneten Egerer wegen dem Informationsmangel zum Kindergartengesetz. Sie ist leider jetzt nicht hier.

Ich komme jetzt aber zu meinem Beitrag zur Gruppe 2, der sich mit der dualen Lehrlingsausbildung beschäftigt. Ich sage hier sicherlich nichts Neues, aber ich muß es wiederholen, weil der Herr Klubobmann Böhm anderer Meinung war, darauf komme ich noch zu sprechen. Wir sehen in der Lehrlingspolitik absolut keine Trendwende. Denn von 1980 bis 1995 sind die Lehrlingszahlen um ein Drittel gesunken, wobei der Rückgang vor allem in den letzten Jahren dramatisch war. Einige Zahlen: 1980 standen rund 31.000 Lehrlinge in Ausbildung, 1995 waren es nur mehr rund 19.000 Lehrlinge, die von rund 6.600 Lehrbetrieben ausgebildet wurden. Ich glaube, angesichts dieser Zahlen den Abschluß von 807 neuen Lehrverträgen als Erfolg zu feiern, wie dies der Herr Klubobmann Böhm getan hat, grenzt für mich schon etwas in die Nähe der Polemik.

Klubobmann Böhm hat aber seine Aussage auch selbst ad absurdum geführt, indem er auch den Zuwachs von 10 Prozent gegenüber 1995 als Erfolg herangezogen hat. Dieser Zuwachs von lediglich 10 Prozent, Hohes Haus, beweist doch, daß es sich bei der Anzahl der abgeschlossenen Lehrverträge nur um die normale zyklische Entwicklung handelt. Denn 10 Prozent ist nichts Überraschendes bei 800 abgeschlossenen Lehrverträgen. Vielmehr muß man den Lehrlingsbericht 1996 hernehmen. Hier ist die Zahl der offenen Lehrstellen österreichweit seit 1991, also in nur kurzer Zeit auf weniger als ein Fünftel gesunken. Die Zahl der Lehrstellensuchenden hat sich aber verdoppelt. Während 1991 noch jeder Lehrwillige zwischen durchschnittlich sechs Lehrstellen aussuchen konnte, kommen heute zwei Lehrlinge auf eine Ausbildungsstelle. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die erschreckende Wirklichkeit. Und wenn heute gesagt wurde, um 807 Lehrverträge haben wir mehr abgeschlossen in den ersten sechs Monaten, so ist das, ich habe es schon dargelegt, der normale Verlauf des Abschlusses von Lehrverträgen. Und so möchte ich schon sagen, daß man bei dieser Entwicklung, die ich aufgezeigt habe, bei einem Rückgang von rund 31.000 Lehrlingen auf 19.000 Lehrlinge wirklich nicht unerwähnt lassen muß, daß hier die verantwortlichen Politiker von SPÖ und ÖVP tatenlos zugesehen haben, wie die Lehrlingszahlen dramatisch gesunken sind.

Wir müssen aber auch bedenken, daß nach Prognose des Lehrlingsberichtes 1996, im Herbst 1998 im schlechtesten Fall bis zu 9.000 Ausbildungsplätze für Lehrlinge fehlen. Und ich frage Sie hier alle - ich weiß schon, das ist auch Bundesaufgabe - was hat die Bundesregierung dagegen getan? Sie trifft sich in Rust zu einer Regierungsklausur und kündigt eine geplante Lehrlingsoffensive an. Kündigt an, daß sie will, daß kein Jugendlicher auf der Straße stehen muß. Einzige konkrete Aussage verschiedener Ministerinnen und Minister, Ressortchefs, Präsidenten war, daß Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, künftig bei öffentlichen Aufträgen in der Bewertung der Angebote eine Art Bonus erhalten sollen. Nun, ich meine, daß diese Aussagen sehr oberflächlich sind. Das ist so wie beim Kindergarten: Vielleicht werden wir dann im Dezember wissen, wie dieser Bonus aussehen wird.

Ich frage aber auch, was tut die NÖ Landesregierung dagegen? Es wurde heute schon erwähnt, diese hielt über Landeshauptmann Dr. Pröll am 28. Februar 1997 einen Lehrlingsgipfel ab. Eine Initiative zu diesem Lehrlingsgipfel ging von einem gemeinsamen Resolutionsantrag der Herren Abgeordneten Nowohradsky und meiner Wenigkeit aus. Ich habe einen Zwischenbericht inzwischen erhalten, habe den ganz genau studiert. Da sehe ich als wesentliches Ergebnis dieses Lehrlingsgipfels, daß das Land Niederösterreich bereit ist, 50 bis 60 Lehrlinge aufzunehmen und sie zu Professionisten auszubilden. Ich sehe weiters, daß hier festgehalten ist, daß das Arbeitsmarktservice gemeinsam mit der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop regional arbeitsmarktspezifische Lösungen für Lehrlinge suchen wird. Ich habe weiters gelesen, daß eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die ein Konzept für die Ausbildung der Lehrlinge erarbeiten wird, das dann die Grundlage für Verhandlungen mit dem Bund hinsichtlich einer Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes sein soll. Ich habe dann weiters gelesen, daß sich eigentlich nur 25 bis 30 Jugendliche für einen Lehrplatz beim Land interessieren. Daher für mich kein großartiges Ergebnis des Lehrlingsgipfels. Ich habe aber vielmehr den Eindruck, daß ÖVP und SPÖ bei diesem Lehrlingsgipfel unter sich bleiben wollten. Denn es wäre ja vielleicht unangenehm gewesen, über verschiedene freiheitliche Vorstellungen auch zu diskutieren. (*Abg. Hiller: Da ist was Wahres dran!*) Das wird man den Lehrlingen draußen sagen müssen, Herr Klubobmann Hiller, was Sie gemeint haben. Daß es nicht angenehm ist, über freiheitliche Vorstellungen zu diskutieren. Weil

meistens führen freiheitliche Vorstellungen, das sage ich Ihnen heute und ich werde sie auch noch bringen, zu Erfolgen, aber nicht zu Mißerfolgen. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Wir haben es schon bewiesen, Frau Landeshauptmannstellvertreter, wir haben es schon bewiesen. Schauen Sie, das haben wir Ihnen schon dargelegt. Wenn Sie sich immer nur an einer Sache festklammern und keine anderen Vorschläge wissen, wie es weiter geht. *(Anhaltende Unruhe in der ÖVP. - Abg. Hiller: Haben Sie den Text der Unterschriftenliste gelesen? Haben Sie gelesen, was da drinnensteht?)*

Ich kenne den Text, Herr Klubobmann. Ich kenne den Text.

Ich halte fest, ich bin froh, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreter heute hier sitzt und daß wir es sicherlich akzeptieren, daß es jedem Einlader freisteht, es ist sicherlich Angelegenheit des Herrn Landeshauptmannes gewesen, wen er zu einem runden oder eckigen Tischgespräch einlädt. Nur glauben wir ganz einfach, daß die Herausforderungen für unsere Wirtschaft durch die Globalisierung, durch die technologische Entwicklung ganz einfach einerseits eine höhere Mobilität und Flexibilität sowie eine ständige Weiterbildung der Arbeitnehmer und andererseits aber auch die Förderung der Lehrlinge und Facharbeiter in unserem Land erfordert. Ich glaube, wir müssen ganz einfach erkennen, das wurde auch schon von einigen Vorrednern erwähnt, daß Bildung und Qualifikation der Arbeitnehmer ein ganz wesentlicher Faktor für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist. Ich glaube, daß man, um diesen zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können, bereits in den Schulen ansetzen muß. Das heißt, wir meinen, daß der Polytechnische Lehrgang als berufsweisendes Informations- und Bildungsjahr genutzt werden sollte. Denn nur eine gezielte Berufsauswahl garantiert auch Interesse und Motivation bei den Arbeitnehmern. *(Abg. Sacher: Eher vorher schon! Im Polytechnikum ist es zu spät!)* Auch richtig. Ich glaube, der Übergang, so lange wir das österreichische Schulsystem haben mit vier Klassen Volksschulen, daß sehr wohl, was die Berufswahl betrifft, das etwas früher einsetzen könnte, aber spätestens im Polytechnischen Lehrgang.

Zweitens meine ich, daß man auch eine Änderung der Berufsbildgestaltung vornehmen sollte. Daß man hier in die Zukunft sehen müßte. Denn die Statistiken zeigen, daß 25 Prozent der Lehrberufe nur ganz wenig frequentiert werden und zugleich in den letzten Jahren absolut keine

zukunftsorientierten Berufe installiert wurden, weshalb auch eine gewünschte Flexibilität und Mobilität der Lehrlinge und Arbeitnehmer ganz einfach nicht möglich ist. Es müßten daher nicht frequentierte Lehrberufe aus den Berufsbildgestaltungen ausgeschieden und neue Berufsbilder gestaltet werden. Ich denke hier an Umwelt-, Sozial-, Hightech- und Dienstleistungsbereiche. Es müßte aber dann auch auf einer neuen Berufsbildgestaltung aufbauend eine Entrümpelung der Lehrpläne in den Berufsschulen erfolgen, wobei ein Praxisbezug der Lehrinhalte verstärkt berücksichtigt werden sollte. Ich meine dazu aber auch, daß bei der Abstimmung der Lehrpläne auf das Berufsbild entsprechende Fachexperten aus der Wirtschaft beigezogen werden sollten.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube auch, und da sind wir uns ja im Hohen Hause einig, daß das Wissen der Menschen und ihre Lernbereitschaft, daß der gut ausgebildete Facharbeiter sehr wesentlich für die Qualität eines Wirtschaftsstandortes ist. Man könnte daher, um diesem Lehrlingsrückgang entgegenzuwirken, sich auch überlegen, daß die Lehrlinge durch Stipendien für überdurchschnittliche Leistungen gefördert werden. Es wurde aber schon gesagt, daß die Befreiung von der Kommunalsteuer für Lehrlingsentschädigungen nur ein Beginn sein kann. Es müßte ganz einfach auch zu einer steuerlichen Entlastung der Unternehmen kommen, dann würde die Bereitschaft sicherlich stark steigen, Lehrlinge auszubilden bzw. eine Lehre zu machen. *(Abg. Keusch: Das glaube ich nicht!)* Ich glaube es, Kollege Keusch. *(Abg. Keusch: Die Maxime der Unternehmer ist Kostenmaximierung und da ist jedes Mittel recht!)*

Nein, Kollege Keusch, das meine ich deswegen nicht: Es gibt sicherlich bei den Konzernen die Veränderung vom Realkapital zum Finanzkapital, also vom investiven Kapital zum Finanzkapital. Und hier wird man durch steuerliche Entlastungen sicherlich nicht die Bereitschaft stärken können, Lehrlinge auszubilden. Aber die vielen Klein- und Mittelbetriebe in Österreich werden durch steuerliche Anreize sicherlich bereit sein, stärker eine Ausbildung der Lehrlinge durchzuführen.

Ich glaube aber auch, daß man den Stellenwert des Lehrlings anders sehen muß, den Stellenwert der Lehrlingsausbildung ganz anders sehen muß. Und hier zeigt es sich ja, daß ein Lehrling der öffentlichen Hand rund 6.000,- Schilling

wert ist, während es beim AHS-Schüler 60.000,- Schilling sind. Das degradiert einen Lehrling ganz einfach zu einem Jugendlichen zweiter Klasse. Und ich glaube, Lehrlinge sollten gegenüber den Studenten und Schülern ganz einfach nicht als benachteiligt gelten. Daher sollte es auch das Ziel der Wirtschaftspolitik sein, das Image des Lehrberufes und auch die dafür bereitzustellenden Mittel zu erhöhen. Es würde dann möglich machen, daß man auch Stipendien gibt, es würde Unterstützung möglich machen bei der Unterbringung in den Heimen, wodurch der Einstieg in einen Lehrberuf sicherlich attraktiver gestaltet werden könnte. Wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer heute in seiner Einbegleitungsrede gemeint hat, jeder Schilling für Bildungseinrichtungen ist eine gute Investition in die Zukunft, so kann ich diese Ansicht des Herrn Landesrates nur unterstreichen. Ich hoffe jedoch auch, daß sich diese seine Ansicht verstärkt auch bei den gewerblichen Berufsschulen fortsetzt.

Ich habe erwähnt, eine steuerliche Entlastung der Unternehmer würde die Bereitschaft verstärken, wieder Lehrlinge einzustellen. Das kann natürlich nicht sich darauf beschränken, daß die Lehrlingsentschädigungen von der Berechnungsbasis der Kommunalsteuer befreit werden. Das sollte weitergeführt werden. Eine Befreiung beim Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag usw. Es sollte aber auch überlegt werden, ob nicht ein Lehrlingsausbildungsfreibetrag eingeführt wird. Ich meine damit, daß zum Beispiel lehrlingsausbildende Betriebe einen bestimmten Prozentsatz des Lehrlingsaufwandes zusätzlich als Steuerfreibetrag absetzen können.

Ich komme zum Schluß: Ich meine aber auch, daß das Land Niederösterreich ganz leicht einen Beitrag leisten könnte, daß Unternehmen ein zusätzliches Lehrstellenangebot schaffen. Es müßten nur verschiedene Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, ich denke hier insbesondere an das Beteiligungsmodell mit einer Auflage zur Schaffung von Lehrplätzen vernetzt bzw. verknüpft werden. Es freut mich wirklich, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreter jetzt im Saal war, daher auch einige unsere Vorstellungen zum Lehrlingsgipfel, bei dem wir ja offensichtlich nicht erwünscht waren, entgegennehmen konnte. Ich betone, uns Freiheitlichen geht es darum, daß Niederösterreich und Österreich im internationalen Wettbewerb bestehen kann, weshalb auf die vorhandenen Probleme bei der Facharbeiterausbildung ganz einfach mit Antworten reagiert werden soll.

Hohes Haus! Ich bringe aber auch einen Resolutionsantrag, unser Pflichtschulwesen betreffend, ein. Ich darf das Hohe Haus einladen, dem zuzustimmen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Sprengelenteilung für Volks- und Hauptschulen.

Heute spricht man immer öfter von Schulautonomie und Schwerpunktbildung im Pflichtschulbereich. So hat die Hauptschulreform in vielen nÖ. Gemeinden zu einem Wettbewerb um Schüler geführt. Die entstandenen Musik-, Fremdsprachen-, Informatik-, Integrations-, Sport- oder berufsbildenden Hauptschulen veranlassen viele Eltern, ihre Kinder nicht in die Hauptschule ihres Heimatortes zu schicken. Will nun ein Kind eine sprengelfremde Schule innerhalb des Verwaltungsbezirkes besuchen, müssen Bezirksschulrat, Bürgermeister und die Bezirkshauptmannschaft ihre Zustimmung erteilen. Möchte der Schüler eine Schule in einem fremden Verwaltungsbezirk besuchen, muß zusätzlich noch der Landesschulrat und die Landesregierung eingeschaltet werden, was einen relativ großen Verwaltungsaufwand und für die betroffenen Eltern bürokratische Hürden mit sich bringt. Nicht zuletzt müssen viele Eltern den Schulerhaltungsbeitrag bezahlen, weil ihre Wohnsitzgemeinde bei sprengelfremdem Schulbesuch nicht dafür aufkommt.

Auch nach Auffassung der Volksanwaltschaft widerspricht ein zwischen einer beitragspflichtigen Gemeinde und den Unterhaltsverpflichteten abgeschlossener Vertrag der Schulgeldfreiheit, welche auch beim Besuch sprengelfremder öffentlicher Pflichtschulen besteht.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Möglichkeit zu prüfen, die im § 8 des NÖ Pflichtschulgesetzes, LGBl. 5 000-11 enthaltene Regelung zur Bildung von Schulsprengeln sowie die zugehörige Verordnung über die Schulsprengel der Hauptschulen und die Hauptschulgemeinden in Niederösterreich LGBl. 5 000-13 dahingehend zu novellieren bzw. aufzuheben."

Ich darf nochmals hier um Ihre Zustimmung, daß das geprüft wird, ersuchen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des NÖ Landtages!

Ich nehme in der Gruppe 2 zum Sport Stellung, obwohl es mich natürlich reizen würde, auf die Vorschläge und Vorstellungen des Kollegen Dkfm. Rambossek zum Bereich der Lehrlinge zu antworten. Nur ein Hinweis: Es ist ganz, ganz wichtig, daß wir die österreichische Wirtschaft stärken. Denn eine Milliarde Schilling Kaufkraftabfluß in andere Länder bedeuten sicherlich soundsoviele Lehrlingsplätze in Österreich, die hier durch diese verlorengegangenen Umsätze leider nicht angeboten werden können. Und ich bin erfreut, daß nach der Diskussion, die wir vergangene Woche geführt haben, den Freiheitlichen scheinbar der Schrecken in die Knochen gefahren ist, daß sie heute eine, möchte ich sagen, radikale Kehrtwendung um 180 Grad unternommen haben und dann Gottseidank einen Resolutionsantrag in die andere Richtung eingebracht haben, dem wir gerne die Zustimmung erteilt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nimmt man die Entwicklung des Sportes in Niederösterreich genau unter die Lupe, so kann man feststellen, Niederösterreich ist nicht nur das Land des Breitensportes geblieben, sondern es ist auch das Land des Spitzensportes geworden. Diese erfreuliche Erscheinung und Entwicklung trifft nicht nur auf Veranstaltungen zu, sondern wir haben auch eine Reihe von Spitzensportlern, die diese Entwicklung auszeichnen. Barbara Paulus, Thomas Sykora, Alexander Wurz sind Sportasse aus Niederösterreich, welche heute im Weltgeschehen des Sportes erfolgreich mitmischen.

Es ist scheinbar so, daß eben aus der großen Breite des Sportangebotes und der Sporttätigkeit im Land hier auch eine ganz hervorragende Infrastruktur entstanden ist, auf welcher der Spitzensport eine gute Grundlage findet. Beginnend vom Schulsport, wo viele Ideen eingebracht werden, verschiedene Programme abgewickelt werden über die Leistungszentren bis hin zur Landessportschule ergibt sich für jedes Talent heute in Niederösterreich die Möglichkeit, sich auch entsprechend weiter zu entwickeln bis an die Spitze der sportlichen Leistungen.

Auch im Sportbudget 1998 sind in etwa wieder zwei Drittel der Mittel für den Ausbau und die Standardverbesserungen von Sportanlagen vorgesehen, wobei die Dotation größtenteils vom Sportschilling kommt und von diesem abgedeckt wird. Das Sportbudget 1998 ist in etwa gleich hoch dotiert wie jenes des laufenden Jahres 1997, womit auch eine gewisse Kontinuität erkennbar ist und zum anderen feststeht, daß Sport in Niederösterreich nicht Opfer von Sparprogrammen geworden ist, sondern, seiner Bedeutung gemäß der Sport ja als Förderer von Gesundheit und Gestalter einer sinnvollen Freizeitgestaltung seinen unverrückbaren Stellenwert in unserer modernen Landespolitik hat. Der gesellschaftliche Stellenwert des Sportes wird im Budget 1998 auch dadurch dargestellt, daß für den Behinderten- und Versehrten-sport und für den Gesundheits- und Seniorensport eigene Budgetansätze eingerichtet wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausbau der Sportstätten geht einerseits in die Qualitätsverbesserungen auf allen Ebenen und zum anderen treten laufend neue Sportarten auf, die im Trend liegen und daher auch als "Trendsportarten" bezeichnet werden. Hier ist vor allem zu erwähnen Beachvolleyball, Streetball, Inlineskaten. Diese und andere Sportarten haben innerhalb von kürzester Zeit völlig neue Anforderungen an den Sportstättenbau gestellt. Und ich glaube, wir haben insgesamt ja auch unsere Sportpolitik und die Programme dieser Entwicklung gut angepaßt.

Ich kann auch berichten, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Landessportschule in St. Pölten mit einer immer besseren Auslastung aufzuwarten hat und zum Teil bereits unter Raumnot leidet. Auch die Fußballschule in Lindabrunn plant durch Anlagenerweiterungen ein effizienteres Angebot im Betrieb zu ermöglichen, und hier auch die Qualität zu steigern. Auch die Umbauarbeiten und die Qualitätsverbesserungen am Schischulheim Hochkar haben sich bewährt, wobei aber anzumerken ist, daß natürlich durch den Ausfall von diversen Schulschikursen natürlich eine zum Teil negative Entwicklung zu Buche steht, die es zu bewältigen gilt.

Positiv zu bemerken ist, daß nunmehr auch feststeht, daß unsere junge Landeshauptstadt St. Pölten im September dieses Jahres ein Bundesrealgymnasium für Leistungssportler auf der Hermannshöhe erhält mit dem Ausbildungsangebot, welches sich über Fußball, Basketball, Reiten, Karate, Ballett und Segelfliegen erstreckt.

Österreicher und Ungarn, sehr geehrte Damen und Herren, bewerben sich gemeinsam um die Ausrichtung der Europameisterschaft für Fußball im Jahre 2004. Ob wir damit bedacht werden, wird erst 1999 entschieden. Sollten wir aber den Zuschlag erhalten, so steht fest, daß auch St. Pölten ein Austragungsort sein wird oder sein kann und daher auch eine entsprechende Anlage aufweisen muß. Erst jetzt ist die Diskussion entbrannt, soll nun ein Stadion errichtet werden, und wenn ja, wie groß und welches Fassungsvermögen soll dieses haben. Der Herr Landeshauptmann selbst hat eine variable Anlage in die Diskussion eingebracht, womit wesentlich Kosten eingespart werden könnten. Fest steht natürlich noch nicht, ob auch dann der internationale Verband der Idee zustimmt und dies genehmigt. St. Pölten selbst braucht nämlich eine solche Stätte für maximal 10.000 Sitzplätze. Die FIFA fordert, daß mindestens 30.000 Sitzplätze gegeben sein müssen, um hier Gruppenspiele bzw. ein Gruppenturnier abzuhalten.

Wir haben auch die Chance, sehr geehrte Damen und Herren, im Jahre 1999 die Handball-Europameisterschaft zugesprochen zu bekommen. Hier haben wir ja schon bereits positive Erfahrungen und eine gute Reputation uns erarbeitet durch die erfolgreiche Ausrichtung der Handballweltmeisterschaft im Jahre 1995. Etabliert hat sich auch bereits das ATP-Turnier in St. Pölten. Und bemerkenswert ist auch und erwähnenswert die Abhaltung des internationalen Reit- und Springturnieres auf Schloß Grafenegg, welches die bedeutendste Freiluftveranstaltung auf diesem Sektor in Österreich überhaupt ist. Die Weltcup-Schirennen am Semmering sind im Zweijahresrhythmus gesichert und weisen darüber hinaus enormes Publikumsinteresse auf, welches auch dem Semmering als Tourismusregion zugute kommt. Sport ist und wird immer mehr ein Wirtschaftsfaktor, der schließlich und endlich auch unverzichtbar ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Viel weniger Freude kommt auf, wenn man die Konsequenzen des Entwurfes des neuen Naturschutzgesetzes bedenken muß. Ich bin der Ansicht, und diese teilen viele, daß dieser Gesetzesentwurf ein negatives Beispiel zu unserer Absicht ist, wenn es darum geht, zu deregulieren. Hier wird überreglementiert. Neue Bewilligungstatbestände sind nach dieser Landesrat Wagner-Vorlage Sportanlagen, Kfz-Parkplätze bis zu 1.000 m² Fassungsraum und die Beseitigung von Büschen und Hecken. Das sind an und für sich geringe Sachen, die unter Naturschutzrecht gestellt werden. Auch das neue Verbot für Werbeanlagen im Grünland ist

Ausdruck von überzogenen Vorstellungen. Hier fehlen zukünftig den Sportvereinen doch gewisse Mittel, um ihren Bedarf abzudecken.

Ich habe kein Verständnis, sehr geehrte Damen und Herren, wenn in einem Sektor, wo ohnehin alles gut funktioniert, wie das bei der Grünausstattung unserer Sportanlagen selbstverständlich ist, hier Irreglementierungen getroffen werden sollen. Ich kenne keinen Sportverein oder keine Gemeinde, welche als Sportplatzhalter nicht jede Möglichkeit nützt, ihre Sportanlagen so grün wie nur möglich zu gestalten. Das ist für die Verantwortlichen in diesem Metier eine Selbstverständlichkeit. Ich sehe daher überhaupt keinen Bedarf in dieser Hinsicht gegeben. Diese Vorlage, glaube ich, ist eine Reliquie des "St. Bürokratius". Ich denke, der Landtag hat hier eine andere Vorgabe beschlossen für den Entwurf, den neuerlichen Entwurf des Naturschutzgesetzes. Ich hoffe, sehr geehrte Damen und Herren, daß dann im Ausschuß noch einiges repariert werden kann. Und zum zweiten, daß es nicht wieder so wird wie beim NÖ Sportgesetz, daß durch eine rot-blaue Verknüpfung oder Connection versucht wird, hier einfach darüberzufahren. *(Unruhe bei Abg. Gratzler.)*

Schlußendlich haben dann doch die Sportvereine und Verbände das Gesetz dann in der Form geformt, daß es auch im Dienste des Sportes und der Verantwortungsträger nicht nur in der Politik, sondern auch draußen in den Vereinen und Verantwortungen paßt. Ich denke, sehr geehrte Damen und Herren, es wächst auf keinem Baum oder keinem Strauch ein Zweigerl oder ein Blatt mehr, nur weil die ganze Sache unter Naturschutz gestellt werden sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sport in Niederösterreich wird von einer Reihe von Organisationen begleitet, welche sehr viele ehrenamtliche Tätigkeiten aufweisen und für die möchte ich ganz besonders im Jahr der Freiwilligen ein herzliches Danke sagen. All jenen oftmals Unbedankten, welche hier einen unbezahlbaren Einsatz leisten und durch welche das Sportgeschehen in Niederösterreich eine ganz besonders gute Ausprägung hat. Diese Idealisten sind unverzichtbar, sie sind unbezahlbar und in ihrem Arbeitseifer unübertreffbar. Ein Dankeschön möchte ich auch der Sportabteilung des Landes für ihren bürger-nahen Sportservice sagen, welcher den Vereinen und den Aktiven in all ihren Wünschen entgegengebracht wird. Hier spürt man, daß es nicht um die Macht des Geldverteilens geht, sondern man setzt sich wirklich bis ins Detail mit den Vereinen

mit Rat und Tat sehr partnerschaftlich und fachkompetent auseinander und betreut - ich bin oftmals mit dabei und Zeuge - diese oft großen Investitionen, bis sie erfolgreich zum Abschluß gebracht werden können. Herzlichen Dank dem Leiter dieser Abteilung, Hofrat Dr. Binder und seinen Mitarbeitern.

Abschließend darf ich noch bemerken, sehr geehrte Damen und Herren, daß diese Budgetvorlage der Weiterentwicklung eines modernen Sportgeschehens in Niederösterreich äußerst dienlich ist und daß Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop es hier gelungen ist, eine erfolgreiche Sportpolitik auch für die nächsten Jahre weiter fortzuschreiben. Mit einem herzlichen Dankeschön werde ich selbstverständlich dieser Vorlage die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KO CZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Marchat zu Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Bevor ich auf die Sportaktivitäten des Herrn Landeshauptmannes eingehen will, die ja der Herr Kollege Hiller überhaupt nicht erwähnt hat, möchte ich kurz die landwirtschaftlichen Schulen streifen, weil die auch im Kapitel 2 ihren Niederschlag finden. Es geht wie immer bei dieser Causa um das Zusperrn einiger Fachschulen. Und ich glaube, die Verunsicherung draußen ist sehr groß. Mein momentaner Wissensstand ist der, daß demnächst die Fachschulen in Haag, Unterleiten und Gumpoldskirchen zugesperrt werden sollen. Bei der Fachschule Haag ist das auch ökonomisch falsch, weil die Verlegung nach Gießhübl mit den momentanen Räumlichkeiten nicht getan wäre. Das heißt, in Gießhübl muß ein Zubau getätigt werden, in Haag hat man die Schule vor Ort und sie funktioniert auch gut. In Unterleiten erinnere ich an den Bericht des Finanzkontroll-Ausschusses, der acht landwirtschaftliche Schulen verglichen hat. Und diese Schule hat am besten von allen Vergleichsschulen abgeschnitten. Und auch diese Schule steht vor der Schließung, obwohl sich die ganze Region einschließlich Bürgermeister und Vizebürgermeister der Gemeinde Hollenstein dagegen wehrt. Zu Haag fällt mir vielleicht noch ein, weil ich den Kollegen Hofmayer sehe, der begrüßt es sogar noch in "NÖN"-Artikeln, wie wichtig es ist, daß man eine landwirtschaftliche Schule zusperrt. *(Abg. Hofmayer: Nicht um Zusperrn geht es, um Zusammenlegung!)* Das paßt genau in das Bild eines Bauernbundpolitikers

hinein. Hier wird versucht, die Bildung der bäuerlichen Jugend zu untergraben. Aber das wissen wir ohnehin, daß Ihr das schon lange verfolgt. Und zu Gumpoldskirchen, muß ich erinnern, gibt es einen Resolutionsantrag, der in diesem Hohen Haus beschlossen wurde, diese Schule nicht zu schließen. Und der zuständige Landesrat Blochberger setzt sich wie immer über den Landtag hinweg, vollzieht Beschlüsse dieses Landtages nicht. Das ist ja in der Umweltpolitik dasselbe. Mein Kollege Haberler wird ihm morgen dazu berichten.

Ich glaube, hier sind wir aufgerufen in diesem Landtag und ich appelliere besonders auch an die SPÖ, wirklich aufzupassen, daß das nicht passiert. Ich appelliere aber auch wirklich, nicht nur die Schule Gumpoldskirchen zu sichern, sondern auch die beiden anderen Standorte, uns zu helfen. Weil ich glaube, daß gerade diese anderen beiden Schulen auch hervorragende Arbeit leisten und nicht zugesperrt werden sollten.

Ich komme damit zur Sportpolitik und werde mich diesmal hauptsächlich dem Thema "Admira-Wacker", ich möchte schon sagen, der "Causa Admira-Wacker" oder Untertitel, "die erfolgreiche Sportpolitik eines Landeshauptmannes", widmen. Und beginne mit Zitaten, die, glaube ich, eigentlich schon für sich sprechen würden. Ich werde sie dann aber auch kommentieren. Ich habe hier die "Kronen Zeitung" vor mir vom Montag, den 2. Juni. Da steht: "Die Ratten verließen uns. Mit einem Transparent, offensichtlich adressiert an die Herren Pröll und Schuhböck, kommentierten die Fans von Admira Wacker das Scheitern des SCN-Projektes auf ihre Art." *(Abg. Marchat zeigt Zeitungsausschnitte!)* Oder, "Kurier": "Der Kapitän ging über Bord". "Kurier" vom 27. Mai, ich zitiere: Die Wirtschaft schafft an, die gibt dem Fußball das nötige Geld. 17 Millionen Schilling haben Sponsoren in meiner Ära dem Verein gezahlt, um 10 mehr als meinem Vorgänger, erklärt Schuhböck. Anmerkung: Das ist der überaus erfolgreiche Obmann, der Kompanion des Herrn Pröll. Für Admiras Übergangsregierung ist Prölls und Schuhböcks Demission (wörtlich) schmutzig. So knapp vor der Lizenzvergabe, so knapp vor Saisonschluß. Admira werde aber nicht untergehen. Oder eine Wiener Sportzeitung, "Wiener Sport am Montag", ebenfalls vom 2. Juni: Admira Mödling, letzte Überlebenshilfe im Süden. Da steht: Die vorjährigen Retter Pröll und Schuhböck haben sich bei Admira, nicht ohne die Förderungsmittel des Landes Niederösterreich zu sperren und weitere Sponsoren mitzunehmen, aus dem Staub gemacht, weil die Alt-Admiraner nicht bereit

waren, Admira Wacker in der Landeshauptstadt mit St. Pölten endgültig zu einem SC Niederösterreich zu verschmelzen, den Standort Südstadt für alle Zeiten aufzugeben. Der Admira hatte die Südstadt zwar nie Fans gebracht, aber auch Pröll brachte dem Klub nur Versprechen. Nun wird St. Pölten auf höchster Ebene weiter beglückt. Ob sich dort sportlicher Erfolg einstellt, bleibt abzuwarten und Admira Mödling wird auch schwer auf ein sportlich grünes Blatt kommen. Und das richtet sich alles nach St. Pölten. Und da bin ich bei der "Krone" vom 27. Mai: "SCN - Ja, Admira Wacker - Nein." Ich zitiere wieder: Noch ist es nicht offiziell, aber trotzdem so gut wie beschlossen. Pröll wird im Sommer den Zweitdivisionär VSE St. Pölten übernehmen und zum SCN St. Pölten machen. In seinem Schlepptau alle Sponsoren, Schuhböck und auch Trainer Kurt Garger. Ein schlagkräftiges Team muß aber erst gefunden werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ein Kommentar wäre überflüssig. Aber man muß sich schon fragen und auch einige Fragen an den Landeshauptmann stellen, der ja nur in den Zeitungen beim Sport präsent ist. Da interessiert es ihn nicht, wie hat das ausgesehen, diese Ankündigung vom 27. Mai? Es war kein einziger St. Pöltener Politiker informiert, meines Wissens nicht einmal der Bürgermeister. Pröll hat nur Kontakt gehabt mit dem VSE-Präsidenten, nicht mit den Vorstandsmitgliedern, wobei mir einige persönlich sehr gut bekannt sind, und hat über die Zeitung ausrichten lassen, daß er, Schuhböck und Garger, nach St. Pölten kommen. Ich betrachte das als gefährliche Drohung für die St. Pöltener und St. Pöltnerinnen, wenn der erfolgreiche Sportpolitiker Pröll nach dem SC Krems Admira Wacker ruiniert hat und jetzt vielleicht auch noch den ohnehin maroden VSE ruiniert.

Aber es geht weiter und ich möchte auch die Doppelzüngigkeit des Landeshauptmannes hier darstellen. In der "NÖN", ich bin jetzt schon bei Euch, in der "NÖN" von der Woche 23 wird zitiert: Aus dem Lager der Opposition kamen scharfe Reaktionen auf Landeshauptmann Prölls Rücktritt als SCN-Präsident. Übrigens, das sehe nicht nur ich so, ich lese dann die Stellungnahme von Hannes Bauer, SPÖ. Nein, schaut, wenn Ihr mir unterstellt, daß ich mich nicht auskenne, vielleicht glaubt Ihr dem Herrn Bauer von der SPÖ oder der Frau Halmer vom LIF. Aber es ist ja tragisch, daß wir alle uns nicht auskennen, der Herr Landeshauptmann schon zwei Vereine finanziell ruiniert hat, aber der kennt sich scheinbar aus. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Aus dem Lager der Opposition kamen scharfe Reaktionen. Hannes Bauer, SPÖ: Nachdem Millionen Schilling an Steuermitteln in den Aufbau des SCN geflossen sind und dennoch die Erfolge ausgeblieben sind, verläßt Pröll den Verein, um unmittelbar ein neues Projekt für St. Pölten anzukündigen, ohne daß ein entsprechendes Konzept für die finanzielle Sicherheit ausgearbeitet worden ist. Ich glaube, eine legitime Kritik des Klubobmannes der zweitstärksten Partei in diesem Haus. Wie kontert der Herr Landeshauptmann in einem Interview? Der Herr Landeshauptmann wird gefragt in diesem Interview, waren da nicht auch Steuermittel dabei? Genau das, was der Herr Klubobmann gesagt hat. Antwort des Herrn Landeshauptmannes: Blödsinn. Der SCN hat nie mehr als im Gesetz festgeschriebene Mittel der Spitzensportförderung erhalten. Etwas anderes zu

behaupten, ist eine glatte Lüge, die von Hinterbänkern in die Welt gesetzt wird. Wenn sich der Herr Klubobmann Dr. Bauer das gefallen läßt, daß er als Lügner und Hinterbänkler bezeichnet wird, ich nicht. Erwin Pröll spuckt Feuer gegen seine politischen Kontrahenten - Hinterbänkler. Der Herr Landeshauptmann als Feuerspucker. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich komme schon noch zu etwas.

Es geht weiter in diesem Interview, wo der Herr Landeshauptmann gefragt wird, wieviel Schulden hat Admira nach ihrem Abgang? Antwort, ich zitiere: So viele wie bei meinem Amtsantritt. Ich habe vor einem Jahr den Verein um dieselbe Zeit, also knapp vor der Relegation übernommen. Mir wurde damals versichert, der Verein sei schuldenfrei. Innerhalb weniger Tage hat sich das als falsch herausgestellt. Plötzlich tauchten Forderungen in Millionenhöhe auf. Mit genau diesem Stand übergeben wir wieder. Ja, im Gegenteil, vor wenigen Wochen habe ich noch über meine Kontakte vier Millionen Sponsergelder aufgestellt, um die Situation zu entschärfen. Meine Damen und Herren! Das ist nicht die Unwahrheit, das ist eine glatte Lüge. Ich werde es hier auch beweisen von diesem Rednerpult. Erstens ist der Herr Pröll mehr als vier Jahre Admira Wacker-Präsident gewesen. Zweitens habe ich hier ein Gutachten eines Wirtschaftstreibenden. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Das ist schon wieder eine Lüge, 4 Jahre, wenn er eineinviertel Jahre Präsident war!*) Freilich. Wann hat er denn die Admira Wacker übernommen? Ende 1992 ist der Herr Pröll Präsident bei Admira Wacker geworden. Bitte sich genau zu erkundigen, Herr Präsident.

Vor einem Jahr hat der Herr Schubböck die Obmannschaft übernommen. Ich glaube, daß das der Herr Landeshauptmann glaubt. Und der Schuldenstand damals war ein anderer. Ich habe hier ein Gutachten eines Wirtschaftstreuhanders, der beeideter Buchprüfer und Steuerberater ist, der dieses Gutachten dem damaligen Obmann und scheidenden Obmann Müller-Fembeck erstellt hat. Das lese ich jetzt vor. Und das ist keine Zeitung, das ist ein Gutachten. Ich hoffe, daß dem auch aufmerksam zugehört wird: FC Admira Wacker. Anlässlich der Endigung ihrer Funktion als Obmann des Fußballklubs FC Admira Wacker am 29. Mai 1996 teile ich ihnen mit: Auf Grund des Prüfberichtes der Rechnungsprüfer per 20. Mai 1996 - also 13 Monate, ein bißchen mehr als ein Jahr - sowie meinen eigenen Feststellungen und auch das Ergebnis des Lizenzierungsverfahrens durch die österreichische Bundesliga haben Sie den Verein in geordneten finanziellen Verhältnissen übergeben. Im einzelnen übersteigen die kurz-

und langfristigen Verbindlichkeiten das Umlaufvermögen um 4,629.000,- Schilling. Dieser Betrag ist durch das Anlagevermögen (ohne Berücksichtigung der Transferrechte) zum Buchwert per 4,276.000,- Schilling gedeckt. In diesem Anlagevermögen sind drei Eigentumswohnungen enthalten. Die stillen Reserven bei der Bewertung der Eigentumswohnungen übersteigen die Buchwerte beträchtlich. Es besteht daher keine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne per 20. Mai. Für die Entwertung der Transferrechte durch das Bosmans-Urteil kann der Vereinsvorstand nicht zur Verantwortung gezogen werden, da hier ein Fall von höherer Gewalt vorliegt. Im Falle des sich im Stadium der Berufung befindlichen Verfahrens über die Kommunalsteuerpflicht der Spielergehälter ist bei einem für den Verein negativen Ausgang des Verfahrens mit einer Zahlung für die Jahre 1994 und 1995 von 737.553,- Schilling an die Marktgemeinde Maria Enzersdorf zu rechnen. Mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme verbleibe ich... Das heißt im schlechtesten Falle Schulden von einer Million Schilling. Jetzt hat der Verein bei über 10 Millionen Schilling, mit den Wohnungen, mit dem Aktivkapital von über vier Millionen sind es weit über 16 Millionen. Das heißt, da geht ein Landeshauptmann in seiner Funktion als Präsident eines Fußballvereines in die Öffentlichkeit, belügt die Öffentlichkeit und sagt einfach, jeder, der etwas anderes behauptet ist ein Lügner und ein Hinterbänkler. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich habe ja dieses Gutachten da. Und dieses Gutachten ist durch einen beeideten Buchprüfer und Steuerberater erstellt worden. Und das ist halt Faktum. (*Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.*) Danke dem Herrn Klubobmann für die Unterstützung. So Hinterbänkler wie wir müssen halt zusammenhalten in dieser Frage. Ich habe da ein Gutachten, ich habe es vorgelesen.

Und jetzt taucht natürlich eine Fülle von Fragen auf. Und ich werde auch aus dem "Kurier" vom 16. Juni zitieren, weil das, glaube ich, wichtig ist. Weil morgen die Generalversammlung der Admira sein wird. Und ich glaube, daß diese Fragen endlich geklärt werden müßten. Es gibt nämlich weitere Ungereimtheiten bei diesem Verein und ich zitiere aus dem "Kurier" vom 16. Juni: Trotzdem sind etliche Unklarheiten aufzuarbeiten und zu lösen. Wieviel Geld erhielt SCN Admira für den Transfer von Klauhsz - Anmerkung: Ist ein ungarischer Stürmer - nach Salzburg. In der Buchhaltung ist man darüber nicht fündig geworden. Untertitel: Wieviel kassierte der SCN? Warum sind beim SCN für Wolfgang Knaller nur 150.000,- Schilling eingegangen. (*Heftige Unruhe bei der ÖVP.*) Das interessiert mich schon. Wenn der ranghöchste Politiker dieses Landes in für

meine Begriffe einen der größten Skandale verwickelt ist, dann ist das interessant. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das wird sich alles klären. Warum sind beim SCN für Wolfgang Knaller nur 150.000,- Schilling Ablösesumme verbucht, obwohl Austria 1,5 Millionen Schilling überwiesen haben soll. Dies behauptet jedenfalls ein Admiras-Aufsichtsratsmitglied. Außerdem kündigt Knaller ein gerichtliches Verfahren gegen den Klub an. Mir steht noch eine größere Summe zu, aber Schuhböck und Co. stellten sich taub. Es geht weiter: Warum wurden vom alten Vorstand 1994 14 Millionen Schilling von der EVN im voraus kassiert? Ist auch komisch. Uns hat man immer gesagt, die EVN sponsert die Admira nicht, wenn man das behauptet hat. Obwohl der Vertrag bis 1999 läuft. Ex-Obmann Schuhböck: Ich bin auf die Antwort gespannt. Bitte, wer wie er sollte es wissen! (*LHStv. Prokop: Schimaneck war doch im Präsidium!*)

Hat 1993 zurückgelegt. Ich habe genau gewußt, daß das kommt. Hat 1993 zurückgelegt, ist jederzeit belegbar. Aber die Transfers Klauhsz und Knaller waren alle voriges Jahr unter der Präsidentschaft Pröll und der Obmannschaft Schuhböck. Ist ja für mich ein "Duo Infernal", die zwei, wenn ich mir das alles durchlese. Warum versah der ehemalige sportliche Leiter Keider im Winter Leihverträge mit dem Freigabestempel? Ein Spieler erhielt somit einen Persilschein für Gerasdorf. Wieviel Admira-Kicker laut Rechtsanwalt zurückgeholt werden müssen, ist laut Obmann Mucha noch nicht bekannt. (*Nach wie vor Unruhe im Hohen Hause.*)

Und für mich die Kernfrage: Wird das Duo Pröll - Schuhböck am 24. Juni, also morgen - und darum ist die Sache so aktuell - bei der Admiras-Generalversammlung anwesend sein und übergibt Landeshauptmann Pröll wie versprochen den Verein mit jenem finanziellen Status, mit dem er diesen übernommen hat? Davon hängt auch die Entlastung des alten Vorstandes ab. Meines Erachtens nach kann er den Verein nicht so übergeben, wie er ihn übernommen hat, weil die Verschuldung zu groß ist. Die Gelder der Transfers müssen geklärt werden. Andernfalls wird das Ganze sicherlich ein Fall für den Staatsanwalt und ich glaube, das ist nicht der Sinn in einer Sportpolitik.

Abschließend noch zur Jugendarbeit. Ich glaube von der Admira - ich habe die Admira sehr oft kritisiert - war das das einzige, das funktioniert hat. Scheinbar will man auch dort aushöhlen. Aber ich bekenne mich dazu, ich war es, der voriges Jahr einen Antrag gestellt hat, daß das Bundesleistungszentrum St. Pölten wieder auflebt

oder wieder in Betrieb geht. Ich kann mich an die Reaktion der ÖVP-Politiker von damals erinnern. Man hat keine wirkliche Freude damit gehabt. Und jetzt muß man halt lesen, daß der Herr Landeshauptmann sich dafür einsetzen wird im Zuge des SCN-Projektes, in St. Pölten wieder ein Bundesleistungsnachwuchszentrum zu errichten. Das heißt, ich hätte es ihm schon vor einem Jahr gesagt. Er hätte ja nur das machen müssen, was wir gesagt haben. Ich hoffe, daß wenigstens diese Ankündigung, für den Nachwuchs Gelder bereitzustellen, daß die wahr gemacht wird. Heute hat man es ja gesehen, daß dem nicht so ist. Wir hätten diese 869.000,- Schilling dem SC Landhaus weggenommen und in den Nachwuchs gesteckt. Scheinbar ist es Euch nicht ernst damit und beim Budgetposten Leistungszentrum oder Leistungszentren finden wir genau denselben Budgetansatz wie voriges Jahr. Also ich glaube, es ist wieder nur eine Ankündigung des Landeshauptmannes und in St. Pölten werden wir nach wie vor kein Leistungszentrum bekommen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächste Rednerin gelangt die Frau Abgeordnete Auer zu Wort.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht nur zu Beginn von meinen Ausführungen ein paar Worte zum Kollegen Dkfm. Rambossek. Er hat schon recht, was den Informationsbedarf betrifft. Ganz so recht hat er zum Beispiel beim Kinderbetreuungsscheck als familienergänzende Einrichtung nicht mehr. Erstens gibt es ihn noch nicht - und ich möchte dazu sagen, Gottseidank gibt es ihn noch nicht. Denn bei diesem Kinderbetreuungsscheck, der nach meinem Gefühl und so, was man jetzt liest und hört und wenn man die Studie anschaut, mehr Probleme und Nachteile für den Großteil der Erziehungsberechtigten mit sich bringt als Vorteile, da orten wir noch Informationsbedarf. Da scheint der Informationsmangel noch wesentlich größer als bei der Einführung des Kindergartengesetzes.

Meine Damen und Herren! Ein Jahr neues Kindergartengesetz. Ist das Anlaß zum Jubeln? Anlaß zum Nachdenken? Anlaß zum Korrigieren und Verbessern? Anlaß zum Verzweifeln? Oder sind uns die Veränderungen und Auswirkungen dieses Kindergartengesetzes egal? Ich möchte glauben, von all diesen aufgezählten Punkten ist irgendetwas richtig dabei. Wenn ich so Punkt für Punkt vielleicht mir das anschauen kann. Zum Jubeln fällt mir ein oder liegt ganz klar auf der

Hand, dieses Gesetz ist vom Inhalt her eine eindeutige Verbesserung. Eine Verbesserung zugunsten der Kinder. Eine Qualitätsverbesserung, weil, wie wir alle wissen, pro Gruppe zwei Personen für 28 Kinder zur Verfügung stehen. Weil die Helferin zusätzlich eine Ausbildung erhält, weil eine kontinuierliche Betreuung für unsere Kinder, die die Betreuung brauchen, gegeben ist, die Möglichkeit im Gesetz vorgesehen ist, wenn man das Gesetz richtig anwendet. Und weil eben nicht ein ständiger Wechsel zu verschiedenen Betreuungspersonen notwendig ist. Weil auch nachmittags bei mehr als acht Kindern eine zweite Person anwesend sein muß. Für die Erziehungsberechtigten, weil das Gesetz bedarfsgerechte Öffnungszeiten vorsieht, weil das Gesetz die Möglichkeit der Betreuung auch in der Ferienzeit vorsieht. Wenn schon nicht gruppenweise, kann zumindest kindergartenweise ein Wechsel stattfinden.

Zum Nachdenken - da fallen mir leider etwas mehr Punkte ein. Bei der Beschlußfassung vor nunmehr einem Jahr haben wir gleichzeitig, weil uns bewußt war, daß es einige Schwierigkeiten geben wird, ein halbes Jahr Beobachtungszeitraum vereinbart. Und ich kann mich genau erinnern, daß ich es damals, und das ist auch nachzulesen, hier vom Rednerpult noch einmal fixiert und bestätigt habe. Wir haben festgelegt, eine Umfrage in den Gemeinden zu machen nach diesem halben Jahr, um die Mängel bei der Umsetzung feststellen zu können. Diese Umfrage in den Gemeinden hat stattgefunden. Und das Ergebnis zeigt in weiten Bereichen genau dort die Mängel, wo wir sie von Haus aus aufgezeigt haben. Aber wo es nicht möglich war, sie von Haus aus wegzubringen, weil es dafür im Landtag keine Mehrheit gab.

Punkt 1: Kostenneutralität wurde in der Verhandlung zur Gesetzeswerdung zugesagt. Kostenneutralität gibt es nicht. Abgeordneter Klubobmann Gratzler hat schon festgestellt, 24 Millionen fehlen im ersten Kindergartenjahr. Nach Aussage der Gemeindevertreter sind es 26 bis 30 Millionen, die im ersten Jahr fehlen werden. Ganz logisch: Pro Gruppe eine Helferin, das sind rund 800 Helferinnen mehr in Niederösterreich, eine geringere Finanzierung durch das Land Niederösterreich, nachdem ja der Budgetansatz mit S 194,048.000,- gleich hoch geblieben ist, kann es sich nicht anders ausgehen. Das heißt, der Kindergartenerhalter wird wesentlich stärker zur Kasse gebeten. Das führt aber zu Auswirkungen dem Gesetz gegenüber. Das führt dazu, daß einige Gemeinden das Gesetz noch immer nicht anwenden. Das führt dazu, daß das Gesetz teilweise nur halbherzig angewendet wird und man

oft mehr Zeit dafür aufwendet, warum manches nicht geht oder nicht durchführbar ist oder es so auch gut genug sein muß. Aus Angst vor den Kosten, die zusätzlich auf die Gemeinde zukommen. Und dadurch wird wieder eines nicht erreicht, nämlich die Erleichterungen für die Erziehungsberechtigten, die sie sich von diesem neuen Kindergarten gesetz erwartet haben. Weil es bei weitem nicht bedarfsgerechte Öffnungszeiten gibt, weil bei weitem in einigen anderen Bereichen noch das Gesetz nicht wirklich vernünftig zur Anwendung kommt.

Das führt aber auch dazu, daß - auch das haben schon einige hier gesagt - bei der Nachmittagsbetreuung nur mehr 5.000 Kinder statt 13.500 hier sind. Und jetzt kann ich es mir leicht machen: Die Kollegin Egerer hat gesagt, wahrscheinlich brauchen die anderen das nicht. Und jetzt kann ich es mir noch leichter machen, der Abgeordnete Ing. Gansch hat gesagt, na, dann richten sie es sich anders. Wahrscheinlich haben sie alle eine Tagesmutter. Das glaube ich nicht! Denn wenn ich nachdenke und sage, wenn ich mein Kind maximal bis 16.00 Uhr im Kindergarten lasse, dann kostet mich das im Monat 1.000,- Schilling. Hole ich mein Kind um 13.00 Uhr, weil ich etwas zahlen muß und ich brauche daher eine Betreuung und gebe es zur Tagesmutter, so bekomme ich eine Tagesmutter nicht unter 35,- Schilling. Aber auch, wenn ich nur 30,- Schilling pro Stunde rechne, drei Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, vier Wochen im Monat, sind das mindestens 2.000,- Schilling. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand das Kind um 1.000,- Schilling nicht betreuen läßt, aber um 2.000,- Schilling sehr wohl. Und wenn ich die Betreuung dann noch länger brauche, wird es natürlich noch wesentlich teurer. Also stimmt dabei etwas nicht! Es kann nur eine Mischform sein. Das heißt auf der einen Seite, wirklich ein Teil jener Erziehungsberechtigten, die ab Mittag zu Hause sind, die vielleicht wirklich zu Hause sind, oder nur Teilzeit arbeiten am Vormittag, die Gottseidank diese Möglichkeit haben, die ab Mittag wirklich keine Betreuung brauchen. Da muß ich sagen, ich gebe der Kollegin Egerer recht, dann ist es richtig. Weil dann ist es gescheitert, es ist in der Familie, bei der Familie und die Familie kann sich intensiver um das eigene Kind kümmern.

Der andere Bereich zeigt mir aber, daß für jene, die doch eine Betreuung brauchen, wie ich dies zuerst gesagt habe, das Gesetz offenbar nicht so angewandt wird wie es möglich wäre. Die brauchen trotzdem, weil es nicht ausreichend angeboten wird, eine zusätzliche andere Betreuung. Und dann sagen sie sich, bevor ich es um

15.00 Uhr oder um 16.00 Uhr hole, oder egal, wann immer zugesperrt wird, dann brauche ich wieder jemanden. Bevor ich zwei Stunden zahle, suche ich mir gleich eine andere Lösung, eine die mir als Familie besser dient und besser angewendet werden kann.

Daß die Zahl der am Nachmittag zu betreuenden Kinder im Steigen ist, wird mir die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop bestätigen. Sie selber schreibt in Aussendungen, daß die Zahl leicht im Steigen begriffen ist. Ich glaube, sie wird wesentlich stärker steigen, wenn eben die Möglichkeiten dieses Gesetzes wirklich ausgeschöpft werden, mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten. Und eines kommt noch dazu und das sieht man noch nicht so deutlich: Wir haben wirklich sehr spät das Kindergartengesetz beschlossen. Und dann hat es Gemeinden gegeben, die haben es mit September eingeführt. Dann hat es Gemeinden gegeben, die haben es mit Jänner eingeführt. Dann hat es Gemeinden gegeben, die haben es teilweise eingeführt. Dann hat es Gemeinden gegeben, die haben es noch gar nicht eingeführt. Wenn ich heute erziehungsberechtigt bin und berufstätig bin, kann ich mich nicht darauf verlassen, oder habe mich nicht darauf verlassen können, daß im September wirklich das Angebot so vorhanden ist, wie ich es brauchen kann. Das heißt, viele von jenen, die wirklich eine Betreuung brauchen, waren gezwungen, eine andere Möglichkeit zu suchen, weil sie tatsächlich und oft bis heute nicht wissen, wie sich die Regelungen im Kindergartenwesen entwickeln werden. Das heißt, eine flexiblere Anwendung dieses Gesetzes muß möglich gemacht werden.

Und noch ein Punkt, der mir aufgefallen ist. Jeder herinnen, der Kontakt zum Kindergarten hat oder in der Gemeindevertretung sitzt, weiß und wird mir bestätigen, daß wir zu wenig Kindergärtnerinnen haben. Wir haben Springerinnen, alle Kindergärtnerinnen oder fast alle werden in den letzten Jahren nur mehr teilzeitbeschäftigt aufgenommen. Aber ab Februar ist es fast unmöglich, wenn eine Kindergärtnerin ausfällt, einen Ersatz zu bekommen, weil alle Springerinnen bereits fix wo einen Posten haben. Bedingt durch Karenz, durch Krankheit egal wie immer, wenn jemand länger ausfällt. Das heißt, alle Springerinnen sind da fixiert auf einem fixen Posten und es gibt so gut wie keine mehr. Und das Problem liegt wieder einmal bei den Gemeinden. Das bedeutet aber, wenn Kindergärtnerinnen nur mehr teilzeitbeschäftigt werden, müßte in Wirklichkeit die Personalvertretung auf die Barrikaden gehen. Man stelle sich vor, fünf Jahre Ausbildung, Matura, und

jemand, der fertig wird, hat als Ausblick für seine zukünftige Tätigkeit einen Teilzeitjob. Und dazu lernt er fünf Jahre und schließt ab mit Matura. Wenn ich zynisch wäre, würde ich sagen, ist das gewollt? Denn jede, die nur einen Halbtagsjob hat, könnte eigentlich Nachmittag als Tagesmutter arbeiten. Sie wäre eigentlich dafür gut ausgebildet. Oder vielleicht als Erzieherin in einem Hort. Auch das könnte möglich sein. Und wenn ich mir dann noch den Dienstpostenplan anschau und ich stelle fest, daß auf Grund weiterer Ausbauten und Zubauten 1998 95 Kindergärtnerinnen mehr gebraucht werden. Und ich stelle dann fest, daß im Budget die Summe - nicht die Anzahl der Kindergärtnerinnen, sondern bei den Kosten, Leistungen für den Personalaufwand - ebenfalls unverändert hoch ist. Dann denke ich mir, irgendetwas kann da ja eigentlich nicht stimmen. Aber vielleicht ist das wieder einmal nur die Logik, die mir einen Streich spielt. Wenn bei fast 100 mehr kein Groschen mehr im Budget zu sehen ist, kann irgendetwas daran wirklich nicht stimmen. Durch weiteren Ausbau und Zubau brauche ich auch das Personal und dann kommen ja die Kosten voll zum Tragen.

Demgegenüber haben wir das andere Problem, daß wir ganztägig Beschäftigte haben fix an einem Kindergarten, der aber zu Mittag zusperrt. Der nur von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr oder von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr offen hält. Wir haben gehört, im ganzen Bezirk Zwettl gibt es keine einzige nachmittags geführte Gruppe. Wir wissen, im Bezirk Waidhofen a.d. Thaya gibt es nur zwei Gruppen - nicht Kindergärten - die nachmittags geführt werden. Wo also dann tatsächlich die Kindergärtnerin im leeren Kindergarten ihren Dienst absolviert. Sie wird gemütlich ihre Vorbereitung machen für den nächsten Tag, wird ihren Elternabend vorbereiten, das mag schon sein. Nur, von der Optik her, bitte, für die Menschen, die in dieser Gemeinde leben, die das ja sehen und mitbekommen, ist das halt nicht gerade die ideale Lösung.

Und wenn ich dann noch anschau und der Wunsch da ist, und ich habe da vom 2. Mai die "NÖN" von Niederösterreich, Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop ist da drinnen: Bei der Betreuung am Nachmittag gibt es nach wie vor Probleme. Die Eltern wollen flexiblere Regelungen für die Bezahlung. Die wird es geben. Etwa, wenn das Kind nur an zwei Tagen am Nachmittag oder nur stundenweise bleibt. Das heißt, zu einer Änderung der Härteklausel wird es kommen. Der Vorschlag ist ja, bei regelmäßiger kurzfristiger Anwesenheit am Nachmittag, ich kann mir vorstellen, wenn die Erziehungsberechtigten so arbeiten, daß man halt zwei Tage in der Woche

länger arbeitet, das ist regelmäßig, aber immer. Also nicht einmal drei Tage, einmal zwei Tage, einmal einen Tag, einmal fünf Tage, das ist ja nicht mehr regelmäßig. Bei regelmäßiger Anwesenheit nur an wenigen Tagen im Monat. Was sind wenige Tage? Weniger als die Hälfte? Weniger als ein Viertel? Oder wie immer? Ferienzeit im Monat - wie lange? Eine Woche, zwei Wochen, drei Wochen? Was ist bei Krankheit? (*LHStv. Prokop: Das sollen die Gemeinden entscheiden!*) Das Problem dabei ist ja bitte, daß wir über viele Gemeinden verfügen und nicht über eine Gemeinde, wo es eine Regelung für alle Menschen gibt. Das heißt, die Gemeinde A macht es so, die Gemeinde B macht es anders, die Gemeinde D macht es wieder anders. Den Bürgermeister und die Gemeindevertretung schaue ich mir an, ob die auf Dauer das durchhalten wenn der Nachbarbürgermeister das wesentlich günstiger regelt und etwa tageweise und stundenweise verrechnet. (*LHStv. Prokop: Das heißt, wie müssen wieder alles genau reglementieren. Wir müssen ja auch die unterschiedlichen Regionen berücksichtigen!*) Nein! Ich meine nur, das sind genau diese Paragraphen, durch die man in die Bevölkerung noch viel, viel mehr Unsicherheit mit hineinbringt.

Als Erziehungsberechtigter schreie ich Hurra - etwas Besseres kann mir überhaupt nicht passieren. Das ist ideal! Als Kindergartenerhalter schaut es schon ein bißchen anders aus. Weil - und beim Budget wird man das ja wohl sagen dürfen - dann die Kostendeckung noch geringer wird. Ich möchte fast sagen, der Verwaltungsaufwand wird enorm. Und ich muß sagen, mit diesen Geldern, die ich hereinbekomme, deckt sich dann unter Umständen nicht einmal der Verwaltungsaufwand. Das kommt darauf an, wie viele Kindergarten- gruppen man hat. Bei einem eingruppigen, der am Nachmittag keine Betreuung anbietet, habe ich keine Kosten. Bei einem zweigruppigen, in dem am Nachmittag drei Kinder sind, habe ich auch noch keine Arbeit. Aber ansonsten... (*Zwischenruf bei Abg. Lembacher.*) Ich weiß nicht, ich schaue mir das sehr genau an in dem Kindergarten in meiner Gemeinde.

Das heißt, ich glaube und ich möchte es so sagen, wenn es nicht zu einer vernünftigen Änderung kommt, die für alle tragbar ist, kann es nur mehr eine Regelung geben: Inhaltlich das neue Kindergartengesetz behalten, weil es gut ist, weil es wirklich gut ist, aber bei der Finanzierung zurück zum Nulltarif. Was unter dem Strich für die Gemeinden noch immer günstiger ist als der Zustand, wie er derzeit herrscht. Und es ist eine

klare Richtlinie. Allerdings, wenn ich die Bezahlung ändere, dann möchte ich sagen, dann kann es sich auch das Land nicht so einfach machen und sagen, dann höre ich auf, dann gehe ich da weg. Unter Kostenbeteiligung des Landes, unter stärkerer, nicht so, wie es jetzt ist, sondern wie es vorher war. Zwei Drittel der Helferin seitens des Landes, oder meinetwegen die Mehrkosten 50:50, oder egal, wie immer, das muß man ausdiskutieren. Nur daß das Land "deckelt" und sagt, jetzt sind es 30 Millionen, darüber hinaus haben wir keinen Groschen Geld. Und dann lese ich auf der anderen Seite in einer Presseaussendung, was gut ist, wo ich Hurra schreie, aber es zeigt mir, wenn man will, geht es, kann man es ändern. Wo ein Wille, da ist ein Weg! Ich lese, durch die Reduzierung der Karenzzeit auf eineinhalb Jahre, Familienhilfe ab 1.1.1998, ab diesen eineinhalb Jahren, Mehrkosten von 25 bis 30 Millionen. Und dann schlage ich das Budget auf und lese nach, und der Budgetansatz für die Familienhilfe ist unverändert hoch mit 110 Millionen. Das heißt, obwohl ich jetzt weiß, 30 Millionen, 25 Millionen Mehrbedarf, ist das nicht im Budget gedeckt. Aber die Aussage ist da! Aber für den Kindergarten, wo es wirklich um viele, um viel, viel mehr Kinder geht, um eine Einrichtung, auf die wir stolz sind, weil wir Familienland Nummer Eins sind, wie immer plakativ gesagt worden ist, aber da "deckeln" wir. Nur, wenn wir wollen - und jetzt bin ich auch bei der kommenden Landtagswahl - weil es vielleicht ein Wahlschlager ist, da ist es wurscht, ob es im Budget gedeckt ist oder nicht. Da verlange ich es. Und wenn dieses Geld nicht da ist, dann hört sich bei mir wirklich das Verständnis auf.

Aber um auf diese offenen, ungeklärten Punkte, auf die Nachteile, die wir festgestellt haben, zurückzukommen: Unter diesen Gesichtspunkten kann es nur heißen Verbessern und Korrigieren. Und wenn ich dann weiß auf Grund der Verhandlungen, daß man zwar etwas sehr wohl machen will, einen Erlass verändern will, die Verordnung verändern will, aber ja nicht das Gesetz. Nur das jetzt nicht, um Gottes Willen. Ein bißchen später, weil das halbe Jahr hat nicht gereicht. Wir brauchen vielleicht ein Jahr Begutachtungszeitraum, wir brauchen vielleicht eineinhalb Jahre Begutachtung. Und dann werden wir vielleicht draufkommen, ja, die Ziffern werden sich vielleicht ein wenig ändern, die Problemstellung sicher nicht. Ich glaube, daß man klipp und klar sagen muß - und jetzt bin ich auch bei dem Antrag, den die Kollegin Rosenkranz eingebracht hat - ich glaube, wir tun dem Kindergartengesetz - dem Gesetz kann es wurscht sein, aber den Erziehungsberechtigten und den Kindern - nichts Gutes, wenn wir jetzt einen Antrag einbringen und

der womöglich mit einer Kampfabstimmung angenommen wird oder abgelehnt wird. Wofür ich plädieren würde, wäre, sofort - und ich meine wirklich "sofort" - mit Verhandlungen zu beginnen, um einen möglichst breiten Konsens für die Novellierung des Kindergartengesetzes zustande zu bringen. Aber da muß man wollen. Dann haben wir Zeit bis September, Oktober. Dann kann man im Oktober, spätestens Anfang November noch immer in Begutachtung gehen. Dann kann das noch vor Auflösung des Landtages beschlossen werden und kann mit Kindergartenjahr 1998/99 in Kraft treten. Die Gemeinden, die Erziehungsberechtigten, das Personal, alle hätten Zeit, sich in Ruhe darauf vorzubereiten. Es käme zu keinem Informationsmangel, es wäre den Gemeinden geholfen. Und wenn dann noch das Land - und ich bin gutgläubig, mag schon sein, manche sagen dumm, ich glaube noch immer daran, daß das Land sich bereit erklärt, mit einzusteigen und das Defizit zu tragen mithilft. Das heißt, wenn vielleicht irgendeine Beteiligung am Defizit möglich wird, dann haben wir wirklich etwas Gutes, auf das wir alle miteinander stolz sein können. Aber wirklich etwas Gutes. Nur, wenn das nicht eintritt und es geht nicht in Begutachtung und wird nicht vor Auflösung beschlossen, dann - wir haben wahrscheinlich im April Landtagswahl. Bis der Landtag konstituiert ist, können wir kein Gesetz und keine Novellierung beschließen. Dann sind wir noch später dran als im Vorjahr. Das heißt, ein

novelliertes Gesetz kann frühestens 1999/2000 in Kraft treten. (*Unruhe bei Abg. Ing. Gansch und Abg. Mag. Schneeberger.*)

Das sind Fakten. Sie wissen auch, wann der Landtag aufgelöst wird, wie das immer geht. Sie wissen es auch.

Und, Herr Abgeordneter Ing. Gansch, erklären Sie mir, ich verstehe es schon, aber ich kann draußen der Bevölkerung nicht erklären, daß wir ein Dreivierteljahr vor einer Wahl einfach nicht mehr in der Lage sind, ein Gesetz zu novellieren. Dann hören wir auf. So kann es ja nicht sein, daß ich alles, was unangenehm ist, bleiben lasse und sage, bitte, das kann ja nicht mehr gehen. Das ist zu kurz, das packen wir nicht mehr. Wollen muß man, ganz einfach wollen! Und ich appelliere wirklich an alle, die herinnen sitzen, an alle Abgeordneten. Das ist sehr lächerlich, das mag sein, daß das für Sie lächerlich ist, Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger. Das mag schon sein. Aber für die Eltern draußen und die Kinder und für die Gemeindevertreter ist das nicht lächerlich. Die betrifft es beinhart! Lesen Sie nur die Resolutionsanträge, nicht der SPÖ-Gemeindevertreter, sondern aus den Gemeinden, in welchen die ÖVP den Bürgermeister stellt. Dort ist der Druck noch wesentlich stärker als in sozialdemokratischen Gemeinden. Die sehen das! Und ich weiß nicht, ob die Gemeindevertreter, ob die Bevölkerung draußen soviel Verständnis hat, daß Sie herinnen, wenn man konstruktive Vorschläge macht, darüber nur lachen können. Da hört sich das Gespür einfach auf.

Eines vielleicht noch abschließend, weil es zum Budget dazu paßt. Das Budget betitelt sich "solid und solidarisch". Solid ist es, wenn man die Ziffern anschaut. Solidarisch im Zusammenhang mit dem Kindergartengesetz ist dieses Budget mit den Gemeinden auf jeden Fall nicht. Das Gesetz ist gut. Und ich habe gesagt, manche werden vielleicht sagen, die ist dumm, aber so viel Glauben und Vertrauen habe ich, daß jeder, der herinnen ist, die Arbeit so ernst und ehrlich nimmt und sich wirklich bereit erklärt, ab sofort an der Novellierung des Kindergartengesetzes mitzuarbeiten, damit es möglichst rasch verwirklicht werden kann. Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (*ÖVP*): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Dieser Punkt war sehr kontroversiell gehalten. Ich werde daher meine grundsätzlichen Ausführungen straffen und auf ein paar Wortmeldungen eingehen, die einer entsprechenden Entgegnung bedürfen. Wenn wir grundsätzlich von unserem Bildungsangebot in unserem Lande ausgehen, dann glaube ich, daß Niederösterreich hier mehr als konkurrenzfähig ist im internationalen Reigen, was die Bildung anlangt.

Wir haben von den Vorrednern, speziell von der Kollegin Schittenhelm den Aufbau unseres Schulsystems und die Vorteile im primären Sektor, im sekundären Sektor, im postsekundären Sektor referiert bekommen. Ich möchte mich auf jenen Sektor beziehen, den auch der Kollege Sacher angeschnitten hat, der aber in seiner Darstellung einen Vorwurf in den Raum gestellt hat, den ich in diesem Zusammenhang gleich ad absurdum führen möchte. Bevor ich zum Kollegen Sacher komme, möchte ich die Darstellung - er ist jetzt auch nicht im Raum, das ist immer bei unseren Repliken so - des Herrn Kollegen Cerwenka erwidern. (*Unruhe bei Abg. Uhl.*) Nein, es sind beide nicht da. Aber das spielt überhaupt keine Rolle. Ich weiß, der Herr Kollege Uhl wird ihnen das alles übermitteln. Außerdem können sie es im Protokoll nachlesen.

Wenn der Herr Kollege Cerwenka sagt, daß der Bildungsbereich im Budget von einer Fortschreibung gezeichnet ist, dann muß ich sagen, dann hat er die letzten drei Jahre in diesem Haus eindeutig verschlafen. Gottseidank meine Replik nicht. Denn wenn ich allein an die Investitionen, die budgetrelevanten Investitionen des Landes im Fachhochschulbereich, im universitären, im postgradualen Bereich denke, dann kann ich nicht von einer Fortschreibung im Bildungssystem sprechen. Weil im Budget haben wir -zig Millionen für die Fachhochschulen und die Donau-Universität in den letzten Jahren neu erhalten, da kann man das eben nicht als Fortschreibung sehen. Und zum primären Sektor darf ich eines sagen, da ist permanent eine Qualitätsverbesserung gekommen. Du hast selbst erwähnt Punkte wie Schulpartnerschaft, wie die Integrationsfrage, alles Dinge, die auch budgetrelevant sind, Gottseidank nicht im extremen Ausmaß, aber die eine Qualitätshebung mit sich gebracht haben. Ich gehe davon aus, daß in den letzten Jahren in der Bildungspolitik in unserem Lande ein Quantensprung zu verzeichnen ist. Möge die künftige Politik in diesem Land nur jene Fortschreibung zeigen, die in der Vergangenheit von Kollegen Cerwenka apostrophiert wird.

Und weil ich schon bei Dir bin: Ein klares Nein zur Gesamtschule! Das ist ja überhaupt keine Frage, daß wir im Schulbereich, was die Pflichtschule, was die AHS anlangt, na selbstverständlich zu Qualitätsverbesserungen jederzeit bereit sind. Und die werden auch gemacht. Aber ich glaube, man sollte gerade diesen Bereich nicht als Stube von ideologischen Kämpfen nehmen, sondern behutsam, und das haben gerade die beiden regierungstragenden Parteien auf Bundesebene immer unter Beweis gestellt, behutsam vorgehen. Und hier nicht aus ideologischen Gründen vopreschen, wie es in diesem Bereich scheinbar Dein Ansinnen ist.

Eines möchte ich da auch schon in aller Deutlichkeit sagen: Wir sind nicht der verlängerte Arm der Personalvertretung. Wir sind Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Ich habe durchaus Verständnis für legitime Wünsche der Standesvertretung. Darüber hinaus gibt es aber übergeordnete Ziele, die hier von mir entsprechend gebracht werden. Wir haben durchaus aber Verständnis für Wünsche der Standesvertretung jeglicher politischer Provenienz.

Wenn wir uns jene zwei Bereiche, den tertiären und den postgradualen Bereich vor Augen führen, dann dürfen wir, was die Situation am Fachhochschulsektor anlangt, gerade als Niederösterreicher mehr als stolz sein darüber, was in den letzten Jahren hier geschehen ist. Von den 33 Studiengängen mit 3.750 Studenten haben wir in Niederösterreich vier Studiengänge mit nahezu 1.000 Studenten. Das heißt, nahezu ein Drittel der studierenden Fachhochschüler studieren in Niederösterreich. Das ist für die Zukunft eine Investition, deren Bedeutung wir heute noch kaum erkennen können. Und weil hier auch der Zugang der Facharbeiter angeschnitten wurde, überhaupt der Zugang der Berufstätigen: Die Entscheidung des Fachhochschulrates, die erst 14 Tage jung ist, ist für uns von ganz besonderer Bedeutung, nämlich, daß zwei berufsbegleitende neue Studiengänge, ein betriebswirtschaftlicher und ein technischer in der Größenordnung von 200 Studienplätzen nunmehr ab Herbst in Wr. Neustadt Platz greifen und damit ein wirkliches Angebot für den Berufstätigen vorhanden ist, die Fachhochschulreife zu erreichen.

Ein Wermutstropfen ist in diesem Bereich schon anzuführen, nämlich die budgetmäßige Situation. Wir wissen, daß dieser Sektor eine reine Bundeskompetenz ist und trotzdem hat sich der Bund - zwar elegant, aber doch - aus der

Affäre gezogen, indem er Normkosten definiert hat und gesagt hat, die Normkosten, das ist der Personalaufwand für den Studienbetrieb, der Betriebsaufwand und die AfA. Für diese Kosten kommt er zu 90 Prozent pro Studienplatz und Jahr aus. Das bedeutet, daß im betriebswirtschaftlichen Bereich von 88.000,- Normkosten 80.000,- Schilling und im technischen Bereich von 110.000,- Schilling 95.000,- Normkosten vom Bund ersetzt werden pro Studienplatz und Jahr. Das bedeutet aber, daß für die gesamte Infrastruktur zum einen die Standortgemeinde, zum anderen, wie wir aus unserem Budget sehen, das Land aufkommen muß. Neuerdings gefährdet auch eine Erlaßauslegung des Finanzministeriums die Finanzierung der Fachhochschule, nämlich jene, die budgetmäßig für die nächsten Jahre vorgesehen ist. Ich darf daher in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Cerwenka und Dkfm. Rambossek einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Cerwenka und Dkfm. Rambossek zur Gruppe 2 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend die Gewährung des Vorsteuerabzuges für die Erhalter von Fachhochschul-Studiengängen.

Fachhochschul-Studiengänge wurden mit Bundesgesetz vom 28. Mai 1993 in Österreich neu eingerichtet. Sie sind als Alternative zum Universitätsstudium im tertiären Bildungssektor gedacht und sollen wissenschaftsbasierte-praxisorientierte Ausbildungen anbieten. Die Organisationsform der Erhalter ist privatrechtlich vorgesehen, und es besteht die Verpflichtung, anwendungsorientierte Forschungsleistungen den Unternehmen anzubieten.

Da die Fachhochschul-Studiengänge wesentliche regionalentwicklungspolitische Bedeutung haben (vgl. Erlaß vom 16.6.1994 '... volkswirtschaftlich erwünschtes Handeln ...') hat das Bundesland Niederösterreich besonderes Interesse an einer positiven Entwicklung dieses Sektors.

Um dieser Funktion nachkommen zu können, muß gerade in der Aufbauphase massiv investiert werden, um die Lehre aufzubauen und gleichzeitig die Kernkompetenzen so zu stärken, daß die Fachhochschul-Studiengänge bzw. Erhalter dazu in der Lage sind. Naturgemäß steht der Aufbau der Lehre an 1. Stelle und erst in der Folge können externe, umsatzsteuerpflichtige

Leistungen erbracht werden, sodaß es zu einer zeitlichen Verschiebung zwischen Investitionsphase und Leistungsphase im umsatzsteuerpflichtigen Bereich kommt. Unter Beachtung, daß der Bund im Bereich 'Lehre' ohnedies nur 90 % der von ihm ermittelten 'Normkosten' bezahlt, müssen die Differenzabschläge durch die Länder und die Standortgemeinden zugeschossen werden. Werden diese aber insofern gekürzt, daß Vorsteuerabzug nicht gewährt wird, stehen um 20 % weniger Mittel zur Verfügung, was zwangsläufig entweder zu einer Qualitätsminderung des Leistungsangebotes der Fachhochschulen führt oder der Anteil der Förderungen von Ländern bzw. Städten zugunsten des Bundes verändert werden muß.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden, um im Sinne des Erlasses des Bundesministeriums für Finanzen vom 16. Juni 1994, Z090402/2/IV/9/94, den Erhalten von Fachhochschul-Studiengängen den Vorsteuerabzug zu gewähren."

Man sieht, man muß in all diesen Bereichen verdammt aufpassen, daß nicht die Politik der leeren Kassen zu stark negativem Einwirken in unsere Bereiche kommt. Ein weiteres ungelöstes Problem, auch diktiert von den leeren Kassen, obwohl es nicht wirklich unmittelbar davon abhängt, ist die Tatsache, daß es bis heute noch nicht gelungen ist, die A-Wertigkeit der Fachhochschulabsolventen zu gewährleisten. Bis heute ist der Bund in diesem Bereich säumig.

Ein tertiärer Bildungsbereich im postgradualen Segment ist die Donau-Universität. Der Herr Kollege Sacher ist darauf schon eingegangen. Ich kann mich noch erinnern, als wir sie aus der Taufe gehoben haben und hier im Hohen Haus darüber gesprochen haben, waren wir uns der Problematik bewußt und wir haben gesagt, grundsätzlich ist es positiv, daß wir hier die Donau-Universität als einmalige postgraduale Ausbildung in Österreich in Niederösterreich etablieren können. Wir haben aber auch gewarnt, daß das Gesetz alleine noch nicht Leben ausmacht. Das heißt, wir haben damals schon in den Raum gestellt, daß es enormer Anstrengungen bedarf, diese postgraduale Donau-Universität wirklich zu dem zu machen, was sie sein soll - ein neues Bildungsinstitut in der österreichischen Bildungslandschaft. Und die

Mentalreservation, gerade was andere Universitäten anlangt, war sehr groß. Und es ist halt so, wenn das von anderen Bereichen madig gemacht wird, ist der Zugang ein beschränkter. Es ist immer auf Bundeseite ein ungeliebtes Kind gewesen und wir können nur hoffen, daß die Eini-gung, die nunmehr der Herr Landeshauptmann mit dem Herrn Wissenschaftsminister gefunden hat, die Möglichkeit und die Chance in sich birgt, daß hier entsprechend positive Akzente gesetzt werden. Eines ist klar: Das Verhältnis Studenten zu Verwaltung muß enorm geändert werden, um diese Donau-Universität auch wirtschaftlich zu führen. Und es wird auch notwendig sein, inhaltliche Schwerpunkte so zu setzen, daß sie trotz Mentalreservationen entsprechend angenommen werden.

Schwerpunkte setzen müssen wir - und das darf ich en passant so mitnehmen - natürlich auch im Forschungsbereich, im Wissenschaftsbereich, weil man den vom Bildungsbereich nicht ausnehmen kann. Ich würde meinen, daß hier "weniger ist mehr" als Motto stehen sollte. Wenn wir über die Überlebensfrage von Seibersdorf reden, dann muß eines klar sein: Hier gehören Schwerpunkte her. Hier brauchen wir ein Kompetenz-Zentrum, um über das normale Maß hinaus wirken zu können. In der Forschungsfrage kann man nicht viele Bereiche beackern, sondern man muß den Mut haben, sich auf einige wenige zu beschränken, um da spezifisch zu agieren. Ich erwarte mir das auch für das Forschungszentrum Seibersdorf, um diesen für uns so elementaren Bereich der Forschung in unserem Land halten zu können. Wie überhaupt wir die bundespolitische Szene genau beobachten müssen, um Gewähr bei Fuß zu stehen, wenn auf Bundesebene Forschungsprojekte größerer Art und Weise diskutiert und umgesetzt werden. Ich denke nur an Austron und Euro-Cryst. Wenn ich an Austron denke, das ist ein Viermilliardenprojekt, das epochale Änderungen nach sich ziehen würde, würde das umgesetzt und in unserem Bundesland etabliert werden.

Aber eines ist summa summarum klar: Nur durch ein solides, aufeinander abgestimmtes System von Bildung, Forschung und Anwendung kann die Standortoptimierung, von der auch Kollege Dr. Bauer gesprochen hat, auch umgesetzt werden. Und wie immer wir die Frage beantworten, wie die "Top ten" kalkuliert werden, entschieden werden, welche Parameter hier zugrunde liegen, eines, glaube ich, ist für uns alle klar. Wir wollen unter den besten Regionen in Europa sein. Und dafür sind alle Anstrengungen notwendig, um das zu gewährleisten.

Lassen Sie mich nun zu vorangegangenen Wortmeldungen Stellung nehmen. Darf ich bei einem beginnen, weil er in der ersten Reihe sitzt und sich so benommen hat, als wäre er in der letzten Reihe. Und es ist halt peinlich, wenn man gerade im Bereich der Bildung, wenn wir über Bildung diskutiert haben, Bildungseinrichtungen besprochen haben, die Qualität in den Raum gestellt haben, daß einer sich verbal solche Ausfälle geleistet hat. Ich habe ja fast den Eindruck, daß der Herr Kollege Marchat sämtliche Bildungsangebote, die Niederösterreich angeboten hat, nicht genützt hat, weil sonst würde er nicht in dieser Art und Weise disqualifizierend sich zu Wort gemeldet haben. In einer Art und Weise, Kollege Marchat, die beschämend ist für dieses Haus! *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei Abg. Marchat.)* Politik ist nicht Schmutzkübelausleeren. Wenn Du ihn ausleerst, leere ihn über Dich aus, das wäre viel gescheiter.

Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat in seiner Darstellung, als er über die Lehrlingsproblematik philosophiert hat, gesagt, daß der Lehrlingsgipfel ohne Beiziehung der Freiheitlichen durchgeführt wurde und parteipolitisch motiviert war. Herr Kollege Dkfm. Rambossek, zuerst bitte erkundigen. Wenn man weiß, wer eingeladen war, kann man von einer parteipolitisch motivierten Einladung überhaupt nicht sprechen. Sondern es sind halt all jene eingeladen worden, die in dieser Frage Kompetenz haben. Das sind die zuständigen Landesregierungsmitglieder, das AMS, die Interessensvertretungen und der Berufsschulrat. Es bleibt aber niemandem unbenommen, Kollege Rambossek, es bleibt aber niemandem unbenommen, konstruktive Vorschläge zu bringen. Und ich halte es auch nicht für in Ordnung, und ich halte es überhaupt nicht für in Ordnung, hier aufzuzeigen, was alles nicht geschehen ist, weil nur 25 Lehrlinge sich im Landesbereich gemeldet haben bis jetzt. Die Bilanz wird im Herbst gezogen. Das heißt, im Herbst werden wir sehen, was hier im Bereich des Landes und der landesnahen Unternehmen an Lehrplätzen geschaffen wurde, bis heute bereits an die hundert neue Lehrstellen. Und ich gehe davon aus, daß sicherlich im Herbst auch die entsprechende Resonanz vorhanden ist.

Was die Jugendarbeit anlangt, so sind wir europaweit - und das sollten wir stolz sagen - absolute Spitze; quantitativ als auch qualitativ. Daher müssen alle Anstrengungen in die Richtung gehen, diese Spitze zu halten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Weil keinem von uns gedient ist, wenn gerade in dem Bereich ein Absturz im Raum steht. Im Moment werden alle Anstrengungen unternom-

men, um dieser sicher nicht leichten Angelegenheit entsprechend positiv zu begegnen.

Zur Resolution, die uns vorliegt, weil ich schon beim Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek bin, hinsichtlich der Einteilung der Sprengel für Volks- und Hauptschulen, darf ich Ihnen einen Grundsatz sagen, den wir uns alle in unser Tagebuch schreiben sollten: Bevor ich ein System, das sicherlich da und dort seine Mängel hat, über Bord werfe, überlege ich und schaue, welche anderen und neuen Systeme gibt es und halten die alten Prüfungen stand? Das heißt, es ist legitim, Systeme, die gewachsen sind, zu hinterfragen. Und das ist überhaupt keine Frage, dazu stehen wir auch, das ist selbstverständlich. Man soll nicht alles fortschreiben. Aber in der Art und Weise gleich eine Novellierung und Aufhebung zu verlangen, da stelle ich die Sinnhaftigkeit in Frage. Daher werden wir Ihrem Resolutionsantrag keine Zustimmung geben.

Keine Zustimmung, das war ja nicht anders zu erwarten, Frau Kollegin Rosenkranz, werden wir auch Ihrem Resolutionsantrag geben, was die umgehende Novellierung des Kindergartengesetzes anlangt. In der Frage, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wurde heute sehr viel und auch sehr kontroversiell diskutiert. Eines muß klar sein - und da ist schon in der Zieldefinition ein Unterschied zwischen Ihrem hier beschriebenen Ziel und unserem Ziel. Hier steht: Das Ziel des neuen Gesetzes war, die Nachmittagsbetreuung auszubauen. Unser Ziel des neuen Kindergartengesetzes - und ich habe geglaubt, unser gemeinsames Ziel - war ein bedarfsgerechtes und sozial ausgewogenes Kindertagesystem mit einer verstärkten qualitativen Betreuung sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag. Das ist unser Ziel und ich hoffe, wir treffen uns bei dieser Zieldefinition. Und wenn ich immer wieder höre, das verlangen einige Bürgermeister, dann sollte man auch das ins rechte Lot bringen, nämlich die Statistik der Rückantworten der Gemeinden. Wenn ich davon ausgehe, daß nur 48 Prozent eine Rückantwort gegeben haben. (*Abg. Rosenkranz: "Nur" 48 Prozent!*)

Ja, "nur", Frau Kollegin Rosenkranz! Das ist keine Wahl, sondern das ist ein elementares Bedürfnis einer Gemeinde, für ihre Kinder zu sorgen. Und wenn nur 48 Prozent hier Verbesserungsvorschläge eingebracht haben, dann heißt das, und ich glaube, der Schluß liegt nahe - und gerade die F ist mit solchen Schlüssen immer wieder da - dann liegt es nahe, zu sagen, daß 52 Prozent keine Verbesserungsvorschläge haben. Noch dazu, wo es auch um das Geld der Gemeinden geht. Und wenn nun von den Einsendern auch

wieder nur 50 Prozent die Kostenpflicht am Vormittag wollen, dann heißt das, daß 25 Prozent der Gemeinden die Kostenpflicht am Vormittag wollen. Und wenn ich jetzt die Auswirkungen der eingeführten Kostenpflicht, die sozial ausgewogen war, bei der man sicher über Verbesserungen reden kann und muß, das ist überhaupt keine Frage, hernehme, dann liegt der Schluß nahe - und das muß uns schon zu denken geben - ob nicht, wenn eine Kostenpflicht kommt, am Vormittag die Präsenz ähnlich ist, nämlich was den Rückgang anlangt. Daher stehen wir selbstverständlich zur kostenfreien Kindergartenbenützung, des Besuches des Kindergartens in der Bildungszeit am Vormittag und zu einem sozial ausgewogenen Nachmittagsbereich und -Betrag.

Ich glaube, daß gerade in der Frage der Betreuung unserer Kinder nicht im tagespolitischen Geschehen zu viel Porzellan zerschlagen werden darf. Ich gehe davon aus, daß wir alle ein Kindergartengesetz gewollt haben und wollen, das primär bedarfsorientiert ist am Bedarfsträger Kind. Und das nachgelagert natürlich die Interessen der Eltern, der Gemeinden, des Kindergartenpersonals und des Landes kommen. Daher ist es auch so schwierig, hier einen entsprechenden Konsens zu finden. Wir haben nunmehr das Gesetz gemacht, wir wissen, daß hier Ecken und Kanten sind, die begründet gehören. Wir glauben, daß ein gravierender Fehler in der Kürze der Zeit gelegen ist, die Umsetzung überhaupt durchführen zu können. Weil wenn die Ausführungsverordnung im Sommer erst herauskommt ist es schwer, die entsprechende Information an die Informationsadressaten zu bringen. Und jetzt sollten wir nicht wieder denselben Fehler begehen. Und da bin ich völlig bei der Frau Kollegin Auer. Selbstverständlich, wenn wir der Meinung sind nach eingehender Diskussion, daß nur gesetzliche, legistische Änderungen es zu bewältigen in der Lage sind, daß ein gemeinsames Kindergarten-Betreuungsgesetz zu bringen ist, dann wird sich niemand dagegen wehren. Aber gegen eines müssen wir alle uns wehren: Daß wir ein Husch-Pfusch-Gesetz gemacht haben. Das spricht nicht für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Haus. Das spricht überhaupt nicht für uns, wenn wir nach einem Jahr draufkommen - und jetzt ist es genau ein Jahr - daß das, was wir vor einem Jahr gemacht haben, überhaupt nicht dem entspricht, was Kollegin Rosenkranz subjektiv aus ihrer Sicht meint. Ich gehe davon aus, daß die zweite Helferin einen Qualitätsschub, nicht zur Freude der Gemeinden, aber einen Qualitätsschub, gebracht hat. Ich gehe davon aus, daß die Bedarfsorientiertheit und die soziale Ausgewogenheit gewährleistet ist. Daher einigen

wir uns doch in der Sache, suchen wir gemeinsam jetzt, wo sind die Ecken, über den Verwaltungsbereich, aber auch schnell. Weil wenn wir jetzt Änderungen machen, die im Herbst zum Tragen kommen sollen und die auch erst wieder Ende August herauskommen, dann frage ich mich, ob das nicht wieder mehr Probleme verursacht als heute vorhanden sind. Daher ist Zeit, um eine langfristige Lösung, und da ist uns die Wahl sicher nicht im Wege, um eine langfristig haltbare Lösung zu finden. Jetzt sollten wir über Verordnungswege das ändern, was wirklich unter den Nägeln brennt. Und ich glaube, hier gibt es ein Einvernehmen. Und dann brauchen wir uns nicht zu genieren, im Vorjahr ein Kindergartengesetz gemacht zu haben und es ein Jahr später zu novellieren. Kommen wir wirklich drauf, ist es nach wohlüberlegtem Hinterfragen keine Schande, Fehler einzugestehen und es zu sanieren. Aber da sollten wir uns alles sehr gut überlegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich setze fort beim Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger, der gemeint hat, daß das Kindergartengesetz eines ist, das man aus den Erfahrungen sicher novellieren oder durch Verordnungen verändern soll. Ich möchte aber ausdrücklich auch darauf verweisen und nur ergänzend zu diesen Ausführungen, daß es sich ja nicht nur um ein Kindergartengesetz handelt, sondern daß auch das Kinderbetreuungsgesetz beschlossen wurde. Und ich meine, daß unabhängig jetzt von der Diskussion des Kindergartengesetzes, das im wesentlichen drei Jahrgänge umfaßt, auch darüber einmal gesprochen werden muß, wieviel Umsetzung zum Beispiel in der Vor-Kindergartenerziehung bereits durchgeführt wurde, und wieviel Anstrengungen im Bereich der Pflichtschulkinder zum Beispiel gesetzt werden. Denn ich sage noch einmal, daß es nicht nur genügt, das Angebot an die Familien in Richtung des Kindergartens zu verbessern, sondern es muß auch die Situation der Erstklassler bis hin zum 14., 15. Lebensjahr verbessert werden. Denn wenn ich heute das Problem für eine Familie für drei Jahre löse, was macht die Frau oder der Mann, wenn dann das Kind in die erste Klasse eintritt? Da ist ja das Kind auch noch nicht so selbständig und soll auch gar nicht so sich selbst überlassen sein, daß es am Nachmittag nach Hause geht und sozusagen ein Schlüsselkind geworden ist. Sondern auch da müssen wir die Einrichtungen anbieten. Und ich

glaube daher, daß die Familienpolitik, die zu machen ist, eine unterstützende für die Familien sein muß, die da unabhängig von irgendwelchen grundsatzideologischen Streitigkeiten sein soll und wirklich bedarfsorientierte Angebote zu machen hat. Und für mich ist es wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gerade die Zusatzangebote, nämlich Vorkindergartenkinder und dann Pflichtschulkinder umfaßt werden und dieses umfassende Angebot als familienpolitische Maßnahme den Niederösterreichern angeboten werden wird. Und daher erlaube ich mir in diesem Sinn einen Resolutionsantrag einzubringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Bauer und Egerer zur Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998, Ltg. 602/V-5, betreffend Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes.

Das NÖ Kindergartengesetz sorgt für landesweite Diskussionen. Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Verhandlungen zur Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes raschest aufzunehmen."

Ich bitte, diesen Resolutionsantrag zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte mich auch kurz äußern zum Resolutionsantrag des Kollegen Rambossek, ebenfalls zur Gruppe 2, - Sprengelteilung für Volks- und Hauptschulen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier möchte ich mich beziehen auf meinen Vorredner Mag. Schneeberger. Tatsache ist, daß natürlich von Fall zu Fall das Problem eines sprengelfremden Besuches auftritt und das mit erheblichen Problemen auch für die Familie verbunden ist. Und Tatsache ist auch im Sinne einer Gleichheit vielleicht der 10- bis 15jährigen, um den Pflichtschulbereich anzusprechen, daß hier eine freie Wahl der Schulen gegeben ist, während im anderen Fall eine Sprengelteilung vorliegt. Im Pflichtschulbereich besteht das Problem darin, daß selbstverständlich die Gemeinden auch eine gewisse Planungssicherheit brauchen, da die Gemeinden selbstverständlich wissen müssen, wieviel Bedarf hier besteht, der abgedeckt werden muß. Und daher glaube ich, daß man so leichtfertig nicht über Nacht das alles beseitigen kann. Wenngleich im Sinne des Wettbewerbes zwischen den

Schulen dies vielleicht durchaus auch eine positive Wirkung hätte, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dennoch glaube ich, daß das Verfahren vielleicht etwas zu kompliziert ist, nämlich daß innerhalb eines Verwaltungsbezirkes der Bezirksschulrat, der Bürgermeister und die Bezirkshauptmannschaft beschäftigt werden müssen. Und daß zum Beispiel zusätzlich, wenn es ein fremder Verwaltungsbezirk ist, noch der Landesschulrat und die Landesregierung beschäftigt werden müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, scheint mir doch ein bißchen zuviel Aufwand für das eigentliche Problem. Und daher glaube ich, daß wir durchaus eigenständig initiativ werden sollten im Sinne der Überlegung nach einer Vereinfachung des Verfahrens, ohne daß hier grundsätzlich bereits die Sprengelabschaffung hier beschlossen wird. Und in dem Sinne wird dieser Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek von der SPÖ abgelehnt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich gehe einmal auf die Wortmeldung des Abgeordneten Mag. Schneeberger ein und weise einmal die verbale Entgleisung hinsichtlich der Bewertung der Bildung meines Klubkollegen Marchat auf das Schärfste zurück.

Sehr interessant ist es jetzt zu hören, nachdem uns der Mag. Schneeberger lang und breit erklärt hat, wir können uns doch keine Blöße

geben, wenn wir nach einem Jahr das Kindergartengesetz wieder novellieren, vom Herrn Klubobmann Dr. Bauer zu hören, daß es jetzt einen Resolutionsantrag geben wird der Frau Abgeordneten Egerer und von Dr. Bauer zur Novellierung des Kindergartengesetzes. Das ist halt wieder einmal die zwiespältige Meinung innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Ich bin sehr neugierig, wie der Herr Mag. Schneeberger sich dann bei der Abstimmung verhalten wird.

Und zu Ihrer Kritik, was meinen Resolutionsantrag betrifft: Ja, bin ich eigentlich sehr verwundert, weil ich Sie sonst für jemand halte, der sich sehr fundiert die Sachen anschaut, daß Sie offensichtlich überlesen haben, daß die Möglichkeit geprüft werden soll. Sie haben ja selber gesagt: Wenn man glaubt, es kann etwas Besseres geben, dann prüfen wir die Möglichkeit, vor allem, wenn ich mir die ganzen Kosten anschau, wofür die Landesregierung Geld für Studien ausgibt. Und ich muß mich jetzt wirklich einer Diktion des Abgeordneten Dr. Strasser anschließen, der ja schon ein paar Mal vom Rednerpult gesagt hat, das ist die vierzehnte Lüge der F. Ich zähle jetzt nicht die Nummer. Dann kommen wir halt einmal zu einer Lüge des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll. Ich erinnere nur an das Interview im "trend" von Juni 1996 und ich darf Ihnen das schon zur Kenntnis bringen. Da steht drinnen: Bei Grundsätzlichem bleiben sie stur, Frage: Natürlich habe ich bestimmte Grundsätze. Derzeit diskutieren wir gerade ein neues Kindergartengesetz. Ich bin in dieser Frage enorm beweglich, nur in zwei Punkten nicht. Nach meinem ideologischen Verständnis haben Kleinkinder unter drei Jahren aus pädagogischen und gesellschaftspolitischen Gründen nichts im Kindergarten verloren. Können wir voll und ganz unterschreiben. Da gibt es andere Einrichtungen, Tagesmütter oder Privatgruppen, Initiativen, die wir auch finanziell entsprechend unterstützen. Jetzt kommt: Der zweite Punkt betrifft eine ganz große familienpolitische Errungenschaft in diesem Land. Den kostenlosen Kindergartenbesuch. Den stellt die SPÖ aus wirtschaftlichen Zwängen heraus jetzt in Frage. Wir heben etwas ein, meint man. Und da sage ich Nein. Noch dazu in einer Zeit, wo die Familien ohnehin von anderer Seite vielfach zusätzlich belastet werden. Hier pflege ich eine klare Sprache mit dem Kollegen Höger, meinem politischen vis a vis. Ja, meine Damen und Herren der ÖVP, die klare Sprache des Herrn Landeshauptmannes haben die Bürger verstanden. *(Unruhe im Hohen Hause. - Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist nun geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft sowie vier Resolutionsanträge. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 11.439,845.000 Schilling und Einnahmen von 9.278,942.000 Schilling sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von 142,396.000 Schilling und Einnahmen von 307.000 Schilling zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: *(Nach Abstimmung über Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ.)*

Wir gelangen nun zur Abstimmung über die Resolutionsanträge. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Frau Abgeordneten Rosenkranz betreffend umgehende Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek betreffend Sprengleinteilung für Volks- und Hauptschulen): Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef.)*

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Cerwenka und Dkfm. Rambossek betreffend Vorsteuerabzug für Erhalter von Fachhochschul-Studiengängen): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Egerer, Dr. Bauer betreffend Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil, zu berichten.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus beinhaltet die Aufwendungen für Bildende Künste, Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film sowie sonstige Kulturpflege. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 679,756.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 25,165.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 1,41 Prozent. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Wir kommen zur Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Seit ich nun die Ehre habe, hier im Hohen Landtag mitarbeiten zu dürfen, wird das Budget für die Kultur systematisch kleiner und kleiner. Es geht von 705 Millionen auf 695 weiter auf 679 Millionen. Es sind nicht wesentliche Beträge, aber es sind doch Beträge, die gerade für die Kultur in der breiten Masse der Förderung schon Großes ausmachen.

Ich glaube, gerade unter dem Gesichtspunkt, daß die Kultur ja doch irgendwo zur Chefsache hochstilisiert wurde und der Herr Landeshauptmann das persönlich in die Hand nimmt, ist es ganz wichtig, daß man sich einmal damit beschäftigt, was geschieht eigentlich mit diesen Geldern. Und wenn man dann im Detail schaut, dann sieht man, daß alles, fast alles penibel aufgelistet wird: 15 Millionen für Festspiele, 12 Millionen Kunsthalle Krems, 269.000,- Schilling für Carnuntum, vier Millionen wieder für Carnuntum, 300.000,- Schilling Symposium Lindabrunn, 135.000,- für die internationale Chorakademie in Krems, so geht das weiter. Nur ein riesiges U-Boot grundelt irgendwo herum, über das wird überhaupt nicht gesprochen. Und zwar geht es hier um das Festspielhaus. Und das ist politisches Spiel bitte, meine Damen und Herren. Denn zum Beispiel der Nationalpark wird budgetiert und ausgewiesen. Warum? Weil er attraktiv zu vermarkten ist, politisch, wie man sagt. Der wird

ausgewiesen, obwohl es bis heute - und ich habe mich erkundigt - noch keine klaren Ausgabenkonzepte für immerhin 100 Millionen gibt. Wir wissen, daß es einen Vertrag gibt mit dem Bund, mit der Gemeinde Wien, mit dem Bundesland Wien, in dem festgeschrieben ist, daß 25 Prozent Niederösterreich zahlt, 25 Prozent Wien, 50 Prozent der Bund. Nachdem wir 22 budgetieren sind 88 zur Verfügung, wenn ich mich nicht verrechnet habe. Eine beträchtliche Summe ohne klare Konzepte. Aber es wird budgetiert, weil man damit vor die Leute treten kann und sagen kann, wir haben den Nationalpark. Aber von den Kosten von dem großartigen Festspielhaus, das fast immer leer ist, von denen will man nichts wissen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich war oft genug dort um zu sehen, daß man fast alleine ist.

Ich glaube aber, daß man hier ja davon ausgehen muß, daß es zum Beispiel einen Herrn Rexroth gegeben hat, der klar erklärt hat, sogar im Fernsehen, mit Zuschüssen unter 90 Millionen kann man hier keine ordentliche Kultstätte aufbauen. Wenn das heute die Frau Mimi Wunderer mit nichts zusammenbringt, weil es nicht budgetiert ist, dann, glaube ich, wird das Ganze irgendwo noch gefährlicher. Denn, was wird geschehen? Das große Wort ist ja Umschichtung. Der Herr Landesrat Mag. Freibauer hat die Umschichtung erfunden. Das machen jetzt die Landesräte. Und was bedeutet das? Daß diese doch benötigten Beträge vom bereits Budgetierten abgezogen werden. Und das bedeutet, daß die breite Kultur in Niederösterreich, die Kunst, Subventionen verlieren wird, in deren Besitz sie sich jetzt wähnt, weil es ja budgetiert ist.

Irgendetwas wird hier passieren, was zum Schaden gereicht. Und das hat mein Kollege von den Freiheitlichen heute in der Früh schon gesagt, das erinnert mich sehr stark auch an die Betriebskosten dieses Hauses, die nirgends aufscheinen. Weil sie nicht attraktiv sind. Momentan ist es gut, alles zu eröffnen, Bänder zu durchschneiden, da tut jedem schon die Hand weh, aber beim Aufschreiben der Kosten, da tut man sich schwer. Und davor möchte ich nur warnen und alle bitten, das zu beobachten, daß diese notwendigen Kosten für das Festspielhaus, die nicht budgetiert sind, nicht denen zur Last fallen, die heute mit Einnahmen für ihre Kulturstätten rechnen. Beispiel: Stadttheater St. Pölten bekommt nichts. Ich habe schon am Anfang gewarnt davor. Die Bühne am Hof ist mit sechs Millionen budgetiert. Warum? Weil sie parteinahe ist. Und so, bitte, wird es in der Zukunft mit der Kultur in Niederösterreich

nicht weitergehen. Danke. (*Beifall bei Abg. der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Solid und solidarisch gegenüber dem Gesamtbudget, und das ist eine erste Teilantwort an meinen Vorredner, verhält sich auch das Kulturbudget, obwohl oder weil das Zitat des Herrn Klubobmannes Dr. Bauer - ich habe heute genau aufgepaßt - bei der Generaldebatte gleich am Anfang stimmt, wenn er sagte, daß kulturelle Rahmenbedingungen auch sehr für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Niederösterreich und für eine Tourismusregion sorgen und die Voraussetzungen dafür schaffen.

Solid und solidarisch auch die Zahlen, die diesmal nicht gewachsen sind, aber durchaus gleich geblieben sind, wie ich gleich nachweisen werde. Ich mache mir nämlich jedes Jahr seit 13 Jahren einen Registerauszug und habe alle Positionen der einzelnen Theatersubventionen und Aktionssubventionen bei der Hand.

Solidarisch die Zahlen, Eckdaten und Fakten. Insgesamt im Voranschlag für Kultur, Kultus von Kapitel 2 und von Kapitel 3, wenn wir Abschnitt 22728 und Gruppe 3 dazunehmen, haben wir heuer im Voranschlag 834 Millionen. Das sind nur minus 0,78 Prozent. Und das sind in nominellen Zahlen nur um sieben Millionen Schilling weniger gegenüber dem Voranschlag 1997 mit 841 Millionen. Wobei der Rechnungsabschluß 1996 - und der sagt ja eigentlich aus, was man ausgibt, Voranschläge sind ja nur Pläne, Rechnungsabschlüsse sind Bilanzen - der Rechnungsabschluß 1996 sagt aus, daß wir 839,4 Millionen ausgegeben haben. Das heißt, alle drei Zahlen decken sich. Wenn wir nur die Gruppe 3 nehmen, also nur Kultur, die reine Kultur, dann haben wir 679,8 Millionen zur Verfügung und das sind 1,41 Prozent des Gesamtbudgets. Meine erste Antwort an Ing. Dautzenberg ist also: Es stimmt nicht, daß die Kulturbudgets kleiner und kleiner werden. Das kann aus seiner Sicht aber stimmen, weil er seit 1993, glaube ich, dabei ist. Sie werden auch seit 1993 nicht kleiner, sind sogar angestiegen in den ersten zwei Jahren, nur jetzt haben wir ein kleines Minus. Seit 1983, seit ich Kultursprecher meiner Fraktion im Haus sein darf, ist das Kulturbudget von damals 280 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, auf heute 834 Millionen angestiegen. Das heißt, nominell hat sich die Summe verdrei-

facht und prozentuell verdoppelt, nämlich von 0,78 Prozent auf 1,4 Prozent heute. Dies als erste Feststellung.

Damit wurde die von den Kultursprechern seinerzeit lange geforderte Durchbrechung der Schallmauer von 1 Prozent seit einigen Jahren deutlich erreicht, ja überschritten. Und das völlig zu Recht, denn Kulturförderung bedeutet ja neben der Förderung von Kunst und Künstlern auch Selbstverständnis einer Zivilisationsgesellschaft. Erst in zweiter Linie als höchst angenehmer Nebeneffekt bringt Kulturförderung Amortisation und Umwegrentabilität für Arbeitsplätze, für Aufträge in der Wirtschaft, für Tourismus und Fremdenverkehr ins klassische Land für Kulturtourismus, nach Niederösterreich.

Wie sieht es aber aus mit der direkten Kulturförderung in Niederösterreich unter dem Kulturreferenten und Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll? 720 Millionen Schilling insgesamt, das habe ich aus den beiden Gruppen errechnet, gibt die direkte Kulturförderung. Und davon gehen 640 Millionen direkt in die Regionen, was mir als überzeugten Vertreter der Dezentralisierung und der Regionalisierung als Antwort und als Konsequenz zum Landeshauptstadtbeschluss 1986 besonders wichtig erscheint.

Zahlen alleine, meine Damen und Herren, sind aber Schall und Rauch, wenn sie nicht durch Fakten erhärtet und belebt werden, welche in der Kultur aber andere Namen tragen. In der Kultur heißen diese Zahlen und Fakten Veranstaltungen, Theaterproduktionen, Konzerte, Musikpflege, Musiknachwuchspflege und so fort. Daß die kulturelle Regionalisierung weitergeführt wird als Gleichgewicht und Gegengewicht zum Ausbau in der Hauptstadt, beweisen die 500 Millionen Schilling an ECO-PLUS-Mitteln, die in die Regionen seither flossen und mehr als eine Milliarde an Investitionen auslösten. Sie schaffen nicht nur Arbeitsplätze im Kulturbereich, sondern auch geradezu neue Berufsbilder auf dem Dienstleistungssektor. Sie stoppen die Landflucht einerseits und schaffen Urbanität in den Zentren. Eine Folge unseres neuen Kulturförderungsgesetzes und Landeskulturkonzeptes, über das an dieser Stelle noch gesprochen werden wird.

Ein typisches, zentrales und gleichzeitig auch dezentrales Kulturereignis stellt zum Beispiel das derzeit laufende Donaufestival 1997 dar, das teils in Krems, teils in St. Pölten spielt. Heuer unter dem Motto "Zu den Quellen". Mit Schwerpunkt Baden Württemberg. Grenzüberschreitend wird es auch in den Zwischenjahren kleinerer Festivals

Auslandsexkursionen geben, wo Niederösterreich seine kulturelle Visitenkarte abgeben kann. An 24 Festspieltagen werden 44 Produktionen aus den Bereichen Theater, Musik, Tanz, Zirkus, Kabarett, bildende Kunst, Spektakel und Entertainment geboten. 26 Ensembles und 37 Einzelkünstler aus neun Ländern und drei Kontinenten nehmen daran Teil. Dies alles im zehnten Bestandsjahr des Festivals. Zwei weitere wichtige Träger für Didaktik und Dezentralisation von Kunst hinaus in die vier Viertel zum Bürger stellen die Niederösterreich-Gesellschaft NÖART und das Kulturforum mit ihren Aktivitäten dar, wobei sich ersteres heuer bereits im 20. Jahr nach der Gründung befindet.

Die mit dem Donaufestival alternierenden Landesausstellungen sind vorprogrammiert und werden, wie ihre Vorgänger, echte Publikumsmagneten werden und hunderttausende Besucher in die einzelnen Veranstaltungsorte und Regionen bringen.

Eine unerhört wichtige Funktion - und da bin ich bei der zweiten Teilantwort an meinen Vorredner - für das niederösterreichische Theaterleben leisten - und da bin ich seiner Ansicht - die beiden Stadttheater St. Pölten und Baden, die ja eigentlich Gigantisches leisten und eigentlich Landes-theater genannt werden müssten mit je, in unserem Fall, Baden, sind es 150 Ensemblemitglieder, hier in St. Pölten auch über 100, glaube ich, festen Ensemblemitgliedern, die das ganze Jahr über erhalten werden müssen und wie gesagt jeweils über 100 Arbeitsplätze besetzen und neben dem Festspielhaus agieren. Und die für einen ganzjährigen Spielplan in den Bereichen Musiktheater und Schauspiel sorgen. Und da - erster Hinweis - dürfte der Vorredner im Budget etwas überlesen haben, wenn er St. Pölten nicht findet und auch Baden nicht findet. Man findet es unter der Position "darstellende Künste". Denn in dieser Position darstellende Kunst sind 34 Millionen ausgewiesen, was auf jedes der beiden Stadttheater, hier teilen sich beide Städte die Summe, je zirka 17 Millionen ausmacht. Also unter diesem Kapitel findet man diesen Budgetansatz. Daß es ein bißchen mehr sein könnte, gebe ich zu, daß wir ein bißchen mehr brauchen könnten und daß uns die Kreditsperre weh tut. Weil man muß das Ganze ja planen und die Gehälter und die Gagen sind ja da. Aber wir sind froh, daß wir jetzt nach vielen Jahren einen gesicherten Vertrag haben, einen Förderungsvertrag, auf den man aufbauen kann, weil man planen kann.

Unternehmen Sie mit mir, meine Damen und Herren, nun zum Abschluß dieser Wortmeldung eine kleine Reise durch den regionalen Kulturfahrplan durch das Jahr 1997 in Niederösterreich, nur einen Auszug. Dieser Kulturfahrplan ist rechtzeitig erstellt worden. Und ich würde auch jeder größeren Stadt raten, einen solchen Fahrplan rechtzeitig zu machen. Er beginnt schon im Jänner, wir stehen jetzt mittendrin, und viele Ereignisse, die im Jänner begonnen haben, dauern ja bis heute an und dauern fort. Ich nehme nur einige Beispiele und habe mich bemüht, aus allen Vierteln etwas zu bringen. Schloßhof und Niederweiden mit der Maria Theresia-Ausstellung "Der Alltag im Barock". Von April bis Juli läuft in der Kunsthalle Krems "die Kunst des Gobelins". Die "Ybbsiade" ist abgelaufen mit April und hat Kleinkunst nach Ybbs gebracht. Die Spielzeugausstellung läuft noch bis Oktober auf der Schallaburg, die "Welt im Kleinen für Jung und Alt" erfreut sich großer Beliebtheit. In Baden haben wir "die zweite Generation" gezeigt. Die zweite Generation des phantastischen Realismus, die sich ins Heute fortsetzt. Arnulf Rainer-Retrospektive in Krems, Korab-Ausstellung in Grafenegg. Die drei Operettenproduktionen in Baden sind jetzt schon bis Anfang September so gut wie ausverkauft. Für die Festspiele Reichenau gilt dasselbe. Badener Schuberttage, Schubertsymposion müßte es heißen, im Chorherrenstift Klosterneuburg die wunderbaren Puccini- und Weber-Konzerte, die Sommerspiele Melk, Nestroy auf Burg Liechtenstein und als Open air-Festival, die große Oper in der Burgruine Gars am Kamp im Waldviertel. Stockerauer Festspiele, heuer Molière, Raimund in Gutenstein als echte Pflegestätte Raimunds, und die wunderbaren Kammermusikkonzerte auf Stift Altenburg, die man wirklich jedem Musikfreund empfehlen kann. Niederösterreich präsentiert sich also im Schubert- und Grillparzerjahr, das betone ich jetzt, die beiden Namen, weil die ein bißchen zu kurz gekommen sind - nicht bei uns, aber in ganz Österreich zu kurz gekommen sind als Jahresregenten der Musik und der Literatur - ebenso würdig, aktuell und selbstbewußt und mit modernen Interpretationen traditioneller Kunstformen. Wobei, wie gesagt, mir Grillparzer als einzig österreichischer Klassiker mit einer sehr interessanten psychoanalytischen modernen Note, was viele nicht bemerken, zu kurz gekommen scheint.

Niederösterreich präsentiert sich aber von jetzt an den ganzen Sommer hindurch als ein großes Sommertheaterfestival mit 150.000 Besuchern an 14 Spielorten mit einer Auslastung von 90 Prozent mit großteils völlig ausverkauften Spielorten. Im Süden Niederösterreichs erfreut

sich internationales Jugendtheaterpublikum an "Springkids" mit immer steigender Beliebtheit. Der NÖ Kulturkalender rangiert im Kulturfahrplan des Bundes - erhältlich beim Bundespressedienst im Bundeskanzleramt, übrigens sehr lesenswert - qualitativ und quantitativ mit 78 Veranstaltungen an zweiter Stelle gleich hinter der Bundeshauptstadt. Ein eindrucksvoller Spiegel unseres niederösterreichischen Kulturbudgets, sehr geehrte Damen und Herren, dem wir heute unsere Zustimmung geben wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf fürs erste beim Herrn Kollegen Breiningen anknüpfen. Er hat einen Kulturausflug durch Niederösterreich mit uns gemacht. Ich gebe ihm recht, Niederösterreich hat sehr viel Kultur, Kunst. Vor allem Kleinkunst, Kleinkultur, die wir sehr schätzen. Nur noch eine Frage, Herr Kollege Breiningen: Kannst Du auch, oder könntest Du auch vielleicht demnächst einmal die Besucherzahlen uns darlegen? Erst dann sehen wir, ob die Umwegrentabilität, von der Du ja gesprochen hast, auch gegeben ist. Ich meine, das sind wesentliche Faktoren, die ja auch - und so soll es ja sein - daß wir uns mit Kultur und Kunst nicht erschlagen, uns nicht gegenseitig konkurrenzieren, sondern auch Sinn und Zweck hat. Baden als Kulturstadt, die ich sehr schätze, auch andere Städte. Daß es Sinn macht. Das zum einen.

Zum Kollegen Mag. Schneeberger, er ist leider nicht hier, wollte ich nur anschließen, weil er ja, nachdem ja das Kapitel 2 artverwandt mit Wissenschaft und mit Kultur ist, und er sich in bewährter Manier mit Zensur und Benotung ja großzügigst hervorgetan hat, über die Definition bzw. über so quasi Kulturbanausen, die wir Freiheitliche sind. Also ich muß schon sagen, der Schlag war eigentlich schon etwas unter der Gürtellinie. Ich werde mich aber deswegen bemühen, Kultur nicht nach Schneeberger zu zitieren, sondern habe einen interessanten Artikel gefunden in einer sehr angesehenen Zeitung. Es ist ja immer so, wenn man über Kultur, Kunst spricht - und ich bin ja nicht so vom Fach, daß ich mit Kultur beruflich zu tun hätte - ist das immer schwierig. Und man überlegt immer lange, bevor man eine Rede hält oder bevor man etwas von sich gibt, was könnte ich dazu sagen? Was ist eigentlich Kultur? Und ich habe da einen sehr guten Artikel. Alle reden von Kultur, aber was ist eigentlich damit gemeint? Und ich zitiere hier:

"Kultur, so definiert bündig der Philosoph Ralf Konnersmann ist, was man außerdem macht, Handlungsnebenfolge. Was zählt, ist immer das andere. Kultur ist Nebensache. Wir aber können uns nicht länger mit Nebensachen aufhalten, denn die Zeit drängt. Die einzige Möglichkeit, Kultur im Leben zu erhalten, ist, sie zu einer Hauptsache zu machen. Aus dem kultivierten Menschen des 19. Jahrhunderts wird der professionelle Kulturmensch unserer Tage. Kultur heute ist Kulturarbeit für Kulturarbeit. Dabei gelten die Maximen, die überall sonst auch gelten. Produzieren, profitieren, profilieren." Und das wollte ich eigentlich damit zum Ausdruck bringen, daß Kultur eigentlich so gesehen etwas ist, was zu unserem täglichen Leben gehört, was eigentlich auch - und ich verschließe mich nicht dagegen - auch zum Profitieren da ist.

Meine Damen und Herren! Kultur in Österreich gesehen, auch hier darf ich Ihnen einen kurzen Artikel in einer ausländischen Zeitung präsentieren. Es war eine französische Zeitung, die mir aber übersetzt wurde, da ich nicht des Französischen kundig bin. Meine Tochter hat es getan, vorgestern. "Kunst auf Bestellung". Und hier heißt es, das war ein Vortrag eines österreichischen Künstlers in Paris, der folgendes gesagt hat: "Kunst auf Bestellung. Hier haben wir Beamte, die Bürgersöhnen und -töchtern in den letzten Jahren bewiesen, wie man ein subkulturelles Niveau durch hochkulturelle Subventionen erreicht. In keinem Land in Europa finanziert sich ein Staat derart frech und ungeniert seine Staatskünstler mit dem Auftrag. Mit dem Auftrag, die Macht im Staat politisch und moralisch zu stabilisieren."

Meine Damen und Herren! Ich habe vor glaube ich zwei Jahren hier auch von Kunst gesprochen und - der Herr Dr. Strasser schreibt schon fleißig - wir haben da einen Dialog geführt über aufoktroierte Kultur und Kultur, wie sie nicht sein soll. Und hier wird es deutlich gesagt. Und Sie spielen mit. Durch gezielte Förderung, Beförderung und Nicht-Beförderung assimilierte und integrierte die Regierung das Kulturleben dieses Landes in ihrem langweiligen Beamtenalltag und ließ sich von Angepaßten als Retter der Kultur feiern. Österreich verstaatlicht sogar das Toleranzprinzip. Meine Damen und Herren! Sie wußten ja, daß vor einem Jahr, glaube ich das Jahr der Toleranz in Österreich oder weltweit gehalten wurde. Und was ich da an Darbietungen, an Auf-führung gesehen habe, war eigentlich nicht Toleranz, sondern Intoleranz in Reinkultur, weil manche linke Kulturträger glauben, nur das ist Kultur, was sie predigen und was sie zum Besten geben. Und derjenige, der sich außerhalb stellt, der sich erlaubt, vielleicht nicht dieser Kultur zu

huldigen, wird als einer hingestellt, dem Kultur fremd ist und wird sogar als Kulturbanause bezeichnet. So kann man Kultur nicht verstehen.

Aber jetzt noch einige Anmerkungen zu Niederösterreich insbesondere. Herr Kollege Ing. Dautzenberg hat ja zuvor schon gesprochen vom Donaufestival, vom Festspielhaus, vom Kulturbezirk. Und auch wir haben uns am Donnerstag unterhalten über den Beschluß der Landesregierung und auch des Landtages über das Landesmuseum. Meine Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen, weil ich schon des öfteren von diesem Pult aus hier gesagt habe, daß die Kultur in der Landeshauptstadt, insbesondere hier in der neuen Landeshauptstadt für mich oder uns um einige Schuhnummern zu groß ist. Kultur muß nicht groß sein. Kultur - nicht umsonst heißt ja ein englisches Sprichwort small is beautiful - kann auch schön sein und ist meistens oder oft schöner als eine großangelegte Kultur, wo nur geprotzt wird und wo man glaubt, das Geld ginge nie aus.

Ich habe schon gesagt, daß Niederösterreich eine äußerst breitgefächerte Kultur zwischen Wien und Salzburg einnimmt. Niederösterreich kann sich messen, so glaube ich zumindest, auch mit dem Steirischen Herbst. Niederösterreich kann sich messen mit der Klangwolke in Linz und Niederösterreich kann sich auch, so meine ich, mit den Wiener Festwochen messen. Kleinkultur gehört dazu und nicht nur die Dorferneuerung, die zweifelsohne auch zur Kultur, zu einer wesentlichen Kultur in Niederösterreich gehört. Aber es kann nicht so sein, nur eine Dorferneuerung zu predigen, wenn das Dorf nicht belebt ist. Das Dorf muß belebt sein, muß mit Leben erfüllt sein. Die jungen Menschen müssen eine Zukunft sehen in diesem Dorf und die alten Menschen in ihrem Ausgedinge sollen froh und glücklich sein, daß sie hier in dieser dörflichen Kultur ihren Lebensabend beschließen können. Und wir haben auch Konzerte in verschiedenen Bereichen, wir haben Landesausstellungen, wir haben die Theatersommer in verschiedenen Städten in Niederösterreich. Wir haben auch das Donaufestival, auch wenn es das erstmal fürchterlich in die Binsen gegangen ist und uns Schulden hinterlassen wurden, die Jahre hindurch nicht nachvollziehbar waren. (*Unruhe bei LHStv. Prokop.*) Ja, so war es, Frau Landeshauptmannstellvertreter. Aber es ist schon vorüber. Jetzt hat man gelernt, und das ist das, was ich vorhin gesagt habe, daß Kultur nicht so groß sein muß, sondern daß Kultur so sein soll, daß man es begreift, daß man es im Begriff hat, auch finanziell zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Dorferneuerung habe ich schon gesagt. Es gibt in unseren Regionen irrsinnig viel Kultur. Wir sind stolz auf Niederösterreich, wir sind stolz auf seine Kultur. Wir sind aber sehr vorsichtig, wenn es um Gigantomie sondergleichen geht, weil wir meinen, daß Niederösterreich, die Landeshauptstadt eben zu klein ist, um mit Weltstädten von internationalem Format zu konkurrieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn ein Rezensent in den Kulturberichten das Eröffnungskonzert des NÖ Tonkünstlerorchesters im Festspielhaus St. Pölten als ein hervorragendes Ereignis in der Chronik des Landes, das ganz besondere Beachtung verdient, kommentiert hat, so deckt sich das mit meiner eigenen subjektiven Auffassung, die zugegebenermaßen gleichfalls nicht die eines Fachmannes ist. Gustav Mahlers abendfüllende Auferstehungssinfonie haftet in der Tat etwas Symbolträchtiges für das Land an. Die Werke Mahlers sind grandios zu nennen, aber auch anspruchsvoll. Das gilt für seine Lieder und mit Abstand für alle seine Sinfonien. Das Publikum, das nicht wirklich musikbegeistert ist, kann sich am ehesten noch mit seiner Fünften anfreunden, weil diese bei der Verfilmung eines bekannten Romanes Verwendung gefunden hat.

Ungeachtet dessen hat man sich vor wenigen Tagen neuerdings über ein weiteres Mahlerwerk gewagt, nämlich seine "Sinfonie der Tausend". Aber die Kritik war sich einig, das spektakuläre Vorhaben mit seinen Riesen-Chören ist gelungen und der Rahmen war dem Werk adäquat. Einhellig wurden die beiden Aufführungen des Tonkünstlerorchesters als musikalische Höhepunkte der ersten Saison bezeichnet.

Warum ich das sage? Weil ich meine, daß der Kulturbezirk der Landeshauptstadt unter einem guten Stern steht. Wer kann da noch Zweifel haben, daß die Interpretation auch des Höchststrangigen an der Traisen möglich ist. Doch wird sich die Kulturszene im Festspielhaus in einer Zeit, in der die Besucherzahlen und die Einschaltquoten bestimmende Kriterien sind, wohl nicht allein der Pflege der Hochkultur widmen können. Man wird der Kunst hier den nötigen Freiraum geben müssen auch für das, was sich das Publikum im Durchschnitt erwartet. Überhaupt

wäre zu überlegen, ob sich der Kulturbezirk mit allen seinen Einrichtungen nicht ein mittelfristiges Konzept geben sollte, das ihn vor Orientierungslosigkeit bewahrt und das der kulturellen Kontinuität nur förderlich sein könnte. Lassen Sie mich an dieser Stelle ein generelles Kulturkonzept für das Land Niederösterreich urgieren. Wir vermissen dieses nach der Realisierung des Kulturförderungsgesetzes noch immer, obwohl es angekündigt worden war. Schließlich muß es eine Antwort auf die Frage geben, was wir kulturell wollen und wohin sich die Kultur grundsätzlich entwickeln wird, die sich in einer Vielfalt von guten Ansätzen so großartig manifestiert.

Den nunmehr beschlossenen Museumsneubau im Kulturbezirk begrüßen vor allem jene unserer Landsleute, die in all den Jahren, in denen es das Landesmuseum in der Wiener Herrngasse gegeben hat, die Fülle der dort veranstalteten Ausstellungen, die Art ihrer Präsentation und die außergewöhnliche Kreativität der in diesen Räumen verarbeiteten Ideen schätzen gelernt haben. In Wien war das NÖ Landesmuseum ein Begriff. In St. Pölten wird es sicher ebenfalls zur Institution werden. Denn hier gibt es die Wechselwirkung mit den anderen Einrichtungen, anderen kulturellen Einrichtungen auf dem Areal des Kulturbezirkes. Ein Vorteil, der am bisherigen Standort in Wien nicht vorhanden war. Es darf allerdings nicht der Verdacht aufkommen, daß Kultur eine Funktion der öffentlichen Hand ist und administriert werden muß. Diesen Schluß nämlich könnte man wegen der Nachbarschaft des Objektes zu den Amtsgebäuden ziehen, die ja dem nüchternen Aktenlauf vorbehalten sind.

Die Verwaltung wird, das darf man als gegeben voraussetzen, den musischen Charakter des Kulturbezirkes nicht beeinträchtigen. Und noch weniger auf das Einfluß nehmen, was er zu bieten hat. Um sich entfalten zu können, braucht die Kultur den autonomen Freiraum, der nie in Frage gestellt werden darf. Kultur ist auf den Punkt gebracht die Fähigkeit, zu empfinden, zu sehen, zu erleben und zu gestalten. Das verträgt sich nun einmal nicht mit Zwängen, die man ihr auferlegt. Das Kulturkonzept, wie wir es brauchen, sollte Generationscharakter haben und kulturelle Handlungsfreiheit festschreiben. Und das soll vor allem für die Regionen gelten, wo die kulturelle Innovation nicht in den Sog einer Agglomerationskultur im niederösterreichischen Zentralraum geraten darf.

Kultur entsteht aus Landschaft und Leben, ist dieser Tage einmal gesagt worden. Und dieser Prozeß, der ineinanderfließt, ist in Niederösterreich auf Schritt und Tritt zu beobachten. Kultur, meine ich, ist unteilbar. Seien es nun unsere berühmten Sakralbauten oder seien es profanere Dinge, wie die schöpferischen Leistungen von Handwerk, Landwirtschaft und Industrie. Kultur ist nämlich nicht allein die Kunst. Zu ihren Sparten zählen ja auch die Geisteskultur mit ihren Bildungsinhalten, die Sozialkultur, der wir zum Durchbruch verholfen haben und letztlich auch die politische Kultur. Auf allen diesen Gebieten, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir zweifellos Defizite. Die Geisteskultur leidet unter der Unkultur, wie sie uns in der Intoleranz, im Rassismus und in der Brutalität begegnet, aber auch in der Tatsache, daß der Bildschirm im Wohnzimmer womöglich die Lesekultur verdrängt. Unter Sozialkultur wäre auch die Art zu verstehen, wie wir miteinander umgehen. Und da gibt es viele Unzulänglichkeiten zu beheben, wie in der politischen Kultur auch. Da aber der Weg zu mehr Kultur in allen Bereichen sicherlich über Demokratie in allen Bereichen führt, sind die legislativen Einrichtungen gefordert. Durch die Gesetzgebung haben sie zumindest Geisteskultur und Sozialkultur zu gewährleisten. Denken wir nur an das Bildungswesen oder an das Mitsprache- oder Mitentscheidungsrecht der Bürger im Land und in den Gemeinden.

In diesem Zusammenhang eine kritische Bemerkung zu dem Umstand, daß der für die Kulturpolitik im engeren Sinn kompetente Landtags-Ausschuß mit aktuellen kulturellen Fragen unseres Erachtens zu wenig befaßt wird. Seine Befugnisse in solchen Angelegenheiten das letzte Wort zu sprechen, sollte unbestritten sein. Seine Zuständigkeit dürfte nicht umgangen werden.

Ein Streifzug durch unser Land gerade in dieser Jahreszeit führt uns deutlich vor Augen, daß nicht wenige unserer Städte, Märkte und Dörfer Stätten einer innovativen Kulturpolitik sind. Womit wir bei der regionalen Kultur wären, die, wie die hiefür präliminierten Budgetmittel zeigen, neben dem hauptstädtischen Angebot sicher nicht verkümmern wird. Bei einer Diskussionsveranstaltung in Krems vor wenigen Monaten hat Werner Schneyder dazu aufgerufen, stolz auf das Spezifikum zu sein, das eine Region zu offerieren hat. Und regionale, kulturelle Qualität wird künftig sicher noch stärker nachgefragt sein, weil die Globalisierung auf allen Gebieten diesen Wunsch einfach weckt. Und Björn Engholm aus Deutschland hat bei der gleichen Veranstaltung davor gewarnt, die Vision von Europa allein mit

einem ökonomischen Datenkranz zu füllen. Europa muß auch eine solidarische Kulturgemeinschaft sein, getragen von der kulturellen Vielfalt seiner Regionen, hat der deutsche Gastreferent betont.

Wir als Niederösterreicher dürfen von uns behaupten, die regionale Kultur nach Kräften entwickelt zu haben. Dabei kommt uns sicher der Glücksfall zugute, daß viele der größten Künstler ihrer Zeit in Niederösterreich beheimatet waren oder von der niederösterreichischen Landschaft inspiriert waren. So hat Beethoven die "Mödlinger Tänze" komponiert. Von Schubert wird behauptet, daß sein "Lindenbaum" vor der Höldrichsmühle in der Hinterbrühl gestanden ist. Egon Schiele kommt aus Tulln, Oskar Kokoschka aus Pöchlarn. Das sind Quellen, die nicht versiegen. Dazu kommen noch auf so mancher Bühne hochinteressante Interpretationen aus der Literatur der Vor- oder Zwischenkriegszeit. Ich erinnere nur an Arthur Schnitzlers "Der Reigen", den man im Semmeringgebiet aufführt. Der niederösterreichische Theatersommer, jetzt "Niederösterreichisches Theaterfest" genannt, ist überhaupt zu einer Institution geworden. Und das wahrscheinlich auch deshalb, weil er sich an Plätzen und in Häusern präsentiert, die an sich schon eine kulturelle Ausstrahlung vermitteln. Ich möchte nur die Schloß Laxenburg erwähnen, das Badener Stadttheater oder das reizende Berndorfer Barocktheater.

Nicht wegzudenken aus dem Reigen kultureller Darbietungen in Niederösterreich ist die sakrale Musik im Dom von St. Pölten, im Stift Lilienfeld oder auch im Stift Altenburg im Waldviertel. Dort und natürlich auch anderswo machen auch Kinder- und Jugendchöre sowie Orchester von sich reden. Nicht zu vergessen das großartige niederösterreichische Jugendsinfonieorchester. Ein Klangkörper mit 83 Mitgliedern und hochqualifizierten Ausbildnern, die im Rahmen des NÖ Musikschulwerkes und seines engagierten künstlerischen Beirates tätig werden. Und das veranlaßt mich, an dieser Stelle auch ein Wort zur fälligen Reform des NÖ Musikschulwesens zu sagen. Dieser komplexe Bereich, bei dem die Beteiligten an die Neuordnung unterschiedlichste Erwartungen knüpfen, soll nach Vorliegen konkreter Lösungsvorschläge einer breiten und tiefgehenden Diskussion unter Einschluß aller Beteiligten unterzogen werden, ähnlich dem NÖ Kulturförderungsgesetz 1996. Der für Musikschulen vorgesehene Budgetposten im Landesvoranschlag bleibt unverändert. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit ein Konsens zustande kommt, der die Musikschulen sichert in ihrem Bestand, in ihrem

Betrieb, ohne auch das kommunale Leistungsvermögen der Träger zu überfordern.

Herr Kollege Professor Breininger hat bereits zum NÖ Donaufestival 1997 gesprochen. Ich möchte daher nur darauf verweisen, daß sich das Donaufestival durchaus auch als Instrument zur Vermittlung kultureller Experimente versteht. So wird dem österreichischen Jahresregenten Schubert mit der Eigenproduktion einer besonders gestalteten "Unvollendeten" Rechnung getragen. Das Donaufestival enthält als wesentliche Elemente das große Bekenntnis zur Kunst und Kultur, zu Niederösterreich und zum Donauraum.

Die Pflege konventioneller Kultur darf uns nicht davon abhalten, dem Zeitgeist eine Lanze zu brechen und progressive Wege zu gehen. Ein an dieser Richtung interessiertes Publikum wird es uns danken und wohl auch die zeitgenössische Kultur. Dazu eine Anmerkung: Im Zuge der Neustrukturierung zeitgenössischer niederösterreichischer Musikförderung wurde der Zeitgenössische Herbst durch das wesentlich umfassendere Veranstaltungs- und Vermittlungskonzept "Musik aktuell" abgelöst. Dem rührigen Team von jungen Fachleuten und einem Beiratsforum, das mit einer entsprechenden Programmgestaltung neugierigen Hörerinnen und Hörern aus Stadt und Land Lust auf zeitgenössische Musik machen will, ist für sein Vorhaben viel Erfolg zu wünschen. Eine Zusammenarbeit mit interessierten Musikschulen ist in weiterer Folge vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Kultur muß in Bewegung sein, muß von kreativen Menschen in Bewegung gehalten werden. In Niederösterreich ist uns das, glaube ich, gelungen. Und ich darf hinzufügen, daß uns das gelungen ist, weil wir Kultur in ihrer ganzen Breite offerieren. Bleiben wir bei unserer Kultur der Ausgewogenheit, die modern sein kann, aber zu Herzen gehen muß. Dann sind wir sicher auf dem richtigen Weg. In diesem Sinne darf ich mitteilen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Kulturbudget ihre Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben die letzten beiden Debattenredner gehört. Welch ein Unterschied! Welch ein Unterschied! Der Herr Abgeordnete Wöginger, der seinen Debattenbeitrag und seine Rede einleitet mit Gustav Mahlers "Achter". Der in bewegten Worten die Sinfonie der Tausend streift und hier zwei großartige Konzerte im neuen Festspielhaus fachkundig kommentiert. Und der Vertreter der FPÖ, der von diesem Pult bei dem Beitrag zum Kulturbudget von Profit, von Umwegrentabilität und ähnlichem spricht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zeigt auch ein bißchen die Art und Weise, wie hier die einen oder die anderen debattieren. Ich möchte am Beginn meines Debattenbeitrages ausdrücklich mich bei meinem Vorredner bedanken. Ich möchte ihm Dank sagen als Kollegen im Kultur-Ausschuß und auch als Kollegen im Vorstand des Donaufestivals. Er ist dort ein nicht immer bequemer, sondern ein harter Verhandler. Aber einer, der von seiner Sache etwas versteht, der fair umgeht, der die Argumente abwägt, und ich sage das durchaus ein wenig bewegt, es tut mir etwas leid, zu hören, daß er wahrscheinlich bei der nächsten Budgetdebatte nicht mehr dabei sein wird. Sehr geehrter Herr Kollege Wöginger! Ich möchte Dir danken für die gute Zusammenarbeit und ich möchte Dir danken für Deine Arbeit für das Kulturleben in Niederösterreich! *(Beifall bei Abg. von ÖVP und SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir tut es leid, daß wir der Kulturmilliarde im nächsten Jahr kein großes Stück näherkommen werden. Ganz im Gegenteil! Zu dem, was von diesem Pult bei der Generaldebatte gesagt worden ist, daß der Fraktionsobmann einer anderen Partei das ausdrücklich begrüßt, möchte ich feststellen, die Vertreter der NÖ Volkspartei und ich, wir freuen uns, daß weiter gebaut wird an dieser einzigartigen Aufbauarbeit über Jahrzehnte und insbesondere in den letzten vier, fünf Jahren. Sei es bei den Tonkünstlern, sei es bei den Festspielstätten, sei es bei den traditionellen Musik- und Heimateinrichtungen, sei es bei den Ausstellungen, aber sei es auch bei den vielen "kleinen" Initiativen, unter Anführungszeichen, die durch hunderte von freiwilligen Arbeitsleistungen und durch Einsatz von persönlicher Freizeit und manchmal auch Geldes dafür sorgen, daß dieses Land von kulturellen Aktivitäten geradezu sprießt. Ich darf sagen, dieses Kulturförderungsgesetz, das die Landesregierung ausgearbeitet, der Landtag ausgiebig diskutiert und dann schlußendlich beschlossen hat, trägt reife Früchte. Der Kultursenat arbeitet, so wie wir uns das vorstellen und so wie es international und national bis hinein in die Kulturzeitschriften und

Kulturpublikationen positiv anerkannt und als Vorbild hingestellt wird. Und da ist es schon etwas schade, wenn der Abgeordnete Ing. Dautzenberg beim Festspielhaus Worte findet, das "grundelt im Budget irgendwo herum". Herr Abgeordneter! Ich darf Sie mit Verlaub auf die Position 32401 aufmerksam machen. Dort finden Sie das Festspielhaus. Wie Sie wissen, ist das eine Betriebsgesellschaft, die das Festspielhaus führt, und die Position 32401, die wird Ihnen Auskunft geben darüber, wie die Betriebskosten gehandhabt werden. *(Unruhe bei Abg. Ing. Dautzenberg.)*

Beim Herrn Abgeordneten Preiszler - nein, das kann ich nicht unterschreiben. Kulturbanauen sind die F nicht. Sie definieren nur beinhart und sie sagen einfach, was Sache ist. Sie sagen für sich, Kultur, das ist eine Nebensache. Sie fragen, was profitiert man eigentlich davon? Sie sagen, was bringt denn das für Besucherzahlen? Die Umwegrentabilität ist eine Sache, die Erhaltung des kulturellen Erbes eine wichtige zweite und die kulturelle Weiterentwicklung unserer Region eine mindestens genauso wichtige. Und da gefällt mit der Ansatz vom Abgeordneten Wöginger, der hier zitiert und sagt, die Fähigkeit zu sehen, die Fähigkeit zu empfinden, die Fähigkeit zu gestalten und gestalten zu lassen, das ist es, was kulturelles Handeln bestimmt. Und das möchte ich auch mit unterstreichen.

"Kunst auf Bestellung". Warum beleidigen Sie fortwährend mindestens bei jeder Budgetdebatte die Kulturschaffenden und die Künstler in diesem Land? Es ist nicht notwendig, Herr Abgeordneter Preiszler, weil im Kulturförderungsgesetz haben Sie ja selbst mitgeschrieben, mitbesprochen, mitdiskutiert, daß wir Beiräte schaffen, daß wir unabhängige Kommissionen geschaffen haben, die unabhängig von der Politik, unabhängig von der Verwaltung zu ihrem Urteil in den Förderungsrichtlinien kommen. Also wir sollten doch miteinander hergehen und die Dinge dort belassen, wie sie sind. Wir sollten froh sein, wenn es Leute gibt, die sich kulturell engagieren und wir sollten froh sein, wenn es Menschen gibt, die diese Förderungsrichtlinien auch mit Leben ausfüllen. Hier in Niederösterreich wird niemand gegängelt. Hier wird möglich gemacht. Hier wird die Möglichkeit geschaffen, daß man sich auseinandersetzen kann und hier wird es auch Widerspruch geben.

Eine kulturfeindliche Einstellung ist es, wenn man gar nichts mehr findet, auf Ereignisse innerhalb der Landesverwaltung zurückzuverweisen, die nächstes Jahr zehn Jahre alt sind. Das ist eine etwas magere Ausbeute und eine magere intellek-

tuelle Diskussion. Aber eine Ausnahme möchte ich machen: Wenigstens bei der Dorf- und Stadterneuerung konzedieren Sie, daß die Kulturarbeit im besten Sinn des Wortes funktioniert. Ich möchte Sie noch auf einen Umstand hinweisen, Herr Abgeordneter Preiszler. Wir hatten voriges Jahr am 1. Mai das Vergnügen, gemeinsam und sozusagen nebeneinander eine kulturelle Veranstaltung zu besuchen. Das war in Baden bei der Eröffnung der Badener Saison. Und ich kann mich sehr gut daran erinnern. Ich kann mich gut daran erinnern, wie Sie, ich glaube, mit Ihrer Tochter dort waren und wie wir gemeinsam über diesen großartigen Vormittag in der Pause und nachher gesprochen haben. Mit dem Ballett, mit den Liedervorträgen, mit den Orchesterbeiträgen und mit den Couplets. Warum akzeptieren Sie nicht dieses bunte, schöne kulturelle Leben in unseren Städten und Dörfern? Warum sagen Sie nicht einmal von diesem Pult, daß das, was Sie am 1. Mai 1996 empfunden haben, etwas Schönes, ja etwas Bereicherndes, Kultur im besten Sinne des Wortes ist?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein Wort zum Festspielhaus, weil ich die heutige "Kronen Zeitung" gesehen habe. Ich zitiere die "Kronen Zeitung" von heute: "Das neue Festspielhaus St. Pölten ist vom Publikum angenommen worden. Nach dieser Testperiode können die Höhepunkte 1997/98 richtig verteilt werden." Viele von uns haben Sorge gehabt, wie wird sich diese neue kulturelle Innovation in unserer Landeshauptstadt auswirken? Wir können heute zumindest eine erste Etappe beurteilen. Und wir müssen und dürfen sagen, der Aufwand hat sich gelohnt. Die Investition ist dabei aufzugehen, die Saat ist dabei, schön langsam aus der Erde herauszukommen. Und das ist, mit Verlaub gesagt, vor allem ein Verdienst der Verantwortlichen dort. Und ich möchte auch von diesem Pult aus dem Herrn Deppe, dem Herrn Mag. Bauer und der Frau Wunderer herzlich danken für den selbstlosen Einsatz, den sie in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben. Sie haben ein schönes neues Stück Österreich mit uns geschaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben es hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit einer kulturellen Situation zu tun, die überregional, die in ganz Europa Anklang findet. Wenn wir alle vier bis sechs Wochen in der "Zeit" in der "FAZ", im "Spiegel", im "Focus", auch in den englisch- und französischsprachigen Zeitschriften eine gewisse Verwunderung der Kulturkritiker finden, daß eigentlich in Wien sich das nicht so richtig weiterentwickelt, aber rund um Wien, in dieser Region um Wien eine kulturelle

Hochblüte - Stichwort Festspielhaus, Stichwort Kunsthalle Krems, Stichwort Donaufestival und andere - entsteht. Wenn davon gesprochen wird in den internationalen Zeitungen und Zeitschriften, daß die Architektur des Landes Niederösterreich und so, wie sie im Land zu finden ist, Vorbild ist für vieles, dann wollen wir doch miteinander auch einmal feststellen, daß hier ganz Entscheidendes passiert ist.

Der Herr Kollege Wöginger hat in einem Punkt recht: Das Kulturkonzept muß kommen und das Kulturkonzept wird kommen. Und ich bin dankbar, daß die vier Grundsatzveranstaltungen terminisiert sind, daß sie wieder, wie damals beim Kulturförderungsgesetz, eine intensive intellektuelle, organisatorische und inhaltliche Auseinandersetzung mit dem kulturellen Leben in den nächsten Jahren in Niederösterreich bringen werden. Und ich gehe davon aus, daß die Diskussion dort genauso fruchtbar sein wird wie beim Kulturförderungsgesetz vor einigen Jahren.

Ich möchte mich bedanken zum Schluß. Insbesondere bedanken bei den Mitarbeitern in der Landesverwaltung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie leisten hier Arbeit im Dienst des Landes Niederösterreich, die weit über die Grenzen hinaus als vorbildlich gilt. Und ich bedanke mich bei jeder einzelnen und bei jedem einzelnen von Ihnen für dieses weit über das Normale hinausgehende. Ich möchte mich bedanken bei den Kulturreferenten des Landes, Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop und Landeshauptmann Dr. Pröll, die trotz schwieriger budgetärer, finanzieller, organisatorischer, wirtschaftlicher und anderer Situation dafür sorgen, daß die Kultur in diesem Land den Stellenwert hat, den es verdient. Den Stellenwert, der dieses Land zu einem schönen Stück Österreich werden läßt und weiter entwickeln läßt. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist weiter gemeldet Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Strasser! Ich würde Sie jetzt bitten herzuhören, damit Sie das wirklich jetzt richtig mitkriegen. Ich habe zitiert Profit, vom Profit habe ich gesprochen, weil das das Zitat des Kollegen Schneeberger war. Das habe ich ausdrücklich gesagt, nicht von mir. Das ist das eine. Donaufestival habe ich erwähnt, das hat es gegeben. Habe aber auch gleichzeitig gesagt, daß man gelernt hat, daß es jetzt anders ist. Das müssen Sie auch dazu sagen. Von der Dorf- und

Stadterneuerung, von der Kultur in Baden, die habe ich ausdrücklich erwähnt, lobenswert erwähnt. Weil ich den Kollegen Breininger persönlich sehr schätze, weil ich die Kulturstadt Baden seit Jahren kenne. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Also was war da schlimm? Und vor allem, es ist genau das gekommen, was ich vorhergesagt habe. Kultur ist das, was Sie persönlich subjektiv für gut befinden. Alles andere zählt nicht. Das ist nicht Kultur, wie Sie es verstehen. Und da könnten wir auch die Toleranz jetzt mit inkludieren, was Sie unter Toleranz verstehen. Und das waren nicht meine Worte, sondern Zitate, die habe ich gebracht. (*Abg. Preiszler zeigt Zeitungsausschnitt.*) Das können Sie haben, ich gebe Ihnen das, das sind die Worte vom Staatspreisträger für Kulturpublizistik, Konrad Paul Wissmann. Den habe ich wortwörtlich zitiert. Wenn Sie es nicht verstanden haben, was er damit gemeint hat, lesen Sie es bitte nochmals. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. TREITLER (*ÖVP*): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. TREITLER (*ÖVP*): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von 679,756.000 Schilling und Einnahmen von 25,165.000 Schilling zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: (*Nach Abstimmung über die Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung*): Mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.*)

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Treitler, zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (*ÖVP*): In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, sind Ausgaben und Einnahmen für die allgemeine öffentliche Wohlfahrt, freie Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Behebung von Notständen, sozialpolitische

Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen und die Wohnbauförderung vorgesehen. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von 13.895,083.000 Schilling ausgewiesen, denen Einnahmen von 6.986,301.000 Schilling gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 28,81 Prozent. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von 399,678.000 Schilling und Einnahmen von 328,994.000 Schilling vorgesehen. Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke für den Bericht und eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Beitrag zur Gruppe 4 sind die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Zur Sozialen Wohlfahrt und Wohnbauförderung zählt auch das Ausbauprogramm der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Diese Heime sind von immer größer werdender Bedeutung. Denn die Altenhilfe ist einer steigenden Entwicklung unterworfen. Die Betreuung alter und hilfsbedürftiger Menschen ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, was einerseits zurückzuführen ist auf das immer höher werdende Lebensalter, bedingt natürlich auch durch das Fortschreiten der Medizin und der damit verbundenen, immer besser werdenden ärztlichen Betreuung. Wobei laut Volkszählung 1991 die Zahl der über 75jährigen voraussichtlich um 56 Prozent steigen wird innerhalb von 30 Jahren. Diese Altersgruppe wird niederösterreichweit gesehen, also von 7 Prozent auf 10 Prozent anwachsen. Und dazu kommt noch, daß die Zahl der über 85jährigen stärker zunimmt. Und daß in so hohem Alter der Pflegebedarf ebenfalls steigt, ist natürlich auch zu erwarten. Dazu kommt ferner die Zahl der Einpersonenhaushalte, die ständig steigt und auch in Zukunft noch mehr steigen wird. Außerdem leben Menschen mit sehr hohem Alter meistens an und für sich schon allein und sind dadurch besonders auf fremde Hilfe angewiesen. Daher ist es Aufgabe der Sozialpolitik, Maßnahmen zu schaffen und rechtzeitig vorzusorgen.

Der Voranschlag 1998 sieht in der Gruppe 4 gegenüber 1997 wesentliche Mehrausgaben vor, speziell was auch die Pensionisten- und Pflegeheime betrifft. 1998 wird sicher ein Schwerpunkt im Ausbau- und Investitionsprogramm sein. Vier neue Standorte werden ihren Betrieb aufnehmen, und zwar Berndorf, Neunkirchen, Wilhelmsburg

und Vösendorf. Es ist dies ein Investitionsvolumen von 600 Millionen Schilling. Das Land Niederösterreich löst damit auch das Versprechen ein, öffentliche Bauten vorzuziehen und gibt so der Wirtschaft zusätzliche Impulse. Dies kommt letztendlich wieder den Regionen zugute.

Aber noch einen äußerst wichtigen Faktor bringt der Neubau mit sich. Es werden zusätzlich 250 neue Arbeitsplätze geschaffen, die langfristig gesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Weiters wird 1998 auch mit dem Neubau des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes St. Pölten begonnen. Am östlichen Traisenufer gelegen, ist es wieder ein Bauprojekt mehr in unserer Landeshauptstadt, vor allem in zentraler Lage und von meiner Warte aus gesehen auf einem sehr schönen Platz.

Die Wohnsituation in den Heimen hat sich stark geändert. War es bis jetzt so, daß Wohnbetten und Pflegebetten gemeinsam gebraucht wurden, so wird der Bedarf an Pflegebetten immer stärker. Was natürlich zurückzuführen ist auf die gut ausgebaute Heimhilfe. Die sozialen Dienste werden ja immer mehr in Anspruch genommen. Und das ist auch gut so. Man gibt damit den alten Menschen die Möglichkeit, so lange wie möglich zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Dadurch wird natürlich auch ihre Lebensqualität wesentlich gesteigert. Und erst, wenn rund um die Uhr ein Pflegebedarf erforderlich ist, benötigt man das Pflegeheim.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen würdevollen Lebensabend zu verbringen, das wünschen wir uns alle. Und wir sind es denjenigen schuldig, die vor uns an diesem Land gearbeitet haben. Und auch das ist solidarisch und wird dem Motto dieses Budgets "solid und solidarisch" dadurch auch gerecht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wie in jedem Jahr ist auch in diesem Ansatz eine große Steigerung zu verzeichnen und es wird - das ist auch, was man eigentlich jedes Jahr in einer Budgetrede sagen kann - auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so bleiben. Es ist ja auch in der Einbegleitungsrede des Landesrates gesagt worden: Die demographische Entwicklung macht es notwendig, daß wir für die ungeheuren

Belastungen, die uns unsere alternde Bevölkerung auferlegt, Vorsorge treffen. Und insofern ist dieses Budget vor allem eben altersgebunden. Das ist auch der Grund, daß wir hier zustimmen. Denn es sind sicher unvermeidbare Kosten und man muß es wirklich sagen, hier wird realistisch vorgesorgt.

Der andere Bereich, der drinnen ist, Behinderte, neuerdings in einem eigenen Ansatz - hier hat man auch Verbesserungen erzielt, was absolut gut zu finden ist. Und der dritte Bereich, das ist sozusagen der Investitionsbereich, Familienpolitik. Da macht es mich ein bißchen traurig, daß es eigentlich gleich geblieben ist. Sowohl der Ansatz für Familienhilfe ist gleich geblieben, als auch die Zuschüsse für Eltern, die Tagesmütter beanspruchen. Gestiegen ist da lediglich der Ansatz, in dem die Institutionen selbst gefördert werden. Ich möchte jedoch nur darauf hinweisen, daß alle drei Parteien sich verpflichtet haben, die Familienhilfe bis zum Jahr 2000 auf die Höhe des Karenzgeldes anzuheben. Heuer ist keine Anhebung drinnen, sie wird in den nächsten Jahren desto größer sein müssen oder noch besser, vielleicht in einer generellen großen Reform in einem Kinderbetreuungsscheck eingearbeitet werden müssen.

Die Familienpolitik ist ein Investitionsbereich und nie sieht man das deutlicher, als wenn über Pensionen debattiert wird. Und da möchte ich doch, gerade weil das jetzt seit 14 Tagen das Thema ist, das nicht aus den Medien kommt, ein bißchen dazu Stellung nehmen. Denn ich denke, selten sind die Bürger so an der Nase herumgeführt worden wie bei dieser Debatte, die als Reform verkauft wird, obwohl es in Wahrheit eigentlich nur eine Kürzung ist. Denn die Maßnahmen auf der einen Seite, die Einbeziehung aller Einkommen in die Beitragszahlungen bei geringfügig Beschäftigten, Freiberuflern, die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, die dienen ja ausschließlich der momentanen Geldbeschaffung. Sie werden dann mit Zeitabstand übrigens auf der Ausgabenseite zu Buche schlagen, denn es sind ja dann auch Pensionen dafür zu zahlen.

Mit diesen momentanen Einnahmensteigerungen müssen jetzt die jetzt schon eklatanten Fehlbeträge im Budget ausgeglichen werden. Von einer Sanierung kann daher nicht die Rede sein. Und auf der anderen Seite geht es darum, das Pensionsniveau einfach herunterzukürzen. Denn die Vergrößerung des Durchrechnungszeitraumes, also von ursprünglich zehn Jahren wenn wir uns erinnern, auf mittlerweile 15 und nunmehr auf 20 Jahre, ist ja lediglich eine Kürzung der Pensio-

nen für die Zukunft. Wir sollten uns alle vor Augen halten, daß das vor allem die Frauen und vor allem jene kindererziehenden Frauen trifft, die eigentlich mit ihrer Arbeit nicht unwesentlich dafür sorgen, daß es überhaupt eine Alterssicherung geben kann. Denn diese Frauen haben ja jetzt schon Mühe, 15 halbwegs erträgliche Jahre zusammenzubringen.

Aber selbstverständlich kann dieser Griff in die Taschen der Bürger, wenn er denn politisch irgendwie durchzusetzen ist - aber er wird wohl durchzusetzen sein müssen - die Pensionen nicht auf lange Frist sichern. Es dreht sich ja hier wirklich nur darum, die jetzt Erwerbstätigen einmal mehr zur Kasse zu bitten, die sich dann später mit einer Minimalrente begnügen werden müssen. Aber die Grenze dessen, was politisch durchsetzbar ist, ist möglicherweise bald erreicht. Man kann wohl die Stellschrauben dieses Systems - auf der einen Seite eine Erhöhung der Einnahmen, auf der anderen Seite eben eine Kürzung der Leistungen, Pensionsniveau herunter - eine Zeitlang anziehen. Aber auf die Dauer wird man der demographischen Wahrheit, daß einfach zu wenige Aktive zu vielen Pensionisten gegenüber stehen und daß eine kinderarme Gesellschaft ein sicheres Alter nicht garantieren kann, auf die Dauer wird man dieser Wahrheit nicht ausweichen können.

Und dann denke ich, wenn wir die nächste Etappe der Debatte hinter uns bringen wollen, müssen wir zuerst einmal den Trugschluß ausräumen, daß mittels Kapitalsdeckungsverfahren ungeachtet der Bevölkerungsentwicklung die Pensionen zu sanieren sind. Denn ich glaube, es ist ein Grundsatz, an dem nicht vorbeizukommen ist, daß jeder Sozialaufwand aus dem laufenden Volkseinkommen zu entnehmen ist. Und nicht nur sind die Erträge von angespartem Kapital mit der Volkswirtschaft korreliert, die ja hoffentlich jung und dynamisch ist. Wenn nicht, werden auch die Zinsen nicht viel hergeben. Zudem sind Pensionsansprüche nur dann etwas wert, wenn Menschen dauernd bereit sind, dafür Hilfe, Pflege und Zuwendung zu geben. Abgesehen davon, daß die Alterssicherung ja nicht nur das Pensionsproblem ist. Die viel größere Sache, die auf uns zukommt ist ja dann die Geschichte mit den wirklich pflegebedürftigen alten Leuten.

Daß es uns an dieser unverzichtbaren nachwachsenden Generation mangelt, daran ist paradoxerweise das jetzt sich in Kraft befindende Pensionssystem selbst mit schuld. Denn es hat eine ganz eindeutige und klare Aussage: Je weniger man selber seine Erwerbschancen mit

Kindern geschmälert hat, desto besser kann man sich im Alter dann von den Kindern anderer Leute ernähren lassen. Und es ist wirklich schlimm wenn man sieht, daß die nunmehr erwachsenen Kinder mit ihren Pensionsbeiträgen die aktuellen Pensionen sichern, während ihre eigene Mutter ohne Pensionsanspruch geblieben ist. Und das ist der richtige Beweis einer Sozialtechnik, die sich selbst zerstört. Und es ist ja nicht umsonst so, daß nach Jahrzehnten ausufernder Sozialpolitik die Familie mit mehreren Kindern geradezu die Lebensform einer Minderheit geworden ist. Und so wie die Wirkungen der falschen Gesellschaftspolitik quasi als Echo erst mit der Verzögerung einer Generation eintreten, so wird auch eine Sanierung nicht kurzfristig zu errechnen sein. Es wird ganz bestimmt jetzt einige sehr schwierige Jahre geben, wo wir uns auf Übergangslösungen einlassen werden müssen. Aber jede Reform, die nur annähernd Bestand haben möchte, und wirklich auf längere Frist ein sicheres Alter versprechen will, die muß sich ihrer eigenen Grundlagen bewußt sein. Und in diesem Sinn, glaube ich, sollte man sich dazu verstehen, daß die Familienleistungen als für das Pensionssystem bestandssichernd als solche anerkannt und aufgewertet werden. Und eine Politik, die sich selbst eine Zukunft gibt, die muß diese Rahmenbedingungen dafür schaffen. *(Beifall bei der FPÖ und Abg. Lembacher.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Gebert.

Abg. GEBERT (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich gebe der Frau Abgeordneten Rosenkranz schon recht, daß es notwendig ist, über die Harmonisierung der Pensionsreform nachzudenken. Es wird ja seit vielen Jahren darüber diskutiert. Die jetzige Bundesregierung, speziell der Herr Bundeskanzler, strebt nun an eine Reform der Pensionen, eine Harmonisierung. Ich glaube, das wird auf Ebene der Bundespolitik diskutiert und entschieden und ich glaube, wir werden nicht vom Landtag her Einfluß nehmen können. Hier werden wir diskutieren müssen. Aber eines ist klar: Die Pensionen für die, die jetzt in Pension sind, werden nicht geändert. Es wird sicherlich eine sehr ausführliche und harte Auseinandersetzung geben. Aber ich glaube, es ist notwendig, hier endlich auch zu Entscheidungen zu kommen.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu dem Bereich Soziales. Wie wir schon gehört haben, ist mit rund 8,8 Milliarden Schilling der Sozialbereich brutto gesehen gemeinsam mit dem Familienbe-

reich der größte Ansatz im Budget. Er sieht im Vergleich zu den anderen Budgetgruppen sogar eine Erhöhung vor. Die Tendenz im Sozialbereich, meine Damen und Herren, ist eigentlich schon seit einigen Jahren steigend und im Hinblick auf die prognostizierte Lebenserwartung der Menschen ist es klar, daß die Sozialausgaben bei Beibehaltung der Sozialstandards auch in Zukunft steigen werden.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur sozialen Verantwortung. Wir sehen darin ein Zeichen, daß gute Sozialpolitik in Niederösterreich geleistet wurde. Denken wir zurück an die Beschlußfassung des Sozialhilfegesetzes, des verstärkten Ausbaues der Sozialhilfe und der Pflegeeinrichtungen. Mit der Umsetzung des Bundes-Pflegegesetzes und mit effizienten Sozialhilfemaßnahmen und nicht zuletzt - und das muß man hier betonen - durch die gesetzliche Verpflichtung und den Beitrag der Gemeinden zum Sozialbudget wurden schon seit vielen Jahren die Strukturen und die Grundlagen für eine erfolgreiche Sozialpolitik in Niederösterreich konkret bestätigt. Ein weiterer Schritt in der Sozialgesetzgebung des Landes wurde mit der Schaffung des Fonds für Gesundheit und Soziales im Dezember 1996 im Zuge der leistungsbezogenen Spitalsfinanzierung gesetzt. Der Aufgabenbereich für psychisch behinderte Menschen, die pflegebedürftig sind, wurde mit einbezogen und damit ein wichtiges neues Steuerungselement des mit Gesundheit zusammenhängenden Sozialwesens geschaffen.

Wenn wir also Bilanz ziehen, meine Damen und Herren, können wir feststellen, daß die Zielsetzung der Sozialhilfe, der Pflege und Betreuung hilfebedürftiger Menschen in unserem Bundesland vielleicht nicht ganz optimal, aber weitgehend doch erfüllt sind. Zumindest wird und kann für alle in Not geratenen, für sozial und pflegebedürftige Menschen ein weit gefächertes und ausgewogenes Sozialsystem angeboten werden. Das beginnt bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Hilfe in besonderen Lebenslagen mit Dauerhilfen bis zur Kranken- und Behindertenhilfe. Schwerpunkte, und das läßt sich im Budget zahlenmäßig ablesen, sind die sozialen bzw. sozialmedizinischen Dienste sowie die Pensionisten- und Pflegeheime, wie wir schon gehört haben.

Der Einsatz und die Arbeit der sozialen Dienste ist ein wichtiger und eigentlich ein nicht mehr wegzudenkender Faktor. In wenigen Jahren hat sich die Zahl der Sozialstationen sprunghaft erhöht. 1996 wurden in 190 Stationen Hilfebedürf-

tige betreut und versorgt. Hier werden wertvolle Dienste in der Hauskrankenpflege, in der Heimhilfe und im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" geleistet. Die Bedeutung der mobilen Dienste in den sozialen Vereinen wie Volkshilfe, NÖ Hilfswerk und Caritas wird immer wichtiger. Ihr Einsatzbereich hat sich gewaltig erweitert. Sie sind vor Ort nunmehr in allen Bezirken, also flächendeckend vertreten.

Es soll in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Gemeinden die Idee und das Konzept der örtlichen Sozial- und Seniorenzentren von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger aufgegriffen haben, sodaß alte Menschen in ihren eigenen Gemeinden wohnen und betreut werden können. Und somit eigentlich in der gewohnten Umgebung, dort wo sie leben und aufgewachsen sind, in Würde ihren Lebensabend verbringen können. Aus einem Pilotprojekt, meine Damen und Herren, sind mittlerweile über 100 solcher Sozialzentren entstanden.

Zurück zu den Sozialdiensten: Eine Zahl, mehrere Zahlen, die gewaltig sind: Mit ihren rund 3.000 Beschäftigten leisten die mobilen Dienste, und man höre und staune, zwei Millionen Einsatzstunden. Genau sind es 2,010.000 Einsatzstunden. Das ist eine gewaltige Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Und wir müssen und wir sollen die Leistungen anerkennen und sollten sie auch weiterhin unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den überaus positiven Entwicklungen vielleicht zwei kritische Anmerkungen. Erste Bemerkung: Natürlich sind die sozialen Dienste mit der Familienbetreuung mit eingeschlossen in der nunmehrigen Größenordnung nicht nur ein wichtiger Teil in der Sozial- und Familienbetreuung, sondern auch ein wirtschaftlicher, sogar ein beachtlicher wirtschaftlicher Faktor geworden. Wirtschaftlichkeit und Sozialmanagement sind wichtig. Aber dieses Management sollte nicht dazu führen, daß hier ein marktähnlicher Wettbewerb entsteht, der sich negativ auf die Beitragsleistungen der Hilfebedürftigen auswirkt. Es war daher sehr wichtig, daß unsere Sozialreferentin, Frau Landesrat Traude Votruba, in einem Richtlinienenerlaß eine sozial gerechte und ausgewogene Zuschußförderung festgeschrieben hat.

Die zweite Anmerkung, die ich hier machen möchte: Durch das großartige und breitgefächerte Sozialhilfeangebot können, so glaube ich, die bei der BH angesiedelten sogenannten Sozialspre-

ngel die ihnen zugedachte Funktion nicht mehr richtig ausüben, zumindest was die Sozialhilfemaßnahmen betrifft. Die zugedachte Koordination und das soziale Management wird zumeist von den sozialen Vereinen und Institutionen, aber auch direkt von den Gemeinden selbst vorgenommen und wahrgenommen. Vielleicht wäre es da notwendig, das Konzept, das die SPÖ seinerzeit vorgeschlagen hat, wieder einmal, nochmals und wieder einmal zu überdenken.

Der zweite und eigentlich der größte Schwerpunkt mit einem 40prozentigen Anteil am Sozialbudget ist der Betrieb, die Errichtung und der Ausbau der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Ohne Zweifel sind diese Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen ein wichtiges Segment für die Hilfe, für die Intensivbetreuung von Akutfällen und für chronisch Kranke. Auf Grund einer Bedarfs- und Strukturanalyse wurde 1994 ein Ausbauprogramm beschlossen, mit der, wie ich glaube, richtigen Zielsetzung, nämlich die Sozialhilfemittel ausschließlich für die Schaffung von Pflegebetten einzusetzen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß der alte Mensch so lange wie möglich zu Hause betreut werden kann. Dieses Ausbauprogramm, haben wir auch schon gehört von der Kollegin Egerer, ist voll im Gange, ist teilweise auch schon abgeschlossen. Von 1995 bis 1997 wurde die Bettenanzahl von insgesamt 5.705 auf 5.958 erhöht und zielgerecht die Wohnplätze hingegen um 5 Prozent reduziert.

Trotz der effektiven Arbeit der sozialen Dienste ist der Bedarf an weiteren Pflegebetten vorhanden. Ich begrüße daher, daß nun ein weiteres Ausbauprogramm ab dem Jahre 1998 bis zum Jahr 2002 vorliegt und demnächst auch beraten wird. Und aus meiner Sicht darf ich in diesem Zusammenhang auf einen Landtagsbeschluß vom 20. Oktober 1994 verweisen, dem ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Klaus Soukup, meines Vorgängers, und des Kollegen Mautner Markhof voranging. Verlangt wurde in diesem Antrag, eine zusätzliche Pflegeeinrichtung im Bereiche des Gerichtsbezirkes Schwechat in ein künftiges Ausbauprogramm aufzunehmen. Obwohl, und das gestehe ich zu, mit der Errichtung des vorbildhaften gemeindeeigenen Sozialzentrums in Schwechat und durch die Umstrukturierung des Bezirksheimes in Himberg vielleicht der momentane Bedarf einigermaßen abgedeckt werden kann, ist aber - und das glaube ich sicher - zumindest der Bau einer Pflegeabteilung im Bereiche des Gerichtsbezirkes Schwechat in den nächsten Jahren erforderlich. Als Standort würde sich die Stadt Fischamend mit einem örtlichen Projekt anbieten. Darüber hinaus möchte ich aber

feststellen, daß der beabsichtigte Neubau in Klosterneuburg auf Grund der besonderen Struktur des Bezirkes Wien-Umgebung auch keine Alternative für Schwechat darstellt. Ich hoffe, daß dieses Anliegen der Bevölkerung im Bereiche Schwechat in einem künftigen Investitionsprogramm in irgendeiner Form, Frau Landeshauptmannstellvertreter, Berücksichtigung findet.

Abschließend, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, möchte ich einen Dank aussprechen. In diesem schwierigen Sozialbereich sind tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tätig. Sei es in den Sozialstationen, sei es in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen, oder in den Sozialabteilungen und Familienabteilungen des Landes. Sie alle leisten hervorragende Arbeit. Für ihren unermüdlichen Einsatz im Sinne der Menschlichkeit möchte ich hiemit meinen herzlichsten Dank aussprechen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird dem Kapitel Soziales gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziales, ist derartig vielschichtig, daß es hier wahrscheinlich die Zeit sprengen würde, über alle Dinge zu sprechen. Ich habe mir vier Punkte vorgenommen, über die ich sprechen möchte. Nämlich über die mobilen Dienste, die an sich jedes Jahr auf der Tagesordnung stehen. Dann, was eigentlich nicht sehr selbstverständlich ist, aber was uns, glaube ich, allen ein Anliegen ist, die Behindertenpolitik in Niederösterreich, die Jugendwohlfahrt und zuletzt noch kurz über die Arbeitnehmerförderung, die ja auch in dieser Gruppe vorhanden ist.

Wir wissen alle um die Bedeutung der mobilen Dienste. Auch in Zukunft wird - und das wurde heute schon erwähnt - der Ausbau immer mehr notwendig sein. Denn der Anteil der über 60- ja über 85jährigen wird immer mehr steigen. Und natürlich auch der zweite große Brocken dabei, das leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierungssystem, welches bedeutet, daß mehr Patienten aus den Spitälern kommen werden. Für all das haben wir vorzusorgen.

Niederösterreich - und darauf können wir stolz sein - ist mit den großen Trägern flächendeckend versorgt. Und wenn immer wiederum von mancher Seite die Sprache darauf kommt, wir sollten eigentlich auch jene fördern, die nur in Einzelbereichen tätig sind, zum Beispiel private Organisationen, so muß man sagen, wichtig ist das Wort "flächendeckend" in ganz Niederösterreich. Denn es kann ja nicht so sein, daß sich irgendeine private Organisation dann die sogenannten schönen Rosinen herausklaut und vielleicht nur in den Städten tätig ist. Und alle anderen können dann in den Dorfgemeinschaften bis ins Waldviertel, Weinviertel usw. hinausfahren, wo natürlich diese Kostendeckung bei weitem nicht mehr so gegeben ist.

Der Gesamtumsatz in diesem Bereich bei den mobilen Diensten macht 620 Millionen Schilling aus. Im Vorjahr stieg die Zahl der betreuten Personen um fast neun Prozent auf 9.100. Und die Anzahl der Einsatzstunden ist noch mehr gestiegen, und zwar um 13 Prozent auf über zwei Millionen Einsatzstunden in Niederösterreich. Dieser erhöhte Aufwand erfordert natürlich auch wesentlich mehr Personal. Wir können mit Stolz daher sagen, daß wir vom NÖ Hilfswerk neben den anderen Trägern im Vorjahr allein 202 neue Arbeitsplätze geschaffen haben. 202 neue Arbeitsplätze, hauptsächlich Frauenarbeitsplätze, in den Regionen draußen. Zeigen Sie mir irgendeinen Betrieb in ganz Österreich, würde ich fast sagen, der in einem Jahr 202 neue Arbeitsplätze geschaffen hat! Ich glaube, man wird keinen finden. Und heuer sind es bis jetzt wiederum 120 neue Arbeitsplätze. Und da verstehe ich nicht ganz die Forderung der Frau Landesrat Votruba, die hier sagt, die Förderung soll man nur für diejenigen, die im Dienstverhältnis stehen ausbezahlen bzw. nur jene fördern, die fix angestellt sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Forderung ist nicht ganz stichhältig. *(LR Votruba: Von wo haben Sie das her?)* Es stand im "Kurier" vorige Woche. Das wird angestrebt. Aber bitte, es stand in der Zeitung. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Aber bitte, dann hätten Sie es entgegnet. Bis heute ist keine Entgegnung gekommen. Das war vorige Woche im "Kurier". Wenn das nicht der Fall ist, dann bin ich zufrieden. Dann bin ich froh. Denn das hätte natürlich für uns alle bedeutet, daß wir auf diesem Sektor die Nachbarschaftshelferinnen, die hier bis zu einem gewissen Grad nur angestellt sind, natürlich herausnehmen müßten und aus anderen Quellen die finanziellen Mittel bereitstellen müßten. Also wenn das nicht der Fall ist, dann können wir diese Sache abhaken und wir können sagen, daß das

erledigt ist. Wobei ich hier wirklich auf diesen Sektor noch eingehen möchte. Und zwar, daß wir gerade diese Nachbarschaftshelfer immer wieder dann in das Dienstverhältnis einbauen. Das heißt, wenn sie Nachbarschaftshelferinnen waren, sich bewährt haben, werden sie dann in das Dienstverhältnis übernommen.

Eine Sache, die sehr interessant ist: Man hat beim Hilfswerk eine Untersuchung gemacht und es wird natürlich auch in anderen Bereichen so sein. Allein die Zeitspende der Freiwilligen in diesem Bereich macht im Vorjahr rund 40 Millionen Schilling aus. Das heißt, 40 Millionen Schilling sind es, würde man das umrechnen, was die Freiwilligen auf diesem Sektor hier uns allen, der Allgemeinheit, der öffentlichen Hand, aber auch dem Einzelnen ersparen.

Erwähnen möchte ich noch zwei Aktionen, zunächst einmal jene namens "Essen auf Rädern". Sie kommt sehr gut an, ich kann es auch in meiner Gemeinde immer wiederum feststellen. Das ist eine Aktion, die zunächst einmal aus der Praxis heraus bei uns gar nicht funktioniert hat. Wir haben die Leute gefragt, die haben gesagt, naja, das ist nicht unbedingt notwendig. Heute boomt dieser Sektor und wir können stolz darauf sein. Wir haben heuer 2,3 Millionen Essen und insgesamt 18,2 Millionen Schilling Förderung hier ausgegeben. Und ich glaube, das ist wirklich eine Hilfe für diejenigen, die zu Hause nicht unbedingt für sich alleine kochen können und ähnliches mehr.

Zweite Aktion, die Kurzzeitpflege. Diese neue Aktion, die Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop hier eingeführt hat, in Zusammenarbeit mit den Trägern wird das gemacht. 1994 wurde diese Aktion gestartet unter dem Titel "Urlaub von der Pflege" und sie wurde rund 400 mal im Jahr in Anspruch genommen. Das Ziel ist eine kurzfristige Entlastung der Angehörigen. Wenn jemand Personen zu betreuen hat, dann wird das für den natürlich zu einer großen Belastung. Und auch diese Leute haben sich einen Urlaub verdient. Eine andere Sache, wenn zum Beispiel jemand vom Spital nach Hause kommt. Die Betreuung, alle Dinge sind noch nicht eingerichtet zu Hause, auch dann soll diese Übergangspflege eingeführt werden. Das zu dem.

Ein weiteres Kapitel, das ich ganz kurz ansprechen möchte, ist die Behindertenpolitik in Niederösterreich. Ich glaube, wenn das Budget unter dem Motto steht "solid und solidarisch", so können wir gerade hier in dem Bereich eine Solidarität finden, die wir in Niederösterreich wirklich

auch herzeigen können. Denn behindert sein allein bedeutet Benachteiligung in allen wichtigen Lebensbereichen, sei es jetzt in der Schule, für die Jugendlichen, im Bereich der Freizeit, aber auch im Beruf. Daß diese Benachteiligung nicht zu einem Leben fernab der Gemeinschaft, der Mitmenschen führt, daß es nicht zur Isolation und Aussonderung kommt, darin besteht das Wesen der Behindertenhilfe. Dieser Nachteilsausgleich, der muß von der öffentlichen Hand kommen, dieses Normalisierungsprinzip, sodaß derjenige unabhängig und selbstbestimmt leben kann. Er soll jene Hilfe erhalten, die er braucht, um hier selbstbestimmt leben zu können, ohne aber immer angewiesen zu sein auf die öffentliche Hand.

Die Anfänge der Behindertenhilfe könnte man so skizzieren: Es waren einige Pioniere, die haben mit viel Einsatz und mit viel Elan hier Dinge erreicht, die wir heute natürlich auch übernehmen müssen. Doch heutzutage reicht das alleine nicht mehr aus. Der Phase des Aufbaues ist dann die Phase der Professionalisierung gefolgt. Es wurden neue Berufszweige kreiert, wie die Behindertenpädagogen, -frühförderer und auch Fachbetreuer, natürlich auch immer in der weiblichen Form. Bei aller notwendiger Weiterentwicklung und Professionalisierung der Behindertenhilfe muß freilich sorgfältig darauf geachtet werden, daß dadurch nicht die ursprüngliche Form der zwischenmenschlichen Hilfe, nämlich die Nachbarschaftshilfe, weiter zurückgedrängt wird. Es wäre falsch zu glauben, daß ausschließlich professionelle Hilfe eine gute Hilfe sein kann. Obendrein würde eine solche Linie sehr bald zur Unfinanzierbarkeit führen.

Mit dem NÖ Sozialhilfegesetz haben wir in Niederösterreich ein Instrumentarium, das die breite Palette der Behindertenpolitik abdecken kann. Es beinhaltet, wer Hilfe erhalten kann, wo sie beantragt wird und vor allem auch die Arten der Hilfe. Zum Beispiel Heilbehandlung über Hilfe zur beruflichen Eingliederung bis hin zur geschützten Arbeit und zur Unterbringung in geeigneten Einrichtungen. Auch auf die verschiedenen Altersgruppen wird eingegangen. Von der Frühförderung im Kleinkindalter über die Einrichtungen für behinderte Kinder, für jene im Schulalter besonders durch die neuen Schulgesetze, die die Integration von behinderten Kindern im Schulbereich vorsehen, bis hin zu den Einrichtungen im Jugend- und Erwachsenenalter.

Der Anteil der behinderten Menschen in Niederösterreich beträgt fast 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Behindertenhilfe

am gesamten Jahresbudget beträgt allerdings knapp zwei Prozent, in absoluten Zahlen 875 Millionen Schilling. Diese Zahlen machen einerseits deutlich, daß behinderte Menschen in einem erhöhten Ausmaß auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Andererseits bestätigen sie, daß das Land Niederösterreich diesem Anspruch gerecht wird. Seit dem Inkrafttreten des NÖ Sozialhilfegesetzes im Jahr 1974 besteht auf die Hilfe für behinderte Menschen ein gesetzlicher Anspruch. Die vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel haben sich in diesem Zeitraum mehr als verzwanzigfacht.

Es geht nun insgesamt weniger um einen weiteren starken Ausbau, als vielmehr um das Erhalten des erreichten hohen Standards. Nach der Aufgabenstellung durch den Landtag wird es weiterhin notwendig sein, der Behindertenhilfe die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Das war es, was im Bereich der Behindertenhilfe zu sagen wäre. Nun zu Jugendwohlfahrt und Arbeitnehmerförderung. Zunächst einmal müssen wir unter dem Begriff der Jugendwohlfahrt sehr, sehr viele Maßnahmen verstehen, wo das Land Hilfestellung bietet. Hier trifft ebenfalls dieses Motto des heurigen Budgets zu mit dem Solidaritätsprinzip. Hinter jedem Ansatzpunkt, der hier ganz trocken in einer Zeile angeführt wird, steht aber immer wiederum ein Einzelschicksal eines Kindes, eines Jugendlichen. Diese brauchen unsere besondere Hilfe. Auch in diesem Bereich ist kein Rückgang zu erwarten. Im Gegenteil! Auch hier muß man vorsehen, daß diese Hilfe verstärkt werden muß. Und sehr viele Fälle können von den Familien alleine nicht mehr gelöst werden. Ich möchte nicht auf die Gründe hier eingehen.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

In Zukunft wird es also notwendig sein, eine vielschichtige Hilfe auf verschiedenen Ebenen anzubieten. Das Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 sieht vor, daß das Land die Jugendarbeit an private Trägerorganisationen übertragen soll. Und zwar dann, wenn diese die Grundsätze und Zielsetzungen dieses Gesetz besser und auf die Dauer wirtschaftlicher als der öffentliche Träger durchführen kann. In der Jugendarbeit gibt es tatsächlich noch Synergieeffekte zwischen der öffentlichen Hand und den privaten Trägern. Und ich glaube, hier sollte es Ziel sein, diese Zusammenarbeit von Fachleuten und Bezugspersonen bei der vorbeugenden Jugendarbeit, als auch bei

der Unterstützung der Erziehung oder bei den therapeutischen Maßnahmen zu fördern.

Der letzte Bereich, zu dem ich noch etwas beitragen möchte, wäre die Arbeitnehmerförderung. Angesichts der Tatsache, daß das Land Niederösterreich im Bereich der Arbeitslosen recht gut liegt - dies wurde ja von den Klubobmännern der ÖVP und der SPÖ ja bestätigt heute bei den Einleitungsreferaten - gilt es dennoch, im Bereich der Arbeitnehmerförderung einen besonderen Schwerpunkt zu setzen.

Zunächst zu den Beschäftigungszahlen: Ende Mai 1997 wurden in Niederösterreich über 507.000 unselbständig Beschäftigte gezählt, um 3.500 mehr als im Vorjahr. Österreichweit waren es rund 6.500. Das heißt, wir haben mehr als die Hälfte dieses Zuwachses in Niederösterreich zu verzeichnen. Dennoch sind Maßnahmen im Bereich von bestimmten Zielgruppen, insbesondere bei den Jugendlichen zu setzen. Der Verein Jugend und Arbeit wurde hiezu 1986 mit dem Ziel gegründet, jungen Arbeitslosen eine Beschäftigung oder Ausbildung zu bieten. Dieser Verein hat sich in der Tat sehr gut bewährt. Seit 1986 wurde 850 Arbeitslosen eine Beschäftigung oder eine Qualifizierung verschafft. Besonders hervorzuheben sind in diesem Bereich vor allem das Sonderbeschäftigungsprogramm für die Behinderten, das Sonderausbildungsprogramm für diplomierte Krankenpfleger, für die Kindergärtnerinnen, und zwar, daß sie den Wiedereinstieg in das Berufsleben schaffen können. Und vor allem, die in letzter Zeit und heute auch schon im Kapitel 2 diskutierte Lehrerbörse. Neu dazugekommen ist das von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop initiierte Projekt "Job 2000", das gemeinsam mit dem AMS Niederösterreich durchgeführt wird. Dieses neue Modell der Leiharbeit soll dem betroffenen Personal die Möglichkeit geben, neue Jobs zu finden, Praxis zu sammeln und für eine bestimmte Zeit in einem fixen Dienstverhältnis zu stehen, um dann später auch jene Möglichkeiten zu haben, die der normale Dienstnehmer hat. Nämlich im Bereich der Sozialversicherung und in all diesen Dingen eingegliedert zu sein.

Gerade in der heutigen Zeit gilt es, neue Wege zur Beschäftigung zu finden. Neue Wege können derartige Projekte sein, wie sie gerade vom Land Niederösterreich unter Federführung von Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop und gemeinsam mit dem AMS immer wieder initiiert werden. Es wird keine Generallinie

geben können, sondern ich glaube, wir müssen hier in Nischen stoßen.

In diesen vier Punkten, die ich hier angezogen habe, glaube ich, gilt das Prinzip des Budgets, "solid und solidarisch". Und ich kann daher sagen, daß auch die ÖVP diesem Posten hier gerne die Zustimmung erteilen wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Helene Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Durch Kinder und Pflege gelten Frauen noch immer als unsichere Arbeitskräfte. Dadurch wird die Arbeit der Frauen nach wie vor geringer bewertet, wird schwieriger einzusetzen und vor allem auch geringer entlohnt. Frauen tragen noch immer das größere Risiko, dadurch den Arbeitsplatz viel leichter zu verlieren. Die Realität zeigt uns aber, daß die Berufstätigkeit der Frauen von heute wichtiger denn je ist. Auf der einen Seite können wir uns einfach nicht erlauben, bei einer Einwohnerzahl der Größe Österreichs auf das Potential der Frauen zu verzichten, sei es in der Wirtschaft, sei es in der Entwicklung. So groß ist die Auswahl nicht. Auf der anderen Seite wollen die Frauen, je besser sie ausgebildet sind, auch das Erlernete umsetzen in die Realität. Und der überwiegend größte Teil der Frauen ist noch immer jener derer, die einfach arbeiten gehen müssen, um einen gewissen Lebensstandard erhalten zu können. Ganz besonders gilt das für jene, die vielleicht noch dazu Alleinerzieher sind.

Notwendig dafür ist natürlich vor allem die Verankerung der partnerschaftlichen Teilung der Versorgungsarbeit. Der Ausbau der ganztägigen qualifizierten, vor allem flexiblen Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, und hier müßte es gehen bis zum

sechsten Lebensjahr. Ich weiß schon, daß das Wunschvorstellungen in manchen Bereichen sind. Aber Wünsche kann man haben, Vorstellungen kann man haben. Nicht nur "kann man haben", man muß sie entwickeln. Denn nur dann, wenn man sie hat und weiß, was notwendig ist, kann man zumindest schrittweise diese Ziele zu erreichen versuchen. Daß nichts auf Knopfdruck geht, ist jedem klar. Nur muß ich wissen, wohin ich will und darf nicht nur automatisch sagen, was kann ich mir momentan leisten, was geht nicht. Die Realität haben wir sowieso jeden Tag. Und dorthin werden wir immer wieder zurückgeholt. Wenn ich mir nämlich anschau - und das ist Realität - daß von März 1994 bis Jänner 1997 die Beschäftigung bis zur Geringfügigkeitsgrenze um fast 64 Prozent gestiegen ist, daß im Jänner 1997 154.411 Personen unter der Geringfügigkeitsgrenze beschäftigt waren. Und davon, meine Damen und Herren, waren 72,5 Prozent Frauen. In der Zwischenzeit ist diese Zahl bereits wieder gestiegen. Es wäre in Ordnung, wenn dies nur Studenten wären, wenn es nur Personen wären, die zu einer geringen Pension ein bißchen was dazuverdienen. Dann wäre es in Ordnung. Immer mehr Personen, vor allem Frauen sind es, die sonst schwer vermittelbar sind, die dieses Einkommen aber zum notwendigen Lebensunterhalt brauchen, und die daher jede Arbeit annehmen.

Ich kann mich noch genau erinnern, als wir von der flexiblen Arbeitszeit gesprochen haben, vor allem im Handel, durch die längeren Öffnungszeiten, daß uns zugesagt wurde, dadurch werden mehr Beschäftigte benötigt. Realität ist, daß die Zahl der Beschäftigten im Handel nicht gestiegen ist, sondern die Zahl jener, die unter der Geringfügigkeitsgrenze dort arbeiten. Es ist noch keine riesengroße Zahl, aber es werden immer mehr, die einen zweiten Job und einen dritten Job suchen, jeden unter der Geringfügigkeit, weil sie einfach dieses Einkommen für die Existenz brauchen. Das mag uns heute im Budget egal sein, oder könnte uns egal sein. Nur wenn man jetzt weiter denkt, wenn hier die Versicherungsleistungen fehlen, dann wird ein Teil davon, weil Garantie gibt es nicht, daß ein Ehepartner da ist, der über ein relativ gutes Einkommen verfügt, daß man versorgt ist, auch dann später einmal in der Pension, dann wird ein Teil dieser Personen sehr wohl sich einmal im Landesbudget niederschlagen. Vor allem über die Sozialhilfe. Und das kann uns, wenn man Familienpolitik ernst nimmt, wenn man Frauenpolitik ernst nimmt, nicht egal sein.

Dazu kommt eben die Änderung der Familienstruktur. Mehr Einzelhaushalte, Einpersonenhaushalte, mehr Alleinerzieher, immer mehr andere verschiedene Lebensformen, Partnerschaften, Scheidungen kommen zum Tragen und schlagen sich bei diesen Problemen nieder. Und das Wort von der Armut, die primär weiblich sei, gewinnt immer stärker an Bedeutung. Am stärksten bei Alleinerzieherinnen. Und es ist sehr wohl Aufgabe der Landespolitik, Rahmenbedingungen zu schaffen und genau hier einzuhaken und darauf einzugehen. Und es ist nicht lächerlich, auch wenn es in vielen Bereichen immer wieder als Witz dargestellt wird, die Versorgungsarbeit aufzuteilen. Oder Absicherung in der Versorgungsarbeit zu verlangen, bei der Kindererziehung, bei der Pflege bedürftiger Menschen, im Haushalt und was noch dazugehört.

Wenn wir das Kinderbetreuungsgesetz anschauen, das wir haben, das auch ein sehr gutes Gesetz ist, denn Gottseidank, seit es dieses Kinderbetreuungsgesetz gibt, kennt das Land Niederösterreich auch offiziell das Wort Hort. Bis dahin gab es das ja nicht. Nur auf privater Ebene, in den Gemeindestuben, aber seitens des Landes keine Förderung dafür. Jetzt gibt es diese Einrichtungen durch dieses Gesetz. Wir haben zur Zeit noch rund 70 Horteinrichtungen. Ich hoffe, nachdem ja die Finanzierung oder der Kostenzuschuß - die Finanzierung ist nicht gesichert, aber der Kostenzuschuß ist zumindest festgehalten der Höhe nach - daß die Anzahl auch hier steigen wird. Obwohl es, nachdem ja die Kosten nie zur Gänze gedeckt sind, immer schwieriger wird, jemanden zu finden, der sich "darübertraut", wenn nicht die Gemeinde selbst, solche Einrichtungen zu schaffen.

Und wenn dann, und ich muß noch einmal darauf zurückkommen, immer stärker das Gespräch in Richtung Betreuungsscheck geht, dann frage ich mich manchesmal schon, kann man es sich als öffentliche Hand so leicht machen? Der Herr Kollege Cerwenka hat voriges Jahr bei der Gruppe 2 einen wichtigen Satz gesagt. Er hat gesagt, man kann es nicht auf eine Minimierung, auf reine Geldbetrags- oder Bargeldleistungen ankommen lassen, in dem Fall als Betreuungsscheck. Die öffentliche Hand darf sich einfach nicht aus der Verantwortung zurückziehen. Man kann mit Geld allein nicht alles machen. Man kann nicht nur jemandem einen Scheck in die Hand drücken und sagen, kauf dir deine Leistungen.

Wenn die öffentliche Hand nicht gleichzeitig für das notwendige Angebot sorgt, dann habe ich zwar Geld, aber was tu ich damit? Ich kann selber zu Hause bleiben und kann die Nachbarin finden, die das macht, aber ich habe keine Alternative mehr dazu.

Die private Wirtschaft hat kaum Interesse, Kindergärten, Horte, Kleinkindereinrichtungen zu errichten und unter Defizit zu führen. Das geht einfach nicht. Und da hilft mir der größte Betrag nichts, wenn einfach das notwendige Angebot nicht gleichzeitig zur Verfügung steht. Und wo bleibt dann die vielgepriesene Wahlfreiheit? Am Papier! Ein Zettel Papier ist schön, wenn dort gedruckt steht, ich zahle das, du, liebe Familie, du, liebe Erziehungsberechtigte, entscheide, wie du dein Kind betreuen lassen willst.

Die Frau Kollegin Rosenkranz hat im Vorjahr gesagt, die Alterspyramide bewegt sich genau in die gegengesetzte Richtung. Das wissen wir alle, weil wir die Bevölkerungsstruktur kennen. Wir wissen, daß die Zahl der über Sechzigjährigen im Steigen begriffen ist. Und wir wissen genau, daß die Zahl der jüngeren Menschen, der aktiven, zurückgeht. Daß das Verhältnis nicht immer paßt. Und genau hier, bei der Gruppe 4, kann man nicht oft genug darauf hinweisen.

Noch einmal: Es hilft nichts, Bargeld zu geben. Es hilft mir nichts, schöne Worte zu reden. Jede Familie, jede Frau, die ihr erstes Kind bekommt und bei dem ersten Kind nicht die Unterstützung bekommt, die sie sich erwartet, und bei ihrem ersten Kind auf mehr Probleme stößt als unbedingt notwendig ist, wird sich gut überlegen, ob sie überhaupt ein zweites Kind oder ein drittes Kind bekommt. Weil sie, mag sein aus Egoismus, mag sein aus anderen Überlegungen, einen bestimmten Lebensstandard einfach nicht mehr missen möchte, aber auch vielleicht gar nicht anders kann. Und daher wäre es so wichtig, nicht nur zu reden über Mehrkindfamilien, über Familien mit vielen Kindern. Es ist wichtig, daß man da genauso hilft. Aber viel wichtiger ist, der breiten Masse zu helfen, die Entscheidung leichter zu fällen, ob es zu einem zweiten Kind kommt und vielleicht darüber hinaus zu einem dritten Kind.

Einen Bereich, den ich auch im Vorjahr angeschnitten habe, möchte ich mit einem zweiten Beispiel heuer unterlegen. Wir wissen, daß trotz vieler Bemühungen jungen Menschen oft der Gesprächspartner fehlt. Der Gesprächspartner in der Familie. Wir wissen, das belegen viele Statistiken, daß durch Videos, durch Spiele, durch egal wie immer, vor allem durch die Technisierung, die

Vereinsamung immer stärker um sich greift. Vielleicht auch aus Desinteresse. Junge Menschen können heute nirgends ihre Aggressionen abbauen. Junge Menschen können nirgends mit Streßsituationen fertig werden. Junge Menschen sind in weiten Bereichen bei der Bewältigung dieser Probleme auf sich alleine gestellt. Und es kommt dann - und das sind die tragischen Fälle, die man dann in der Zeitung liest - zu gefühlsmäßigen Explosionen, zu Übergriffen, zu Handlungen, wo viele den Kopf schütteln und sagen, um Gottes Willen, was geht in so einem jungen Menschen vor?

Keiner, oder sehr wenige, zumindest nicht die Masse, beschäftigt sich mit Hintergründen, mit Entwicklungen, wie es dazu überhaupt kommen konnte. Und wir wissen, heute sind Landes-Jugendheime, private Einrichtungen, fast alle überfüllt. Ich habe im Vorjahr berichtet über die Einrichtung der sozialpädagogischen Familienhilfe, die von "Rettet das Kind" vor fünf Jahren ins Leben gerufen wurde und heute bereits in über zehn Bezirken ihre Tätigkeit ausübt. Es gibt in der Zwischenzeit ein anderes Projekt. Das ist das Projekt der Jugendberatungsstelle "Waggon" am Bahnhofsplatz in Mödling. In einer Schulstadt, wo tausende junge Menschen vorbeigehen, die Möglichkeit haben, hineinzugehen und die Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen. Eine Einrichtung, die von einigen nicht gern gesehen ist. Weil junge Menschen am Platz um diese Einrichtung herumlungern, nicht immer so ausschauen, wie es sich der Durchschnitt der Gesellschaft vorstellt, daß junge Menschen auszuschauen haben. Aber diese Einrichtung - erst im April habe ich einen Bericht über diese Einrichtung gelesen - leistet Enormes, Gewaltiges. 755 Kontakte, Beratungen wurden vorgenommen, und über 12.000 Schüler und Jugendliche haben diese Einrichtung in einem Jahr besucht und Gespräche aufgenommen. Und an der Spitze aller Beratungen, die dort vorgenommen wurden, standen die Familienprobleme mit über 17 Prozent. An zweiter Stelle gefolgt von Fragen um Sucht und Drogen, um Arbeitsplätze, um Straffälligkeit, um Gewalt in der Familie. Und das müßte einem zu denken geben.

Vor allem in Ballungszentren, in Städten brauchen wir mehr solcher Einrichtungen und Anlaufstellen für junge Menschen. Und was noch wichtig wäre, wären die sogenannten Streetworker. Gerade im Bereich der Jugendlichen. Aber es gibt ja fast nicht einmal eine Ausbildung für solche Menschen bei uns. Es gibt sehr wenige. Wer

bezahlt sie? Das ist kein Amt, wo man hingehen kann. Sondern das sind Personen, die zu den jungen Menschen gehen. Die nicht erwarten, daß welche anklopfen bei irgendeiner Einrichtung, auf der BH, im Land, egal, wo immer, und sagen, bitte, ich habe jetzt das Problem, helft mir. Da ist es schon zu spät. Das sind jene Fälle, die man in der Zeitung liest, wo sich offiziell das Amt einschaltet. Und jetzt kann man sehr wohl sagen, das ist nicht finanzierbar. Aber wenn man vergleicht, was eine Beratungsstelle kostet, wenn man vergleicht, was sozialpädagogische Familienhilfe kostet, wenn man vergleicht, was der "Waggon" in Mödling kostet, mit einem Platz für ein Kind in einem Landes-Jugendheim pro Monat und Jahr, dann wird man draufkommen, daß es sich vielleicht nicht sofort rechnet, aber in Zukunft in doppelter Hinsicht in Schillingen, weil die Finanzierung dieser Einrichtungen günstiger ist, aber vor allem, weil man bei vielen jungen Menschen verhindern kann - bei allen nie - daß sie gar nicht in irgendein Jugendheim eingewiesen werden müssen. Dazu kommt noch das Menschliche, und das sollten wir uns überlegen. Und auch hier ist eindeutig Vorbeugen besser als Heilen.

Im Zusammenhang mit diesem Waggon, mit der Statistik, wie ich gesagt habe, Gewalt in der Familie: Wir haben fünf Frauenhäuser in Niederösterreich im Laufe der letzten Jahre eingerichtet. In diesen fünf Frauenhäusern gibt es zur Zeit die Genehmigung für 121 Plätze. Die Auslastung ist leider, leider zu gut. Nur eines zeigt es uns immer deutlicher: Früher hatten Frauen mit ihren Kindern kaum eine Alternative. Nicht nur, daß man sich geniert hat, darüber überhaupt zu reden, welche Probleme man in der eigenen Familie hat. Sie konnten nicht weg von zu Hause, wo sollten sie hin? Mit diesen Einrichtungen gibt es eine Alternative. Und je bewußter den Menschen das Problem wird, das hier schwelt, das hier tagtäglich ansteht, umso eher wird man bereit sein, sich mit diesen Themen nicht nur in Form eines Witzes, sondern wirklich auseinanderzusetzen.

Und wir haben mit diesen fünf Frauenhäusern auch die EU-Norm erfüllt. Und ich hoffe, daß wir in Zukunft stärker noch als bisher uns damit auseinandersetzen. Wie man das eine oder andere, bevor es ausbricht, bevor es zu einem wirklichen Problem wird, versucht, so in den Griff zu bekommen, daß es eben kein Problem wird. Und ich hoffe, daß dafür auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche nunmehr die Frau Abgeordnete Lembacher, das Wort zu nehmen.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu so später Stunde, und wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen rede, habe ich auch so den Eindruck, oder ich sehe es, ist die Aufmerksamkeit naturgemäß keine große mehr. Aber ich glaube, es ist trotzdem wichtig. Gerade das Thema Familie ist ein so wichtiges, daß man sich doch eingehend damit beschäftigen muß. Und ich werde das auch tun, ich nehme das für mich in Anspruch. Und ich hoffe, daß die Aufmerksamkeit doch noch einige Zeit anhält.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Und daher ist eine erfolgreiche Familienpolitik wichtig. Man kann durchaus sagen, daß die Familienpolitik in Niederösterreich eine erfolgreiche ist und schon seit Jahren Bestand hat. Wir haben sehr viele Angebote im Rahmen der Familienförderung, der Familienpolitik zur Verfügung. Wenn die Frau Abgeordnete Rosenkranz bedauert hat, daß es im Vergleich zum Vorjahr keine Steigerung gibt, so kann man sagen, daß seit dem Jahr 1995 es eine Steigerung von 11 Prozent gegeben hat. Das ist durchaus eine schöne Summe. Aber wir wünschen uns natürlich, und das ist ganz klar, daß es im nächsten Jahr möglich ist, wieder mehr Mittel, noch mehr Mittel für die Familien zur Verfügung zu haben.

Niederösterreich ist sicher, und das kann man sagen, wenn man die verschiedenen Unterstützungen für die Familien betrachtet, Niederösterreich ist sicher das Familienland Nummer Eins. Ich zähle ein paar Punkte auf und einige sind ja schon genannt worden heute, die es den Familien ermöglichen, leichter Familie und Beruf zu vereinbaren.

Die Tagesmütter gibt es in Niederösterreich schon seit dem Jahr 1982. Das Hilfswerk hat bereits hier in St. Pölten vor kurzer Zeit das 3.000. Tageskind aufnehmen können. Und wir wollen das in Zukunft sicher noch steigern. Auch die Unterstützung für berufstätige Eltern, für die Kinderbe-

treuung. Und da ist sicher eine finanzielle Hilfe da und auch in Zukunft notwendig, da gerade oft Alleinerzieherinnen oder Familien mit geringerem Einkommen darauf angewiesen sind, Unterstützung zu bekommen. Ebenso ist seit kurzem auch Unterstützung für Kindergruppen ermöglicht worden. Für die Tagesmütteraktion und für die Kindergruppen stellt das Land heuer 41 Millionen Schilling zur Verfügung. Auch die NÖ Familienhilfe ist ja nach wie vor ein ganz wichtiger finanzieller Bestandteil für die Familien. Und wenn die Frau Kollegin Auer gesagt hat, mit 1998 wird die Familienhilfe ab dem einundhalften Lebensjahr ausbezahlt, so ist das ja in den Richtlinien verankert. Und es ist so, daß alle jene, die keinen Anspruch auf Karenzgeld haben, die Familienhilfe ausbezahlt bekommen. Weil eben auf Bundeseite das zweite Karenzjahr abgeschafft worden ist, übernimmt das Niederösterreich. (Abg. Auer: *Nur ins Budget müßte man es aufnehmen!*) Ja, genau. Das wird aber kommen. Die Frau Landeshauptmannstellvertreter hat das zugesagt und es muß sicher kommen.

Auch der Familienpaß ist für die Familien eine wertvolle Hilfe. Es gibt in Niederösterreich bereits 63.500 Familien, die den Familienpaß besitzen und beanspruchen. Und monatlich steigt diese Summe zirka um 500 an.

Das Familienreferat, und ich sehe, der Herr Hofrat Bartl ist auch noch da, ist ja natürlich immer wieder bemüht, auch den Familien, abgesehen von finanziellen Hilfestellungen, auch Hilfen im Rahmen der Elternschule anzubieten, Seminare anzubieten. Weil es ist sehr wichtig, finanzielle Grundlagen zu haben. Aber genauso wichtig ist natürlich das Wissen, wie erziehe ich meine Kinder, wie kann ich mit den Problemen, die in der Familie auftreten, immer wieder auch besser fertig werden.

Wir wollen viele Leistungen, die für die Familie angeboten werden, natürlich auch weiter verbessern. Und bei der Familienhilfe ist gesprochen worden bezüglich der Mehrkindfamilien. Gerade auch hier ist eine gezielte Hilfe für Familien mit mehr Kindern sicher notwendig und wünschenswert. 98 Millionen Schilling stellt das Land Niederösterreich zur Verfügung für zusätzliche Einrichtungen von Kindergartenplätzen. Und auch das ist, glaube ich, sehr wichtig.

Heute ist schon ein paar Mal das Kindergartengesetz angeschnitten worden. Daß es gar nicht so leicht ist, dann richtige Lösungen zu finden, zeigt, daß von sozialdemokratischer Seite bereits drei Entwürfe gekommen sind. Ich glaube, von

dem Gemeindevertreterverband der Sozialdemokraten, von der Kollegin Auer, von der Frau Landesrat Votruba. *(Abg. Auer: Das zeigt, daß wir uns den Kopf darüber zerbrechen.)* Ja, auf jeden Fall kann man sich einiges überlegen.

Aber klar, glaube ich, muß uns sein, daß die Familienpolitik des Landes sicher nicht alle Defizite im Familienbereich abdecken kann. Wir haben einige Wünsche an den Bund, das muß ich sagen. Und mir erscheint ganz besonders wichtig, daß in Zukunft auch im Steuerrecht für die Familie etwas passiert. Denn wir sehen immer und nach wie vor, daß Familien mit mehr Kindern benachteiligt sind gegenüber jenen, die keine Kinder haben. Ich glaube, das wissen wir alle! *(Abg. Dr. Bauer: Reden Sie einmal auch über die Normaleinkommensbezieher, nicht immer nur über die Millionäre!)*

Darf ich ganz kurz sagen, Herr Kollege? Nein, da geht es nicht um die Millionäre. Da geht es bereits um Familien mit einem Kind und geringem Einkommen, die ersparen sich vielleicht 4.000,- Schilling Steuer. Und das trifft nicht nur die Millionäre, sondern sehr wohl auch Familien mit geringerem Einkommen. Und das andere ist das: Wenn es steuerlich nicht berücksichtigt werden kann, dann muß das natürlich ausbezahlt werden in Form einer Negativsteuer. Das ist enorm wichtig und ganz klar. Und das war immer unsere Forderung. Und das muß ich sagen. *(Abg. Dr. Bauer: Nun, das war ein Ansatz von Minister Lacina! - LHStv. Prokop: Soll ich Ihnen unser Positionspapier von vor 10 Jahren zeigen?)* Genau, das gibt es also, dieses Positionspapier. Von unserer Seite gibt es das schon sehr lange.

Und ganz wichtig wäre, und das hat schon die Frau Kollegin Rosenkranz angeschnitten und ich bin ganz einer Meinung mit ihr, wir müssen in Zukunft eine verstärkte Anrechnung der Kindererziehungszeiten erreichen. Das ist ganz klar, weil wir sehen, und das ist vollkommen zum Ausdruck gekommen, daß jene, die die Zukunft sind, unsere Kinder, und die in den künftigen Generationen die Pensionen ermöglichen, wenn es die nicht geben würde, dann würden viele dieser alten Menschen keine Altersversorgung haben. Und da bin ich der Meinung und überzeugt, wir müssen jenen Frauen, die bereit sind, Kinder zu erziehen, helfen. Und die Anrechnung muß auf jeden Fall einmal auch pensionsbegründend sein. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Keusch: Aber auch die Beitragszahlungen müssen harmonisiert werden!)*

Ja, schauen Sie, meiner Meinung nach muß man sich eine Form überlegen. Aber tun muß man in der Richtung etwas, ansonsten werden immer die

Frauen die Benachteiligten sein und wir werden immer weniger Bereitschaft von Familien finden, Kinder zu bekommen.

Und genauso wichtig und in die Richtung geht mir auch ein Versorgungsausgleich. Ein Pensionssplitting auch für Frauen. Es ist so, daß viele Frauen, die jahrelang, und wir sehen es in schwierigen und tragischen Fällen, die jahrelang für die Familie da waren, dann geht die Ehe in Brüche und die Frau steht da und hat keine Pensionszeiten erwerben können usw. Also ich glaube, auch in dieser Richtung muß etwas geschehen. *(LR Votruba: Über das Ziel sind wir uns ja einig, über den Weg nicht!)*

Kann sein. Ich kann sagen, wenn wir sonst keine Möglichkeit finden, diese Möglichkeit des Pensionssplittings gibt es in den verschiedensten Ländern. Ich könnte es mir durchaus auch für Österreich vorstellen. Wir sehen das ja trotz, und das muß man auch sagen, der halbe-halbe-Diskussion, die da ist und worüber gelacht wird und was-weiß-ich-was alles. Sinnvoll wäre es natürlich schon, vieles umzusetzen. Aber es sind noch immer die Frauen, die den größten Teil der Haushaltsarbeit und der Hausarbeit leisten. Ich bin aber natürlich genauso dafür, wenn jetzt ein Hausmann, ein Mann das macht, dann muß der natürlich genauso versorgt sein. Also, ich glaube, da brauchen wir überhaupt keine Diskussion anzufangen, da sind wir auf jeden Fall dazu bereit.

Angeschnitten worden ist auch der Kinderbetreuungsscheck. Meiner Meinung nach könnte man sich auch überlegen, in Richtung Kinderbetreuungsscheck zu gehen. Denn ich sehe es nicht unbedingt, die Frau Kollegin Auer hat die Befürchtung geäußert, naja, dann gibt man den Frauen das Geld und die sollen sich dann umschaun um die Betreuung. So kann es nicht sein, das glaube ich nicht. Sondern man müßte überlegen, denn sehr viele Frauen und Familien wären sicher froh, wenn sie Bargeld in die Hand bekämen, wenn sie selber sagen könnten, ich suche mir meine Betreuung aus. Überlegen könnte ich mir durchaus, daß ich sage, ich gebe einem Kind einen Betreuungsscheck. Das wird alles durchgerechnet, bis zum sechsten Lebensjahr, oder bis zum vierten Lebensjahr und dann nehmen sie den Kindergarten in Anspruch. Also ich glaube, über alles das kann man reden. Aber ich glaube, das sind Dinge, die man durchaus überdenken muß und nicht von vornherein ablehnen darf. Und für uns in der Volkspartei ist ja Frauen- und Familienpolitik kein Widerspruch, sondern wir finden, das muß sich ganz einfach ergänzen und das muß miteinander gemacht werden.

Es ist auch davon gesprochen worden, und ich bin auch vollkommen der Meinung, wir müssen für die Frauen Arbeitsplätze finden, wir müssen Teilzeitarbeitsplätze schaffen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen einladen: Es gibt seit kurzem von der Interessensvertretung der NÖ Familien, und diese Interessensvertretung der Familien sind Katholischer Familienverband, die Kinderfreunde und der Familienbund, dessen Vorsitzende ich bin, und diese Interessensvertretung der NÖ Familien hat gemeinsam mit der Landesregierung, mit dem Familienreferat, und mit der Wirtschaftskammer eine Initiative gestartet "Taten statt Worte". Darin werden Betriebe in Niederösterreich angesprochen, Firmen angeschrieben, sie sollen mitdenken, mitüberlegen, welche familien- und frauenfreundliche Einrichtungen sie haben, wie Teilzeitjobs, Kinderbetreuung usw. Ich sage das deshalb: Wenn Sie jemanden kennen, laden Sie sie ein, mitzutun. Es können Betriebe mit 10 Beschäftigten sein bis 50 und darüber hinaus. Die Teilnahme ist jedenfalls bis Ende Juni oder noch darüber hinaus möglich. Es geht vor allem darum, bewußt zu machen, wie wichtig das ist. Und es hat ja diesen Wettbewerb schon in der Steiermark gegeben und da haben Firmen sehr gute, positive Erfahrungen gemacht. Wichtig ist auch für die Wirtschaft, darauf aufmerksam zu machen. Es bringt etwas, wenn die Mitarbeiterinnen, die Mitarbeiter motiviert sind, wenn sie Freude an der Arbeit haben. Und das ist eine Gegenseitigkeit, nützt den Familien, den Frauen, aber sicher auch den Betrieben.

Zur Familienpolitik, ich habe es schon gesagt, gehört nicht nur das Finanzielle, sondern sicher auch das Umfeld. Die Frau Kollegin Auer hat es angesprochen, es gibt in unserer Gesellschaft erschütternde Tendenzen. Wenn ich an die vielfache Gewalt denke und die Explosion, die dann oft da ist. Das hat ja Wurzeln und das hat Ursachen. Das bildet sich schön langsam. Abgesehen davon, daß viele sagen, naja, die Jugend von heute und die sind viel schlechter als sie je waren. Das stimmt ja alles nicht, sondern es hat immer wieder mit der Jugend Schwierigkeiten gegeben. Es hat immer wieder Kämpfe gegeben, vielleicht manchmal mit älteren Generationen. Aber sicher ist unbestritten, daß die Hemmschwelle der Gewalt heute eine geringere ist. Das Abstoppen der Aggression, zu wissen, wann höre ich jetzt auf und was geht zu weit, das ist gar nicht mehr so leicht. Und man hört es halt, und leider Gottes muß man es auch sagen, leider Gottes auch in den Medien. Und wenn man denkt, wie viele Morde tagtäglich über die Bildschirme flimmern, so muß ich sagen, ist das oft erschütternd. Und da glaubt man fast, das ist alles nur ganz normal,

was sich da abspielt. Der Medienarbeitskreis dieser Interessensvertretung der NÖ Familien hat sich damit beschäftigt. Und ich bin sehr froh, daß der Herr Kollege Dr. Ernst Strasser da ein bißchen eine Speerspitze darstellt. Er hat die Initiative ergriffen und ist quasi als Speerspitze nach vorne gestellt worden. Warum? Weil man gesehen hat, was alle Familienverbände sagen ist alles gut und schön und richtig. Ja, die müssen das sagen. Wenn aber dann ein Junger, Dynamischer, der noch dazu im ORF-Kuratorium was zu sagen hat, sich vorne hinstellt, dann erhoffen wir uns natürlich schon mehr Schlagkraft und noch mehr Schlagkraft. Also das sei einmal ganz klar ausgesprochen.

Eines noch: Die Frau Kollegin Stix hat sich auch des Themas Gewalt angenommen und hat eine Unterschriftenaktion gestartet, in der es um strengere Strafen geht gegen Unzucht mit Unmündigen. Und ich möchte Sie auch bitten, das zu unterstützen. Weil ich glaube, das das auch ein Thema ist, an dem wir nicht vorbeigehen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Politik für die Familien schließt sehr viel mit ein. Und ich glaube, wir können nicht alles in einer kurzen Landtagsrede, vor allem wenn es schon halb elf ist oder noch später, abhandeln. Sondern Familienpolitik muß tagtäglich gelebt werden. Muß von uns allen, und das schließt wirklich alle ein, auch verwirklicht werden. Und das wird auch in Zukunft eine große Aufgabe sein, eine schwere Aufgabe, aber auch eine schöne Aufgabe. Und ich muß sagen, gerade im Interesse unserer Familien und unseres Landes Niederösterreich muß es uns das wert sein. *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. Pietsch und Abg. Gebert.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek. Ich beabsichtige, nach seiner Rede die Sitzung für heute zu unterbrechen.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Dann brauche ich mich ja nicht sehr zu beeilen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt bei jedem Abgeordneten, wie lange er spricht.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Mein Thema zu dieser Gruppe ist die Wohnbauförderung. Ich meine dazu einleitend, daß sich nach unserem Erachten der Wohnbau und die Wohnungswirtschaft derzeit in einer Phase der starken Veränderung befindet. In den letzten Jahren war das verstärkte Auftreten privater Wohnbauträger, vielfach auch bedingt durch deren Einbeziehung

in die Wohnbauförderung, sicherlich ein sehr belebendes Element für die Wohnungswirtschaft.

Auf Grund der Nachfrage, vor allem in den neunziger Jahren, wurde die Wohnbauleistung sehr stark gesteigert. Die Zahl der in Niederösterreich fertiggestellten Wohnungen wurde ja schon genannt. Sie lag in den letzten fünf Jahren bei rund 66.000. Im letzten Jahr wurden gemäß einer offiziellen Statistik 10.280 Wohnungen fertiggestellt. Mittlerweile zeichnet sich jedoch deutlich ein Rückgang der Wohnbauleistung ab. Ich meine, daß die hohe Fertigstellungszahl der letzten Jahre 1997 nicht mehr erreicht werden kann. Vielleicht können wir sie einmal noch erreichen, danach wird es jedoch einen deutlichen Rückgang geben. Der Grund dafür liegt für mich im beschränkten Finanzierungsspielraum der Wohnbauförderung. Davon wird auch unser niederösterreichisches Förderungsbudget bedauerlicherweise betroffen sein. Es wird zu Restriktionen kommen, da die zweckgebundenen Mittel des Bundes in ihrer Höhe nominell zwar konstant bleiben werden, was aber bedeutet, daß sie real rückläufig sein werden. Aber auch auf Grund des Belastungspaketes der Bundesregierung und sinkender Realeinkommen wird der Anteil für nicht bauwirksame Förderungsausgaben wegen der teilweisen Mittelverlagerung zu Annuitätzuschüssen im Rahmen der Superförderung wachsen, was vice versa heißt, daß die Wohnbauleistung gedrückt wird.

Aber auch die Rückflüsse aus früher vergebenen Förderungsdarlehen werden in Zukunft stagnieren bzw. rückläufig sein, da mit dem Freibauer-Modell im Jahre 1993 die Wohnbauförderung im großen Ausmaß auf Annuitätzuschüsse umgestellt wurde. (*Abg. Präs. Koczur: Förderungsmodell '93, nicht Freibauer-Modell!*)

Förderungsmodell '93. Danke schön für die Berichtigung, Herr Präsident. Manchmal steht in der Presse Freibauer-Modell, manchmal Förderungsmodell. Danke.

Aber auch der Aspekt der Maastricht-Kriterien muß berücksichtigt werden: Daß wir unseren Verschuldungsgrad senken müssen und daher auch der Spielraum für die Aufnahme neuer Kredite sehr eingeschränkt ist.

Hohes Haus! Bei einer oberflächlichen Betrachtung der Budgetansätze 1998 kann man feststellen, daß für die Wohnbauförderung 6,3 Milliarden Schilling veranschlagt sind, was gegenüber 1997 sogar eine Erhöhung von 1,5 Prozent darstellt. Erst bei näherer Betrachtung der veran-

schlagten Beträge kann man wahrnehmen, daß davon rund 1,3 Milliarden Schilling für Rücklagenbildungen vorgesehen sind, dieser Betrag daher 1998 kein bauwirksames Investitionsvolumen auslösen wird. Ich sehe, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Rücklagenbildung durchaus positiv, da dadurch die finanzielle Zukunft des Annuitätzuschußmodells abgesichert wird. Wir dürfen nämlich ganz einfach nicht vergessen, daß laut Rechnungsabschluß 1996 bereits rund 31 Milliarden Schilling als nicht fällige Verwaltungsschulden für den Wohnbaubereich ausgewiesen sind.

Ich bedaure es wie meine Vorrednerin, daß die Aufmerksamkeit jetzt um diese Zeit schon nachgelassen hat. Denn nun, glaube ich, wird es doch etwas interessant. Was mich nämlich stutzig macht, ist die Tatsache, daß es auch eine Wohnbauförderungsrücklage gibt, für die keine Zweckwidmung vorgesehen ist. Und wenn es nach den Budgets 1997 und 1998 geht, wird diese Rücklage Ende 1998 mit rund 1,5 Milliarden Schilling zu Buche stehen. Nun kann man mehreres vermuten. Man kann vermuten, daß es sich dabei um eine Rücklage gemäß dem Landtagsbeschluß vom 28. Mai 1996 handelt, daß aus dieser Rücklage das sogenannte Landesestel im Jahre 2003 und 2004 aufgebracht werden soll. Wenn dem so ist, dann kann man die dafür 1998 budgetierten 764 Millionen Schilling aber nicht der Rücklagenbildung gemäß Regierungsbeschluß vom 19. November zurechnen, wie mir dies der Herr Landesfinanzreferent Landesrat Mag. Freibauer schriftlich mitgeteilt hat. Denn die Folge davon wäre, daß im Budget 1998 für die Absicherung des Annuitätzuschußmodells lediglich 573 Millionen Schilling veranschlagt sind. Das würde wieder im Umkehrschluß bedeuten, da ja der sechsfache Betrag rückgestellt wird, daß die Förderungszusicherungen, was die Basisförderung im Mehrfamilienwohnhaus-Neubaubereich betrifft, im Jahre 1998 um 50 Prozent zurückgenommen werden. Und derartiges, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre für uns Freiheitliche einfach inakzeptabel und würde ja auch das jährlich bauwirksame Investitionsvolumen von rund 17 bis 18 Milliarden Schilling um rund 9 Milliarden Schilling reduzieren. Wir nehmen das daher auch nicht an. Wir vermuten daher aber auch, ... (*Unruhe bei Abg. Mag. Schneeberger.*) Wir vermuten daher auch - bitte zuhören, Herr Mag. Schneeberger, da ist überhaupt nichts unseriös. Bitte zuhören, dann werden Sie noch draufkommen.

Wir vermuten daher auch, daß die entsprechende Dotierung der Rücklage gemäß Regierungsbeschluß vom 19. November 1996 - ich habe es schon erwähnt, der sechsfache Betrag der bewilligten Basisförderung - daß diese Dotierung wegen eines deutlichen Minderbedarfes für Investitionsdarlehen aus dem Haushaltsansatz 1/48230 aber erst im Rahmen der Erstellung des Rechnungsabschlusses erfolgen wird. Und auf das, Hohes Haus, hat sich meine Anfrage im Finanz-Ausschuß bezogen, die aber gemäß Schreiben des Herrn Landesrates Mag. Freibauer nach wie vor nicht beantwortet ist.

Man darf nämlich ganz einfach nicht außer acht lassen, daß auch Rücklagenzuführungen ganz einfach laut Maastricht-Defizitregelung die Ausgaben verringern und daher auch nicht Maastricht-Defizit wirksam sind. Jetzt, Herr Mag. Schneeberger, wenn Sie vielleicht aufpassen: Was mich in anderer Weise aber stutzig macht, ist die Tatsache, daß jene Wohnbauförderungsrücklage, die eben Ende 1998 mit rund 1,5 Milliarden Schilling zu Buche stehen soll, daß diese Rücklage nicht zweckgebunden ist.

Stutzig vor allem deshalb, da es 1996 im Rahmen des Strukturanpassungsgesetzes zu einer Neuaufteilung der Bundeswohnbauförderungszweckzuschüsse gekommen ist. Und diese Neuaufteilung sieht vor, daß für jenen Teil der Wohnbauförderungsmittel, der Niederösterreich über den Betrag von genau 4.032,700.000,- Schilling jährlich bis zum Jahr 2000 zufließt, daß für diesen Teil die Zweckbindung aufgehoben ist.

Das waren 1996 bereits mehr als 600 Millionen Schilling. Ich meine, daß Gelder, die für den Wohnbau zufließen, auch dem Wohnbau zukommen sollen.

Zum Schluß kommend meine ich, daß das Förderungsmodell, das nun bereits im fünften Jahr läuft, daß sich dieses bewährt hat. Einerseits konnten wir mit diesem Modell der Umklammerung gewaltiger Vorgriffe aus der Vorzeit entkommen, andererseits wurde durch die Einführung dieses Modelles aber auch sichergestellt, daß in den Jahren 1993 bis heute im großvolumigen Wohnbau rund 22.000 Wohneinheiten gefördert werden konnten bzw. gefördert werden können.

Ich glaube, daß auch in Zukunft die Herausforderung der Wohnbauförderung sein wird, zeitgemäßen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu schaffen, wobei sich aber die Förderungspolitik vor allem auf die Problemgruppen auszurichten haben wird. Und wir sollten daher diesbezüglich notwendige Änderungen im Förderungsinstrumentarium auch nicht scheuen. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer zu dieser Tatsache, die ich aufgezeigt habe, noch im Rahmen dieser Budgetdebatte Stellung nimmt. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich unterbreche die Beratungen über den Voranschlag. Sie werden morgen um 9.00 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 22.45 Uhr.)*